Institute for European Integration Research

Working Paper Series

Albaniens Weg in die Europäische Union

Zwischen Konditionalität und partikularen Interessen

Arlind Dinollari

Working Paper No. 02/2016

Institut für europäische Integrationsforschung

Strohgasse 45/DG
1030 Wien/Österreich

Telefon: +43-1-4277-22401

Fax: +43-1-4277-9224

Email: eif@univie.ac.at

Web: eif.univie.ac.at

eif

Vorwort der Institutsleitung

Dieses Arbeitspapier stellt eine Masterarbeit an der Universität Wien dar. Dadurch ist der Prozess der EU-Annäherung Albaniens natürlich noch nicht ausreichend studiert, u.a. weil er ja noch nicht abgeschlossen ist. Trotz des vorläufigen Charakters und trotzdem viele weitere Aspekte auch einer Analyse würdig wären, es also fraglos aufbauender Studien bedarf, empfiehlt sich meines Erachtens die Zurverfügungstellung der vorliegenden Arbeit und ihrer eingehenden Literaturliste (Werke zu Albanien und seiner "Europäisierung" sind noch rar) für die wissenschaftliche und politische Öffentlichkeit, was in der Form eines EIF - Working Papers mit "open access" gewährleistet werden kann.

Gerda Falkner

(Direktorin des EIF)

Kurzfassung

Die Annäherung Albaniens an die EU begann im Jahr 1992. Die politische Klasse des Landes kündigte nach dem Zerfall des Kommunismus an, die schnellstmögliche Integration Albaniens in die euro-atlantischen Strukturen entschlossen anstreben zu wollen. Dieses Ziel wurde von der EU begrüßt und daraufhin mit politischen und finanziellen Mitteln unterstützt. Der Prozess konnte allerdings bis heute nicht abgeschlossen werden. Das Forschungsziel dieser Arbeit war, die Ergebnisse dieses Integrationsprozesses über seine gesamte Dauer nach Kompatibilität oder nicht-Kompatibilität mit den offiziellen Konditionalitätskriterien zu untersuchen. Die Forschungsarbeit stützte sich auf die Grundannahme, dass in einem so komplexen Geschehen sowohl die institutionellen Richtlinien der Kopenhagener Kriterien als auch unterschiedliche Konditionalitäts-inkompatible Interessen der Beteiligten eine Rolle für die Ergebnisse im Integrationsprozess gespielt haben könnten. Von der theoretischen Grundannahme und dem Ziel dieser Arbeit ausgehend, wurde die Prozessanalyse als Methode zur Behandlung der Thematik ausgewählt. Eine gründliche vorläufige Recherche ermöglichte die Identifizierung der Hauptmomente des Prozesses sowie die Ermittlung der Akteure mit dem größten anzunehmenden Einfluss. Als wichtigstes Ergebnis dieser Arbeit war festzuhalten, dass der EU-Integrationsprozess Albaniens seit seinem Beginn hauptsächlich im Einklang mit der Kopenhagener Konditionalität verlaufen ist. In zwei Fällen konnte allerdings eine Ausnahme von dieser Regel festgestellt werden.

Abstract

The EU integration process of Albania began in 1992. The country's political class vowed immediately after the fall of communism, that it would decidedly strive to integrate Albania as soon as possible into the Euro-Atlantic structures. This ambition was welcomed by the EU and soon after supported by it with political and financial means. However, the process is pending until today. This research's goal was to examine whether the outcomes of the process were in fact compatible with the given official conditionality or not. The study was grounded on the assumption that in such a complex process, both the institutional guidelines – enshrined in the Copenhagen conditionality – as well as the different conditionality-incompatible interests of the participating stakeholders are likely to have played a role for the results of the process. Taking into consideration this main assumption and the aim of this study, process-tracing was chosen to elaborate the topic. The main moments of the process were identified and the actors with the highest possible influence determined. The most important finding of this research was that the EU integration process of Albania was broadly running in accordance with the Copenhagen conditionality. Solely for two of the main moments an exception from this rule was observed.

General note:

*Opinions expressed in this paper are those of the author
and not necessarily those of the Institute*

Inhaltsverzeichnis

Akronyme	7
1. Einleitung.....	8
2. Forschungsthema: Interesse, Theorie, Vorgehensweise	10
2.1 Zentrale Forschungsfrage	11
2.2 Theoretische Ausgangsperspektive.....	12
2.2.1 Begriffsbestimmung und theoretische Konzeptualisierung.....	17
2.3 Methodik und Strukturierung	35
3. Die ersten Schritte zu einer zerbrechlichen Demokratie: Gesellschaft, Akteure, innen- und außenpolitische Entwicklungen.....	40
3.1 Eine verzögerte Annäherung an die EU: Zwischen wenigen erfüllten Voraussetzungen und hemmenden Interessenskonflikten	45
3.1.1 Eine neue Ära beginnt: Erste Erfolge	45
3.1.2 Die wahren Zustände hinter der Optimismus-Fassade.....	49
3.1.3 Hintergründe einer verheerenden Krise und ihre Folgen.....	53
3.2 Albanien-EU: Ausbau der Beziehung und die graduelle Etablierung der Konditionalität nach 1997	55
3.2.1 Die Bewältigung der Krise mithilfe der EU und anderer internationaler Akteure	55
3.2.2 Politische Entwicklung unter den Sozialisten und die zunehmende Rolle der EU nach den Parlamentswahlen von 1997.....	58
4. Von der Unterzeichnung des SAA bis zum Status des offiziellen Beitrittskandidaten.....	67
4.1 Ergebnisse des ersten Mandats der neuen Demokraten-Regierung (2005-2009) und entsprechende Entwicklungen hinsichtlich des Integrationsprozesses	69
4.1.1 Kommissionsbewertungen von 2006 bis 2009 und die Fortschritte im Integrationsprozess: Eine Untersuchung der Verhältnismäßigkeit zwischen den Zuständen und dem Fortschritt im Integrationsprozess	71
4.1.2 NATO-Mitgliedschaft und USA-Unterstützung: Ein „Plus“ für die EU-Integrationsbestrebungen Albaniens?	77
4.1.3 Das Inkrafttreten des SAA und die Bedeutung der Parlamentswahl 2009 für den Integrationsprozess	81
4.2 Ergebnisse des zweiten Mandats der Demokraten-Regierung (2009-2013) und entsprechende Entwicklungen hinsichtlich des Integrationsprozesses	84

4.2.1 Das „letzte“ Ziel: Zwölf Schlüsselprioritäten.....	86
4.2.2 Langsamer Fortschritt in Tirana – Unstimmigkeit in Brüssel	91
4.3 Der schwierige Anfang einer Regierung der <i>Wiedergeburt</i> und die Weigerung einiger EU-Mitglieder Albanien den offiziellen Kandidatenstatus zu verleihen.....	99
5. Italiens und Griechenlands Rolle im Integrationsprozess Albanien.....	110
5.1 Italiens Position im Prozess: Hintergründe	110
5.2 Griechenlands Position im Prozess: Hintergründe.....	117
6. Zusammenfassung und Konklusionen	127
Quellenverzeichnis	137

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Ausgangsszenarios für den Integrationsprozess	37
Tabelle 2: Ergebnisse über den Ausgang des Integrationsprozesses	132

Akronyme

ATCEC	Agreement on Trade and Commercial and Economic Cooperation
EAPC	Euro-Atlantic Partnership Council
ECHO	European Community Humanitarian Office
ECHR	European Court of Human Rights
ECT	Energy Charter Treaty
EIDHR	European Initiative for Democracy and Human Rights
FRONTEX	European Agency for the Management of Operational Cooperation at the External Borders of the Member States of the European Union
GRECO	Groupe d'États Contre la Corruption (Gruppe der Staaten gegen Korruption)
HRW	Human Rights Watch
ICC	International Criminal Court
IMF	International Monetary Fund
IPA	Instrument for Pre-Accession Assistance
KLD	Këshilli i Lartë i Drejtësisë (Oberster Justizrat)
LSI	Lëvizja Socialiste për Integrim (Sozialistische Bewegung für Integration)
MAP	Membership Action Plan
PDSH	Partia Demokratike e Shqipërisë (Demokratische Partei Albaniens)
PfP	Program for Partnership
PHARE	Poland and Hungary: Assistance for restructuring their Economies (später auf Länder Zentral- und Osteuropas und Westbalkans übertragen)
PRSH	Partia Republikane e Shqipërisë (Republikanische Partei Albaniens)
PSD	Partia Social Demokrate e Shqipërisë (Sozialdemokratische Partei Albaniens)
PSSH	Partia Socialiste e Shqipërisë (Sozialistische Partei Albaniens)
SAA	Stabilisation and Association Agreement
SAP	Stabilisation and Association Process
SKZHI	Strategjia Kombëtare për Zhvillim dhe Integrim (Nationale Strategie für Entwicklung und Integration)
TAP	Trans Adriatic Pipeline
WB	World Bank

1. Einleitung

Der Europäische Integrationsprozess in Richtung Osten bzw. Südosten begann mit dem politischen Umbruch, den die Länder dieser Teile Europas zu Beginn der 1990er Jahre erfuhren. In einer weiteren Phase traten die Unterschiede zwischen Osteuropa und dem Balkan klar an das Tageslicht. Entsprechend passte sich allmählich auch die Vorgehensweise der EU an. Eine besondere Entwicklung erlebte der Integrationsprozess in der ersten Hälfte der 2000er Jahren, als zehn Länder zugleich der EU beitraten, während auch für den Balkan die EU-Zukunft feierlich untermauert wurde. Zu diesem Zweck wurde von der EU eine spezielle Strategie entwickelt (Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess) und die Kopenhagener Konditionalität um ein detailreiches Instrument erweitert: das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen.

Direkt betroffen von diesen Entwicklungen war und bleibt Albanien, ein Land das unmittelbar nach dem Sturz des Kommunismus (1992) die Mitgliedschaft in den euro-atlantischen Strukturen zum eindeutigen Ziel erklärte. Nach dreiundzwanzig Jahren ist Albanien immer noch kein EU-Mitglied. Damit ist das Land einer der sechs Nachzügler im Prozess der europäischen Integration, wobei alle anderen sich ebenso im Westbalkan befinden. Die Aktualität des Themas besteht darin, dass dieser Prozess trotz der langen Dauer noch nicht abgeschlossen ist. Von Bedeutung ist auch die Tatsache, dass innerhalb der EU seit spätestens 2007 eine Erweiterungsmüdigkeit zu beobachten ist, während die Unumkehrbarkeit des Prozesses wiederholt bestärkt wird. Der Prozess wurde von vorangehenden Studien aus unterschiedlichen Perspektiven aufgegriffen und mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung untersucht. Eine explizite Fokussierung auf das Verhältnis zwischen intervenierenden Interessen und Vorankommen im Prozess war in diesen Studien jedoch nicht zu finden. Hier setzt diese Arbeit an und geht von der Annahme aus, dass bestimmte Interessen der Akteure auch außerhalb der proklamierten Konditionalität den Integrationsprozess Albanien maßgeblich bestimmen konnten.

Der europäische Integrationsprozess beruht einerseits auf dem Zusammenspiel zwischen einer ausgearbeiteten Strategie in einem institutionellen Rahmen und andererseits auf dem

Handeln der involvierten Akteure. Von hier ausgehend ist es sinnvoll, dem institutionellen Rahmen und den individuellen Bewegungsgründen der Handelnden bei gleichzeitiger Beachtung gesellschaftlicher Normativität, gleichermaßen Aufmerksamkeit einzuräumen. Dies geschieht, ohne diese Forschungsarbeit einer etablierten Großtheorie unterzuordnen. Ferner geben die Dauer des Prozesses und die qualitativen Merkmale einer jeden Phase des untersuchten Prozesses Anlass dafür, die Prozessanalyse als eine angebrachte Methode einzusetzen. Dabei werden die wichtigsten Momente im Prozess identifiziert, um diese chronologisch und qualitativ zu verzeichnen (*mapping the process*). Durch eine Gegenüberstellung der Anforderungen der offiziellen Konditionalität mit der Position Albaniens im Prozess in den verschiedenen Phasen als Anwerber, soll anschließend herausgefunden werden, ob es Unstimmigkeiten gegeben hat und wenn ja, welchen Faktoren bzw. welchen partikularen, Konditionalität-inkompatiblen Interessen der mitwirkenden Akteure, diese Unstimmigkeiten im Prozess zuzuschreiben wären.

Im zweiten Kapitel werden Theorie und Methodologie erläutert. Darin wird eine theoretische Konzeptualisierung unternommen, worin die Kernkomponenten für die Analyse identifiziert und operationalisiert werden. Zudem werden hier entsprechende Erwartungen über mögliche Befunde der empirischen Analyse formuliert. Im Unterkapitel über die Methodik werden die Analysemechanismen erläutert. Das dritte, das vierte und das fünfte Kapitel befassen sich dann mit der empirischen Analyse. Darin wird der gesamte Prozess behandelt, wobei im dritten Kapitel die Phase bis zum Unterschreiben des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens untersucht wird und im vierten Kapitel die Phase ab diesem Zeitpunkt bis Juni 2014. Schließlich widmet sich das fünfte Kapitel speziell zwei Mitgliedern der Europäischen Union und deren Rollen in den Bestrebungen Albaniens auf dem Weg dorthin. Angesichts der historischen, politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verflechtung Albaniens mit Italien und Griechenland, ist die Einräumung eines eigenen Analysebereichs an diese zwei Akteure zweckmäßig. Die Positionierung beider Länder im Integrationsprozess Albaniens wird anhand ihrer Handlungen sowohl auf bilateraler als auch auf EU-Ebene erschlossen.

2. Forschungsthema: Interesse, Theorie, Vorgehensweise

Das Fundament für den europäischen Integrationsweg Albanien wurde im Jahr 1992 mit der Unterzeichnung des Abkommens über den Handel und die handelspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit (ATCEC) zwischen Albanien und der EU, gelegt. Sieben Jahre später wurde das Land Teil der EU-Initiative „Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess“ (SAP). Im Jahr 2003 wurden die Verhandlungen für das „Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen“ (SAA) mit der EU aufgenommen. Im Jahr 2006 wurde das Abkommen unterzeichnet. Nach dem Inkrafttreten des SAA im April 2009 reichte die damalige Regierung der Demokraten unter Sali Berisha den Antrag auf EU-Mitgliedschaft ein, woraufhin der Europäische Rat diesen Antrag entgegennahm und die EU-Kommission dazu einlud, eine Stellungnahme zu dem vorgelegten Antrag abzugeben. Im Oktober 2012 schlug die Kommission dem Europäischen Rat die Verleihung des offiziellen Kandidatenstatus für Albanien vor, was vom letzteren nur anderthalb Jahre später im Juni 2014 erteilt wurde.¹

Es war also ein langer Prozess, der abwechselnd Tiefpunkte, Stagnationsphasen und Fortschritte verzeichnete und schließlich in der dritten Dekade angelangt ist. Eine Mitgliedschaft vor 2020 ist angesichts der bisherigen Praxis wenig wahrscheinlich.² Um diese Entwicklung zu verstehen, bedarf es einer Untersuchung der Ereignisse sowohl in Albanien als auch auf der europäischen Ebene. Angekündigte Ziele der involvierten Parteien, Projekte, Strategieplanungen und Verträge werden erst in Zusammenhang mit politischen, wirtschaftlichen und gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen der Vergangenheit und der Gegenwart verständlich. Der Prozess umfasst das Handeln und Wirken mehrerer Akteure, nationaler und internationaler, die zwar innerhalb eines institutionellen Rahmens agieren und offiziell Regierungen oder internationale Körperschaften vertreten, von bestimmten

¹ Für eine komprimierte Übersicht der Chronologie, siehe: DEUA: Political and Economic relations: Key dates in Albania's Path towards the EU: http://eeas.europa.eu/delegations/albania/eu_albania/political_relations/index_en.htm Zugriff am 17.11.2014.

² Diese Prognose ist hauptsächlich auf die notwendige Implementierungszeit jener Reformen zurückzuführen, die zum Zeitpunkt der Erlangung des Kandidatenstatus weiterhin offen stehen sowie auf die letzten politischen Entwicklungen auf der EU-Ebene. Vgl. hierzu: AIIS: The European Perspective of Albania: Perceptions and Realities 2014. 2014, S. 23 f; Die Bundesregierung: „Regionale Hürden gemeinsam überwinden“. 15. Juli 2014. <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Reiseberichte/2014-07-15-gipfel-westbalkan.html>.

materiellen Interessen oder ideellen Wertesystemen jedoch nicht frei zu denken sind. Genau dieser Zusammenhang zwischen offiziell geltenden Rahmenbedingungen, angekündigten Vorhaben beteiligter Parteien und mehreren intervenierenden Interessen und Vorlieben der mitwirkenden Akteure, rücken in den Mittelpunkt dieser Untersuchung.

2.1 Zentrale Forschungsfrage

Aus der im Vorigen erwähnten Perspektive heraus setzt diese Forschungsarbeit an, thematisiert den Integrationsweg Albanien in die EU und richtet dabei den Fokus auf die Hintergründe und Bedingungen, die diesen Weg seit der Einführung des Pluralismus in Albanien bis heute bestimmt haben. Konkret sollen offizielle Richtlinien einerseits und tatsächliche Ereignisse andererseits, untersucht werden, um festzustellen zu können, ob auf diesem Weg die getreue Anwendung der Konditionalität – Beurteilung nach den Kopenhagener Kriterien basierend auf den nachweisbaren Fortschritten des Landes – oder eher partikuläre Interessen und Vorlieben nationaler und internationaler Akteure dem bisherigen Prozess die Richtung gegeben haben. Demnach lässt sich folgende zentrale Forschungsfrage für diese Arbeit ausformulieren:

- Gründeten bisherige Entwicklungen auf eine objektiv und systematisch angewandte Konditionalität gegenüber Albanien, oder waren es eigennützige Interessen und daraus abgeleitete Eingriffe der beteiligten Akteure, die den Verlauf des Prozesses maßgeblich bestimmten?

Komplementär zur zentralen Forschungsfrage müssen untenstehende Einzelfragen bezüglich des Prozesses notwendig beantwortet werden. Die Antworten darauf werden im Verlauf der Forschungsarbeit aus der empirischen Analyse zu extrahieren sein.

- Welche nationalen und internationalen Akteure waren federführend am Prozess beteiligt?
- Wie ist der Prozess vor und nach dem Unterzeichnen des SAA aus qualitativer und quantitativer Sicht zu beurteilen? Gab es für jede dieser zwei Phasen klare Kriterien oder teilweise bloß abgeleitete Interpretationen aus der Kopenhagener Konditionalität?

- Welche Position nahmen jeweils Italien und Griechenland auf dem Integrationsweg Albanien ein? Worauf gründete diese Position?
- Waren andere EU-Mitgliedsländer, außer Italien und Griechenland, intensiv an dem Integrationsprozess Albanien beteiligt?

2.2 Theoretische Ausgangsperspektive

In dieser Arbeit geht es also nicht darum, zum wiederholten Mal die populären Fragen aufzugreifen, wieso auch Albanien, wie andere Kandidaten zuvor, der EU beitreten möchte und auch nicht wieso die EU weiterhin den Erweiterungskurs beibehält. Hier gilt es lediglich den Integrationsweg Albanien in die EU bis hin zum jetzigen Stand, als Ergebnis zweier miteinander in Konkurrenz stehender Triebkräfte zu analysieren: (a) Einerseits der formell vorgegebenen Konditionalität, bestehend aus den Kopenhagener Kriterien von 1993 sowie aus dem im weiteren Verlauf der EU-Integration entwickelten Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen; (b) Andererseits der eigennützigen Interessen der Beteiligten, die nicht ausnahmslos und zwangsläufig den formellen Kriterien zuwiderlaufen müssen, denen jedoch andere politische, wirtschaftliche, strategische und individuelle Überlegungen zugrunde liegen, als der offiziellen Konditionalität.

Zunächst muss theoretisch reflektiert werden, wie der Prozess an sich konzipiert ist, welche Akteure überhaupt mitargumentieren bzw. mitentscheiden dürfen, wie diese Akteure im Verhältnis zueinander stehen, welche Interessen sie aufgrund ihrer jeweiligen Funktion und Position hegen sollten bzw. hegen und welche politisch-soziale Normativität ihren Entscheidungen als Begründungsbasis unterliegt.

Der europäische Integrationsprozess eines Landes ist ein komplex institutionalisierter Prozess, der über eine längere Zeit hinweg geschieht und der währenddessen unweigerlich einige Veränderungen in Form und/oder in Ausmaß durchmacht. Betrachtet man die Konzeption dieses Prozesses selbst, wird ersichtlich, dass nationale wie auch internationale Akteure an den Abläufen mitentscheidend involviert sind.³ Die Regierungen der EU-Mitgliedsländer, die

³ Siehe: u.a. Europa: Der Prozess bis zum Beitritt eines neuen Mitgliedstaates: http://europa.eu/legislation_summaries/enlargement/ongoing_enlargement/l14536_de.htm, Zugriff am 18.11.2014.

albanische Regierung sowie oppositionelle Parteien in den jeweiligen Ländern, stellen die nationale Komponente des Prozesses dar. Gleichmaßen gehören hier auch unterschiedliche nationale Interessensgruppen, die über ausreichend gesellschaftliche und politische Macht und Kapital verfügen, um unter bestimmten Umständen die Entscheidungen ihrer Regierungen zu beeinflussen.⁴ Der Europäische Rat, die EU-Kommission und das Parlament der Europäischen Union stellen hingegen die supranationale Komponente des Prozesses dar. Diese Institutionen der EU verfügen über jene Befugnisse, die es ihnen ermöglichen die Weichen im Prozess nach institutionellen Maßstäben zu stellen. Nichtsdestotrotz ist auch hier ein gewisser Einfluss nationaler Interessen nicht auszuschließen. Diese Annahme stützt sich auf die Tatsache, dass alle Mitglieder des Europäischen Rats, außer dem Präsidenten der EU-Kommission, Staats- oder Regierungschefs der EU-Mitgliedsstaaten⁵ sind, welche erwartungsgemäß ihre Landesinteressen vertreten. Auch die EU-Parlamentarier werden von Bürgerinnen und Bürgern in ihren jeweiligen Ländern von einem national verankerten Kontext ausgehend, für das supranationale Parlament gewählt.⁶ Wegen des Verfahrens, durch das hingegen die EU-Kommission für ein fünfjähriges Mandat gebildet wird und aufgrund der Funktion die ihr zugeschrieben wird, ist sie jene EU-Körperschaft, die verglichen zu den anderen zwei Institutionen die *größte Distanz* zu national orientierten Interessen einnimmt.⁷

Aus der Vergangenheit sind gegenläufige Bewertungen und Entscheidungen der EU-Organe in den Themen der Integration bekannt, was nicht nur durch das Auftreten oder Ausbleiben von offiziell erwarteten Erfolgen bei den Betroffenen zu erklären wäre.⁸ Dies ist als Indiz dafür anzunehmen, dass die untereinander konkurrierenden Interessen und Vorstellungen der nationalen Akteure einerseits und die Interessen bzw. institutionellen Richtlinien der EU-Institutionen andererseits, tatsächlich maßgeblich für einen wechselhaften Ablauf des

⁴ Vgl. Steinhilber, J.: Liberaler Intergouvernementalismus. In: Bieling, H.J./ Lerch, M.: Theorien der europäischen Integration. 2012, S. 141 f.

⁵ Siehe: Europäischer Rat/ Rat der EU: Europäischer Rat. <http://www.consilium.europa.eu/de/european-council/>.

⁶ Vgl. Immerfall, S.: Europa – politisches Einigungswerk und gesellschaftliche Entwicklung. 2006, S. 35.

⁷ Siehe: European Commission: About the Europ. Commission. http://ec.europa.eu/about/index_en.htm.

⁸ Beispielsweise die Aufnahme im Schengenraum von Rumänien und Bulgarien, worüber einzelne EU-Mitglieder entgegen der Meinung der Kommission, dagegen entschieden haben. Also Europäischer Rat als Repräsentant der EU-Mitgliedsregierungen „bewertet“ anders als die EU-Kommission. Siehe: Zeit Online: EU mahnt Rumänien und Bulgarien. 8 Feb. 2012. <http://www.zeit.de/politik/ausland/2012-02/schengen-rumaenien-bulgarien>.

Prozesses sorgen.⁹ Diesem wechselhaften Ablauf des Prozesses ist auch die Tatsache zuzurechnen, dass EU-Institutionen, trotz aller Stärke, verglichen zu anderen supra- und internationalen Institutionen, weiterhin weder über Gewaltmonopol noch über ein eigenes unabhängiges Steuerwesen verfügen. Folglich können diese Körperschaften aus Rücksicht auf die Souveränität bzw. die essenziellen Interessen der Mitgliedsstaaten kaum Zwangsmittel anwenden.¹⁰ Diese Wechselbeziehung nationaler und supranationaler Interessen, erweist sich demnach als wichtiger Bestimmungsfaktor für die politische Akzentsetzung sowie die Dauer der einzelnen Schritte im Prozess.

Bevor ein konkretes theoretisches Konzept als Leitlinie für die analytische Behandlung des Themas entworfen werden kann, muss noch reflektiert werden ob es zielführend ist neben dieser interessen geleiteten Perspektive, auch sozial-normative Aspekte zu berücksichtigen. Dies erscheint deswegen sinnvoll weil einige Vorgänge in verschiedenen Etappen des europäischen Integrationsprozesses – wie von Schimmelfennig argumentiert – nicht einzig durch rational-strategische Überlegungen zu erklären sind.¹¹ Demnach sollen in gewissen Situationen keine materielle Faktoren bei der Entscheidung im Vordergrund gestanden haben, sondern vielmehr ideelle Faktoren.¹² Diese Perspektive darf nicht außer Acht gelassen werden, gründete die Vision der EU seit ihren Anfängen und heute noch stärker, zum Teil doch auf ein Ideal der Sicherung gemeinsamen Friedens und Wohlstands durch allherrschende Demokratie.¹³ Das Versprechen der EU nach dem kommunistischen Zusammenbruch alle Völker Europas unter ein Dach zu bringen, glich zunächst einem *Blanko-Versprechen* – wie es unter anderem aus dem höfischen Roman bekannt ist – das einmal ausgesprochen, nicht mehr revidiert werden kann, unabhängig davon ob man ein mächtiger König oder gar eine Gottheit ist. In diesem Fall war die EU die „Gottheit“, welche

⁹ Siehe die Grundannahmen des akteurzentrierten Institutionalismus in: Wagner, W.: Der akteurzentrierte Institutionalismus. In: Bieling, H.J./ Lerch, M.: Theorien der europäischen Integration. 2012, S. 208 f.

¹⁰ Vgl. Jachtenfuchs, M./ Kohler-Koch, B.: Governance and institutional development. In: Wiener, A./ Diez, T.: European Integration Theory. 2004. S. 102 f.

¹¹ Ausführlich erklärt in: Schimmelfennig, F.: The community trap: liberal norms, rhetorical action and the eastern enlargement of the European Union. In: Schimmelfennig, F./ Sedelmeier, U.: The Politics of European Union Enlargement: Theoretical Approaches. 2005, S. 146 f., 150 f.

¹² Vgl. Schwellnus, G.: Sozialkonstruktivismus. In: Bieling, H.J./ Lerch, M.: Theorien der europäischen Integration. 2012, S. 274.

¹³ Vgl. Haller, M.: Die Europäische Integration als Elitenprozess. 2009, S. 18.

die von den Umständen stark benachteiligten Völker Europas plötzlich vor ihrer Tür hatte¹⁴ und ihr groß ausgesprochenes Versprechen, ob der Sorge eines politisch-moralischen Schadens im Falle eines Bruchs des Versprechens, einhalten musste.¹⁵ Hinzu kommt auch die Überlegung, dass alle hierin involvierten Individuen und Gruppen – seien es staatliche, nichtstaatliche oder suprastaatliche Akteure – ihre Tätigkeit unter gegebenen sozialen „Wahrheiten“ ausüben. Sie alle entstammen einem bestimmten nationalen, kulturellen und professionellen Umfeld, in dem folglich bestimmte Narrative mit sozial-kulturellem, politischem, wirtschaftlichen und strategischem Gehalt vorherrschen. Genau diese Umfelder, mit deren jeweiligen sozialen „Wahrheiten“, verleihen den Akteuren ihre Identität, welche ihrerseits für eine ganz bestimmte Zielverfolgung und Handlungsweise der Betroffenen bestimmend ist.¹⁶ Das Handeln in diesem gegebenen Umfeld – konkret Europäische Union, Unionsziele, gemeinsame Kultur, politische, wirtschaftliche und soziale Zukunftsversprechungen usw. – *verfängt* die Beteiligten gewissermaßen in einem Prozess der Reproduktion, Vertiefung oder Umwandlung bestehender Konstrukte. Das bedeutet, dass der hieraus resultierende Einfluss auf deren Entscheidungen unvermeidlich ist.¹⁷

Für den konkreten Fall bedeutet es, dass angenommen werden darf, dass alle an dem Prozess beteiligten Akteure in der Regel auf eine Nutzenmaximierung für sich selbst hoffen, diese Interessen jedoch im Rahmen der Integrations-Konditionalität und der daraus resultierenden Regeln auslegen müssen. Die EU-Mitgliedsregierungen haben von den sie auf Unionsebene vertretenden Institutionen (Rat, Kommission, Parlament) erklärte Unionsziele und die dafür entworfenen Beurteilungskriterien, genauer gesagt die Vorschriften der Konditionalität und mögliche Erfolge des Anwärters Albanien bei der Erfüllung dieser, zu respektieren. Gleichzeitig müssen sie ständig ihre internen Interessen, ideellen Präferenzen/Vorlieben und die intern herrschenden Verhältnisse vor Augen behalten. Die EU-Institutionen müssen sich ihrerseits in ihrer Rolle rechtfertigen und dabei Versprechungen und ihren zugeschriebenen

¹⁴ Vgl. Judt, T.: Große Illusion Europa. 1996, S. 74.

¹⁵ Siehe: Schimmelfennig, F.: The EU, NATO and the Integration of Europe. 2003, S. 265.

¹⁶ Vgl. Haller, M. 2009, S. 286.

¹⁷ Vgl. Schwellnus, G. a.a.O. 2012, S. 275 f.; Risse, T.: Social Constructivism and European Integration. In: Wiener, A./ Diez, T.: European Integration Theory. 2004. S. 165 f.

Verpflichtungen gerecht werden, während die albanische Regierung den Prozess der Integration idealerweise bei Aufrechterhaltung des Gleichgewichts zwischen seinen nationalen und europäischen Interessen einerseits und Verpflichtungen andererseits, voranzubringen hat. Dazwischen könnten sich zeitweise weitere Akteure in den Prozess einschalten. Da der Prozess währenddessen in der dritten Dekade angelangt ist und die Beteiligten in der Zwischenzeit vieles dazugelernt haben, haben sich auch ihre Strategien, Interessenwahrnehmungen und Herangehensweisen an den Prozess mitentwickelt. Somit sind wechselseitige Einflüsse zwischen Normen und Interessen nicht auszuschließen.¹⁸

Zusammenfassend kann bezüglich der theoretischen Ausgangsperspektive behauptet werden, dass selbst wenn der Integrationsprozess Albanien in die EU auf einem durch die Konditionalität formell und strukturell vordefinierten Prozess beruhte und beruht, dieser inhaltlich jedoch als ein in diversen Zeitabschnitten, durch Konditionalität-unabhängige Interessen, unterschiedlich stark beeinflussbarer Prozess mit sowohl erwünschten als auch unerwünschten Konsequenzen betrachtet wird. Eine Immunisierung des Prozesses gegen inoffizielle Präferenzen ideeller und materieller Natur vonseiten der relevanten Akteure, wird aus dieser Sicht nicht für möglich gehalten. Die Ergebnisse in den verschiedenen Phasen werden als „Produkte“ der miteinander in Konkurrenz stehenden formellen Voraussetzungen und informellen Zielsetzungen betrachtet.

Schließlich gilt festzuhalten, dass wenngleich sich diese theoretische Überlegungen sich teilweise an Grundannahmen etablierter Großtheorien über die Europäische Union anlehnen, sich diese Arbeit nicht als in einer dieser großen Theorien verankert versteht und somit keinen Anspruch hegt, eine Analyse im Rahmen dieser durchzuführen. Die gemachten Überlegungen sollen der Arbeit als Leitfaden dienen, worauf sich die Informationssuche und im weiteren Verlauf, die Analyse stützen sollen.

¹⁸ Vgl. Morisse-Schilbach, M.: Historischer Institutionalismus. In: Bieling, H.J./ Lerch, M.: Theorien der Europäischen Integration. 2012, S. 231.

2.2.1 Begriffsbestimmung und theoretische Konzeptualisierung

Im Folgenden bedarf es einer eindeutigen Übertragung der geltend gemachten theoretischen Relationen auf die in der vorliegenden Arbeit zu verwendenden Konzepte und Größen, anhand derer Informationen während des gesamten Verlaufs der Forschungsarbeit gezielt herausgegriffen und folgerichtig analysiert werden sollen. Ferner soll eine theoretische Konzeptualisierung des Prozesses, einschließlich seiner Komponenten, und anschließend eine Operationalisierung der verwendeten Begriffe, eine abschnittsweise Untersuchung dieser ermöglichen.

1) Der Integrationsprozess Albaniens: Ist der gesamte Prozess der graduellen Annäherung Albaniens an die EU vor ihm. Die verbrauchte Zeit, die Intensität, die bilateralen Zwischenabkommen und andere Komponenten dieser Natur, stellen jedoch die Spezifika des Prozesses dar. Für Albanien hat die Orientierung nach der EU im Jahr 1991 begonnen, als zum ersten Mal zwischen beiden Parteien diplomatische Beziehungen aufgenommen wurden. Ausgehend von der inhaltlichen Dimension bzw. der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Wichtigkeit eines jeden vollzogenen Schrittes, kennt dieser Prozess sieben Einschnitte, die im Folgenden aufgelistet werden. Hierbei wird es wichtig zu hinterfragen sein, die Erfüllung welcher politisch-wirtschaftlichen Anforderungen – sofern es in jeder einzelnen Phase einige klar definierte gab – den vollzogenen Schritt offiziell begründete und welche Zustände, in den von der Begründung betroffenen Bereiche, tatsächlich herrschten. Ferner wird zu erforschen sein, welche inhaltlichen und praktischen Änderungen die jeweiligen vollzogenen Schritte für den weiteren Verlauf mit sich brachten. Dies alles wird bei gleichzeitiger Berücksichtigung des politisch-sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhanges, sowie der Zwischenereignisse erfolgen.

- *Einschnitt 1:* Die Unterzeichnung im Jahr 1992 des Abkommens über den Handel und die handelspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit (ATCEC). Die Wichtigkeit besteht darin, dass die ein Jahr davor neu aufgenommenen Beziehungen erstmalig mit einem Abkommen materialisiert wurden und Albanien dadurch der Zugang zu dem marktwirtschaftlichen Standard EU-Europas formell gewährt wurde. Auf dieser Ebene ist zu

hinterfragen, ob hierfür überhaupt Kriterien gesetzt wurden, welche integrationsrelevanten Überlegungen hinter dem Abkommen standen und welche tatsächlichen Konsequenzen die darin enthaltenen Bestimmungen für Albanien mit sich brachten. Mangelnde oder nur lückenhaft artikuliert Kriterien vor dem Unterzeichnen des Abkommens und Zuspitzung der Anforderungen erst im Wortlaut des Vertrags, dürften z.B. entweder auf eine unüberlegte Vorstellung der EU über die zu bewältigenden Probleme Albaniens, oder auf Fokussierung auf eigene wirtschaftliche Vorteile der Union hinweisen.

- *Einschnitt 2:* Die im Januar 2003 aufgenommenen SAA-Verhandlungen. Es war ein weiterer wichtiger Schritt von moralischer und politischer Bedeutung, besonders für die albanische Seite. Dieser Schritt bedeutete, zumindest formell, eine Anerkennung der erbrachten Leistungen Albaniens vonseiten der EU und ein Beweis für die Entschlossenheit der EU den Prozess im Sinne des im Gipfeltreffen von Zagreb und Thessaloniki geäußerten Engagements fortzusetzen. Bedenkt man hier aber die Zeit, die der Prozess der Annäherung Albaniens in die EU in Anspruch genommen hatte, um seit 1992 zuletzt wieder eine bedeutsame Entwicklung zu verzeichnen, stellen sich folgende Fragen zur Beantwortung: (a) Hatte Albanien von 1992 bis 2003 zu keinem Zeitpunkt die erforderlichen Kriterien zur Fortentwicklung des Integrationsprozesses erfüllt? Gab es überhaupt konkret ausformulierte Kriterien, anhand derer ein auftretender oder ausbleibender Fortschritt gemessen werden könnte? (b) Hatte die EU andere Prioritäten und sah sich aus keinen politischen oder strategischen Überlegungen veranlasst, Albanien intensiver an sich zu binden?

- *Einschnitt 3:* Juni 2006: Die Verhandlungen wurden mit der Unterzeichnung des Abkommens für Stabilisierung und Assoziierung abgeschlossen. Dies war ein weiterer politischer und wirtschaftlicher Erfolg, da es die positive Finalisierung des im Jahr 2000 entworfenen Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses (SAP)¹⁹ bedeutete und Albanien für die finanzielle Unterstützung unter das nun einheitliche Instrument der Heranführungshilfe

¹⁹ Vgl. Bogdani, M./ Loughlin, J.: Albania and the European Union. 2007, S. 105, 119.

IPA) qualifiziert wurde.²⁰ Hier gilt zu erforschen, inwieweit sich die Rahmenbedingungen änderten und wie sie sich auf den Prozess konkret auswirkten.

- *Einschnitt 4*: 1. April 2009, das Inkrafttreten des SAA. Bedeutsam war in diesem Fall, dass der Countdown zur finalen Phase begonnen hatte und Albanien theoretisch ab jetzt noch stärker sein eigenes Schicksal durch Fortschritte in der Umsetzung der SAA-Anforderungen bestimmen konnte. Auch hier stellt sich die Frage nach der Weiterentwicklung der Rahmenbedingungen und wie sich die neuen Verhältnisse auf die Bewertungen der verantwortlichen Akteure auswirkten.

- *Einschnitt 5*: 15. Dezember 2010. Das Inkrafttreten der Visaliberalisierung für die Staatsbürgerinnen und –Bürger Albaniens brachte einmal mehr Schwung im Prozess. Die Regierung Albaniens fühlte sich auf ihrem Weg der Reformen bestätigt. Fernerhin hatte die Bevölkerung Albaniens dadurch eine Art emotionelle und materielle „Kompensation“ für die aufgebrachte Geduld und Unterstützung des Prozesses erfahren. Allen voran hatte es aber der Hoffnung, „nicht mehr weit vom Ziel entfernt zu sein“, neuen Schub gegeben. Albanien erhielt hierdurch die Möglichkeit, die im Papier anerkannten Fortschritte unter praktischen Beweis zu stellen, indem es einerseits seine Durchsetzungskraft bei der Bekämpfung illegaler Ein- und Auswanderung eigener und fremder Bürgerinnen und Bürger zeigen konnte und andererseits um sich vor den Skeptikern als ein Land mit einem zufriedenstellenden politischen, sozialen und wirtschaftlichen Standard zu präsentieren, von dem zu flüchten, keinerlei Gründe beständen.

- *Einschnitt 6*: Am 10. Oktober 2012 hatte die EU-Kommission dem Rat der EU die Verleihung des offiziellen Kandidatenstatus an Albanien vorgeschlagen. Dies kennzeichnete insofern einen Fortschritt, da es gelungen war, zumindest die Kommission von den erbrachten Leistungen bei der Implementierung der SAA zu überzeugen. Somit war die erste Hürde zum Übergang in die finale Phase überwunden worden. Welche Bedingungen hatten hierzu gegolten? Wurden diese auch entsprechend erfüllt?

²⁰ Vgl. OJ, L 210, 31.07.2006, Abs. 33, S. 84 und Art. 28, S. 91.

- *Einschnitt 7*: Am 27. Juni 2014 wurde Albanien vom Rat der EU, nach mehreren demotivierenden Ablehnungen, der offizielle Kandidatenstatus verliehen. Dadurch kam Albanien de facto in der letzten Phase vor dem Beitritt an. Auch hier ist zu untersuchen welche Kriterien vor der Entscheidung galten und ob sie zum Zeitpunkt der Entscheidung erfüllt waren.

2) Kopenhagener Konditionalität: Ist die Gesamtheit der seit 1993 in Kopenhagen festgelegten Kriterien und der im Laufe des Prozesses hinzugefügten Ergänzungen, die ein Land vor der ihm in Aussicht gestellten EU-Mitgliedschaft zu erfüllen hat. Die Kriterien wurden im Jahr 1993 vom Europäischen Rat in Kopenhagen festgelegt²¹ und in weiterer Folge, durch den im Vertrag von Amsterdam (1997) und später durch den im Vertrag von Lissabon vorgenommenen Änderungen in den Artikeln 6(1) und 49, endgültig verankert.²² Diese Kriterien sehen vier Dimensionen vor, deren Erfüllung vor der Aufnahme in die EU vorausgesetzt wird:

- 1) Die Politische Dimension: Setzt die institutionelle Stabilität eines demokratischen Rechtsstaates voraus, der Menschenrechte wahrt und seine Minderheiten achtet und schützt.
- 2) Die Wirtschaftliche Dimension: Setzt eine etablierte und funktionierende Marktwirtschaft voraus, die zudem dem Druck anderer Mitbewerber und Marktkräften innerhalb der EU standzuhalten fähig ist.
- 3) Die Strukturelle Dimension (Standards): Setzt die Fähigkeit voraus, durch entsprechende strukturelle und legale Anpassungen den Pflichten einer EU-Mitgliedschaft, die sich aus dem EU-Recht bzw. aus dem *Acquis Communautaire* (später auch nur kurz „*Acquis*“ genannt) ergeben, gerecht zu werden, sowie sich die politischen, wirtschaftlichen und monetären Ziele der Union zu eigen zu machen.
- 4) Die Aufnahmefähigkeit der EU: Setzt anders als die drei obengenannten Kriterien, die Fähigkeit der Europäischen Union voraus, neue Mitglieder aufnehmen zu können.

²¹ Siehe: Bull. EC 6-1993, S. 13.

²² Siehe: Europäische Union: Vertrag von Amsterdam. 1997, Art. 1(8) S.8 und Art. 1(15) S. 24; Europäische Union: Konsolidierte Verträge. Charta der Grundrechte. 2010, Art. 6(1) S. 19 und Art. 49 S. 43.

Das bedeutet, dass das institutionelle Gefüge der EU eine Erweiterung bei einer gleichzeitig erfolgreichen Vertiefung der Integration, ermöglichen und fördern kann.²³

Dem Wortlaut des Artikels 49 des Vertrags über die Europäische Union (VEU) ist unter anderem zu entnehmen, dass die Erfüllung des Kriteriums „europäisches Land sein“ vorausgesetzt wird.²⁴ Dies ist ein Kriterium das Albanien, der Geographie wegen, von Anbeginn des Prozesses erfüllen konnte. Es bleiben also die drei ersten Kriterien, die aber angesichts der Formulierung in den genannten Artikeln, Raum für abweichende Interpretationen darüber, ob ein Standards erreicht oder nicht erreicht wurde, übrig lassen.²⁵ Ferner stellt die kapazitive Dimension ein Kriterium dar, dass Albanien selbst bei vollständiger Erfüllung der drei ersten, an der Finalisierung des Prozesses hindern könnte, da dies völlig von der Erwägung EU-interner Verhältnisse und Interessen des Moments abhängen würde. Darüber hinaus ist aufgrund der inhaltlichen Übereinstimmung in weiten Teilen der Bedingungen zur Mitgliedschaft und der Ziele des Europarats und NATOs mit denen der EU, ein Beitritt zu diesen Organisationen als eine mögliche verdeckte Bedingung, nicht außer Acht zu lassen.²⁶ Auf den vermuteten Zusammenhang zwischen der Mitgliedschaft in anderen westlichen Organisationen wie der Europarat und die NATO und des Fortschrittes auf dem Weg in die EU, wird jeweils im dritten und im vierten Kapitel eingegangen. Schließlich besteht neben den expliziten Kriterien, die im Artikel 49 VEU niedergelegt sind, eine weitere prinzipielle Konditionalität, die aus dem Wortlaut der Kriterien abgeleitet wird, auf das Wertesystem der EU und ihre Ziele gründet und abhängig von den Verhältnissen, die jedes potentielle Kandidatenland aufweist, spezifisch ausformuliert wird.²⁷

3) Relevante Akteure im Prozess: Werden im hiesigen Sinne jene Akteure bezeichnet, die durch ihren offiziellen Status, ihrer politisch-gesellschaftlichen und/oder wirtschaftlichen

²³ Für alle vier vgl.: Horváth, Z.: Handbook on the European Union. 2005, S. 83; Europa: Zusammenfassung der EU-Gesetzgebung: http://europa.eu/legislation_summaries/enlargement/ongoing_enlargement/l14536_de.htm Zugriff am 25.07.2014.

²⁴ Siehe: Europäische Union: Konsolidierte Verträge. Charta der Grundrechte. 2010, Art. 49 S. 43.

²⁵ Vgl. Kochenov, D.: EU Enlargement and the Failure of Conditionality. 2008, S. 33 f.

²⁶ Vgl. ebd. S. 36 f.

²⁷ Vgl. Kochenov, D. 2008, S. 38 f.; Bogdani, M./ Loughlin, J. 2007, S. 108, 110 f.

Machtstellung im Prozess sowie aufgrund bestimmter strategisch-politischer Interessen gegenüber Albanien, ihre Entscheidungsmacht bzw. Einflussmacht im Prozess wahrnehmen können und wollen, sowie diese auch auszuüben beschließen.

In verschiedenen Studien mit ähnlichem Forschungsgegenstand werden u.a. auch solche Institutionen und Organisationen als Hauptakteure im Integrationsprozess der Balkanländer gezählt, die zwar starken moralischen Einfluss auf bestimmte Protagonisten verüben mögen, jedoch unter keinem Umstand über konkrete Entscheidungsmacht bzw. Zwangsmacht verfügen.²⁸ Meinem Konzept der Relevanz zufolge, müssen die beteiligten Akteure das Kriterium der Verfügbarkeit von Entscheidungs- oder Einflussmacht insoweit erfüllen, dass sie durch eine Kombination aus moralischen, formellen und materiellen Anreizen und Druckmitteln²⁹ einen direkten und ernstzunehmenden Einfluss auf den Integrationsprozess nehmen können – wenn auch ohne Stimmrecht im EU-Integrationsverfahren. In welchem Ausmaß schließlich ein jeder von diesen den Prozess beeinflusst, hängt vorwiegend von der regionalen oder internationalen Situation ab.

Zusätzlich unterscheide ich vor dem Hintergrund einer direkten (Verfügung des Stimmrechts bzw. betroffene Verhandlungspartei im Integrationsprozess) oder indirekten (strategische, politische, wirtschaftliche oder moralische Interessenabwägung verknüpft mit den Ergebnissen des Integrationsprozesses und den beteiligten Parteien selbst) Beteiligungsmöglichkeit im Prozess, zwischen zwei Akteurs-Gruppen: a) Akteure mit direkter Relevanz; b) Akteure mit indirekter Relevanz.

a) Akteure mit direkter Relevanz:

- *Der Europäische Rat*: Weil er zusätzlich zu anderen Funktionen die allgemeine Politikrichtung der Union festlegt, die Verträge kontrolliert und in letzter Instanz

²⁸ Beispielsweise: OSCE, UN, Regionale Arbeitsgruppen, -Foren usw. Siehe hierzu: Hajrullahu, A.: Langfristiger Frieden am Westbalkan durch EU-Integration. 2007, S. 110 f.

²⁹ Vgl. Freyburg, T./ Lavenex, S./ Schimmelfennig, F. u.a.: Neue Wege der externen Demokratieförderung: Demokratisches Regieren in der Europäischen Nachbarschaftspolitik. In: Erdmann, G./ Kneuer, M. (Hrsg.): Externe Faktoren der Demokratisierung. 2009, S. 173.

gemeinsam mit dem Europäischen Parlament, über die Assoziierung oder den Beitritt eines Kandidatenlandes entscheidet.³⁰

- *Der Rat der EU*: Weil dieser als Beschlussfassungsorgan der EU³¹ unter anderem für das Abschließen internationaler Abkommen mit den Drittländern oder anderen Organisationen zuständig ist.³²
- *Das Europäische Parlament (EP)*: Weil es zusammen mit dem Rat Mitentscheidungsorgan bei Assoziierungsabkommen und Beitrittsabschlüssen ist.³³
- *Die EU-Kommission*: Weil sie als Initiativ-, Kontroll- und Exekutivorgan der EU, neben anderem den gesamten Integrationsprozess der beitriftswilligen Staaten überwacht und dem Rat diesbezüglich in regelmäßigen Abständen ihre Analysen über Erfolge oder Misserfolge vorlegt.³⁴
- *Die albanische Regierung*: Weil sie Exekutivorgan des Staates ist und Albanien in allen auswärtigen Beziehungen vertritt. Sie kann zwar nicht mitentscheiden welche Stellung die EU gegenüber dem Land bezieht, doch ihr obliegt die schwierige Rolle den richtigen Weg zwischen Regieren im Sinne der Staatsinteressen und Erfüllung der EU-Konditionalität zu finden. Sie kann innerhalb ihrer kapazitiven Möglichkeiten zum positiven Ausgang des Prozesses beitragen oder diesen durch Fehlverhalten hemmen.
- *Nationale Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten*: Erstens, weil sie von der Integration weiterer Länder in die EU – inklusive Albanien – direkt betroffen sind (Stimmenverteilung, Ressourcenverteilung usw.). Zweitens, weil sie einerseits durch bilaterale Beziehungen mit der albanischen Regierung und andererseits durch ihre Vertretung im Rat der EU den Integrationsprozess Albaniens vielseitig beeinflussen können. Besonders relevant sind im hiesigen Zusammenhang die Regierungen Italiens und Griechenlands weil sie zwei Mitgliedsstaaten vertreten die historisch, politisch und wirtschaftlich immer eng mit Albanien verbunden waren. Folglich hegen diese

³⁰ Vgl. Europäische Union: Konsolidierte Verträge. Charta der Grundrechte. 2010, Art. 15(1), S. 23.; Bergmann, J.: Handlexikon der Europäischen Union. 2012, S. 765 ff.

³¹ Europäischer Rat/Rat der EU: Rat der Europäischen Union: <http://www.consilium.europa.eu/de/council-eu/>.

³² Vgl. ebd.

³³ Vgl. Bergmann, J. 2012, S. 334 f.

³⁴ Vgl. ebd. S. 563-566.

auch intensives Interesse an dem Prozess und können ihn möglicherweise auch stärker beeinflussen.

b) Akteure mit indirekter Relevanz:

- *Die USA*: Weil sie als globale Weltmacht und vor allem als wichtigster strategischer Partner Albaniens sowohl auf die EU-Ebene, als auch auf Albanien großen politischen Einfluss ausüben kann. Die USA verfügen über personelle, logistische, wirtschaftliche und militärische Ressourcen in dem Umfang und in der Qualität, dass sie durchaus im Stande sind, vor allem den albanischen Akteuren sowohl politisch-wirtschaftliche Reize anzubieten – wie Finanzhilfen und militärisch-strategischen Schutz – als auch ernstzunehmenden Einfluss auf diese zu nehmen. Bedenkt man fernerhin das Gesamtvolumen von mehreren hundert Milliarden US-Dollar des bilateralen Handels zwischen den USA und der EU³⁵, sowie den Anteil der USA an den Ausgaben der Mitglieder für die NATO³⁶ – als faktischer Sicherheitsgarant für die euro-atlantische Sphäre³⁷ – ist ein starkes Interesse der USA an den Prozessen der europäischen Integration stets anzunehmen.
- *EU-Bürgerinnen und Bürger*: Die politische Relevanz dieser im Erweiterungsprozess der EU mag angesichts des vieldiskutierten Demokratiedefizits³⁸ auf dieser Ebene umstritten sein. Dennoch ist nicht auszuschließen, dass sie, durch demokratische Mittel der kollektiven Willensbekundung, die Politikrichtung ihrer jeweiligen nationalen Regierungen und auch die des EU-Parlaments beeinflussen können.
- *Albanische Bürger und Bürgerinnen*: Weil sie durch ihren kollektiven Willen, der auf eine bestimmte Wahrnehmung ihrer Interessen gründet, die Politikrichtung ihrer nationalen Regierungen beeinflussen können. So lässt beispielsweise eine seit dem

³⁵ Vgl. DEUUS: EU-US Relations: Trade and Investment. <http://www.euintheus.org/what-we-do/policy-areas/trade-investment-and-business/eu-us-relations-trade-and-investment/>.

³⁶ „Obwohl sie nur eines von 28 NATO-Mitgliedern sind, zahlen die USA zur Zeit 75 Cent von jedem Dollar, den die NATO von ihren Mitgliedern als Beitrag erhält.“ Major, C.: NATO: Die USA und ihre europäischen Zwerge. Berlin, 15.05.2012. In: SWP/DIIPS: Publikationen. <http://www.swp-berlin.org/de/publikationen/kurz-gesagt/nato-die-usa-und-ihre-27-europaeischen-zwerge.html>.

³⁷ Vgl. NATO: Strategic Concept for the Defence and Security of the Members of the North Atlantic Treaty Organization. Adopted by Heads of State and Government at the NATO Summit in Lisbon 19-20 November 2010. S. 6-9.

³⁸ Vgl. u.a. Immerfall, S. 2006, S. 37; Hofbauer, H.: EU – Osterweiterung. 2007, S. 77 f.; Haller, M. 2009, S. 41-44.

Zerfall des Kommunismus fortwährende pro-europäische Stimmung in der Bevölkerung keine alternative Haltung für die größten Parteien im Land gegenüber der EU zu, als die, die seit Einführung der Demokratie allgegenwärtig ist, nämlich, die absolute Zustimmung für die Mitgliedschaft darin. Wahrscheinlich erhöht dies zudem die Möglichkeit der EU-Institutionen auf die Regierungen Albaniens politischen Druck zu üben.

- *Wichtigste Führungspersönlichkeiten*: Weil gewisse Persönlichkeiten solche offiziellen Machtpositionen im Entscheidungsprozess beziehen und über ausreichend Charisma und persönliche Durchsetzungskraft verfügen, dass sie entscheidende Entwicklungen in die Wege leiten können.³⁹ Zu diesen elitären Persönlichkeiten würden laut dieser Definition Regierungschefs der Mitgliedsstaaten und Albaniens, Rats- und Kommissionsmitglieder sowie EU-Parlamentarier gehören.⁴⁰
- *Elitäre Persönlichkeiten, Verbände oder Konzerne*: Weil sie innerhalb ihrer jeweiligen Gesellschaften über reichlich materielle, wirtschaftliche, informative, intellektuelle oder kulturelle Ressourcen und infolgedessen über solche Macht verfügen, dass sie ihre Ansprüche an politische Prozesse geltend machen können. Hierzu gehören beispielsweise Großbesitzer, starke Unternehmen, Lobbygruppen, oppositionelle Verbände, Medien usw.⁴¹

Kenntnisse über die Tiefe der Demokratietradition und der sozial-politischen Aufgeklärtheit (gilt für die jeweiligen Bevölkerungen!), über die konkreten Positionen in der Machthierarchie (gilt für Führungspersönlichkeiten!), über das Kapital (gilt für elitäre Akteure ohne formellen Zugang zu Politik!) oder das Ausmaß einer zivilen oder militärischen Präsenz in Albanien, über die getätigten oder mitfinanzierten Investitionen im Land sowie über die Anzahl und die Natur der abgeschlossenen Verträge mit dem albanischen Staat (gilt für Staaten und internationale Organisationen!), ließen das jeweilige Einflusspotential der als relevant identifizierten Akteure erschließen. Hieraus abgeleitete Annahmen lauten:

³⁹ Vgl. Haller, M. 2009, S. 75 ff.

⁴⁰ Vgl. ebd. S. 74.

⁴¹ Vgl. ebd. S. 79.

- Je größer die zivile und militärische Präsenz im Land, desto größer der Einfluss.
- Je größer das Kapital oder der Umfang der Investitionen, desto höher die Intervention und die Bereitschaft eigene Investoren und Investitionen zu schützen.
- Je höher die Zahl von Verträgen in mehreren Bereichen, desto enger und langfristiger die Interessenverflechtung zwischen den Vertragsparteien.
- Je mehr Erfahrung mit einem westlichen Demokratiemodell und je höher der Grad der Aufklärung, desto größer der Einfluss der Bevölkerung im politischen Prozess.

4) Interessen: Unter Interessen wird sowohl die Gesamtheit aller Ziele und Absichten von relevanten Akteuren im Prozess verstanden, die mit der Erweiterungsstrategie der EU und der dafür festgelegten Konditionalität im Einklang sind, als auch die Gesamtheit dieser, die nicht auf die Kopenhagener Konditionalität und die aus ihr abgeleiteten Prinzipien gründen bzw. nicht durch sie zu rechtfertigen sind oder dieser Konditionalität gar zuwider laufen. Dabei werden weder negative (Rückschläge, Verzögerung) noch positive (Beschleunigung) Auswirkungen dieser im Integrationsprozess ausgeschlossen. Jedenfalls gilt es im Folgenden, auf dieser Definition basierend, die Trennlinie zwischen den aus der formellen Konditionalität herzuleitenden Interessen und den mit der Konditionalität nicht kompatiblen Interessen konkret auf die definierten Akteure bezogen, zu ziehen.

a) Konditionalität-kompatible Interessen:

- Die EU und ihre Institutionen arbeiten für die Realisierung der Unionsziele. Diese wurden zuerst im Artikel B des Vertrags über die Europäische Union definiert, der am 7. Februar 1992 in Maastricht unterschrieben wurde.⁴² Zu den Zielen gehörten: die Förderung des sozialen und wirtschaftlichen Wohlstands; das Auftreten mit einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik; die Einführung einer Unionsbürgerschaft bei gleichzeitiger Stärkung des Schutzes der Unionsangehörigen; eine engere Zusammenarbeit im Bereich der Justiz und des Inneren; die vollständige Erhaltung und Weiterentwicklung des gemeinschaftlichen

⁴² Siehe: Rat der Europäischen Gemeinschaften/ Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Vertrag über die Europäische Union. 1992.

Besitzstandes.⁴³ Diese Ziele wurden durch den Lissaboner Vertrag präzisiert und näher ergänzt. Zusammengefasst lassen sich die Hauptziele der EU aus dem Artikel 3(1) VEU lesen:

„Ziel der Union ist es, den Frieden, ihre Werte und das Wohlergehen ihrer Völker zu fördern.“⁴⁴

Hinsichtlich der Zukunftsziele der EU ist es spätestens seit dem Europäischen Rat von Feira im Juni 2000 bestätigt worden, dass die vollständige Integration der Balkanländer bis hin zur Mitgliedschaft, eine Priorität der EU bleibt und somit kompatibel mit den Grundzielen der Union ist. Hierzu legt Artikel 49 VEU fest, unter welchen Voraussetzungen diese Länder der Union beitreten können. Dadurch kann theoretisch erwartet werden, dass das Interesse der Union diesbezüglich einheitlich ist und darin besteht, einen Beitrittswilligen – konkret Albanien – durch mehrere für das Ziel entwickelte politische und wirtschaftliche Instrumente vor der Aufnahme in die EU, zum Umsetzer und Förderer der oben genannten Ziele und Standards zu befähigen.⁴⁵ Somit wäre im Fall eines erfolgreich abgeschlossenen Integrationsprozesses für alle Beteiligten eine Mehrwertschöpfung zu erwarten.

- *Die albanische Regierung:* Von dieser wird verfassungsgemäß erwartet, dass sie die Hauptrichtung der gesamten Staatspolitik festlegt, die Ausführbarkeit der Gesetzgebung gewährleistet und im Interesse des Landes handelt.⁴⁶ Da von Anbeginn des Pluralismus die Aneignung westlicher Werte und die Integration in den euro-atlantischen Strukturen angesagt waren und dies eine eindeutig mehrheitliche Unterstützung der Bevölkerung genoss, ist zumindest zu erwarten, dass die bisherigen Regierungen des Landes darum bemüht waren und es weiterhin sind, ihr maximales Potenzial zur Erfüllung der aus der Konditionalität erwachsenden Verpflichtungen auszuschöpfen, damit der Prozess möglichst schnell und qualitativ voranschreitet. Gleichzeitig kann von der Regierung des Landes erwartet werden, dass es das Gleichgewicht findet, zwischen Erreichung des Wohlergehens für die eigene Bevölkerung einerseits und der erfolgreichen Durchführung der notwendigen Reformen

⁴³ Vgl. ebd. Art. B, S. 7 f.

⁴⁴ Europäische Union: Konsolidierte Verträge. Charta der Grundrechte. 2010, Art. 3(1), S. 17.

⁴⁵ Siehe: EC: KOM (2003) 285 endgültig, Brüssel, den 21.5.2003, S. 2 f.

⁴⁶ Vgl. Kushtetuta e Republikës së Shqipërisë (Verfassung der Republik Albanien), Pjesa e Pestë: Këshilli i Ministrave (5. Teil: Der Ministerrat), Neni 100, 102, 107 (Artikel 100, 102, 107).

andererseits. Inwieweit dies der tatsächlichen Entwicklungen entspricht, soll durch die Analyse beleuchtet werden.

- *Nationale Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten*: Von diesen ist offiziell eine Identifizierung mit und Unterstützung der gemeinsamen Ziele und Vorgehen der Union zu erwarten, wie es auch im Artikel 24(3) VEU vorgesehen ist. Das bedeutet, dass beim Vorschlag der Kommission die Beziehungen zu Albanien auf einer höheren Stufe zu heben, bei Zustimmung des EU-Parlaments und schließlich Genehmigung des Europäischen Rats aufgrund nachweisbarer Erfüllung der vorgesehenen Kriterien, alle Regierungen die jeweiligen Abkommen die daraus resultieren unterzeichnen und innerhalb der vertraglich vorgesehenen Zeit ratifizieren.

b) Konditionalität-inkompatible Interessen:

- *Die EU und ihre Institutionen* verwalten und koordinieren den gesamten Integrationsprozess. Mehrere Instrumente, die durch große Gelder finanziert werden mussten, wurden für die graduelle Heranführung Albaniens entwickelt. Diese Projekte und Hilfeleistungen sollten sowohl das dramatische Wirtschaftsvakuum abbauen, als auch eine neue politisch-ökonomische Realität in Albanien einführen, die dem Standard Westeuropas zu entsprechen hatte.⁴⁷ Die verlangte Schnelligkeit und die Tiefe des Wandels könnten jedoch Kriterien gewesen sein, die nicht unbedingt aus folgerichtigen Überlegungen und Abschätzungen der wahren Situation Albaniens abgeleitet waren, sondern im Gegenteil, vor dem Hintergrund der Interessenlage bestimmter Kreise bestimmt wurde, die ihren Einfluss auf die EU-Strategiebildung üben konnten.⁴⁸ Folglich wäre der ausbleibende Fortschritt im Prozess in so einem Fall primär auf momentane politische und wirtschaftliche Interessen und Überlegungen zurückzuführen. Andererseits könnte eine Beschleunigung in der einen oder anderen Phase des Prozesses, ohne dieses wirklich durch nachweisliche Fortschritte Albaniens in den betroffenen Bereichen zu begründen, unter anderem als ein Indiz dafür gelten, dass gewisse Beauftragte der EU die tatsächliche Lage entweder falsch begriffen hatten oder durch positive Berichte ihren eigenen Leistungserfolg zu untermauern versuchten – eine Attitüde

⁴⁷ Vgl. Bogdani, M./ Loughlin, J. 2007, S. 209 f.

⁴⁸ Siehe hierzu: Haller, M. 2009, S. 51 ff, 166-170; Hofbauer, H. 2007, S. 49 ff, 73 ff.;

die nicht mehr und nicht weniger als ihre Position im Prozess zu garantieren gedient hätte.⁴⁹ Darüber hinaus ist es angesichts des wachsenden Skeptizismus und der Kritik gegenüber der als „überschnell“ betrachteten Ost- und Südosterweiterung stets im Interesse der EU gewesen, die Fortsetzung des Erweiterungsprozesses als den richtigen Weg für ganz Europa zu präsentieren. Eben das wäre in der Regel ein schwieriges Unterfangen, wenn neben dem geleisteten Aufwand in Zeit und Ressourcen, keine nennenswerte „Fortschritte“ zu verzeichnen wären, die den Aufwand rechtfertigen, selbst wenn diese nicht dem erwünschten Ausmaß entsprächen. Schließlich könnte eine Anerkennung oder Aberkennung von Erfolgen Albaniens von einer gesamten Regionalstrategie abhängig sein. Das bedeutet, dass die EU insgesamt keine Gefahr eingehen möchte, ein beitrittswilliges Land auf dem Weg der Reformen und Standardangleichung zu demotivieren, indem es dem einen oder dem anderen Kandidatenland mehr Zugeständnisse macht und somit ungleiche Rhythmen der Integration schafft, obwohl in allen ihren offiziellen Unterlagen und Stellungnahmen die Fortsetzung des Prozesses nach Verdienst stark betont wird.⁵⁰

- *Die albanischen Regierungen und die oppositionellen Kräfte.* Während die jeweiligen Regierungen an der Macht von Beginn an zweifelsohne Interesse daran hegten, während der eigenen Regentschaft möglichst viele und bedeutsame Schritte im Integrationsprozess zu erzielen,⁵¹ schien die Opposition hingegen mehr darum bemüht zu sein, der regierenden Mehrheit jegliche Erfolge abzusprechen und die Bevölkerung im eigenen Interesse über eine vermeintliche Notwendigkeit eines baldigen Machtwechsels zu überzeugen. Der EU-Integrationsprozess entwickelte sich somit allmählich zu einer Art Handelsware im rauen Politikmarkt Albaniens.⁵² Es war und bleibt ein anhaltender Machtkampf zwischen den Kräften, der aber, aufgrund der kommunistischen Vergangenheit und der damals herrschenden Mentalität, mehr und mehr an solchen Konturen gewann, dass er einer politischen Normalentwicklung oft im Wege stand. Dadurch sind viele Handlungen oder

⁴⁹ Vgl. Ruli, G./ Belortaja, S.: Albania – the difficult road towards lasting growth. In: Preuss, W./ Bianku, L.: Monitoring Albania's Path to European Integration. 2003, S. 31 ff.

⁵⁰ Vgl. Bogdani, M./ Loughlin, J. 2007, S. 119.

⁵¹ Vgl. ebd. S. 116.

⁵² Siehe: Milo, P.: Albania in its long and difficult road into European Integration. In: Preuss, W./ Bianku, L.: Monitoring Albania's Path to European Integration. 2003, S. 16.

Unterlassungen der Regierungen, die unmittelbar oder mittelbar die Erfüllung von EU-Kriterien behinderten, auf den Versuch von Individuen oder Gruppen innerhalb der Regierung und des gesamten Staatsapparats primär eigene und vetternwirtschaftliche Interessen zu befriedigen, zurückzuführen. Ähnliches gilt für die Opposition, die ihrer erwarteten Rolle als konstruktive interessenverteidigende Instanz der Bevölkerung und des Landes mit ihrem Boykott und der aggressiven Oppositionsführung kaum gerecht wurde.⁵³ Wichtig ist hierbei zu erwähnen, dass überdies eine aus EU-europäischer Sichtweise *unerwünschte* oder besonders *erwünschte* Außenpolitik Albaniens verantwortlich für das eine oder andere Ergebnis im Prozess gewesen sein könnte. Dieses gilt vor allem für die Beziehungen Albaniens mit Ländern außerhalb Europas.

- *Die nationalen Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten:* Insgesamt hatte Albanien unter allen seinen Regierungen eine positive Annäherung zu allen Ländern EU-Europas. Dennoch bestand immer die Möglichkeit, dass bestimmte Umstände und Interessenkonstellationen die politische Lage zu einem Land verkomplizierten. So war es beispielsweise im Fall des Streites zwischen dem Staat Albanien und dem überwiegend staatlichen Energieunternehmens ČEZ, in dem Tschechien mit dem Veto gegen den „Kandidatenstatus“ drohte.⁵⁴ Ähnliche Fälle hatte es auch in der Vergangenheit zwischen Italien und Slowenien oder Slowenien und Kroatien gegeben.⁵⁵ Verschiedene Mitgliedsstaaten könnten also aufgrund ihrer geographischen Nähe oder ihres politisch-strategischen Interesses unterschiedlich stark geneigt oder abgeneigt sein, den Integrationsprozess des Westbalkans als Ganzes und Albaniens speziell vorankommen zu lassen. Auch ein Abwägen ihrer eigenen wirtschaftlichen Schwächen und Stärken in einem bestimmten Bereich und der daraus folgenden Besorgnis, durch eine weitere Erweiterung der EU weniger von der Umverteilung der Unionsgelder zu erhalten oder gar direkte Konkurrenz von den Neuanrückömmlingen in dem einen oder andern Bereich zu bekommen, dürfte aus

⁵³ Vgl. Milo, P. a.a.O. 2003, S. 16.

⁵⁴ Siehe: Prager Zeitung: Albanien reicht ČEZ die Hand, 23.10.2013

<http://www.pragerzeitung.cz/index.php/home/wirtschaft/16856-albanien-reicht-cez-die-hand>. Top Channel: Çekia, presion për statusin („Tschechien, Druck wegen Status“), 09.06.2014 <http://top-channel.tv/lajme/artikull.php?id=279460>.

⁵⁵ FAZ.NET: Slowenien bremst Kroatien aus. 19.12.2008 <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/eu-beitrittsverhandlungen-slowenien-bremst-kroatien-aus-1624375.html>.

rationalistischer Sicht entscheidend zu ihrer positiven oder negativen Stimmung beitragen.⁵⁶ Es ist jedoch davon auszugehen, dass die meisten Mitgliedsländer, vor allem die, die geographisch entfernter und politisch oder wirtschaftlich weniger direkt davon betroffen sind, wie schnell oder langsam Albanien seinen Weg in die EU findet, prinzipiell eine neutrale Einstellung zum Prozess haben. Das bedeutet, dass im Falle eines glaubwürdigen Nachweises der Fortschritte Albaniens seitens der Kommission und der positiven Berichte von den eigenen Diplomaten im Land, diese Länder nicht zu hindernden Eingriffen im Prozess geneigt wären.

Die Haltungen Griechenlands und Italiens stellen hingegen ein besonderes Untersuchungselement dar, da diese beiden geographisch, historisch, sozial und politisch die engsten Verbindungen zu Albanien aufweisen. Ein stabiles und entwickeltes Albanien unter dem Schirm der EU würde für beide Länder die Gefahr der illegalen Emigration, des illegalen Handels und der organisierten Kriminalität spürbar reduzieren sowie gleichzeitig größere Kapitalinvestitionen dieser Länder in Albanien ermöglichen. Aus dieser Sicht mag es immer die Tendenz beider Länder gewesen sein, den Integrationsprozess Albaniens zu beschleunigen und sich dementsprechend auch auf der EU-Ebene dafür stark gemacht zu haben.⁵⁷ Gleichzeitig gibt es auch ungelöste Konfliktpunkte die womöglich den Prozess beeinträchtigt hatten. An dieser Stelle soll ein kurzes Resümee des Verhältnisses Albaniens zu beiden Ländern gezogen werden, um anschließend zu überprüfende Vermutungen über eine charakteristische Haltung des jeweiligen Landes im Prozess aufstellen zu können:

(a) *Italien:*

- *Historisch:* Bezog seit der Gründung des albanischen Staates im Jahr 1912 eine unterstützende Rolle – verständlicherweise aus strategischen Gründen und aus den politisch-militärischen Gegebenheiten, die Italien zusammen mit Österreich-Ungarn und Deutschland an der Seite des Dreibundes und den entsprechenden Plänen für den Balkan positioniert hatte.⁵⁸ Der militärische Überfall während des zweiten Weltkrieges,

⁵⁶ Vgl. Schimmelfennig, F. a.a.O. 2005, S. 146 f.

⁵⁷ Vgl. Milo, P. a.a.O. 2003, S. 20.

⁵⁸ Siehe: Löhr, H. C.: Die Gründung Albaniens. 2010, S. 26 ff.

erfolgte im Kontext einer imperialistischen Macht die mehrere Gebiete unter die eigene Herrschaft bringen wollte. Ein halbes Jahrhundert eiserner kommunistischer Diktatur in Albanien hatte die traditionellen Beziehungen zu Italien auf einen Tiefpunkt gesenkt, was aber Italiens intensives Engagement für Albanien unmittelbar nach der Wende nicht hindern würde.⁵⁹

- *Sozial und Politisch:* Die allseitigen Beziehungen zu Italien genießen aus der Sicht der albanischen Regierung oberste Priorität und werden als Teil einer strategischen Partnerschaft gesehen. Die „Arbëreshët“, eine albanische Minderheit, die sich im Laufe des 14. und 15. Jahrhundert in Kalabrien und Sizilien ansiedelte, konnte ihre Kultur und Sprache seit Jahrhunderten ungehindert aufbewahren und pflegen. Sie gelten als Katalysator der engen Beziehungen zwischen beiden Völkern. Fernerhin lässt die Distanzierung Italiens von der Vergangenheit einerseits und die Adria als klare natürliche Grenze zwischen beiden Ländern andererseits, keine territoriale Unklarheit offen. Schließlich gibt es mittlerweile nur wenige Bereiche, in denen kein bilaterales Abkommen zwischen beiden Ländern unterzeichnet wurde.⁶⁰ Kulturelle Verbände auf beiden Seiten der Adria sichern und fördern die enge Zusammenarbeit in jedem Bereich.
- *Wirtschaftlich:* Um über die wirtschaftliche Bedeutung Italiens für Albanien zu urteilen, genügt es vorläufig die statistischen Daten des Export-Import-Volumen zwischen beiden Ländern anzusehen. Diesen Statistiken ist zu entnehmen, dass vom Jahr 1993 bis 2014 der Export nach Italien rund 61% des gesamteuropäischen Exportwertes ausmachte und der Import rund 35%. Dies positioniert Italien eindeutig auf dem ersten Platz und deutet auf die Intensität der wirtschaftlichen Verflechtung beider Länder hin.⁶¹

⁵⁹ Vgl. Fera, G. (Hrsg.)/ Simone, N.: Itali-Shqiperi, ura qe lidh Bashkimin Evropian me Ballkanin. (Italien-Albanien, die Brücke die EU mit Balkan verbindet). 2011, S. 37, 48 ff.

⁶⁰ Siehe ebd. S. 48-111.

⁶¹ Die statistischen Daten sind bei „INSTAT-Tregtia e Jashtme (Außenhandel)“ unter <http://www.instat.gov.al/al/themes/tregtia-e-jashtme.aspx?tab=tabs-5> abrufbar. Die Werte sind in Mio. Lek dargestellt (alb. Währungseinheit: 1 EUR entspricht ca. 139 Lek). Die Prozentsätze ergeben sich aus eigener Berechnung!

(b) Griechenland:

- *Historisch:* Gegenseitige territoriale Ansprüche zwischen beiden Ländern entstanden spätestens mit der Unabhängigkeitserklärung Albanien im Jahr 1912. Seit dem ersten Balkankrieg im Jahr 1912 und bis zum Ende des 2. Weltkrieges, wurden von griechischer Seite mehrere militärische Übergriffe und Souveränitätsverletzungen verzeichnet.⁶² Während der kommunistischen Diktatur in Albanien, blieben diese Verhältnisse abwechselnd mal angespannt und mal ruhig. Nur mit dem Zusammenbruch des Kommunismus in Albanien intensivierten sich allmählich die Beziehungen zwischen beiden Ländern, nicht zuletzt wegen der hohen Einwanderung vieler Albanerinnen und Albanern nach Griechenland.
- *Sozial und Politisch:* In den letzten zwei Dekaden waren albanische Regierungen in der Regel stark darum bemüht, ein freundschaftliches Verhältnis zu Griechenland aufzubauen. Diese Bemühungen erlitten jedoch mehrere Rückschläge, da Unstimmigkeiten politischer und sozialer Natur, entweder gar nicht adressiert oder oberflächlich behandelt wurden. Diesen Schwankungen in den Beziehungen lagen hauptsächlich folgende Themen zugrunde: die Tschamen-Frage (alb. Çështja Çame); die Diskussion über die wahre Anzahl der griechischen Minderheit in Albanien und über die Grenzen ihres Siedlungsgebiets; die politischen Rechte der griechischen Minderheit bzw. deren Vertretung auf höheren Ebenen des Staates; illegale Grenzübergänge und die Frage der Emigration als Ganzes; der diplomatische Kurs der jeweiligen Regierungen an der Macht.
- *Wirtschaftlich:* Aus derselben Quelle für Statistiken kommt hervor, dass das Export-Volumen mit Griechenland ungefähr 8 % und das Import-Volumen ungefähr 18 % des gesamten Handelsvolumens mit dem EU-Raum ausmachen.⁶³ Damit nimmt Griechenland den zweiten Platz unter den wichtigsten Wirtschaftspartnern Albanien ein. Darüber hinaus waren die Devisen, die albanische Emigrantinnen und

⁶² Vgl. u.a. Löhr, H. C. 2010, S. 173-181.

⁶³ Vgl. INSTAT-Tregtia e Jashtme (Außenhandel). a.a.O.

Emigranten ihren Familien von Griechenland aus zukommen ließen, für längere Zeit eines der wichtigsten Mittel zur internen Wirtschaftsförderung gewesen.⁶⁴

Aus den vorhin genannten Gründen entsteht die generelle Annahme, dass beide Länder seit der politischen Wende in Albanien fortwährend einen Anreiz dazu hatten, sei dies aus kurz- oder langfristigen Interessen, aus materieller oder ideologischer Motivation, eine intensivere Rolle im Integrationsprozess Albaniens zu übernehmen. Italien machte es sich zur Aufgabe, Albanien bei der Stärkung des Rechtsstaates zur Seite zu stehen. Zu diesem Zweck wurden Finanzhilfen geleistet und personeller und logistischer Aufwand betrieben. Zudem wurden Schwierigkeiten, denen Albanien ausgesetzt war, als Probleme aufgefasst, die es gemeinsam zu behandeln galt. Auf der anderen Seite erlebten die Beziehungen zu Griechenland, anders als mit Italien, mehrere Tiefen, die ihre Wurzeln in den ungelösten *Konflikten* zwischen beiden Ländern hatten. Die Informationsanalyse soll diesbezüglich Auskunft darüber geben, inwieweit sich die Positionen der beiden Länder im Integrationsprozess Albaniens aufgrund dieser Hintergründe unterschieden und ob die Unterstützung im Integrationsprozess unter Umständen an eigene, mit der Konditionalität nicht in Verbindung stehende Vorbedingungen, geknüpft wurde.

- *Die strategischen Interessen der USA in Bezug auf Albanien:* Die USA als größte Weltmacht ist zweifelsohne an zuverlässigen und stabilen Partnern in Europa interessiert. Ein begehrter strategischer Stützpunkt bleiben, wie schon längst, der Balkan und das Adriatische Meer. Die Entwicklungen der 1990er Jahre auf dem Balkan ließen intensive Beziehung zwischen den USA und Albanien entstehen, in der die USA Albanien politisch und finanziell massiv unterstützten, zur Lösung des Kosova/o-Konflikts⁶⁵ herbeieilten und Albanien sich im Gegenzug, bereits nach der Wende und noch stärker nach dem Terroranschlag vom 11. September, an die Seite der USA stellte.⁶⁶ Aus wichtigen Kreisen der US-amerikanischen Politikberatung kommt hervor, dass diese, die EU-Perspektive für die endgültige

⁶⁴ Vgl. Ruli, G./ Belortaja, S. a.a.O. 2003, S. 26.

⁶⁵ Es wird in diesem Text bewusst durchgehend die doppelte Endung verwendet, um den Empfindlichkeiten der involvierten Interessensparteien in der Kosova/o-Frage gerecht zu werden.

⁶⁶ Vgl. Zela, G./ Golemi, Z.: Albania's Alliance with United States of America After the Cold War. In: MCSER Publishing: Academic Journal of Interdisciplinary Studies, Vol. 3, No. 4, 2014, S. 279-282.

Stabilisierung und sog. Verwestlichung des Balkans und Albaniens speziell, als die beste Alternative betrachten und diese auch zu unterstützen entschlossen sind.⁶⁷ Gleichzeitig soll keine Entwicklung die Grundlagen für deren verstärkte Präsenz in diesem Raum in Frage stellen. Demzufolge ist zu erwarten, dass die USA ihre politische Stärke zur Beeinflussung des Integrationsprozesses Albaniens in den euro-atlantischen Strukturen angewendet haben. Das Ausmaß dieser Intervention, dürfte allerdings von der Vereinbarkeit der Interessen beider gewesen sein, der USA und der EU. Das Ziel ist es daher zu durchleuchten, ob eine Intervention der USA im Prozess vor dem Hintergrund ihrer Interessen überhaupt stattgefunden hat.

2.3 Methodik und Strukturierung

Es galt zu beachten, dass Albaniens EU-Integrationsprozess zweifelsohne Ähnlichkeiten mit den Prozessen anderer Länder aufwies, doch bestanden zur gleichen Zeit auch landesspezifische Rahmenbedingungen, die dem Fall seine Besonderheiten verliehen.

Der offiziell zu erwartende Mechanismus lautete folgendermaßen: Die Erfüllung von bestimmten Voraussetzungen zum gegebenen Zeitpunkt, müsste für Albanien auch den im Voraus definierten Fortschritt im Prozess herbeiführen. Eine unklar vordefinierte „Belohnung“ oder ein insgesamt unverhältnismäßiges Entscheidungsergebnis für den weiteren Verlauf, wurden somit als Hinweise darauf genommen, dass verdeckte Mechanismen bzw. Konditionalität-inkompatible Interessen der Beteiligten dafür verantwortlich waren.⁶⁸

Das Ziel dieser Arbeit bestand folglich darin, die Frage nach eben diesen speziellen Mechanismen, deren Ursprung und Wirkungsrichtung – welche den Verlauf des Prozesses seit seinem Anfang bestimmt haben – anhand von erhobenen Fakten über Voraussetzungen, Rahmenbedingungen, involvierten Akteuren und potentiellen einflussnehmenden Interessen zu beantworten. Um dieses zu erreichen, bediente ich mich eines unter qualitativen Forschungsrichtungen weitverbreiteten Verfahrens, der Prozessanalyse („*process tracing*“). Das bedeutet, dass der gesamte Prozess der graduellen Annäherung Albaniens an die EU in

⁶⁷ Vgl. Emerson, M.: A European Perspective on the Balkans. In: Zoellick, R. B./ Zelikow, P. D.: America and the Balkans: Memos to a President. 2001, S. 89 ff., 95 f.

⁶⁸ Diese gründen auf die bereits präzisierten Interessen.

seinen zeitlichen Abläufen und Komponenten – Kopenhagener Konditionalität, politisch-wirtschaftlicher Kontext der Region, historische Vergangenheit, festgesetzte Entscheidungsstruktur usw. einerseits und Kriterien-Erfüllung, Ressourcenverteilung, Präferenzen-Konstellation, Fortschrittsgeschwindigkeit usw. andererseits – untersucht wurde.⁶⁹

Zu diesem Zweck wurde der Prozess bereits zu Beginn der Forschungsarbeit in mehrere Hauptmomente unterteilt, wo jeder auf das Gewicht des jeweiligen Ereignisses für den weiteren Verlauf hindeutete. Ferner wurden die zu verwendeten Schlüsselbegriffe inhaltlich präzisiert und anschließend, gestützt auf die vorangehenden, erläuterten, theoretischen Ausgangsperspektiven, teilweise Erwartungen über das mögliche Verhalten der Beteiligten Akteure formuliert.⁷⁰ Hilfreich waren für diese theoretische Konzeptualisierung und Eingrenzung des Problems – wobei das Auslassen einiger historischer Zusatzinformationen in Kauf genommen werden musste – auch bereits vorhandene Kenntnisse über Entwicklungen, die ich in Albanien als Zeitzeuge aus nächster Nähe mitverfolgen konnte, sowie eine vorangegangene gezielte und gründliche Recherche in den zugänglichen Datenquellen über die Sachverhalte. Für das weitere Vorgehen wurden für jeden bezeichneten Einschnitt, unter Mitberücksichtigung des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Gesamtzusammenhangs, die Handlungen der Akteure sowie die Entwicklungen bzw. Konsequenzen dieser Handlungen untersucht. Nicht nur die Endergebnisse ihrer Interaktion und die jeweiligen rhetorischen Begründungen, sondern auch die herrschenden Verhältnisse vor dem und bis zum Zeitpunkt einer Entscheidung oder Handlung. Der Prozess sollte somit mithilfe des erhobenen Datenmaterials rekonstruiert werden, damit politische, ökonomische, finanzielle, juristische und soziale Verhältnisse als Kernelemente der Integrationskonditionalität, begreifbar und bewertbar gemacht werden konnten. War dies geschehen, wurden dann jene Behauptungen herangezogen, die einer jeden Entscheidungsrunde im Prozess folgten und mit den Inhalten aus der Rekonstruktion des Prozesses verglichen. Ergab sich größtenteils eine

⁶⁹ Zum Vergleich siehe: Schimmelfennig, F.: Prozessanalyse. In: Behnke, J./ Gschwend, T./ Schindler, D./ Schnapp, K.U.: Methoden der Politikwissenschaft: neuere qualitative und quantitative Analyseverfahren. 2006, S. 263.

⁷⁰ Anlehnung an: George, A.L./Bennett, A.: Case Studies and Theory Development in the Social Sciences. 2005, S. 206, 210 ff., 217.

inhaltliche Kongruenz aus diesem Vergleich, war davon auszugehen, dass vorwiegend die rigorose Anwendung der Konditionalität und die dafür erschaffenen Bewertungsinstrumente maßgeblich für die Entscheidung waren. Ließ sich hingegen eine Diskrepanz zwischen der Entscheidung bzw. den Begründungen und den erkannten Sachverhalten in den erwähnten Bereichen feststellen, wurde hingegen schlussgefolgert, dass womöglich Motive mit einem ideellen und/oder materiellen Hintergrund, der nicht Konditionalitäts-kompatibel war, die Entscheidung der Akteure maßgeblich beeinflusste. Folgendes Schema fasst die Logik der Analyse zusammen:

		Wurden die Kriterien seitens Albanien erfüllt?	
		JA	NEIN
Machte die EU weitere Zugeständnisse an Albanien bzw. schritt der Integrationsprozess voran?	JA	^A Konditionalitäts-kompatibler Prozessverlauf.	^B Konditionalitäts-inkompatible Interessen dürften zur Begünstigung geführt haben.
	NEIN	^C Konditionalitäts-inkompatible Interessen dürften zur Benachteiligung geführt haben.	^D Konditionalitäts-kompatibler Prozessverlauf. Albanien erfüllte nicht die für den bevorstehenden Fortschritt festgelegten Kriterien.

Tabelle 1: Ausgangsszenarios für den Integrationsprozess

Über das Datenmaterial

Das erhobene Datenmaterial umfasst offizielle Unterlagen der EU-Institutionen und Regierungen, Studien von unabhängigen Forschungsinstituten bzw. Denkfabriken, Studien von einzelnen Experten, sowie fachspezifische Sekundärliteratur. In Anbetracht des mangelnden Zugangs zu den „rohen“ Daten, die aus den Handlungen und Verhandlungen der direkt involvierten Akteure auf höherer Ebene stammen oder zu weiteren Unterlagen die nur für „internen Konsum“ vorgesehen sind, war die Analyse stark auf eine breite

Berücksichtigung der soeben erwähnten Informationsquellen angewiesen. Der Zugang zu diesen wurde von mehreren Bibliotheken und Institutionen in Albanien und Österreich sowie über das Internet ermöglicht. Verwendete Materialien waren in albanischer, deutscher, englischer und italienischer Sprache. Komplementär zu den bisher genannten Quellen wurden auch Informationen aus einigen Experteninterviews gewonnen. Die zu befragenden Personen wurden nach Relevanz ihres angenommenen Wissens bzw. ihrer beruflichen Tätigkeit für diese Forschung ausgesucht. Aktive Tätigkeit in der Politik oder in der professionellen Expertise in einem oder mehreren der folgenden Bereiche wurde vorausgesetzt:

- Innere und äußere Angelegenheiten Albaniens
- EU-Integration/ NATO-Integration

Es wurden qualitative Leitfadeninterviews durchgeführt, bei denen den jeweiligen Gesprächspartnern offene Fragen über oben erwähnte Themenbereiche gestellt wurden.⁷¹ Die Durchführung der Interviews war von der Erreichbarkeit und vor allem der Bereitschaft der ausgewählten Interviewpartner abhängig. Folgende Personen konnten interviewt werden:

Majlinda BREGU, PhD: *Derzeitiger Aufgabenbereich:* Parlamentsabgeordnete der Demokratischen Partei Albaniens; Vorsitzende des Parlamentsausschusses für Integration sowie der Gruppe der Albanisch-Italienischen-Freundschaft. *Früherer Aufgabenbereich:* Ministerin für Europäische Integration; Vorsitzende der albanischen Parlamentsdelegation im Europäischen Parlament.

Dr. Shpresa KURETA: *Derzeitiger Aufgabenbereich:* Albanische Botschafterin für Polen, Ukraine und die Baltischen Staaten. *Früherer Aufgabenbereich:* Botschafterin Albaniens in Österreich; Vorsitzende der Abteilung für regionale Angelegenheiten und Nachbarstaaten im Außenministerium; Direktorin für Südosteuropa im Außenministerium; Koordinatorin für „NATO Membership Action Plan“ der Abteilung für die NATO-Integration im Außenministerium.

⁷¹ Für eine gute Beschreibung der Experteninterviews als qualitative Erhebungsmethode siehe u.a.: Gläser, J./ Laudel, G.: Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse. 2004, S. 38 ff, 107-116.

Prof. Dr. Paskal MILO: *Derzeitiger Aufgabenbereich:* Parteiobmann der Partei Soziale Demokratie Albaniens; Historiker und politischer Analyst; Unterhält Professuren/Gastprofessuren an mehreren Universitäten. *Früherer Aufgabenbereich:* Minister für Äußere Angelegenheiten; Parlamentsabgeordneter; Professor/Gastprofessor an mehreren Universitäten.

Gledis GJIPALI: *Derzeitiger Aufgabenbereich:* Geschäftsführer von „European Movement in Albania“ (gemeinnützige Einrichtung, Denkfabrik und Interessenvertretung im Bereich der EU-Integration); Albanien-Analyst im Auftrag von Freedom House. *Früherer Aufgabenbereich:* Experte im Ministerium für Europäische Integration, Abteilung für die Angleichung der Rechtsvorschriften sowie Abteilung für Justiz und Inneres.

Die vollständigen Interviews wurden transkribiert bzw. strukturiert und in der Originalsprache gespeichert.

3. Die ersten Schritte zu einer zerbrechlichen Demokratie: Gesellschaft, Akteure, innen- und außenpolitische Entwicklungen

Die ohnehin – trotz aller Teilerfolge gemessen an den damaligen Verhältnissen⁷² – brüchigen Demokratiekonzepte, die das Land in kurzfristigen Intervallen in den 1920er und 1930er Jahren erfahren hatte, waren allzu schnell durch die Folgen des Zweiten Weltkriegs und des totalitären Regimes, das sich darauffolgend etablieren konnte, aus dem Bewusstsein der Menschen verdrängt worden.⁷³ Ein nahezu halbes Jahrhundert eiserner kommunistischer Diktatur unter den Bedingungen einer politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Selbstisolation,⁷⁴ hatte dem Land tiefe Wunden beigebracht. Der jahrlange vom Regime betriebene Personenkult um Enver Hoxha, die dogmatische Desinformation, die Ausbeutung menschlicher Kraft im großen Stil nach stalinistischem Vorbild sowie die Einschüchterung der Bevölkerung – durch eine an sich, den Menschenrechten wie sie in einer wahren Demokratie wahrgenommen und gewährleistet werden, feindlich entgegengestellten Gesetzgebung⁷⁵, als auch durch den Geheimdienstapparat und jeglichen polizeilichen und militärischen Strukturen – hatten unter anderem dafür gesorgt, dass in Albanien die politische Entscheidungsmacht unbewusst mit einer führenden Persönlichkeit assoziiert wurde. Wie der Analyst Lubonja argumentiert, spielte die bereits davor verwurzelte psychologische Anlage der albanischen Gesellschaft einen starken Mann zu huldigen, der im Stande ist, alle in einer unangefochtenen Herrschaft um sich zu binden, eine beträchtliche Rolle in der Durchsetzungsfähigkeit eines totalitären Regimes diesen Ausmaßes.⁷⁶ Im Gegenzug bekräftigte das kommunistische Regime diese Tendenz willentlich noch mehr.⁷⁷

Dieser Zustand sollte sich in den ersten Jahren des Pluralismus deutlich, durch einen starken Mangel an Bewusstsein der Bürger über ihre Grundrechte, Freiheiten und Pflichten in einem demokratischen System, zeigen. Dem politischen Durcheinander folgten schnell Sicherheits-

⁷² Siehe: Kadare, I.: *Albanischer Frühling. Berichte, Briefe, Betrachtungen.* 1991, S. 46

⁷³ Vgl. Zoto, N.: *The Electoral Behavior of Albanian Voters.* In: Barjaba, K.: *Albania's Democratic Elections, 1991-1997.* 2004, S. 80 f.

⁷⁴ Vgl. ebd. S. 82 f.

⁷⁵ Vgl. Kadare, I. 1991, S. 28-30.

⁷⁶ Vgl. Lubonja, F. *The Introduction of Political Pluralism in Albania.* In: Barjaba, K.: *Albania's Democratic Elections, 1991-1997.* 2004, S. 32; Bogdani, M./ Loughlin, J. 2007, S. 29.

⁷⁷ Siehe: Bogdani, M./ Loughlin, J. 2007, S. 23 ff.

und Wirtschaftsprobleme, die viele Menschen innerhalb kürzester Zeit dazu veranlassten, das Land über Wasser und Boden zu verlassen.⁷⁸ Die im Land verbliebenen ergriffen nicht selten kompromisslos Partei, sei es aus scheinbar ideologischem Zugehörigkeitsgefühl, sei es aus Rache zum alten System oder einfach um sich materiell abzusichern.⁷⁹ Hinweise auf dieses Verhalten gibt u.a. der Verlauf der Wahlprozesse während dieser ersten Transitionsphase.⁸⁰

Die politische Klasse Albaniens wies zu diesem Zeitpunkt nicht nur dieselbe Unsicherheit wie der Großteil der Bevölkerung auf, über den wahren Gehalt der Demokratie und der damit verbundenen Prozesse, sondern dazu noch eine tief verankerte feindselige Stellung gegenüber ihrer politischen Gegnerschaft – dies als ein Erbe des Kommunismus, aber auch der vorkommunistischen Denkmuster, einer stark patriarchalischen Gesellschaft zu betrachten.⁸¹ Zudem hatten sie anfänglich, abgesehen von der progressiven Rhetorik zur Wahlstimmengewinnung, wenig konkrete erprobte Visionen und Strategien zur Reformierung und Fortentwicklung der Gesellschaft und Wirtschaft anzubieten.⁸² In der Folge zersplitterte die einst vereinigte Opposition gegen die Arbeiterpartei Albaniens innerhalb eines kurzen Zeitfensters in mehrere Parteien,⁸³ die sich in den darauffolgenden Jahren auf einen destruktiven Kampf um politische Macht einlassen sollten.⁸⁴

Die Gründung oppositioneller Parteien war erstmalig mit einem Dekret vom 17. Dezember 1990 zugelassen worden, woraufhin sich die fünf ersten Parteien gegründet hatten, die an den ersten pluralistischen Parlamentswahlen im März 1991 teilnehmen sollten.⁸⁵ Der Sieg der Opposition und die endgültige Entmachtung der Kommunisten erfolgte jedoch erst bei der Wiederholung der Parlamentswahlen im März 1992, als die erste Oppositionspartei, die Demokratische Partei Albaniens (PDSH), zusammen mit den zwei anderen Parteien der

⁷⁸ Vgl. Gjonçaj, A.: Albanische Emigration in den neunziger Jahren – eine neue Ära in der demographischen Entwicklung. In: Kaser, K. u.a.: Die weite Welt und das Dorf. 2002, S. 16-19.

⁷⁹ Vgl. Zoto, N. a.a.O. 2004, S. 85.

⁸⁰ Siehe u.a.: Klosi, A.: Free Elections and the New Media in Albania after 1990. In: Barjaba, K.: Albania's Democratic Elections, 1991-1997. 2004, S. 95-100.

⁸¹ Vgl. Jedlaucnik, H.: Der Albanische Staat in der Krise. 1999, S. 11 f.

⁸² Vgl. Zoto, N.: a.a.O. 2004, S. 83f, 85.

⁸³ Bis 2000 zählte man in Albanien 47 Parteien – Hierzu: Barjaba, K./Leka, M.: Directory of Political Parties in Albania. In: Barjaba, K.: Albania's Democratic Elections, 1991-1997. 2004, S. 10f.

⁸⁴ Vgl. Zoto, N. a.a.O. 2004, S. 83-87.

⁸⁵ Vgl. Bartl, P.: Albanien. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart. 1995, S. 272 f.

Koalition, der Republikanischen Partei (PRSH) und der Sozialdemokratischen Partei (PSD), einen klaren Sieg von ungefähr 70% der Stimmen errangen.⁸⁶ Ramiz Alia, der Nachfolger Enver Hoxhas war zurückgetreten, sodass dem politischen und institutionellen Pluralismus der Weg damit endgültig eingeräumt war. Bald daraufhin wurde Sali Berisha, Obmann der PDSH, von der Volksversammlung zum Präsidenten ernannt, welcher seinerseits Aleksandër Meksi, ebenso angehöriger der PDSH, zum Ministerpräsidenten berufen hatte.⁸⁷ Auf der anderen Seite hatte sich die Sozialistische Partei Albaniens (PSSH) als der größte politische Gegner der neuen Regierungsallianz bzw. der PDSH etabliert. Sie war inzwischen aus den moderierten Kräften der früheren Arbeitspartei (PPSH) entstanden.⁸⁸ Ihr Obmann Fatos Nano hatte noch im alten Regime als wichtiger Funktionär gedient und war im Jahr 1991 sogar Ministerpräsident der letzten kommunistischen Regierung gewesen.⁸⁹ Diese zwei großen Parteien und ihre jeweiligen charismatischen Führungspersönlichkeiten sollten von nun an die gesamte politische Landschaft Albaniens dominieren, da sie symbolisch stellvertretend für die Interessen von hauptsächlich zwei großen Gruppen der Gesellschaft stehen würden, sich gleichzeitig aber kaum durch wahre ideologische Linien und durch politisch-wirtschaftliche Überlegungen differenzierten, einander hingegen als Vertreter regionaler und traditioneller persönlicher Beziehungen zu den jeweiligen Lagern gegenüberstanden.

Die Aufgaben die sich jedoch sowohl der neuen demokratischen Regierung als auch der Opposition anboten, waren alles außer leicht zu bewältigen, denn das soziale Konstrukt Albaniens war durch die jahrzehntelange Diktatur und dann durch die plötzliche Wende tief erschüttert worden. Neben dem sozialen und politischen Gefüge stellte selbstverständlich auch die Wirtschaft ein großes Problem dar. Diese hatte lange unter schmerzlichen Entbehrungen in jedem Lebensbereich gelitten. Die neue Regierung war bemüht gewesen, durch internationale Assistenz die gesamte wirtschaftliche Infrastruktur schnellstmöglich zu beleben, was aber angesichts der mangelnden Erfahrung der Führungskräfte und der

⁸⁶ Vgl. Zanaj, F.: The First Two Pluralist Elections and the Cleavage Structure in Post-communist Albania. In: Barjaba, K.: Albania's Democratic Elections, 1991-1997. 2004, S. 113, Tabelle 8.

⁸⁷ Ebd.

⁸⁸ Vgl. Lubonja, F. a.a.O. 2004, S. 40.

⁸⁹ Vgl. Altmann, F.L./ Hösch, E.: Reformen und Reformer in Osteuropa. 1994, S. 108.

Bevölkerung mit der freien Marktwirtschaft sowie zahlreicher anderer Probleme nur bedingt gelingen konnte. Die großen Investitionen aus dem Ausland wurden beispielsweise nicht im erhofften Maße angezogen, dies vor allem aufgrund nicht konsequent durchgeführter Reformen, einer nicht geschäftsfördernden Gesetzgebung und der noch mangelhaften Infrastruktur in dieser ersten Phase der Marktwirtschaft.⁹⁰ Der begonnene Übergang zur westlichen Demokratie sowie der erste Schwung in der wirtschaftlichen Reformierung – Privatisierung der Wirtschaft bis zu 70%; Liberalisierung des Handels und der Preise; beachtliche Senkung der Inflation und des Budgetdefizits – hatten zwar erste Ansätze marktwirtschaftlicher Strukturen verwirklichen lassen und Albanien einen Platz bei mehreren internationalen Einrichtungen (Europarat, Internationaler Währungsfond (IMF), Weltbank (WB) usw.) verschafft, dennoch nicht den erwünschten Nachklang hinterlassen. Die hierfür verantwortliche Schwäche der staatlichen Institutionen und das Misstrauen der Bevölkerung gegenüber diesen,⁹¹ waren auf die korrupte und vetternwirtschaftliche Strukturierung dieser Einrichtungen zurückzuführen. Diesen Verhältnissen kam später der zugespitzte Konflikt zwischen Mehrheit und Opposition hinzu, der meistens, wie vorhin erwähnt, in der Form einer erbitterten Rivalität zwischen dem Präsidenten Berisha und allen anderen oppositionellen Kräften ausgetragen wurde. Die problematischen Wahlen in 1996, die gewaltige Unterdrückung der oppositionellen Proteste, die Verletzung zahlreicher Menschenrechte und schließlich der Zusammenbruch der von vorneherein dubiosen Pyramidenfirmen bei denen mehrere hunderttausende Bürgerinnen und Bürger gänzlich oder größere Teile ihres Vermögens verloren hatten,⁹² führte im Jahr 1997 zu einer Staatskrise mit verheerenden Konsequenzen.

Außenpolitisch wurden die Prioritäten von Beginn an gesetzt. Es galt die langjährige und tiefe Abgeschiedenheit des Landes schnellstmöglich zu beenden. Die Annäherung an die EG/EU, an die NATO und den USA sowie der Ausbau guter Beziehungen zu den Nachbarländern auf dem Balkan, zählten zu den wichtigsten Vorhaben.⁹³ Ein umfassender Reformkurs wurde zu

⁹⁰ Vgl. Krech, H.: Der Bürgerkrieg in Albanien 1997. 1997, S. 52.

⁹¹ Vgl. Ruli, G./ Belortaja, S. a.a.O. 2003, S. 24 ff.

⁹² Vgl. Krech, H.1997, S. 58, 62f.

⁹³ Vgl. Krech, H.1997, S. 54; Ruli, G./ Belortaja, S. a.a.O. 2003, S. 22.

diesem Zweck in Aussicht genommen.⁹⁴ Dementsprechend wurden konkrete Schritte unternommen, wie z.B. ein Staatsbesuch vom Präsidenten Berisha im NATO-Hauptquartier, bei dem ein Antrag zur Aufnahme Albaniens in die Nordatlantische Allianz gestellt wurde sowie die Offenbarung des Wunsches zur Integration in die EU. Zudem unterzeichnete Albanien das PfP-Dokument,⁹⁵ ein individuelles Partnerschaftsabkommen mit der NATO, und beschloss zusätzlich den Beitritt zum Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat (EAPC).⁹⁶ Mehrere gemeinsame Militärübungen mit den größten NATO-Mitgliedern wurden daraufhin in den folgenden Monaten und Jahren absolviert.⁹⁷ Dass dennoch der Beitrittsantrag vom Jahr 1994 zur NATO von dieser zunächst abgelehnt wurde, rief keine Schwankung in der außenpolitischen Orientierung des Landes hervor.⁹⁸ Besonderen Stellenwert hatten zeitgleich die Wiederbelebung und der Ausbau der Beziehungen zu den *historischen Unterstützern* Albaniens, wie z.B. Deutschland, Italien und Österreich, genommen. Diese hatten große finanzielle Hilfe zugesagt und sie innerhalb kürzester Zeit auch zukommen lassen.⁹⁹ Eine freundschaftliche Annäherung wurde auch zur Türkei und anderen islamischen Ländern angestrebt. So trat Albanien schon 1992 der Organisation Islamischer Konferenzen als auch der Islamischen Entwicklungsbank bei, während es mit der Türkei einige Zusammenarbeitsverträge – vordergründlich im militärischen Bereich – unterzeichnete.¹⁰⁰ Die arabischen Investitionen zielten hauptsächlich auf den Auf- und Ausbau eigener religiöser Strukturen, bzw. eigener Influenzzentren, während die Unterstützung aus der Türkei vorwiegend den historischen Einflussansprüchen dieser auf dem Balkan dienen sollte.¹⁰¹ Aus albanischer Sicht dürften diese Schritte aus reinem wirtschaftlichem Kalkül unternommen worden sein und nicht aus ideologischem Zugehörigkeitsgefühl, denn aus mehreren Gründen spielt die Religion in Albanien hinsichtlich der politischen und sozialen Orientierung des Landes weiterhin kaum eine Rolle, wohingegen die ethnische Zugehörigkeit

⁹⁴ Vgl. Hoffmann, J.: Die Integration Südosteuropas. 2008, S. 26.

⁹⁵ Ein Programm für die Zusammenarbeit zwischen NATO und anderen Nicht-Mitgliedern der nordatlantischen Allianz. Siehe: NATO: The Partnership for Peace programme. http://www.nato.int/cps/en/natolive/topics_50349.htm.

⁹⁶ Vgl. Seidel, R.: Albanien. In: Gieler, W./ Botts, M.: Außenpolitik europäischer Staaten. 2008, S. 21.

⁹⁷ Vgl. Krech, H. 1997, S. 54.

⁹⁸ Vgl. Seidel, R. a.a.O. 2008, S. 21 f.

⁹⁹ Vgl. Krech, H. 1997 S. 54 f.

¹⁰⁰ Vgl. ebd. S. 55.

¹⁰¹ Siehe ebd. S. 55 f.

als Referenzpunkt genommen wird.¹⁰² Mit den unmittelbaren Nachbarländern verliefen die Beziehungen allerdings nicht reibungslos. Die Kosova/o-Frage sorgte oft für gefährliche Spannungen mit Serbien, während die Minderheitenfrage sowie alte inoffizielle territoriale Ansprüche und Gegenansprüche das Verhältnis zu Griechenland belasteten.¹⁰³

3.1 Eine verzögerte Annäherung an die EU: Zwischen wenigen erfüllten Voraussetzungen und hemmenden Interessenskonflikten

3.1.1 Eine neue Ära beginnt: Erste Erfolge

Diplomatische und institutionelle Beziehungen zur EU¹⁰⁴ waren bereits am 21.06.1991 wieder hergestellt worden.¹⁰⁵ Intensiver wurden diese nach der politischen Wende und der Einführung des Pluralismus, speziell nach dem Abschluss des Abkommens über den Handel und die handelspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit (ATCEC) im Mai 1992.¹⁰⁶ Dieses Ereignis zog Hilfeleistungen aus dem PHARE-Programm mit sich, ein Programm welches ursprünglich zur Kapazitätsbildung und Investitionsförderung in den zentral- und osteuropäischen Ländern, besonders Polen und Ungarn, vorgesehen war.¹⁰⁷ Obwohl das Land zu diesem Zeitpunkt wirtschaftlich und sozial am Boden lag¹⁰⁸, hatte sich der Rat der EU unter Berücksichtigung des Parlaments für die Unterzeichnung dieses ersten Abkommens mit Albanien entschieden. Dies vermutlich, um einerseits das Land und dessen neue demokratische Regierung auf dem Weg der begonnenen Reformen zu bestärken und andererseits, um die potentiellen wirtschaftlichen Vorteile, die sich hieraus für die Union ergäben, in Anspruch zu nehmen. Dies wurde aus dem Wortlaut des Vertrages deutlich, in dem u.a. behauptet wurde, dass zu diesem Entschluss, die Bereitschaft Albaniens seine

¹⁰² Vgl. Krech, H. 1997, S. 1; Kressing, F.: General Remarks on Albania and the Albanians. In: Kressing, F/Kaser, K.: Albania – a country in transition. 2002, S. 18-21; Lakshman-Lepain, R.: Albanian Islam – Development and Disruptions. In: Kressing, F/Kaser, K.: Albania – a country in transition. 2002, 43ff.

¹⁰³ Vgl. Krech, H.1997, S. 56; Löhr, H. C.2010, S. 173-181.

¹⁰⁴ Die „EU“ in strikter Auffassung als solche kam erst am 7. Februar 1992 mit dem Vertrag von Maastricht zustande. Im weiteren Verlauf berücksichtige ich daher diesen historischen Aspekt und verwende nur noch die Abkürzungen „EU“. Für mehr Information diesbezüglich empfiehlt sich u.a. Horváth, Z. 2005, S. 43-47.

¹⁰⁵ Vgl. u.a Bergmann, J. 2012, S. 1095.

¹⁰⁶ OJ, L 343, Volume 35, 25.11.92.

¹⁰⁷ Vgl. Europa: Phare Programme:

http://europa.eu/legislation_summaries/enlargement/2004_and_2007_enlargement/e50004_en.htm.

¹⁰⁸ Wachstumsrate des BIP: -7,2% und Pro-Kopf-BIP: 211 Tausend \$: Ruli, G./ Belortaja, S. a.a.O. 2003, S. 22.

Demokratie zu konsolidieren, den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt zu fördern, Menschenrechte zu gewährleisten und ethnische und religiöse Minderheiten zu schützen sowie die zu erwartenden vorteilhaften Auswirkungen für die am Reformierungsprozess beteiligten Vertragsparteien, beigetragen hatten.¹⁰⁹ Die Angekündigte *Bereitschaft* seitens der neuen politischen Führung und das *Vertrauen* der europäischen Seite auf den Wahrheitsgehalt dieser Bereitschaft schienen also – sollte auf den Wortlaut des Vertrags Bezug genommen werden – als hinreichende Garantien gegolten zu haben. Für Albanien insgesamt bedeutete dieses Abkommen jedenfalls, zumindest formal, einen großen Schritt vorwärts, für seine neue Regierung eine Unterstützungsbekundung für den aufgenommenen Weg, für die EU die Fortsetzung seiner Anfang der 1990er Jahre großgelegten Außenpolitik zur Konsolidierung der Demokratie in den post-kommunistischen Ländern und die graduelle Heranführung dieser an die gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Werte der Union.¹¹⁰

Wenngleich für die Unterzeichnung eines wirtschaftlichen Abkommens die Bildung einer Regierung die aus erstmalig freien und pluralistischen Wahlen hervorgegangen war, offenbar genügt hatte, beabsichtigte dieser Vertrag formell sicherzustellen, dass das weitere Vorgehen eine gründliche Transformation des Systems erwirken würde. In mehreren Artikeln des Vertrags (bes. Art. 5-10) wurden beidseitig die Abschaffung von Zollgebühren, die *meistbegünstigte Behandlung*, die Abschaffung von Mengenbeschränkungen, eine erleichterte Lizenzvergabe und ähnliche Maßnahmen beschlossen.¹¹¹ Darüber hinaus verpflichtete sich Albanien dazu jegliche Maßnahmen zu ergreifen, die eine Einführung und Durchsetzung der Vertragsziele zu gewährleisten hatten sowie dazu, geistiges, industrielles und kommerzielles Eigentum durch effektive Maßnahmen zu schützen und den Investoren im Land die Rückführung von Gewinn und Kapital zu garantieren.¹¹² Überdies musste Albanien insgesamt gänzlich neue Gesetze einführen und sich angesichts der mentalen und materiellen Ferne zur

¹⁰⁹ OJ, L 343, Volume 35, 25.11.92, S. 2.

¹¹⁰ Vgl. Hofbauer, H. 2007, S. 71 f; Haller, M. 2009, S. 93.

¹¹¹ Vgl. OJ, L 343, Volume 35, 25.11.92, Art. 5-10, S. 3 f.

¹¹² Vgl. ebd. Art. 13, Abs. 3; Art. 14; Art. 15, Abs. 3, S. 5 f.

Marktwirtschaft, einer sogenannten Schocktherapie unterziehen,¹¹³ was bedeutet, dass eine schnelle Liberalisierung der Wirtschaft in allen Bereichen zu erfolgen hatte. Im Gegenzug konnte Albanien mit den bereits erwähnten Finanzhilfen rechnen.

Tatsächlich erfuhr Albanien zwischen 1992 und 1996 großen finanziellen Beistand von der EU. Der Wert der Unterstützung, den Albanien allein im Rahmen des PHARE-Programms von der EU erhielt, wurde auf mehrere hunderte Mio. DM geschätzt.¹¹⁴ Die zusätzliche Hilfe aus den EIDHR- und ECHO-Programmen brachte die von der EU geleistete finanzielle Unterstützung in diesem Zeitraum auf geschätzte 481 Mio. EUR.¹¹⁵ Das Geld sollte verständlicherweise die Verabschiedung neuer tragfähiger Gesetze, die Einleitung von tiefgreifenden Reformen, den Aufbau demokratischer und funktionierender Institutionen, die Verbesserung der öffentlichen Verwaltung und die Wiederbelebung der Wirtschaft fördern. Die Zahlen aus dieser Zeit sprechen für anfängliche Erfolge. Rund 70% der Wirtschaft wurde Expertenangaben zufolge privatisiert,¹¹⁶ was der wirtschaftlichen Hauptbedingung einer funktionierenden Marktwirtschaft entsprach. Demgemäß wurden Preise größtenteils liberalisiert und die Inflation durch eine restriktive Finanzpolitik gesenkt, das Haushaltsdefizit auf ein finanziell tragbares Niveau im Verhältnis zum BIP gebracht sowie die Stabilität der Landeswährung erreicht.¹¹⁷ Zudem wurden diverse Gesetze nach dem Vorbild europäischer Modelle verabschiedet, darunter das Gesetz „über die Unternehmen“(1992), „über die Entschädigung ursprünglicher Besitzer“(1993), „über die Bauflächen“(1993), „über Steuern“(1993), „über Notaren“(1994), „über den Wettbewerb“(1995) und weitere mehr.¹¹⁸ Eines der wichtigsten Ereignisse war im April 1993 das Verabschieden des Gesetzes „über Grund- und Menschenrechte“ sowie die Reformierung des Straf- und Strafverfahrensrechtes, denn diese Ereignisse dienten Albanien dazu, im Jahr 1995 als vollberechtigtes Mitglied in den

¹¹³ Vgl. Bogdani, M./ Loughlin, J. 2007, S. 26 f, 124.

¹¹⁴ Vgl. Milo, P. a.a.O. 2003, S. 8. Diese Schätzungen variieren allerdings bei den verschiedenen Autoren abhängig vom genauen Zeitpunkt der Hochrechnung und von den herangezogenen Daten!

¹¹⁵ Vgl. Hoffmann, J. 2008, S. 158.

¹¹⁶ Vgl. Ruli, G./ Belortaja, S. a.a.O. 2003, S. 24.

¹¹⁷ Vgl. ebd.

¹¹⁸ Vgl. Aleks, I.: Privatisation and various structural reforms in Albania. In: Preuss, W./ Bianku, L.: Monitoring Albania's Path to European Integration. 2003, S. 67 f.

Europarat aufgenommen zu werden.¹¹⁹ Mit dem Beitritt zum Europarat wurden zeitgleich auch mehrere Konventionen und Protokolle für Menschenrechte unterzeichnet,¹²⁰ die darauf abzielten, die Glaubens- und Meinungsfreiheit, die Medienfreiheit, die Freiheit der Kunst und weitere, für eine Demokratie selbstverständige, Grundrechte zu untermauern. Die konkrete Folge dieser Entwicklungen waren unter anderem eine starke Belebung und Zunahme der Tätigkeit der historisch einflussreichsten Religionen Albaniens (Bektaschismus/Sunni-Islam/Orthodoxismus/Katholizismus) und neuer religiöser Missionen aller Richtungen sowie die Entstehung zahlreicher Schrift- und audiovisueller Medien, die teilweise als Parteiorgane und teilweise als unabhängige Medien agierten.

Es muss an dieser Stelle erwähnt werden, dass eine Mitgliedschaft im Europarat noch nie eine offizielle Bedingung zum EU-Beitritt war, zumal die EU und der Europarat schon immer ein ambivalentes Verhältnis zu einander pflegten, einerseits mit konkurrierenden Interessen und Einflussbereichen und andererseits übereinstimmenden Zielen und angestrebter Zusammenarbeit.¹²¹ Die neuste Geschichte der Erweiterungsrunden der EU bestätigt jedoch die Praxis, dass alle Länder die der EU seit 1995 beitraten, zunächst dem Europarat beigetreten waren.¹²² Daher ließe es sich mutmaßen, dass die Europarat-Mitgliedschaft als eine Art inoffizielles Kriterium, womöglich eine Art Vorphase des späteren EU-Beitritts, gesehen wurde. Zusätzlich ist die Tatsache von großer Bedeutung, dass die *Community* sich bereits im Jahr 1992 durch den Artikel 17 in ATCEC dazu *verpflichtet* hatte, alles in ihrer Macht stehende zu tun um Albanien zum Beitritt in jenen internationalen Organisationen und Konventionen zu verhelfen, Mitglied derer auch sie selbst war.¹²³ In einem Handels- und Wirtschaftsabkommen ist so eine *selbstverpflichtende* Klausel der Vertragspartei, die in jeder Hinsicht die mächtigere Partei darstellt, nicht zu erwarten. Aus diesem Grund kann das umso mehr als ein Zeichen dafür genommen werden, dass erstens die EU mit anderen wichtigen westlichen Organisationen eine Art gemeinsame Strategie zur Heranführung Albaniens

¹¹⁹ Vgl. Schmidt, F.: Politische Transformation in Albanien. In: Jordan, P. u.a.: Albanien. 2003, S. 320.

¹²⁰ Siehe: Europarat: Statistik über Unterzeichnungen und Ratifizierungen : Albanien. <http://www.coe.int/de/web/conventions/search-on-states/-/conventions/chartStats/ALB>.

¹²¹ Vgl. Brummer, K.: Der Europarat. 2008, S. 235 f.

¹²² Vgl. Brummer, K. 2008, S. 237; Europarat: 47 Mitgliedsstaaten: <http://www.coe.int/de/web/portal/47-members-states> Zugriff am 09.12.2014.

¹²³ Vgl. OJ, L 343, Volume 35, 25.11.92, Art. 17, S. 6.

(sowie anderer ex-kommunistischer Länder Europas) entwickelt haben könnte, der zufolge eine schrittweise Integration des Landes durch mehrere westlich-institutionelle *Filter* anzustreben war und zweitens, dass eine wirtschaftliche Öffnung des Landes zum Westen eher eine solide Gesetzesbasis geschaffen und eine reelle Durchsetzungskraft des Rechts entwickelt hätte, die Entscheidungen zu diesem Zeitpunkt wesentlich mehr beeinflusst hatten.

Die Entwicklungen und unternommenen Reformen im Zeitraum von 1992 bis 1995 wurden jedenfalls generell positiv bewertet und hinsichtlich der Wirtschaft, wurden dem Land zunächst bedeutsame Bemühungen zugesprochen. Aufgrund dieser Faktoren wurde vorläufig sogar bewertet, dass Albanien verglichen zu anderen Ländern wie Bulgarien, Kroatien und Rumänien – die mittlerweile EU-Mitglieder sind – *integrationsfähiger* wäre.¹²⁴ Ferner bestand im Land auch in sozial-kultureller Hinsicht von Beginn an Einigkeit darüber, dass der Weg nach Westen und speziell nach Europa – die langersehnte Wiedervereinigung mit der *europäischen Familie* – nun der einzige Weg war, den es zu nehmen galt.¹²⁵

3.1.2 Die wahren Zustände hinter der Optimismus-Fassade

Die Euphorie über die Fortschritte Albaniens konnte nicht lange anhalten, zumal erste Anzeichen einer nicht gänzlich demokratischen Politikgestaltung der führenden Kräfte und oberflächlicher Wirtschaftsentwicklungen mit korruptem Hintergrund bereits ein Jahr nach dem spektakulären Sieg der Demokraten über die Kommunisten erkennbar geworden waren.¹²⁶ Allen voran war es die feindliche Polarisierung zwischen den zwei stärksten Lagern im Land gewesen, die einen tief greifenden Demokratisierungs- bzw. Europäisierungsprozess unterminiert hatte. Dies war weniger auf die ideologische Positionierung der Parteien als vielmehr auf die persönlichen Zwistigkeiten der führenden Akteure sowie auf die Konkurrenz ihrer jeweiligen Klientelnetzwerke zurückzuführen, welche um Zugang zu den öffentlichen

¹²⁴ Vgl. Pirani, E.: Albanien aus der Perspektive des Europarechts. In: Hofmann, M.: Europarecht und die Gerichte der Transformationsstaaten. 2008, S. S. 139.

¹²⁵ Für ein vollständigeres Bild hierüber, siehe: Barjaba, K: Towards Democracy: New Identity, New Values. In: Ders.: Albania's Democratic Elections 1991-1997. 2004; Kressing, F. a.a.O. 2002; Schwandner-Sievers, S.: Imagologie und "Albanismus"- zu den Identifikationen der Albaner. In: Jordan, P. u.a.: Albanien [...]. 2003!

¹²⁶ Vgl. u.a. Bogdani, M./ Loughlin, J. 2007, S. 124.

Ressourcen rangen.¹²⁷ Auch die neuen Gesetze, die verabschiedet wurden, konnten angesichts der Korruption, die sowohl auf zentraler als auch auf lokaler Ebene Behörden und Einrichtungen ergriffen hatte und somit Entscheidungen wie auch Durchführungen dieser beeinflusste, kaum eine nennenswerte Wirkung zeigen.¹²⁸ Kriminalität hatte in kürzester Zeit dramatisch zugenommen und umfasste Aktivitäten wie Waren- und Waffenschmuggel, Prostitution und Menschenhandel.¹²⁹ Auf die Schwäche des Rechtssystems wurde im Verlauf der Transition mehrmals von internationalen Beobachtern hingewiesen, darunter in einem Bericht des *Human Rights Watch* (HRW) vom Jahr 1996, wo anhand von konkreten Beispielen die Unfähigkeit des Obersten Justizrats (KLD), die Unabhängigkeit des Justizsystems zu garantieren, belegt wurde.¹³⁰ Innenpolitisch war eine besorgniserregende Zunahme des autoritären Führungsstils des Präsidenten zu beobachten, was unter anderem der Korruption und der Anwendung unterschiedlicher Standards, für einerseits Anhänger und andererseits sog. Feinde, den Weg offen ließ.¹³¹ Ferner gab es zu dieser Zeit kein Gesetz, das den Angestellten ihre Arbeitsstelle in den staatlichen Behörden (ob Verwaltung, Justiz, Armee, Polizei oder Gesundheitswesen), aufgrund der Fähigkeiten, der Qualifikation und ähnlicher Verdienste, garantierte. Im Gegenteil wurden Arbeitsstellen auf Basis der erwiesenen Dienste für die Partei an der Macht vergeben.¹³² Zudem wurden Menschenrechte, Medienfreiheit und grundlegende Freiheiten – die Respektierung derer letztendlich den Kern der politischen Konditionalität ausmacht – von den Machthabern oft missachtet und der autokratische Führungsstil dieser nahm zusehends zu.¹³³ Für die internationalen Akteure wurde diese Tendenz offenkundig, als es seitens der Regierung den Versuch gab bei der Verabschiedung der endgültigen Verfassung das Parlament zu umgehen.¹³⁴

¹²⁷ Vgl. Schmidt, F.: a.a.O. 2003, S. 319; Salamun, M./ Hajrullahu, A.: Verfassung und demokratisch-politische Aspekte der Verfassungswirklichkeit seit 1990. In: Jordan, P. u.a.: Albanien. 2003, S. 357 f.

¹²⁸ Vgl. Schmidt, F.: a.a.O. 2003, S. 319.

¹²⁹ Vgl. Schmidt, F.: a.a.O. 2003, S. 319; Kaser, M.: Die Nationalökonomie Albaniens im Transformationsprozeß. In: Jordan, P. u.a.: Albanien: Geographie-Historische Anthropologie-Geschichte-Kultur-Postkommunistische Transformation. 2003, S. 386 f.

¹³⁰ Vgl. Schmidt, F. a.a.O. 2003, S. 321.

¹³¹ Kaser, M. a.a.O. 2003, S. 387.

¹³² Vgl. Lubonja, F. a.a.O. 2004, S. 48; Jedlaucnik, H. 1999, S. 9, 11 f.

¹³³ Vgl. Jedlaucnik, H.1999, S. 13; Bogdani, M./ Loughlin, J. 2007, S. 124 ff.

¹³⁴ Siehe hierzu: Lubonja, F.: a.a.O. 2004, S. 48 f.; Krech, H. 1997, S. 53; Hoffmann, J. 2008, S. 126 f.

Das Fehlen spezifischer regulierender Normen und Gesetze sowie die Missachtung bereits bestehender, hatte erwartungsgemäß eine negative Wirkung auf den scheinbar *schnellen* und *liberalen*¹³⁵ Reformierungsprozess der Wirtschaft. Während der Privatisierung wurden schwerwiegende Probleme und Unregelmäßigkeiten zugelassen. Die Besitzverhältnisse blieben weitgehend unklar. Das Banksystem war zu schwach und unorganisiert, um der Wirtschaft den notwendigen Impuls zu verleihen. Die Infrastruktur war in jeder Hinsicht unterentwickelt und fremde Investitionen wurden nicht im ausreichenden Ausmaß ins Land gezogen.¹³⁶ Entscheidende Gründe hierfür waren, wie auch in anderen Bereichen, die Korruption, die Willkür und Parteilichkeit der Zuständigen, aber teilweise auch die mangelnde Kompetenz der Beamten und Entscheidungsträger, die nicht selten ihre Posten vorwiegend aufgrund regionaler und parteilicher Zugehörigkeit anstatt von entsprechender Qualifikationen innehatten.¹³⁷

Die vorhandenen Daten über das Bruttoinlandsprodukt lassen eindeutig erkennen, welche Entwicklungskurve die Wirtschaft als Ganzes unter dem Einfluss der Preisliberalisierung, der ersten gesetzlichen und wirtschaftlichen Maßnahmen sowie durch die enorme finanzielle Hilfe aus EU, IMF und WB, durchlief: im Jahr 1992 betrug das Wachstum einen negativen Wert von -7,2%, verursacht zuerst durch die abrupte Liberalisierung der Preise und dem gänzlichen Ausfall der Produktion; im Jahr 1995 erreichte es hingegen den höchsten Wert mit 13,3%, um im Jahr 1997 aufgrund der verheerenden Krise wieder auf den negativen Wert von -7,0 zu fallen.¹³⁸ Obwohl die Inflation zunächst in einem dreijährigen Zeitrahmen (1993-1996) reduziert werden konnte und die Wirtschaft im Jahr 1995 nominell einen Höhepunkt erreichte, boten diese Tatsachen keinen wirklichen Grund zur Freude, denn die Produktion der Güter war zwischen 1990 und 1994 um mehr als 70% gefallen und die Reallöhne um 30% weniger geworden.¹³⁹ Die mit Begeisterung gefeierten Anfangserfolge waren somit hauptsächlich auf die beträchtlichen Geldüberweisungen der Emigranten an ihre Familien,

¹³⁵ Vgl. Hoffmann, J. 2008, S. 128.

¹³⁶ Vgl. Aleksi, I. a.a.O. 2003, S. 68-71.

¹³⁷ Vgl. Zanaj, F. a.a.O. 2004, S. 125; Buçpapaj, U. Z.: Governments and Governing after the Introduction of political Pluralism in Albania. In: Barjaba, K.: Albania's Democratic Elections 1991-1997. 2004, S. 173.

¹³⁸ Vgl. Ruli, G./ Belortaja, S. a.a.O. 2003, S. 22 f.

¹³⁹ Vgl. Hoffmann, J. 2008, S. 128.

sowie zum Teil auf die illegalen Geschäfte, die zu dieser Zeit durch die Schwäche des Staates einen geeigneten Boden gefunden hatten, zurückzuführen:

„[...] mit einem Pro-Kopf-Einkommen von 675 USD im Jahr 1995 [blieb] Albanien das ärmste Land Europas.“¹⁴⁰

Diese Zustände hinderten die albanische Regierung dennoch nicht daran, ohne zuerst das erste Abkommen mit der EU vollständig umgesetzt zu haben – hatte es doch wichtige Teile des Abkommens nicht erfüllen können¹⁴¹– die Aushandlung eines neuen zu verlangen, was aber von der EU-Kommission in Anbetracht der bestehenden politischen, sozialen und ökonomischen Gegebenheiten im Land abgelehnt wurde.¹⁴² Als Erklärung dafür, wieso die albanische Regierung dieser Zeit darauf bestanden hatte ein weiteres Abkommen mit der EU zu unterzeichnen, obwohl noch mehrere Punkte von dem ersten nicht erfüllt waren, könnte der Bedarf der Regierung nach einem Prestigegewinn herangezogen werden. Weitere abgeschlossene Verträge kämen aus dieser Sicht einer Bestätigung von der EU gleich, was innenpolitisch stets vorteilhaft zu interpretieren wäre. Die Missstände in der Wirtschaft und vor allem im Bereich der politischen und zivilen Rechte, hätten dadurch klein geredet werden können. Auf der anderen Seite konnte die EU wohl nicht die folgewidrige Absicht hegen, ein ehemaliges kommunistisches Land des Westbalkans, in dem es so viele Gelder für den Aufbau demokratischer und marktwirtschaftlicher Strukturen investiert hatte, auf Distanz zu halten und ihn dadurch politisch und wirtschaftlich erneut entfremden zu lassen. Entsprechend beauftragte der EU-Rat im Jahr 1996 die Kommission mit der Vorbereitung bilateraler Verhandlungen mit der albanischen Regierung über ein präferenzbegünstigtes Abkommen, dass den Leitfaden für den weiteren Verlauf der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen Albanien und EU dargestellt hätte.¹⁴³ Dieser Prozess wurde jedoch aufgrund schwerer Manipulationen und Unregelmäßigkeiten bei den Parlamentswahlen des Jahres 1996 angehalten.¹⁴⁴ Die Gründe lagen eindeutig bei dem allmählichen Legitimitätsverlust der

¹⁴⁰ Hoffmann, J. 2008. S. 128.

¹⁴¹ Vgl. OJ, L 343, Volume 35, 25.11.92, S. 3, 5. v.a. Art. 1 und Art. 13 des ATCEC.

¹⁴² Vgl. Milo, P. a.a.O. 2003, S. 8.

¹⁴³ Vgl. ebd. S. 8 f.

¹⁴⁴ Vgl. Milo, P. a.a.O. 2003, S. 9; Krech, H. 1997, S. 56 f, 59.

PDSH-Herrschaft in diesen Jahren und der starken Neigung des obersten Machthabers seine Führungsmacht – und folglich alle daraus entstehenden Privilegien – mit allen Mitteln aufrechtzuerhalten.¹⁴⁵

3.1.3 Hintergründe einer verheerenden Krise und ihre Folgen

Die wenigen Teilerfolge in der ersten Legislaturperiode des pluralistischen Systems hatten offensichtlich nicht gereicht, um eine politisch wahrhaftig funktionierende Demokratie, eine wirtschaftlich konkurrenzfähige Marktwirtschaft und gesellschaftlich ein System der Meritokratie einzuleiten und zu konsolidieren. Die von der EU zur Verfügung gestellten Hilfgelder wurden inoffiziellen Berichten zufolge im großen Ausmaß zweckentfremdet. Einer unveröffentlichten OSZE-Unterlage zufolge sind vermutlich 80% dieser Gelder in den Privatkonten von einigen regierungsnahen Personen und in denen ihrer Klientelnetzwerke gelandet,¹⁴⁶ was allerdings mit der Bewertung der Kommission vom Jahr 1999, die von einem Umfang von 79% korrekt zugewiesener Hilfgelder ausgeht, stark kontrastiert.¹⁴⁷ Den späteren Entwicklungen nach zu beurteilen, ist jedenfalls sicher, dass diese Gelder im Großen und Ganzen schlecht bewirtschaftet wurden und dadurch viele von den notwendigen Reformen zum Scheitern verurteilt waren. Die Willkürlichkeit vieler für den Staat auf zentraler und regionaler Ebene Arbeitenden, die wiederholte Regelwidrigkeit der Wirtschaft und Verwaltung, aber allen voran der destruktive politische Machtkampf zwischen Mehrheit und Opposition, hatten unter anderem das Entstehen unkontrollierter Parallelstrukturen begünstigt. Die schlimmsten Entwicklungen stellten in diesem Fall die pyramidalen Kapitalsysteme dar, über die in Albanien anfänglich geglaubt wurde, Teil des demokratischen und marktwirtschaftlichen *Wunders* zu sein.¹⁴⁸ Dass die Regierung trotz der Warnungen und Empfehlungen der USA, des IMF und der WB diese Institutionen zu schließen – wobei die zwei letzteren verhältnismäßig zeitverzögert reagiert hatten¹⁴⁹ – nur halbherzig versucht hatte, die Öffentlichkeit von den Risiken dieser zu informieren, wenig später der autoritäre

¹⁴⁵ Vgl. Jedlaucnik, H.1999, S. 17.

¹⁴⁶ Vgl. Jedlaucnik, H. 1999, S. 24, zit. nach einer unveröffentlichten OSZE-Unterlage für Wahlbeobachter.

¹⁴⁷ Vgl. EC: COM (1999) 599 final, Brussels, 24.11.1999, S. 12.

¹⁴⁸ Vgl. Jedlaucnik, H. 1999, S. 19 f.

¹⁴⁹ Vgl. Bogdani, M./ Loughlin, J. 2007, S. 124; Jarvis, C.: The Rise and Fall of Albania's Pyramid Schemes. In: IMF: Finance & Development. Vol. 37, No. 1, March 2000, Teil: "Mania: the events of 1996"

Präsident Berisha sogar die Seriosität dieser gepriesen hatte, weiterhin angeblich *die Spreu vom Weizen zu trennen* versuchte, indem er von einigen *flüssigen* Firmen mit echten Investitionen im Unterschied zu den *wahrlich pyramidalen* Systemen gesprochen hatte und sich schließlich wichtige Staatsfunktionäre von diesen Firmen auszeichnen ließen,¹⁵⁰ lässt vermuten, dass einerseits Einflussreiche Akteure der albanischen Politik und Gesellschaft verwickelt gewesen sind und andererseits, dass die neuen Machthaber um keinen Preis ihre Wiederwahlchancen zu verringern bereit gewesen wären.¹⁵¹ Letzteres erschließt sich aus der Überlegung, dass eine Schließung dieser Firmen neben den finanziellen Interessen bestimmter Akteure auch den ohnehin am Faden hängenden Legitimitätsanspruch der Demokraten-Herrschaft zu diesem Zeitpunkt gefährdet hätte, welche wie schon geschildert, es nicht geschafft hatten, wahrhaftig funktionierende Staatsstrukturen aufzubauen und zu konsolidieren. Als die Pyramidensysteme schließlich eine nach der anderen zu kollabieren anfangen und tausende Familien ganze oder größere Teile ihres Vermögens verloren hatten,¹⁵² brach ein gesellschaftliches Chaos aus, dass in wenigen Monaten in bürgerkriegsähnlichen¹⁵³ Verhältnissen ausartete. Was von der Bevölkerung in verschiedenen Städten scheinbar *harmlos* – obwohl in einem Akt der Verzweiflung – mit Demonstrationen gegen die Regierung und für die Rückgabe ihrer Gelder begonnen hatte, wurde auch von den oppositionellen Kräften als Druckmittel gegen den Präsidenten politisch instrumentalisiert.¹⁵⁴ Diese Demonstrationen wandelten sich schnell in eine Massenhysterie um, bei der zahlreiche Waffen und Munitionen aus den Waffenlagern der Armee in die Hände der Bevölkerung fielen, was letztendlich einen Nährboden für Verbrechen und organisierte Kriminalität jeder Form schuf.¹⁵⁵ Der bewaffnete Konflikt kostete nicht nur vielen Menschen (ca. 2000)¹⁵⁶ – Beteiligten und Unbeteiligten – das Leben, sondern destabilisierte auch das soziale Gefüge von

¹⁵⁰ Vgl. Jarvis, C. a.a.O. 2000, Teil: “Why the pyramid schemes grew” und “Mania: the events of 1996”.

¹⁵¹ Vgl. Jedlaucnik, H. 1999, S. 19, 20, 23 f.; Krech, H. 1997, S. 63.

¹⁵² Vgl. Krech, H. 1997, S. 62f.

¹⁵³ Einige Autoren sehen darin einen Bürgerkrieg. Die Daten, Ereignisse und die Hintergründe sind jedoch komplexer und in einigen Fällen anders als sie dargestellt werden. Die Beteiligung der Parteien am Konflikt, verlief nicht entlang strikt gezogener Linien und bewaffnete Gruppen, die vermeintlich von Exponenten der Politik für machttechnische Zwecke eingesetzt wurden, standen nicht stellvertretend für bestimmte Bevölkerungsgruppen da.

¹⁵⁴ Vgl. Jedlaucnik, H. 1999, S. 25, 28 f.

¹⁵⁵ Für eine detailreiche und punktuelle Chronik der 1997-Krise, siehe: Krech, H. 1997, S. 65-95.

¹⁵⁶ Gjonça, A. a.a.O. 2002, S. 23.

Grund auf, löste erneut eine beträchtliche Auswanderungswelle der Bevölkerung Richtung Westen aus¹⁵⁷ und machte die bis dahin wenigen, so mühevoll erzielten Erfolge des Staates, zur Einleitung wahrhaftiger und beständiger demokratischer Normen, zunichte. Die Folgen dieser prekären Phase des politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbaus sollten sich auch lange Zeit nach der Krise auf das sozial-kulturelle und politisch-ökonomische Leben Albaniens sowie auf dessen Integrationsprozess auswirken.

3.2 Albanien-EU: Ausbau der Beziehung und die graduelle Etablierung der Konditionalität nach 1997

3.2.1 Die Bewältigung der Krise mithilfe der EU und anderer internationaler Akteure

Dieser Anarchie, die im März 1997 ihren Höhepunkt erreicht und die Internationalen Akteure zu vermehrter Intervention bewegt hatte,¹⁵⁸ konnte durch eine koordinierte Aktion und enge Beratung von der EU, der UN und OSCE sowie eine nun höhere Kompromissbereitschaft der Politspitzen von den verfeindeten Lagern, entgegengewirkt werden. Als erste Maßnahme wurde eine Übergangsregierung gebildet, an der alle Parteien beteiligt waren und der der Sozialist Bashkim Fino vorstand.¹⁵⁹ Mit der Legitimation aus der UN-Sicherheitsresolution 1101,¹⁶⁰ der fortgesetzten finanziellen Unterstützung der EU und der Expertise der OSCE-Mission, stationierte sich in Albanien eine multinationale Schutztruppe unter italienischer Führung, die mit der Aufgabe betraut wurde, humanitäre Hilfe zu gewähren und ein sicheres Umfeld für die im Land stationierten internationalen Missionen zu schaffen.¹⁶¹ Als Sonderbeauftragten, um zwischen den Lagern zu vermitteln, sandte die OSCE den ehemaligen Bundeskanzler Österreichs Franz Vranitzky, dem der Verdienst zustand, eine große Rolle in der Aushandlung einer Kompromissfindung und Organisierung der Parlamentswahlen vom 29. Juni 1997 gespielt zu haben.¹⁶² Dass der Weg bis dorthin sehr steinig und stets der Gefahr einer desaströsen Rückentwicklung ausgesetzt

¹⁵⁷ Siehe ebd. S. 28 f.

¹⁵⁸ Vgl. Jedlaucnik, H. 1999, S. 35.

¹⁵⁹ Vgl. u.a. Krech, H. 1997, S. 64.

¹⁶⁰ UN-SC: S/ RES/ 1101 (1997), 28 March 1997. S. 1-2. <http://daccess-ods.un.org/TMP/6084485.05401611.html>.

¹⁶¹ Vgl. ebd. S. 2

¹⁶² Vgl. u.a. Krech, H.1997, S. 64.

war, liegt wohl auf der Hand. Während der Krise hatten sich mehrere wichtige und weniger wichtige *Spieler* herauskristallisiert, die teils vernetzt und teils unabhängig agierten.¹⁶³ Viele davon hatten sich auf das mehrmonatige Chaos eingestellt und waren erwartungsgemäß nicht dazu bereit ihre Machtpositionen und neugewonnenen Ressourcenquellen, zugunsten der Wiedereinführung von Ordnung und Rechtsstaatlichkeit, kampflos aufzugeben.¹⁶⁴ Andererseits waren die Führungsspitzen beider Hauptlager darüber erfreut, eine derartige internationale Präsenz im Land bekommen zu haben, die dem Land bei der Wiedereinführung der Sicherheit, als auch bei der Organisation *glaubwürdiger* Parlamentswahlen – so glaubwürdig sie auch unter derartigen Umständen sein konnten – helfen würde. Sie hegten aber zugleich jeder für sich die Hoffnung, die Gunst des Westens für sich zu sichern, indem sie vor der Öffentlichkeit den Gegner zu verleumden versuchten und vor dem Westen die alleinige Schuld, für jegliche Hindernisse an einem Einigungsprozesses, dem Gegner zuwiesen.¹⁶⁵ Mit einem koordinierten Druck der wichtigsten internationalen Akteure zu diesem Zeitpunkt, nämlich des OSCE-Sonderbeauftragten Vranitzky – dieser hatte die völlige Unterstützung der EU genossen – der EU und der USA über seine Botschafterin, war es noch gelungen die Parteien zu einem Kompromiss zu bewegen.¹⁶⁶ Vranitzky hatte vor der albanischen Öffentlichkeit mit dem Ende der internationalen Hilfe gedroht¹⁶⁷ und die EU mit der Überprüfung ihrer Unterstützung, was zu diesem Zeitpunkt nichts weniger als eine Unterbrechung der Hilfgelder bedeutet hätte.¹⁶⁸ Die Abhaltung der neuen Parlamentswahlen die am 29. Juni 1997 stattfinden sollten, wurde zu dieser Zeit allerdings selbst von einigen westlichen Akteuren nicht einheitlich für realistisch erachtet und zum Teil auch offen kritisiert, da jegliche Bedingungen für den halbwegs normalen Verlauf gefehlt hätten.¹⁶⁹ Vranitzky und mit ihm die EU, hatten, der prekären Situation bewusst, dennoch auf die

¹⁶³ Vgl. Jedlaucnik, H.1999, S. 33.

¹⁶⁴ Vgl. Grimm, S. Demokratisierung von außen: Der Beitrag externer Akteure zur politischen Transformation nach Kriegen und Interventionen . In: Erdmann, G./Kneuer, M.: Externe Faktoren der Demokratisierung. 2009, S. 105, 107; Jedlaucnik, H. 1999, S. 28 f, 33.

¹⁶⁵ Vgl. Jedlaucnik, H. 1999, S. 29, 47.

¹⁶⁶ Vgl. ebd. S. 44 f.

¹⁶⁷ Ebd. S. 44, zit. nach Vranitzky, Franz: Erläuterungen im Zuge eines „Sicherheitspolitischen Meinungsaustauschs über Krisenmanagement am Beispiel Südosteuropa“, vom 21.04.1998 in Wien.

¹⁶⁸ Vgl. ebd. S. 45.

¹⁶⁹ Vgl. ebd. S. 46.

Abhaltung bestanden und die politischen Kräfte nach mühsamen Verhandlungen dazu bewegt, für die Abhaltung dieser zu sorgen und unabhängig des Ergebnisses sie schon im Vorfeld anzuerkennen.¹⁷⁰

Die Androhung Vranitzkys an die politischen Protagonisten die internationale Unterstützung beenden zu wollen, hatte – trotz geringer Wahrscheinlichkeit dies auch wirklich zu tun – ihr Ziel nicht verfehlt. Denn die politischen Kräfte hatten ihre gesamte Aktivität nicht an konkrete Programme und politisch-wirtschaftliche Zielsetzungen geknüpft, sondern vorwiegend auf die Verleumdung des „Feindes“ und die Selbstinszenierung als „Liebling“ des Westens im Kampf gegen die kommunistische Vergangenheit und für die europäische Zukunft.¹⁷¹ Dadurch wollten und konnten sie in ihrer jeweiligen Ungewissheit und Angst vor einer für sie selbst ungünstigen Wende der Situation,¹⁷² einen Rücktritt des Westens – für den Fall dass diese es ernst meinten – keineswegs riskieren und schon gar nicht vor der albanischen Öffentlichkeit verantworten, da dies einen tiefen Verlust der politischen Glaubwürdigkeit bedeutet hätte. Aus der Sicht der EU und OSCE andererseits, wurde dadurch eine Kompromissfindung in die Wege geleitet (erzwungen), die schnellstmöglich das Chaos zu beenden hatte und folglich eine neue Flüchtlingswelle Richtung EU¹⁷³ sowie eine Übertragung der Krise an die direkt angrenzenden Nachbarstaaten vermeiden sollte. Die ethnischen Probleme, vor allem zwischen albanischen und slawischen Bürgerinnen und Bürgern im damaligen Jugoslawien und später in Mazedonien, hatten durchaus das Potential inne, durch eine längerdauernde Instabilität Albaniens und folglich einer Radikalisierung einiger Kräfte im Land, neue Dimensionen zu erreichen.¹⁷⁴ Darüber hinaus war Albanien bereits seit dem Sturz des kommunistischen Regimes in den politischen und strategischen Überlegungen des Westens aufgenommen worden, denen ein instabiles und perspektivloses Albanien zuwidergelaufen wäre.¹⁷⁵

¹⁷⁰ Vgl. ebd. S. 46 f.

¹⁷¹ Siehe ebd. S. 29, 44, 47 und 74.

¹⁷² Vgl. Pierre, A. J.: De-Balkanizing the Balkans: Security and Stability in Southeastern Europe: Albania. In: USIP: Special Report. 30.09.1999.

¹⁷³ Besonders nach Italien: daher auch die intensive Beteiligung der italienischen Regierung an den international koordinierten Hilfsmissionen

¹⁷⁴ Vgl. Pierre, A. J. a.a.O. 30.09.1999.

¹⁷⁵ Vgl. Jedlaucnik, H. 1999, S. 37f, 44.

3.2.2 Politische Entwicklung unter den Sozialisten und die zunehmende Rolle der EU nach den Parlamentswahlen von 1997

Die Machtübernahme der Sozialisten erfolgte im Großen und Ganzen regulär, obwohl mitten in einer Situation in der der Staat noch nicht die Kontrolle über den ganzen Raum zurückgewonnen hatte, die Sicherheits- und Wirtschaftskrise auf dem Alltag lastete und die politische Polarisierung um nichts an Schärfe verloren hatte.¹⁷⁶ Die Regierung, geführt von dem „Symbolpolitiker“ der Sozialisten Fatos Nano, beruhte auf einer breiten Koalition, bei der auch kleine Parteien dieser Koalition mit Ministern vertreten waren, die jedoch über keine, mit ihrer Vertretung in der Regierung, anteilmäßige Wählerschaft verfügten. Dies war aber kein bloßer innenpolitischer Opportunismus des neuen Machthabers gewesen, denn an den Westen sollte ein klares Signal des Willens zur Demokratieentwicklung und Machtteilung und folglich der Distanzierung von autoritären Tendenzen des Vorgängers gesendet werden.¹⁷⁷ Hinsichtlich der Annäherung an die EU unterließ es die neue Regierung nicht, zum ersten Mal seit dem Übergang zur Demokratie, den Posten eines Staatssekretärs für Euro-Atlantische Integration zu gründen.¹⁷⁸ Die EU, die bereits im Jahr 1997 einen neuen Ansatz für die Region angekündigt hatte – demnach funktionierende und praktizierende Demokratie, Stärkung der Rechtstaatlichkeit, Gewährleistung der Menschenrechte und –Freiheiten, eine entwickelte Marktwirtschaft und zusätzlich der Minderheitenschutz und regionale Zusammenarbeit zu leitenden Kriterien in den bilateralen Beziehungen zwischen EU und Balkanländern erhoben worden waren¹⁷⁹ – hatte beschlossen die offiziellen Beziehungen zu Albanien wieder aufzunehmen und die ATCEC zu reaktivieren. Diesem Schritt folgte gleich eine Hilfe von ECU¹⁸⁰ 40 Mio. im Rahmen des PHARE-Programms.¹⁸¹

Unmittelbar nach der Krise stellte sich die EU hauptsächlich als einer unter mehreren finanzierenden Partnern Albaniens dar, zwar bereit für den größten Teil der internationalen Hilfe für Albanien aufzukommen, ohne jedoch gleichzeitig eine verbindliche Beziehungen zu

¹⁷⁶ Vgl. Buçpapaj, U.Z. a.a.O. 2004, S. 177 f.

¹⁷⁷ Ebd. S. 178.

¹⁷⁸ Ebd. S. 179, Tabelle 9. Für einen Vergleich siehe Tabellen 4, 5, 6, 7 und 8, in ders., S. 166-175.

¹⁷⁹ Vgl. Kuko, V.: Stabilization and association process in Albania and institutional framework. o. J. S. 1..

¹⁸⁰ *European Currency Unit*- Rechnungseinheit des Europäischen Währungssystems vor Einführung des EURO.

¹⁸¹ Vgl. Milo, P. 2003, S. 9.

Albanien aufzubauen, was bedeutet, eine klare Kurslinie mit detaillierten maßgeschneiderten Anforderungen und wirtschaftsfördernde Investitionen an Stelle von bloßen Hilfen, fehlten weiterhin.¹⁸² Die technischen Einzelheiten zum Aufbau demokratischer Institutionen waren zu diesem Zeitpunkt überwiegend der OSCE und die Koordinierung der internationalen Hilfen den Experten des IMF und der WB überlassen worden.¹⁸³ Zudem wurden die Voraussetzungen an Albanien für den Erhalt der von mehreren internationalen Organisationen gesammelten Finanzhilfe, nämlich selbstständig für die Einführung von Sicherheit und Ordnung im Land sowie der engen Koordinierung mit den Gebern bei der Einsetzung von Hilfsgeldern, nicht strikt von entsprechenden und konkret einschätzbaren Druckmitteln begleitet, was erneut der Gefahr des Missbrauchs bzw. der-nicht-effizienten Einsetzung dieser Hilfe den Weg offen ließ.¹⁸⁴ Solche Schwachstellen in der Annäherung der EU an Albanien waren bereits vor der Krise in einem fachlich fundierten Gutachten des Wirtschafts- und Sozialausschusses der Union vom Jahr 1995 bemängelt worden. Darin wurde das Versäumnis der EU kritisiert, die große geopolitische und strategische Wichtigkeit Albaniens zu erkennen sowie deren Zurückhaltung und die Unangemessenheit gewisser Wirtschaftsentwicklungsmodelle, die bis dahin angewandt wurden, bemängelt.¹⁸⁵

Diese vorerst distanzierte Annäherung an Albanien erfuhr eine inhaltliche Wende als die Opposition um Berisha und ihre Anhänger durch einen aus der Dynamik der Proteste impulsiv versuchten Staatstreichs¹⁸⁶ – ausgelöst durch die Ermordung des Parteimitbegründers und PDSH-Abgeordneten Azem Hajdari¹⁸⁷ – die Stabilität des gesamten Staates erneut in Gefahr brachten und als zusätzlich kurz daraufhin der Kosova/o-Krieg ausbrach.

Die EU musste erkannt haben wie unzureichend eine finanzielle Hilfe aus der Distanz für ein politisch so unstabiles Land sein mochte und welche Gefahren noch zusätzlich von dem neu ausgebrochenen Konflikt im angrenzenden Jugoslawien für die Stabilität des gesamten

¹⁸² Vgl. Bogdani, M./ Loughlin, J. 2007, S. 210.

¹⁸³ Siehe: Jedlaucnik, H. 1999, S. 59-62.

¹⁸⁴ Vgl. Ebd. S. 61 f.

¹⁸⁵ Siehe: OJ, C 236/25, 11.09.1995, S. 65, 68-71, 73 und 75 ff.

¹⁸⁶ Vgl. Jedlaucnik, H. 1999, S. 80 f.

¹⁸⁷ Vgl. Buçpapaj, U.Z. a.a.O. 2004, S. 181.

Balkans ausgingen.¹⁸⁸ Eine weitere finanzielle Unterstützung eines instabilen Staates – der aufgrund derart manifestierter Feindseligkeiten zwischen den politischen Lagern und deren Anhängern erneut in einem Chaos versinken könnte – ohne zuerst eine grundsätzliche Veränderung der Verhältnisse anzustreben und dies auch vehement von den politischen Akteuren im Land anzufordern, käme einer Verschwendung von jeglichen Hilfeleistungen gleich. Ferner hätte ein Übergreifen der Krise auf andere Länder und eine Verschärfung des Konflikts auf dem Balkan¹⁸⁹ eine humanitäre Katastrophe auslösen können, welche die EU mit weit mehr finanziellem, logistischem und politischem Aufwand und Risiko hätte lösen müssen. In einer ersten Reaktion der EU wurde daher unmittelbar nach den neusten Unruhen ein Sonderemissär der EU-Präsidentschaft für Albanien ernannt, dessen Ziel eine Vermittlung zwischen den politischen Lagern bis hin zu einer Kompromissfindung sein sollte.¹⁹⁰

Währenddessen konnte die neugegründete Majko-Regierung in kurzer Zeit zwei große Erfolge für sich beanspruchen: Einerseits in der Kosova/o-Krise eine konstruktive Rolle eingenommen und die Schwierigkeiten die daraus entstanden (Flüchtlingsstrom, humanitäre Not, Grenzkonflikt usw.) zufriedenstellend, d.h. im Einklang mit den Vorstellungen der westlichen Partner, bewältigt zu haben, was international zur Verbesserung des Landesansehens verholfen hatte.¹⁹¹ Andererseits schaffte sie es eine moderne und westliche Verfassung zu verabschieden, die sowohl bei der Volksversammlung als auch beim Volk durch das Referendum vom 22. November 1998¹⁹² auf breite Zustimmung gestoßen war.¹⁹³ Eine speziell mit dem Ziel der Abfassung der Verfassung beauftragte Kommission unter Leitung von Sabri Godo (damaliger PRSH-Vorsitzender), hatte zu diesem Zweck eng mit Experten des Europarats und der OSZE gearbeitet, mit dem Ziel „ihre Kompatibilität mit

¹⁸⁸ Vgl. OJ, C 236/25, 11.09.1995, S. 66 ff.

¹⁸⁹ Wie es angesichts der fehlgeschlagenen Demokratieentwicklung auch dieser anderen Länder sowie der u.a. dadurch auf der Oberfläche aufgetauchten „albanischen Frage“ ausreichend Gründe zu befürchten gab. Vgl. Hajrullahu, A. 2007, S. 130, 134; Williams, S./ Serwer, D.: Albanians in the Balkans. In: USIP: Special Report. 01.11.2001.

¹⁹⁰ Vgl. Jedlaucnik, H. 1999, S. 83.

¹⁹¹ Vgl. Schmidt-Neke, M.: Das politische System Albaniens. In: Ismayr, W.: Die politischen Systeme Osteuropas. 2002, S. 1008; Bogdani, M./ Loughlin, J. 2007, S. 131.

¹⁹² Dies trotz der kategorischen Weigerung der Opposition im Parlament am Entwurf der neuen Verfassung mitzuarbeiten, ihrer aggressiven Bemühungen der neuen Regierung bei jeder Gelegenheit jede Legitimität abzuspochen und ihre Arbeit zur Vorbereitung des Referendums zu unterminieren, sowie darüber hinaus der unaufhörlichen Aufrufe zum Boykott des Referendums. Vgl. Jedlaucnik, H. 1999, S. 87 ff.

¹⁹³ Vgl. Buçpapaj, U.Z. a.a.O. 2004, S. 183; Schmidt, F. a.a.O. 2003, S. 325.

*westlichen Normen sicherzustellen.*¹⁹⁴ Die Inkongruenz des politischen Stils des jungen und reformbereiten Premiers mit den Vorstellungen des konservativen Flügels um Nano führte jedoch dazu, dass Majko im Oktober 1999 nach nur einem Jahr im Amt abdankte.¹⁹⁵ Das Interesse des Landes, die Erwägung von Lösungen zu den vielen brennenden Sicherheits- und Wirtschaftsproblemen, denen sich die Gesellschaft zu stellen hatte, und die angestrebte Vision einer EU-Mitgliedschaft mussten einmal mehr den politischen Fehden zum Opfer fallen.

Die EU hatte inzwischen, auf Beharrung der albanischen Regierung, Verhandlungen über das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen aufzunehmen, stattdessen einem zweijährigen Handelsregime gegenüber Albanien zugestimmt, demnach gewisse industrielle Produkte aus Albanien zollfrei und ohne Mengeneinschränkungen in der EU verkauft werden durften. In derselben Zeit hatte die Kommission mit der Durchführbarkeitsstudie bezüglich der Aufnahme der von Albanien verlangten SAA-Verhandlungen begonnen.¹⁹⁶ Dies war angesichts der Entwicklungen immer noch ein großes Zugeständnis der EU gewesen, welche weder eine Aussetzung der Bemühungen Albaniens auf dem Weg der Entwicklung und der EU-Integration riskieren wollte, noch dafür bereit war, sich in einer bodenlosen Vertragsschließung mit diesem Land einzulassen, solange das Potenzial der bereits bestehenden Verträge von beiden Seiten nicht vollständig ausgeschöpft wurde und noch keine angemessene Voraussetzungen für neue Verträge geschaffen waren. Diese Studie belegte somit die ohnehin offensichtlichen Mängel in der Institutionsfunktionalität und in der Wirtschaft nur noch offiziell, woraufhin die Voraussetzungen zur Aufnahme der SAA-Gespräche – trotz einiger anerkannter Fortschritte – als nicht erfüllt erachtet und der albanischen Regierung zu diesem Zweck zu erfüllende Kriterien vorgelegt wurden.¹⁹⁷ Diese umfassten drei Hauptkriterien mit ihren jeweiligen Unterpunkten: (1) Die Stärkung der Sicherheit und der öffentlichen Ordnung; (2) Die Fortsetzung der makro-ökonomischen

¹⁹⁴ Schmidt-Neke, M. a.a.O. 2002, S. 1010.

¹⁹⁵ Vgl. Lubonja, F. a.a.O. 2004, S. 58; Schmidt, F. a.a.O. 2003, S. 326.

¹⁹⁶ Vgl. Milo, P. a.a.O. 2003, S. 9 f.

¹⁹⁷ Vgl. EC: COM (1999) 599 final, Brussels, 24.11.1999, S. 5 ff.

Stabilisierung und die Beschleunigung der strukturellen Reformen; (3) Die Verbesserung der Regierungsführung und die Durchsetzung der Rechtsstaatlichkeit.¹⁹⁸

Als an Majkos Stelle der charismatische Politiker Ilir Meta getreten war, der früher den Posten des Staatssekretärs für Euro-Atlantische Integration und den des Stellvertretenden Ministerpräsidenten bekleidet hatte, richtete er den Fokus verstärkt in der Voranbringung regionaler und internationaler bzw. euro-atlantischer Integrationsprozesse. Erfolge folgten, dennoch blieben Korruption und informelle Wirtschaft weiterhin eine Schwachstelle, die sowohl innenpolitisch von den Gegnern als Argumente aufgegriffen wurden als auch auf EU-Ebene vorerst für mangelnde Bereitschaft zum nennenswerten Vorantreiben des Integrationsprozesses mit Albanien sorgte.¹⁹⁹ Im Februar 2002 musste Meta schließlich wie auch sein Vorgänger unter massiven politischen Druck des mehrmaligen Ex-Premiers Fatos Nano – der inzwischen wieder die Führung der PSSH gesichert hatte – abdanken.

Ihm folgte erneut Fatos Nano, der nun zwei junge Ministerpräsidenten des reformwilligen Flügels seiner Partei zum Rücktritt bewegt, sie aber gleich daraufhin in seinem Regierungskabinett miteinbezogen hatte.²⁰⁰ Den Posten konnte er bis zu den Parlamentswahlen im Jahr 2005 besetzen, als die PDSH nach acht Jahren mit einem Wahlsieg durch eine breite Koalition erneut an die Macht gekommen war und Ex-Präsident Sali Berisha zum Ministerpräsident ernannt wurde.²⁰¹ Während Nanos Amtszeit wurde der Kurs der politischen und wirtschaftlichen Reformierung zwar formal eingehalten, die Regierungsführung entbehrte jedoch weiterhin die notwendige Intensität und Tiefgründigkeit, um entscheidende Erfolge für den Integrationsprozess zu erzielen.

Die EU sah während der sozialistischen Regierungszeit trotz aller anhaltenden Probleme, wie fortbestehende politische Kompromisslosigkeit, verbreitete Korruption, informelle Wirtschaft, fehlende Sicherheit in weiten Teilen des Landes, vermeintliche und bestätigte

¹⁹⁸ Ebd. (Übersetzt aus dem Englischen).

¹⁹⁹ Vgl. Kaser, M. a.a.O. 2003, S. 390.

²⁰⁰ Vgl. ebd. S. 391.

²⁰¹ Siehe: Schmidt-Neke, M. a.a.O. 2002, S. 1020.

Verbindungen der Kriminalität mit hohen Ebenen der Politik²⁰² und eine schwache Infrastruktur als besonders hemmender Faktor für das Voranschreiten des SAP und die Heranziehung fremder Investitionen,²⁰³ auch einige Fortschritte als erzielt. Hierunter zählten der Entwurf neuer Strategien zur Lösung mehrerer Probleme in den verschiedensten Sektoren, die Vorlegung neuer Gesetzesentwürfe die den neuen Strategien und Anforderungen gerecht werden sollten, die Einführung eines Aktionsplans zur Umsetzung der Prioritäten, die im Rahmen der Europäischen Partnerschaft vorgesehen waren, die unternommenen Schritte zur Anpassung der Gesetzgebung an EU-Standards, die Stärkung der Rolle des Ministeriums für Europäische Integration, die gelungene Kompromissfindung mit der Opposition für die Wahl des Präsidenten der Republik und nicht zuletzt die Durchführung der Parlamentswahlen in Übereinstimmung mit einem davor verbesserten Wahlgesetz mit dem Ergebnis einer, im Großen und Ganzen, reibungslosen Machtübertragung.²⁰⁴ Diese waren alle Maßnahmen, deren Vollzug die EU seit langem in ihren Berichten und ihren offiziellen Stellungnahmen an die albanische Regierung verlangt hatte.

Bei dem Europäischen Rat von Feira und wenig später bei dem Gipfeltreffen der EU in Zagreb, beide als Meilensteine der neukonzipierten Politik der EU gegenüber den Westbalkanländern betrachtet, wurde die EU-Perspektive dieser Region wiederbestätigt.²⁰⁵ Die Beziehungen zu Albanien hatten dadurch, und nicht zuletzt auch wegen der erwähnten bescheidenen Fortschritte des Landes, einen neuen Schwung erreicht. Wenngleich der hochrangige Lenkungsausschuss, der bei dem Gipfeltreffen von Zagreb ins Leben gerufen wurde, in seinem Bericht für den gegebenen Zeitpunkt eine fortbestehende mangelnde Kapazität Albaniens, den Verpflichtungen eines SAA nachzukommen, festgestellt hatte, war nichtsdestotrotz die Aufnahme der Verhandlungen über das SAA empfohlen worden.²⁰⁶ Unmissverständlich war dem Wortlaut im Dokument zu entnehmen, dass dieser Beschluss im

²⁰² Vgl. Bartlett, W.: *Europe's Troubled Region: Economic development, institutional reform and social welfare in the Western Balkans*. 2008, S. 34; Bogdani, M./ Loughlin, J. 2007, S. 132.

²⁰³ Vgl. EC: COM (1999) 599 final, Brussels, 24.11.1999, S. 7; EC: SEC (2003) 339, COM (2003) 139 final, Brussels, 26.3.2003, S. 16.

²⁰⁴ Vgl. EC: SEC (2005) 1421, COM (2005) 561 final, Brussels, 9 November 2005, S. 10 f.

²⁰⁵ Vgl. Kuko, V. o. J. S. 2.

²⁰⁶ Vgl. EC: COM (2001) 300 final, Brussels, 06.06.2001, S. 8.

Zeichen der Anerkennung, seitens der europäischen Gemeinschaft, für die konstruktive Haltung Albaniens in den Konflikten der Region und der substantiellen Anstrengungen des Landes auf dem Weg der Reformen, unabhängig von ihren konkreten Ergebnissen, erfolgte. Darüber hinaus war diese Entscheidung auch vor dem Hintergrund der Absicht zur Manifestierung der klaren und fortbestehenden Bereitschaft der EU, Albanien eines Tages als Mitglied aufzunehmen, getroffen worden.²⁰⁷ Zwei Jahre nachdem die Kommission dem Rat der EU ihre Verhandlungsdirektiven für ein SAA mit Albanien unterbreitet hatte, hatte der Rat für Allgemeine Angelegenheiten die Eröffnung der SAA-Verhandlungen mit Albanien beschlossen.²⁰⁸ Offiziell ging dieser Schritt am 31.01.2003 von dem italienischen Präsidenten der EU-Kommission Romano Prodi aus.²⁰⁹ Später im Jahr 2004 ließen die Entwicklungen im Land keinen Raum für großen Enthusiasmus zu, vor allem was die Bewältigung der in jedem Bericht der Kommission wiederholten Probleme und der Erfüllung der Kriterien anbelangte. Die neue Regierung der Sozialisten unter Nano hatte anfänglich eine große politische Toleranz und Flexibilität aufgewiesen und außenpolitisch die Fehler ihrer Vorgänger behoben. Der Premier selbst hatte einen Konfrontationskurs mit Mitgliedern innerhalb seiner Partei und mit der Opposition eingeschlagen. Dieser Rückschlag hatte den Reformprozess ins Stocken gebracht, die Staatstrukturen geschwächt und dadurch dem Klientelismus und dem organisierten Verbrechen mehr Raum gelassen.²¹⁰ Folglich hieß es im Fortschrittsbericht der Kommission von 2004, dass *„Albania remains a young and rather unstable democracy. The medium-term interest of the country is often sacrificed to shorter-term, narrower political interests.”*²¹¹ Nichtsdestotrotz hatte der Rat der EU im Juni 2004 die Einführung einer europäischen Partnerschaft mit Albanien beschlossen (gleichzeitig mit den restlichen Westbalkan-Ländern). Besonderer Impulsgeber dürfte hierfür vermutlich der neue *Integrationsenthusiasmus* gewesen sein, ausgelöst durch das Gipfeltreffen von Thessaloniki. Das bedeutete ein zusätzliches Instrument im Rahmen des SAP, einen verbesserten Rahmen zur zielgerichteten Beurteilung erfüllter Konditionen und zur angemessenen Adressierung

²⁰⁷ Vgl. ebd. S. 7 f.

²⁰⁸ Vgl. Kuko, V. o. J. S. 2.

²⁰⁹ Vgl. Pirani, E. a.a.O. 2008. S. 141.

²¹⁰ Vgl. Bogdani, M./ Loughlin, J. 2007, S. 129-133.

²¹¹ EC: SEC (2004) 374/2, COM(2004) 203 final, Brussels, o. J. S. 2.

kurz- und mittelfristiger Handlungsschwerpunkte.²¹² Zu den kurzfristigen Handlungsschwerpunkten gehörten die Stärkung demokratischer Institutionen, die Ertüchtigung der öffentlichen Verwaltung, die Vorbereitung zur Abhaltung der nächsten Wahlen im Einklang mit den Empfehlungen von OSCE, Kriminalitätsbekämpfung, Stärkung des Justizsystems, die Anpassung und Implementierung der Nationalen Strategie für die Migration usw., insgesamt achtundzwanzig Prioritäten mit konkreten Angaben über die zu ergreifenden Maßnahmen.²¹³ In den mittelfristigen Handlungsschwerpunkten waren dieselben Bereiche aufgelistet, die aber inhaltlich umfassender als die kurzfristigen angelegt waren.²¹⁴ Im Fortschrittsbericht von 2005 konnte folglich auch eine Bewertung der Europäischen Partnerschafts-Kriterien vorgenommen werden. Demnach hatte Albanien die meisten kurzfristigen Kriterien erfolgreich erfüllt, während mehr Arbeit hinsichtlich der mittelfristigen verlangt wurde. Jene Bereiche in denen die Regierung die meisten „Pluspunkte“ erhalten hatte, waren die konstruktive Außenpolitik, eine zufriedenstellende makroökonomische Entwicklung, die Standardübernahme im Wirtschaftsbereich sowie die Einführung mehrerer Gesetze, anhand derer viele Probleme angemessener als bis dahin behandelt werden könnten.²¹⁵ Als besonders positive Errungenschaften hatten die Einleitung der Justizreform, die Abhaltung regulärer Parlamentswahlen, die Unterzeichnung eines Rückführungsabkommen für illegal Einreisende aus Albanien und die konstruktive Regionalpolitik gegolten.²¹⁶ Andererseits hatte die politische Stimmung, laut Kommissionsbericht, bei weitem nicht dem EU-Standard entsprochen und die Einführung neuer Gesetze musste stark unter mangelnder Durchsetzung leiden, sodass die Korruption in der Staatsverwaltung und das organisierte Verbrechen, geschützt durch Elementen aus der Politik, nur schwach bekämpft werden konnten.²¹⁷

Insgesamt, aufgrund der zufriedenstellenden Erfüllung der meisten kurzfristigen Prioritäten, die in der Europäischen Partnerschaft enthalten waren, vor allem aber der Abhaltung

²¹² Vgl. u.a OJ, L 86, 24.03.2004, Art. 1, S. 2.

²¹³ Vgl. EC: SEC (2004) 374, COM (2004) 203 final, Brussels, 30.03.2004, S. 5-11.

²¹⁴ Siehe: ebd. S. 11-15.

²¹⁵ Vgl. EC: SEC (2005) 1421, COM (2005) 561 final, Brussels, 9 November 2005. S. 66-69.

²¹⁶ Vgl. ebd. S. 64, 66.

²¹⁷ Siehe. ebd. S. 10-16, 57-62.

ordentlicher Parlamentswahlen, hatte die EU-Kommission im Fortschrittsbericht von 2005 eine überarbeitete Fassung der Europäischen Partnerschaft zwischen EU und Albanien empfohlen,²¹⁸ was der Rat der EU im Dezember desselben Jahres beschlossen hatte.²¹⁹ Fernerhin war die EU-Kommission durch die Ergebnisse des Fortschrittsberichts überzeugt, dem Rat der EU das Unterschreiben eines SAA mit Albanien vorzuschlagen. Dies hatte Olli Rehn, Mitglied der Kommission für Erweiterung, in seiner Rede vor dem Albanischen Parlament verkündet.²²⁰ Diesem Vorschlag sowie dem Prinzip zufolge, dass die Fortsetzung der Europäischen Partnerschaften im Rahmen der unter dem SAP etablierten Mechanismen zu gewährleisten sei (SAA als Hauptinstrument dessen),²²¹ wurde im Juni 2006 das SAA mit Albanien unterzeichnet.²²²

Wenngleich die Unterzeichnung des SAA von der ordentlichen Abhaltung der Parlamentswahlen sowie von den *greifbaren Fortschritten* in den prioritären Bereichen der Europäischen Partnerschaft abhängig gemacht wurde,²²³ letztere auch explizit aufgezählt, waren an keiner Stelle eindeutige Angaben gemacht worden, inwieweit Fortschritte als ausreichend und greifbar gelten würden, um anhand dieser über die Unterzeichnung des SAA entscheiden zu können.²²⁴ Lediglich die Entschlossenheit der EU-Kommission dem Erweiterungsskeptizismus mancher auf EU-Ebene entgegenzusteuern, die EU-Perspektive des Westbalkans, gemäß der in Feira, Zagreb und schließlich Thessaloniki bekräftigten Versprechen, glaubwürdig offen zu halten sowie die Sicherheits- und Stabilitätsüberlegungen im Interesse dieser Region und der EU selbst, dürften in Kombination mit der Erfüllung der kurzfristigen Prioritäten der Europäischen Partnerschaft, die positive Entscheidung zusätzlich bestärkt haben.²²⁵

²¹⁸ Ebd. S. 68.

²¹⁹ Vgl. CofEU: 15273/1/05, REV 1, COWEB 217, Brussels, 7.12. 2005. S. 3.

²²⁰ Vgl. EC: Speech/05/680: Speech by Mr. Olli Rehn. Tirana, 11. November 2005, S. 2.

²²¹ Vgl. CofEU: 15273/1/05, REV 1, COWEB 217, Brussels, 7. 12. 2005. S. 2, Punkt 4.

²²² Für eine detaillierte Übersicht der Chronologie, siehe: DEUA: Political and Economic relations: Key dates in Albania's path towards the EU. http://eeas.europa.eu/delegations/albania/eu_albania/political_relations/index_en.htm.

²²³ Vgl. EC: SEC (2005) 1421, COM (2005) 561 final, Brussels, 9 November 2005. S. 5.

²²⁴ Vgl. CofEU: 15273/1/05, REV 1, COWEB 217, Brussels, 7.12. 2005. Besonders Punkt 3 darin, S. 4.

²²⁵ Vgl. Altmann, F.L.: EU-Erweiterungsmüdigkeit und Westlicher Balkan. In: SWP-Aktuell 2005/A 60, o.O. Dezember 2005, S. 2; EC: COM (2006) 27 final, Brussels, 27.01.2006. S. 2 f, 15 f.

4. Von der Unterzeichnung des SAA bis zum Status des offiziellen Beitrittskandidaten

Die Unterzeichnung des SAA war der nächste Höhepunkt des SAP. Das Abkommen verstärkte die Annäherungsversuche Albaniens an die EU durch detailliert ausformulierte Zielsetzungen und Rahmenbedingungen, aber auch durch größere Belohnungsreize. Dieses Abkommen war speziell für den Westbalkan entworfen worden und ähnelte in Ziel und Form den früheren Europa-Abkommen, die zwischen der EU und den mittel- und osteuropäischen Ländern (CEEC) abgeschlossen wurden.²²⁶ Finanziell waren bis Januar 2007 zur Unterstützung des Integrationsprozesses im Rahmen des SAP verschiedene Instrumente zur Verfügung gestanden, wie PHARE, ISPA und CARDS. Ab diesem Zeitpunkt trat ein einheitliches Instrument in Kraft, welches alle vorigen Instrumente ersetzte und eine verbesserte Kontrolle für die Gestaltung der Assistenz ermöglichte. Dieses neue Instrument, genannt Instrument für Heranführungshilfe (*Instrument for Pre-Accession Assistance IPA*), war für den Zeitrahmen zwischen dem 1. Januar 2007 und dem 31. Dezember 2013 vorgesehen.²²⁷ Zu den Bereichen, die in berechtigten Ländern (Kandidaten und potentielle Kandidaten)²²⁸ durch IPA gefördert werden sollten, gehörten (1) die Stärkung demokratischer Institutionen und die Durchsetzung der Gesetzlichkeit; (2) die Promotion und der Schutz der Menschenrechte, der Grundfreiheiten, der Minderheitenrechte und der Geschlechtergleichstellung; (3) die Reform der öffentlichen Verwaltung; (4) die wirtschaftliche Reform; (5) die Entwicklung der Zivilgesellschaft; (6) die soziale Eingliederung; (7) die Aussöhnung und der Wiederaufbau (gemeint ist hier das Verhältnis zwischen widerstreitenden Kräften im jeweiligen Land) und schließlich (8) die regionale Zusammenarbeit.²²⁹ Speziell für Länder der zweiten Kategorie, wozu Albanien bis 2014 gehörte, sah diese Anordnung die Unterstützung folgender Prozesse vor: (1) die allmähliche Angleichung mit dem Acquis sowie (2) die soziale, wirtschaftliche und räumliche Entwicklung durch gezielte ländliche und regionale Investitionen und durch die Förderung

²²⁶ Vgl. Horváth, Z. 2005, S. 382 f.

²²⁷ OJ, L 210, 31.07.2006, Abs. 33, S. 84 und Art. 28, S. 91.

²²⁸ Kroatien, Türkei, ehem. Jugoslawische Republik Mazedonien waren zum Zeitpunkt als offizielle Kandidaten qualifiziert; Albanien, Bosnien u. Herzegowina, Montenegro und Serbien hingegen als potentielle Kandidaten.

²²⁹ Vgl. OJ, L 210, 31.07.2006, Art. 2, Abs. 1, S. 85.

der Arbeitsreserven vor Ort.²³⁰ Mit der Koordination und dem Zusammenhang der gewährten Mittel wurde die EU-Kommission beauftragt und als politischer Rahmen zur Bereitstellung dieser Assistenz, die Rahmenbedingungen der Heranführung, so wie sie in den Europäischen Partnerschaften vorgesehen waren, ausgewählt.²³¹

Die angekündigten Ziele des SAA waren:²³²

- Albanien bei der Stärkung der Demokratie und des Rechtsstaats zu unterstützen.
- Zur ökonomischen und politisch-institutionellen Stabilisierung Albaniens beizusteuern und dadurch auch zu der, der gesamten Region.
- Adäquate Rahmenbedingungen zu schaffen, die den politischen Dialog zwischen den Kräften favorisieren würden.
- Albanien in seinem Bestreben internationale Zusammenarbeit zu entwickeln und der damit zusammenhängenden Annäherung seiner Gesetzgebung zu unterstützen.
- Albanien bei der Vervollständigung der Transition hin zur Marktwirtschaft zu unterstützen, mit dem Ziel zwischen dem Land und der Kommunität eine Freihandelszone zu errichten.
- Schließlich, die regionale Zusammenarbeit in allen von diesem Abkommen vorgesehenen Bereichen zu fördern.

Der Inhalt des Abkommens ist in zehn Überschriften und 137 Artikeln gegliedert, denen fünf Vertragsanhänge und sechs Verhandlungsprotokolle angeheftet sind. Diese reglementieren in Detail die Beziehungen zwischen der Kommunität und Albanien für die nächsten zehn Jahre ab dem Inkrafttreten des Abkommens²³³ – in diesem Fall ab dem 01.04.2009. Im Artikel 3 des Abkommens wird unter anderem festgehalten, dass sowohl der Abschluss als auch die Umsetzung dieses Abkommens den Rahmenbedingungen der Feststellungen des Rats der EU vom 29.04.1997 entsprechen und auf individuelle Verdienste Albaniens gründen.²³⁴

²³⁰ Vgl. ebd. Art. 2, Abs. 3, S. 85.

²³¹ Vgl. ebd. Art. 3, Abs. 2-3 und Art. 4, S. 85.

²³² Vgl. CofEU: 8164/06, Coweb 76, Brussels, 22 May 2006, Art. 1, Abs. 2, S. 8.

²³³ Vgl. ebd. Art. 6, S. 10 f.

²³⁴ Vgl. ebd. Art. 3, S. 9.

Am 24. Juni 2014, fünf Jahre nach dem Inkrafttreten des Abkommens, wurde Albanien der offizielle Kandidatenstatus erteilt, was bedeutete, dass die in diesem Abkommen vorgesehenen mittelfristigen Kriterien als erfüllt galten. Noch wichtiger waren hierzu die weiteren Vorteile, die mit dem neuen Status einhergingen: Albanien würde ab dem Zeitpunkt Einladungen zum Beiwohnen der Ratstreffen erhalten; der Zugang zu und die Zusammenarbeit mit den speziellen EU-Behörden würde erleichtert werden; gemeinsame Ausschüsse würden aufgestellt werden; schließlich würde Albanien auf dem Weg der Reformen weiterhin durch IPA unterstützt werden. Darüber hinaus wurde davon ausgegangen, dass der neue Status die Glaubwürdigkeit des Landes in den Augen fremder Investoren erhöhen dürfte.²³⁵ Eine automatische Aufnahme der Beitrittsverhandlungen bedeutete dies jedoch nicht, denn diesem Schritt werden weitere Fortschritte in den festgestellten Hauptprioritäten sowie das Einvernehmen aller EU-Mitglieder vorausgesetzt:

*„Candidate status does not mean that the EU will automatically start accession negotiations with Albania, which is a subsequent, separate step in the EU integration process, for which additional progress, in the key priorities, is required. [...] agreement from all EU Member States is also required“.*²³⁶

Im Folgenden wird der Fokus daher auf die Entwicklungen der letzten neun Jahre seit der Unterzeichnung des SAA gerichtet um zu erforschen, ob sich die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen änderten, welche Entwicklungen für den Integrationsprozess bedeutsam waren und welche Interessen das Geschehen beeinflusst haben könnten.

4.1 Ergebnisse des ersten Mandats der neuen Demokraten-Regierung (2005-2009) und entsprechende Entwicklungen hinsichtlich des Integrationsprozesses

Die neue Regierung der Demokraten mit Sali Berisha als Ministerpräsidenten nahm ihren Dienst offiziell im September 2005 auf. Anders als am Anfang der 1990er Jahre, als er einen gewissen Hang zum Autoritarismus demonstrierte, präsentierte sich der Ministerpräsident

²³⁵ Vgl. EC: Memo/14/439: EU candidate status for Albania. Brussels, 24 June 2014, S. 1 f.

²³⁶ EC: Memo/14/439: EU candidate status for Albania. Brussels, 24 June 2014, S. 1 f.

Berisha dieses Mal als *westlicher Konsens-Politiker*, der bereits während der Vorwahlperiode einen moderierten Kurs verfolgt hatte. In diesem Kontext hatte er verstoßene Persönlichkeiten seiner Partei erneut aufgenommen, die Expertise junger Expertinnen und Experten zum Entwurf der Wahlplattform herangezogen und die Bereitschaft, die Macht in einer breiteren Koalition mit anderen kleineren Parteien zu teilen, verkündet. Diese neue Herangehensweise hatte den neuen Machthabern auch eine stabile Mehrheit im Parlament mit 81 Sitzen von 140 gesichert.²³⁷ Verkündete Ziele der Regierung Berisha waren die Stabilisierung und Fortentwicklung der Wirtschaft, unter anderem durch Bekämpfung der Formlosigkeit, Bekämpfung des organisierten Verbrechens und der Vetternwirtschaft, sowie die Beschleunigung euro-atlantischer Integrationsprozesse. Diese Vorhaben wurden ausführlich in der „Nationalen Strategie für Entwicklung und Integration 2007-2013“ (SKZHI) geschildert, worin neben den einzelnen Schritten zur Erreichung mehrerer ambitionierter Ziele auch die Erlangung des offiziellen Kandidatenstatus in einem Zeitrahmen von zwei Jahren ab Entwurf der Strategie artikuliert war.²³⁸ Tatsächlich gelangen dieser Regierung in den vier Jahren einige strukturelle und infrastrukturelle Fortschritte. Die Arbeitslosigkeit und die Armutquote wurden (zumindest formal) gesenkt; konkrete Strategien gegen Korruption in der Verwaltung, bei den Staatseinnahmen und in der Justiz eingeführt; das Geschäftsklima unter anderem durch Vereinfachung der Anmeldeprozeduren erleichtert und das Straßennetz durch große Projekte verbessert.²³⁹ Außenpolitisch behielt die Regierung den neuen Kurs einer konstruktiven und friedensfördernden Regionalpolitik, durch vermehrte und vielseitige Zusammenarbeitsprojekte mit den Nachbarländern. Der EU-Integrationsprozess blieb weiterhin oberste Priorität. Auch die Beziehungen zu den USA erlebten eine Steigerung der Intensität, zumal die USA die Lösungsfindung für offene Fragen in der Region unterstützten und Albanien im Gegenzug zu einem äußerst zuverlässigen Befürworter und aktiven

²³⁷ Vgl. Biberaj, E.: Albania. In: Bugajski, J. (Hrsg.): *Western Balkans Policy Review 2010*. 2010, S. 48.

²³⁸ Vgl. RSH-KM: *Strategjia Kombëtare për Zhvillim dhe Integrim (Nationale Strategie für Entwicklung und Integration) 2007-2013*, o. O. 2008, S. 15.

²³⁹ Vgl. Biberaj, E. a.a.O. 2010, S. 48 f.

Beteiligten der NATO-Aktivitäten unter der Führung der USA wurde.²⁴⁰ Das Ziel der Erlangung des offiziellen Kandidatenstatus, innerhalb einer zweijährigen Frist, konnte jedoch aus unterschiedlichen Gründen nicht eingehalten werden.

4.1.1 Kommissionsbewertungen von 2006 bis 2009 und die Fortschritte im Integrationsprozess: Eine Untersuchung der Verhältnismäßigkeit zwischen den Zuständen und dem Fortschritt im Integrationsprozess

In dem Fortschrittsbericht von 2006 wurde die einjährige Arbeit der neuen Regierung Berisha bewertet. Als positiv galten: die zunehmende Rolle des Parlaments; die steigende Effektivität der Zusammenarbeit des Parlaments mit anderen Verfassungsorganen; die Bemühungen der Regierung durch einen neubearbeitenden Plan die Prioritäten der Europäischen Partnerschaft umzusetzen; die Sanierung des Rechtssystems durch Verabschiedung neuer Gesetze zur Förderung der Transparenz im Justizsystem und Bekämpfung von Konfliktinteressen sowie konkret eingeleitete Maßnahmen zur Bekämpfung der Korruption (vor allem bei den Steuer- und Zollbehörden). Kritisiert wurden hingegen: der mangelnde politische Konsens; die materiellen und technischen Defizite wichtiger Institutionen und Behörden; die Tendenzen der Versammlung von Entscheidungskompetenzen anderer Institutionen um den Posten des Ministerpräsidenten – *Wiederholungstätertendenzen*²⁴¹ – die unter anderem zu Verzögerungen wichtiger Entscheidungen geführt hatten; gelegentliche Verstöße des Gesetzes über den Öffentlichen Dienst bei der Einstellung bzw. Abberufung von Beamten, sowie die langwierigen und nur teilweise transparenten Gerichtsprozesse.²⁴²

Hinsichtlich der Integration war in diesem Jahr kein bedeutsamer Schritt vollzogen worden, zumal ohne ein vorangehendes Inkrafttreten des SAA, formal, keiner möglich gewesen wäre.²⁴³ Ein Interimsabkommen mit der EU war jedoch parallel zum SAA unterschrieben worden und bereits im Dezember desselben Jahres in Kraft getreten. Hierfür wurden keine zusätzlichen Kriterien gestellt, denn dieses Interimsabkommen sollte die Fortsetzung und Vertiefung bereits durch ATCEC etablierter wirtschaftlicher Beziehungen zwischen der Union

²⁴⁰ Vgl. ebd.

²⁴¹ Hier sei auf die ersten Jahre von Berishas Amtszeit als Staatspräsident verwiesen!

²⁴² Vgl. EC: SEC (2006) 1383, COM (2006) 649 final, Brussels, 08.11.2006, S. 5-9.

²⁴³ Siehe: EC: COM (2005) 561 final, SEC (2005) 1433/-21/-22/-23/-24/-26/-28, Brussels, 09.11.2005, S. 10 f.

und Albanien bis zum Inkrafttreten des ohnehin unterzeichneten SAA ermöglichen. Das angekündigte Ziel diesbezüglich lautete, die für Albanien so notwendige Wirtschaftsentwicklung in Schwung zu halten.²⁴⁴ Die sofortige Verbindlichkeit dieses Interimsabkommens und somit bestimmte Teile des SAA, bezüglich des freien Warenverkehrs für darin explizit genannte Güter, wurde durch den Artikel 136 des SAA sanktioniert.²⁴⁵ Es ist auffallend, wie durch eine bestimmte Klausel im Vertrag handels- bzw. wirtschaftsbezogene Austauschregeln den langwierigen Prozess der Ratifizierung umgehen konnten, während dies für andere Bereiche nicht der Fall war. Eine eindeutige Erklärung liegt hierfür nicht vor, denn die gleichen Institutionen Albaniens, die eine Einhaltung dieser Vertragspunkte zu garantieren hatten, hätten beim sofortigen Inkrafttreten des SAA gleichwohl alle anderen Punkte garantieren können. Im Gegenteil, sollten die EU-Experten davon ausgegangen sein, dass der Staat Albanien mangels demokratisch ausgereifter Institutionen keine Einhaltung der Vertragspunkte hätte garantieren können, entsteht so die Frage wieso ausgerechnet die wirtschaftsbezogenen Abmachungen eine Ausnahme darstellen sollten. Die Antwort darauf ist wahrscheinlich eine wirtschaftliche. Die durch das IPA investierten Gelder im Rahmen des SAP dürften unter keinem Umstand in Gefahr gebracht werden und die Wirtschaft bzw. der Markt Albaniens, sollten der EU für Produkt- und Dienstleistungsexporte, für Kapitalinvestitionen und –Rückführungen fortwährend offen bleiben. Somit war durch das Interimsabkommen auch ärmeren EU-Mitgliedern gestattet, ihre wirtschaftlichen Vorteile und Erfahrungen als EU-Mitglieder gegenüber Albanien auszuspielen, während Albanien sich noch weit entfernt von einer Aufnahme in die Union befand. Längerfristig dürfte diese Strategie das Ziel haben, eventuelle Blockaden des Integrationsprozesses seitens der schwächeren Mitglieder, aufgrund ihrer Bedenken über mögliche Verluste, die ihnen durch eine Umverteilung der Unionsmittel entstanden wären, zu vermeiden.²⁴⁶

²⁴⁴ Siehe: CofEU_8154/06, Coweb 73, Brussels, 22.05.2006, S. 3 f.

²⁴⁵ Siehe: Art. 136 in: CofEU_8164/06, Coweb 76, Brussels, 22.05. 2006, S. 107.

²⁴⁶ Vgl. Plümper, T./ Schneider, C. J.: Discriminatory European Union Membership and the Redistribution of Enlargement Gains. In: SAGE Publications: Journal of Conflict Resolution, 2007, S. 569, 572, 573 f, 576.

Was das Jahr 2007 anbelangt, berichtete die Kommission über die graduelle Umsetzung der handelsbezogenen Teile des SAA, während an der Ratifizierung des SAA als Ganzes noch gearbeitet wurde. Ferner berichtete die Kommission über bescheidene Erfolge hinsichtlich der politischen Kriterien und der Verbesserung des Justizsystems. Bedeutsam waren demnach die Stärkung der Rolle des Parlaments als eine wichtige Stätte der politischen Debatte und folglich die Wahl des neuen Präsidenten Bamir Topi, mit entsprechender Mehrheit, gewesen. Zusätzlich war der Regierung laut Bericht die Umstrukturierung mit positiven Auswirkungen im Bereich der Koordination zwischen dem Ministerium für Europäische Integration und anderen Ministerien bzw. speziellen Abteilungen gelungen. Dies wurde den Zielen des Integrationsprozesses gerecht. Einige Verbesserungen wurden von den Kommissionsbeauftragten in diesem Jahr auch im Justizsystem beobachtet. Hier zählten die Implementierung eines neuen Systems zur Evaluierung aller Richter des Amtsgerichtes in Übereinstimmung mit dem vorgeplanten Gesetz zur Instandsetzung der Justiz, die Steigerung der Effizienz durch Reduzierung der Anzahl der Bezirksgerichte, die Übertragung zivilrechtlicher Kompetenzen an allen Bezirks- und Berufungsgerichten, die Reduzierung der Anzahl gerichtlicher Urteile, die über Jahre hinweg in ihrer Vollstreckung rückständig geblieben waren sowie die Steigerung des Bildungsangebots der Richterakademie, vor allem in SAA-relevanten Bereichen. Als positive Schritte zur Bekämpfung der Korruption wurden in dem Bericht auch der Entwurf, seitens der Regierung, einer Antikorruptionsstrategie und die fortschreitende Umsetzung der Empfehlungen der Gruppe der Staaten gegen Korruption (GRECO) des Europarats aus dem Jahr 2002 bewertet. Hierzu zählten auch die Einführung der UN-Konvention gegen Korruption und das transnationale organisierte Verbrechen in der nationalen Gesetzgebung sowie die Anpassung des eigenen Strafgesetzbuches an das Strafgesetzbüchlein des Europarats über Korruption. Nennenswerte Schritte wurden ebenso in der Steigerung der institutionellen Kapazität zur Ausforschung und Verfolgung von Korruptionsfällen beobachtet.²⁴⁷ Auf der Ebene der Grenzkontrolle und der Handhabung der erforderlichen Kriterien für eine Erleichterung der Visumsbestimmungen für albanische Bürgerinnen und Bürger, hatte die Regierung ein verbessertes IT-System eingeführt und

²⁴⁷ Vgl. EC: SEC(2007) 1429, COM (2007) 663, Brussels, 6.11.2007, S. 5-10.

technische Vorschriften zur Übernahme der EU-Standards bei der Ausstellung von neuen biometrischen Reisepässen und Ausweisen adoptiert.²⁴⁸ Diese Neuerungen hatten der Regierung Albaniens schließlich die Unterzeichnung eines Visaerleichterungsabkommens mit der EU ermöglicht, gemäß dem die Gebühren eines Visums für die verschiedensten Reisezwecke (Dienst, Sport, Geschäft, Fortbildung, NGO usw.) zu senken und die Verfahren dafür zu vereinfachen waren.²⁴⁹ Die Ratifizierung erfolgte schnell und das Abkommen war bereits im Januar 2008 in Kraft getreten.

Neben den genannten Erfolgen waren von der Kommission auch viele Versäumnisse festgestellt worden. Die meisten Bemängelungen hatten sich, wie auch in den vergangenen Jahren, auf die mangelhafte Umsetzung verabschiedeter Gesetze und entworfenen Reformen sowie auf die Kompromisslosigkeit der einheimischen Politik bezogen. Laut Bericht hatte die Umsetzung SAA-relevanter Reformen stark darunter gelitten und selbst die Wahl des neuen Präsidenten war nach einer enorm polarisierten und interessengeleiteten Debatte im Parlament nur knapp gelungen.²⁵⁰ Ebenso dem Bericht zufolge, hatte die unversöhnliche Politikmachung von beiden politischen Lagern im Parlament zur Inkonsequenz in der Arbeit der unterschiedlichen Parlamentsausschüsse geführt, die im Übrigen nach politischer, anstatt nach fachlicher Relevanz gebildet wurden. Dies war beispielsweise mit dem Ausschuss für die Kontrollbeobachtung der SAA-Verpflichtungen der Fall gewesen, was zum Verlust der Transparenz führte, da diese Aufgabe exklusiv von der Regierung übernommen wurde. Auch die ausbleibende Umsetzung einer Wahlrechtsreform, nach den Empfehlungen von OSCE/ODIHR aufgrund der Streitigkeiten der Parteien, wurde von den Kommissionsexperten angeprangert, genauso wie die weiterhin stark verwurzelte Korruption im Justizwesen und in der politisch besetzten Staatsverwaltung, bis hin zu den dubiosen Mittel

²⁴⁸ Vgl. ebd. S. 43.

²⁴⁹ Vgl. OJ, L 334, 19.12.2007, S. 85-95.

²⁵⁰ Im Bericht wird unkorrekter Weise angegeben: „The new president was elected by the required three-fifths majority at the fourth election round“. Eine vierte und fünfte Runde ist aber ausgerechnet dann vorgesehen, wenn in den vorangegangenen drei Runden die notwendigen drei Fünftel nicht erreicht werden. In den letzten Runden genügt per Verfassung eine knappe Mehrheit, die in der Regel durch schwer verhandelte Kompromisse zustande kommt. Siehe: SEC(2007) 1429, COM (2007) 663, Brussels, 6.11.2007, S. 6! Vergleiche: Kushtetuta e Republikës së Shqipërisë (Verfassung der Republik Albanien), Pjesa e Katërt: Presidenti i Republikës (4. Teil: Präsident der Republik), Neni 87 (Artikel 87).

zur Parteifinanzierung.²⁵¹ In der Außenpolitik Albaniens, ein Bereich der wegen seiner eindeutig euro-atlantischen Orientierung und der friedensfördernden Positionierung bezüglich der vielen schwierigen Themen in der Region, ständig Gegenstand der Anerkennung gewesen war, wurde dennoch – zum wiederholten Mal – die Tatsache kritisiert, dass Albanien das bilaterale Abkommen von 2003 mit den USA über die Ausnahme der US-Bürger und des Militärpersonals von der Rechtsprechung des Internationalen Strafgerichtshofes (ICC) weiterhin in Kraft hielt, was im Widerspruch mit der von der EU vertretenen Position über die Unversehrtheit des Römischen Statuts und der damit verbundenen EU-Prinzipien über bilaterale Abkommen stand.²⁵² Was die Ratifizierung des SAA anbelangte, war dieses bis zum Ende von 2007 nur von vierzehn Ländern durchgeführt worden. Ob dies eine Folge der innerstaatlichen Bürokratie in den jeweiligen Ländern gewesen war, oder ein bewusstes Hinauszögern des Prozesses, kann nicht festgestellt werden. Mit Bezug auf die geschilderten Verhältnisse erscheint es jedoch nicht abwegig festzuhalten, dass die albanische Regierung sich zu sehr mit ihren innenpolitischen Prioritäten beschäftigte, anstatt die diplomatischen Kanäle effektiv zum Vorantreiben des Prozesses zu benutzen. Dementsprechend wurde auch in diesem Jahr kein Abschluss von weiteren formellen Fortschritten auf dem Integrationsweg vollzogen.

Das Jahr 2008 hatte hingegen mit einer Entscheidung des Rates der EU begonnen. Die Europäische Partnerschaft mit Albanien als „*Instrument zur Verwirklichung der europäischen Perspektive der westlichen Balkanländer*“,²⁵³ sollte demnach den neuen Entwicklungen angepasst und die Verhandlungen über eine mögliche Visaliberalisierung aufgenommen werden. Die Überarbeitung des Partnerschaftsabkommens erfolgte, weil diesem Mechanismus bereits seit dessen Entwurf eine *obligatorische* Aktualisierungsklausel hinzugefügt wurde, gemäß der die letzten Fortschritte des potentiellen Kandidaten in Frage – ungeachtet des Umfangs und der Intensität dieser – zu berücksichtigen wären.²⁵⁴ Darin waren Albanien zudem kurzfristige und mittelfristige Prioritäten zur Erfüllung vorgelegt worden. Darunter

²⁵¹ Für alle erwähnten Angaben siehe: SEC(2007) 1429, COM (2007) 663, Brussels, 6.11.2007, S. 6-10; OSCE-Presence in Albania: Report by the Head of the OSCE Presence in Albania to the OSCE Permanent Council. o.O., 20.09.2007, S. 1-4, 7 ff.

²⁵² Vgl. EC: SEC(2007) 1429, COM (2007) 663, Brussels, 6.11.2007, S. 17.

²⁵³ ABL L 80, 19.3.2008, S. 1.

²⁵⁴ Siehe: ebd. Punkt (2), (4) und (6), S. 1.

zählten (1) die Stärkung der Verwaltung, um der Umsetzung der SAA-Verpflichtungen gerecht zu werden; (2) das Erreichen eines konstruktiven politischen Dialogs; (3) die Transparenz und Unabhängigkeit des Justizsystems; (4) die Umsetzung der Wahlreform für die bevorstehenden Parlamentswahlen in 2009; (5) die Erzielung weiterer Erfolge in der Kriminalitätsbekämpfung.²⁵⁵ Auf der anderen Seite war die Aufnahme der Verhandlungen über ein mögliches Liberalisierungsprozesses in Visumsangelegenheiten aufgrund der neusten Erfolge Albaniens entschieden worden. Diese Erfolge konnten bei der Grenzkontrolle, in der Automatisierung der Ausstellung von standesamtlichen Unterlagen und in der Herstellung von biometrischen Reisepässen und Ausweisen, unter Berücksichtigung des seit 2006 gültigen Rückführungsabkommens für *illegal* eingereiste Personen, erzielt werden.²⁵⁶

Die Regierung hatte ihre Bemühungen zur Erfüllung der Prioritäten und Übernahme der EU-Standards auch in anderen Bereichen fortgesetzt und darin auch einige Erfolge erzielt. So war ihr gelungen mit der Opposition einen Kompromiss über bestimmte Verfassungsänderungen hinsichtlich des neuen Wahlsystems zu schließen, wonach sich das Wahlsystem von einem Misch- zu einem regionalen Verhältniswahlsystem änderte.²⁵⁷ Dies hatte vorläufig Prämissen für unangefochtene Parlamentswahlen geschaffen und dadurch zumindest für einen fragilen Frieden unter den zwei größten Lagern gesorgt. Kleinere politische Gruppierungen und Vertreter der griechischen Minderheit hatten diesen Vorstoß hingegen abgelehnt. Das Parlament hatte zudem auch weitere Gesetze zur Angleichung der albanischen Gesetzgebung mit dem Acquis verabschiedet und in größeren Themen mit gemeinsamer Sprache gesprochen.

Zeitgleich hatten in diesem Jahr Entwicklungen stattgefunden, die auf das weiterhin problematische Ausmaß der Korruptionsverbreitung im Staatssystem, auf die unversöhnliche Politikmachung der Akteure und auf eine mögliche Verwicklung der Politik mit privaten Geschäftsinteressen hinwiesen. Besonders schwerwiegend war in dieser Hinsicht die Tragödie im Dorf „Gërdec“, in der Nähe der Hauptstadt, in dem eine Fabrik für die Demontage und

²⁵⁵ Vgl. ebd. S. 3 f.

²⁵⁶ Vgl. EC: SEC (2008) 2692, COM (2008) 674, Brussels, 5.11.2008, S. 44.

²⁵⁷ Siehe: Kushtetuta e Republikës së Shqipërisë (Verfassung der Republik Albanien), Pjesa e Tretë: Kuvendi (3. Teil: Volksvertretung), Neni 64 (Artikel 64); Vgl. EC: SEC(2008) 2692, COM (2008) 674, Brussels, 5.11.2008, S. 6.

Wiederverwertung alter Artilleriemunition, als Folge der Missachtung grundsätzlichster Sicherheitsvorkehrungen und der Einstellung von unqualifiziertem Personal, explodierte. Dabei waren 26 Menschen ums Leben gekommen und zusätzlich viel materieller Schaden entstanden. Neben der Vernachlässigung von Sicherheitsvorschriften bzw. Kontrollen durch staatliche Instanzen, die durch diese Tragödie demonstriert wurden, ließen diese Ereignisse dubiose Geschäftsabwicklungen mit internationalen Privatfirmen (in dem Fall US-amerikanischen) sowie korrupte Netzwerke mit vermuteten Verbindungen zur Politik, in mediale Aufmerksamkeit geraten.²⁵⁸ In einer ersten Reaktion darauf, wurde seitens der Regierung versucht – von dem intern erzwungenen Rücktritt des Verteidigungsministers abgesehen – jegliche Schuld von sich zu weisen, während die Opposition sich mehr darum zu bemühen schien politisches Kapital zu schlagen, anstatt die zuständigen Organe zur Aufklärung der Ereignisse zu bestärken. Die EU-Kommission war in ihrem Bericht kurz auf dieses Ereignis eingegangen und hatte die Parteien aufgefordert, den Vorwürfen auf legalem Weg entschlossen nachzugehen, um dadurch die Glaubwürdigkeit der Korruptionsbekämpfung sicherzustellen.²⁵⁹ Vielmehr hatte sie aber die Versuche der Regierung in verschiedenen Fällen auf die Ermittlungen Einfluss zu nehmen, sowie das Fehlen von unabhängigen Kontroll- und Aufsichtsbehörden, nur im Allgemeinen angesprochen.²⁶⁰ Dieses und andere Probleme wurden schließlich in das darauffolgende Jahr übertragen. Dennoch waren sie durch die Euphorie der Höhepunkte des Jahres 2009 von der öffentlichen Aufmerksamkeit zum Teil verdrängt worden.

4.1.2 NATO-Mitgliedschaft und USA-Unterstützung: Ein „Plus“ für die EU-Integrationsbestrebungen Albaniens?

Am 1. April 2009 wurde Albanien offizielles Mitglied der größten und stärksten westlichen Allianz, der NATO. Die Skeptiker innerhalb der Allianz, die möglicherweise sowohl aus Kosten-Nutzen-Kalkül, als auch aus weniger rationellen Überlegungen eine andere

²⁵⁸ Siehe: The New York Times (online): “After Munitions Explosion, Albanians Ask Why Danger Was Placed So Near”, von Nicholas Kulish am 19. April 2008. <http://www.nytimes.com/2008/04/19/world/europe/19albania.html>; The New York Times (online): “Supplier Under Scrutiny on Arms for Afghans”, von C. J. Chivers am 27. März 2008. <http://www.nytimes.com/2008/03/27/world/asia/27ammo.html>.

²⁵⁹ Vgl. EC: SEC (2008) 2692, COM (2008) 674, Brussels, 5.11.2008, S. 11.

²⁶⁰ Siehe: ebd. S. 9 ff.

Erweiterungsrunde ablehnen wollten, hatte es auch in diesem Fall gegeben, ähnlich wie vor jeder Erweiterungsrunde der EU. Jedenfalls hatten die Leistungen Albaniens im Rahmen der Partnerschaft mit der NATO, die Durchführung zufriedenstellender Reformen des Landes und eine starke Befürwortung der USA diesen Beitritt letztendlich doch möglich gemacht.²⁶¹

Der Prozess bis zur Mitgliedschaft war auch sonst einem vergleichbaren Pfad, wie dem der Integration in die EU, gefolgt. Vor dem Hintergrund einer starken Hinwendung der albanischen Politik unmittelbar nach der politischen Wende zu der größten westlichen Allianz und vor allem nach der intensiven und vielseitigen Unterstützung, die NATO-Kampfhandlungen während des Kosova/o-Kriegs von Albanien erfuhren (außer des aktiven Militäreinsatzes!), wurde Albanien erstmalig im Jahr 1999 die Mitgliedschaft in Aussicht gestellt.²⁶² Das Land erhielt ein *Membership Action Plan* (MAP), das nichts anderes war, als ein Paket mit zu erfüllenden Bedingungen, begleitet von Beratung und materieller Unterstützung. Ähnlich wie alle Instrumente im Rahmen des SAP, sollte auch dieser Plan den Anwärter allmählich dazu befähigen, der Allianz eines Tages, als vollwertiges Mitglied beizutreten.²⁶³ Die Beitrittsprotokolle wurden im Juni 2008 unterschrieben, in weniger als einem Jahr später ratifiziert und schließlich mit Albaniens offiziellem Beitritt gekrönt.²⁶⁴

Obwohl die Allianz primär eine militärische ist, liegen ihr westliche politische, wirtschaftliche und soziale Werte zugrunde, die in den Kapiteln des MAP niedergelegt sind.²⁶⁵ Ähnlich wie bei dem Acquis, obwohl keineswegs so breit gefächert und detailliert,²⁶⁶ sehen die jeweiligen Kapitel des MAP die Angleichung von fünf Dimensionen vor:²⁶⁷ Die relevanteste Dimension in diesem Kontext ist die der politischen und wirtschaftlichen, wenn das Land die

²⁶¹ Vgl. Kureta, Sh.: Interview Nr. 01: Schriftliches Interview zu der Masterarbeit: „Albaniens Weg in die Europäische Union: Zwischen Konditionalität und partikularen Interessen“. Jul. 2015, P1 und P6; Smith, J.: Transforming NATO (...again). In: Center for Strategic and International Studies. Nov. 2006, S. 18 f.

²⁶² Siehe: RSH-MM: Historiku i marrëdhënieve NATO-Shqipëri (Die Abfolge der NATO-Albanien Beziehungen). <http://www.mod.gov.al/index.php/politikat-e-sigurise-2/marredheniet-me/marredheniet-me-nato/31-historiku-i-marredhenieve-nato-shqiperi>.

²⁶³ Vgl. Kureta, Sh.: Interview Nr. 01. 2015, P1, P2; Radio Free Europe/Radio Liberty: NATO: What Is a Membership Action Plan? 02. April 2008. <http://www.rferl.org/content/article/1079718.html>.

²⁶⁴ Vgl. NATO: NATO's relations with Albania. http://www.nato.int/cps/en/natohq/topics_48891.htm.

²⁶⁵ Vgl. Fierke, K. M./ Wiener, A.: Constructing Institutional Interests. In: Schimmelfennig, F./ Sedelmeier, U.: The Politics of European Union Enlargement. 2005, S. 104, 107.

²⁶⁶ Vgl. ebd. S. 100.

²⁶⁷ Geschildert in: Radio Free Europe/ Radio Liberty: NATO: What Does It Take To Join? 07. März 2002. <http://www.rferl.org/content/article/1099020.html>.

demokratische Reife seines Systems erreicht hat, stets eine friedliche Beilegung jeglicher territorialer und ethnischer Konflikte anstrebt, gute Beziehungen zu den Nachbarn unterhält, dem Rechtsstaat verpflichtet ist, zivile und demokratische Kontrolle über seine bewaffneten Kräfte ausübt und eine funktionierende Marktwirtschaft hat. Der NATO-Beitritt Albaniens bestätigte letztendlich unter anderem nichts weniger, als (1) die Erfüllung der Kriterien des Demokratiestandards und der Marktwirtschaft nach den Standards der Allianz selbst, dessen Mitglieder letztendlich westliche Demokratien sind sowie (2) die öffentliche Bekennung Albaniens zu den westlichen Werten und der friedlichen Lösung potentieller Konfliktsituationen in der Region, ein ohnehin permanent verfolgter Kurs der albanischen Außenpolitik.²⁶⁸ Diese sind schließlich auch Kernbestandteile der EU-Werte und -Konditionalität,²⁶⁹ ein Grund weshalb hier auch die Annahme geltend gemacht wird, dass dieses Ereignis eine notwendige, wenn auch nicht hinreichende Bedingungen war, Albanien im europäischen Integrationsprozess gleich bei Erfüllung weiterer EU-relevanter Bedingungen vorankommen zu lassen. Darüber hinaus hatten die USA, mit ihrer offenen Unterstützung an Albanien sowohl für die Aufnahme in der NATO als auch für den Integrationsweg in die EU, eine klare Position darüber bezogen, welche Weiterentwicklung der Integrationsprozesse seitens dieser erwünscht sei. Dass der *Wunsch* der USA die EU und ihre Mitglieder nicht unberührt lassen kann, ist auf mehrere Gründe zurückzuführen. Allen voran, weil die USA weiterhin die größte Supermacht sind und zwar eine, die mit der EU ein weitgehend übereinstimmendes demokratisches Werte-System teilt. Zudem, wenngleich in der Vergangenheit und in der Gegenwart Beziehungen zwischen der EU und den USA auch Spannungen durch Unstimmigkeiten in diversen Bereichen erfuhren,²⁷⁰ ist eine Abkehr der beiden Mächte von ihren traditionellen Beziehungen allein aus ideologischer und wirtschaftlicher Sicht²⁷¹ nicht wahrscheinlich. Aus militärischen Strategie- und

²⁶⁸ Vgl. Kureta, Sh.: Interview Nr. 01. 2015, P3, P4, P6.

²⁶⁹ Sieher hierzu: Kopenhagener Kriterien am Anfang dieser Arbeit sowie besonders Art. 8 und Art. 21 in: EU: Konsolidierte Fassungen des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union. Charta der Grundrechte der Europäischen Union. 2010, S. 20, 28.

²⁷⁰ Vgl. Rhodes, M.: U.S. Engagement in the South East Europe: With and Without the European Union. In: Felberbauer, E. M./ Jureković, P. (Hrsg.): The EU Meeting its Internal Challenges: Implications for Stability in the Western Balkans. Nov. 2012, S. 87 f, 97 f.; Smith, J.: Transforming NATO [...] a.a.O. Nov. 2006, S. 12.

²⁷¹ Vgl. Rhodes, M. a.a.O. Nov. 2012, S. 88.

Sicherheitsüberlegungen erscheint so ein Szenario umso weniger denkbar. Die NATO bzw. USA, haben in den letzten Jahren und vor allem seit den 1990er Jahren die äußerst unliebsame Aufgabe der militärischen *Lösung* der schlimmsten ethnischen Konflikte innerhalb Europa auf sich genommen, während die EU sich dadurch weiterhin hauptsächlich ihrer wirtschaftlichen und politischen Agenda hinwenden konnte, ohne dabei ihre Grundwerte, die sie unmittelbar nach dem Ende des 2. Weltkrieges unter Amerikas Schutzschirm aufbauen konnte, ins Spiel setzen zu müssen.²⁷² Fernerhin haben die USA in den letzten Jahren zunehmend Geld, Logistik und Aufwand darin investiert, den Balkan insgesamt und Albanien speziell, politisch, ökonomisch, militärisch und strukturell an den Westen zu binden²⁷³ und somit eine unverzichtbare Hilfe zur Konsolidierung westlicher Standards in dem Land geleistet. Den obigen Aspekten fügt sich auch die Tatsache hinzu, dass jene heutigen NATO-Mitglieder, die einst Teil des kommunistischen Ostblocks waren, der NATO viel früher oder spätestens zum selben Zeitpunkt beitraten wie auch der EU. Aus diesen Überlegungen heraus erweist es sich nicht als abwegig zu behaupten, dass die Mitgliedschaft Albaniens in der Allianz ein notwendiges, wenngleich auch kein hinreichendes Kriterium für den weiteren Fortschritt im europäischen Integrationsprozess gewesen ist.²⁷⁴ Hinsichtlich der starken Unterstützung der USA an Albanien und der Befürwortung eines schnell und erfolgreich abgeschlossenen Integrationsprozesses²⁷⁵ kann ebenso behauptet werden, dass dies zumindest zwei strategischen Interessen der USA entspreche: (a) Ein stabiles, durch EU-Mitgliedschaft *demokratisch und wirtschaftlich abgesichertes* Albanien bedeutet zugleich Stabilität für die starke Präsenz der USA in dem Land. (b) Albanien als vollständiges EU-Mitglied, bedeutet zudem eine starke pro-amerikanische Stimme mehr in der Entscheidungshierarchie der EU.

²⁷² Hierzu vgl. Kagan, R.: Power and Weakness. In: Held, D./ Koenig-Archibugi, M.: American Power in the Twenty-First Century. 2004, S. 149-157.

²⁷³ Siehe: Rhodes, M. a.a.O.. Nov. 2012, S. 91-97.

²⁷⁴ Hingegen akzeptiert Dr. Kureta zwar den starken Zusammenhang zwischen NATO- und EU-Mitgliedschaft für die ehemaligen Länder jenseits des Eisernen Vorhangs, und die bisher zumindest in der Praxis geltende *Regelmäßigkeit* „NATO-Mitgliedschaft vor EU-Mitgliedschaft“ für diese Länder, enthält sich aber der Annahme dieser *Regelmäßigkeit* als Teil eines gewollten Schemas und verweist dabei auf das Beispiel Serbien. Siehe: Kureta, Sh.: Interview Nr. 01. 2015, P7.

²⁷⁵ Vgl. Embassy of the US, Tirana-Albania: 2013 Press Releases: Statement by Secretary Kerry On the Occasion of Albania's National Day (November 28, 2013)”. Press Statement (June 27, 2014). <http://tirana.usembassy.gov/press-releases2/2013-press-releases.html>.

4.1.3 Das Inkrafttreten des SAA und die Bedeutung der Parlamentswahl 2009 für den Integrationsprozess

Zur gleichen Zeit mit dem offiziellen NATO-Beitritt erfolgte am 1. April 2009 auch das Inkrafttreten des SAA, nachdem es schließlich auch vom griechischen Parlament als letztes der verbliebenen EU-Mitglieder, ratifiziert worden war. Hinsichtlich der langen Zeit von drei Jahren bis zur Ratifizierung, sehen Experten keine Indizien für eine beabsichtigte Verzögerung, sondern bloß den normalen Verlauf eines politischen Prozesses dieser Art, zumal Albanien während dieser Zeit noch keine überzeugenden Fortschritte auf dem Weg der Erfüllung seiner Aufgaben unternommen hatte.²⁷⁶ Das Inkrafttreten des SAA bedeute nun, dass sich die Rahmenbedingungen insoweit änderten, dass die albanische politische Klasse und die Gesellschaft als Ganzes, viel mehr zur Beschleunigung des Prozesses beitragen könnten, vorausgesetzt sie wären im Stande, die politischen Feindschaften beizulegen und sich gemeinsam auf das wesentliche zu fokussieren. Dies schien zu diesem Zeitpunkt ein schwieriges Unterfangen zu sein. Jedenfalls, bestärkt durch die neuesten Ereignisse, reichte die albanische Regierung am Ende desselben Monats den Mitgliedschaftsantrag ein. Diese Handlung wurde von der Kommission öffentlich als voreilig bezeichnet – womöglich unter vorgehaltener Hand auch als Werbekampagne im Interesse der PDSH bewertet²⁷⁷ – waren doch die allgemeinen Wahlen bevor gestanden, deren Verlauf und Finalisierung starken Einfluss auf den weiteren Fortgang des Prozesses haben sollten.²⁷⁸ Der damalige Ministerpräsident hatte dadurch höchstwahrscheinlich die Beeinflussung des Wahlausgangs beabsichtigt, indem er der albanischen Wählerschaft nahelegen versuchte, dass mit ihm die EU, genauso wie die NATO davor, in greifbarer Nähe gerückt war und eine Stimme gegen ihn bzw. seine Partei, einen Rückschritt in einem sehr empfindlichen Moment bedeutet hätte. Der

²⁷⁶ Vgl. Gjipali, G. Interview Nr. 02, TC: 9:25-10:33 und 10:49-11:07; Bregu, M. Interview Nr. 03, TC: 11:56-14:17.

²⁷⁷ Vgl. Gjipali, G. Interview Nr. 02, TC: 11:47-14:37; Milo, P. Interview Nr. 04, TC: 27:42-31:27.

²⁷⁸ Vgl. Islami, E.: The EU and Albania [...]. In: Felberbauer, E. M./ Jureković, P.: The EU Meeting its Internal Challenges: Implications for Stability in the Western Balkans. Nov. 2012, S. 72; DW: Albania submits bid for European Union membership. 28.04.2009. <http://www.dw.de/albania-submits-bid-for-european-union-membership/a-4212124>.

Ministerrat der EU genehmigte den Antrag der albanischen Regierung am Jahresende. Die EU-Kommission wurde mit der Verfassung einer Stellungnahme darüber beauftragt.²⁷⁹

Die Parlamentswahlen, die daraufhin folgten, verliefen insgesamt gut. Trotz aller Schwachstellen waren sie als regulär und im Einklang mit den meisten internationalen Standards bezeichnet worden. Die rechtzeitige Umsetzung mehrerer OSCE/ODHIR-Empfehlungen aus den früheren Erfahrungen, inklusive des veränderten Wahlgesetzes nach dem Kompromiss von 2008 und die Bereitstellung der vervollständigten und aufgebesserten Wählerlisten – ein spürbarer Fortschritt hinsichtlich der Registrierung und Identifizierung von Wählerinnen und Wählern – waren von der Kommission als eine weitgehende Erfüllung von einem der Schlüsselprioritäten der Europäischen Partnerschaft bewertet.²⁸⁰ Auch waren, dem Bericht zufolge, eine im Allgemeinen rigorose Arbeit der zentralen Wahlkommission (parteiliche Interventionen hatten diese Kommission nichtsdestotrotz bei der Erfüllung ihrer Pflichten oft gehindert), eine hohe Transparenz bei der Durchführung und Überwachung dieser Wahlen, eine relativ schnelle und effiziente Behandlung aller Beschwerden vonseiten des Wahlausschusses sowie eine faire und gleichberechtigte Ausstrahlung der Wahlplattformen aller konkurrierenden Kräfte vom staatlichen Rundfunkveranstalter, festzustellen.²⁸¹ Die Bemängelung der fortwährenden politischen Probleme, wie die einer äußerst polarisierten Vorwahlstimmung und des Amtsmissbrauch von beiden Parteien im Verhältnis zu den jeweiligen Positionen, hatte andererseits auch dieses Mal nicht gefehlt. Die Feststellungen reichten vom ausgeübten Druck der Machthaber auf Angestellte des öffentlichen Sektors um an den Parteiaktivitäten teilzunehmen, bis hin zum Missbrauch öffentlicher Aktivitäten zur Promovierung eigener Parteiprogramme.²⁸² Diese Kritikpunkte hatten später auch im Fortschrittsbericht der Kommission starken Widerhall gefunden.

Das Ergebnis der Wahlen selbst zeigte wie gespalten die Bevölkerung weiterhin entlang zweier Hauptlager war. Die Demokraten hatten nur drei Plätze mehr als die Sozialisten gewonnen

²⁷⁹ Vgl. DEUA: Political and Economic relations: Key dates in Albania's path towards the EU. http://eeas.europa.eu/delegations/albania/eu_albania/political_relations/index_en.htm.

²⁸⁰ Vgl. EC: SEC (2009) 1337/3, COM (2009) 533, Brussels, 14.10.2009. S. 8.

²⁸¹ Vgl. International Election Observation Mission: Republic of Albania – Parliamentary Elections, 28 June: Statement of Preliminary Findings and Conclusions. Tirana, 29 June 2009, S. 1, 2.

²⁸² Vgl. ebd. S. 2.

und die Allianzen, die sie vor den Wahlen geschlossen hatten, schienen ihnen nicht die notwendige Mehrheit zur Bildung der Regierung sichern zu können.²⁸³ Was unmittelbar nach der offiziellen Bekanntgabe der Endergebnisse in einem so fieberhaften Umfeld erfolgte, bewies einmal mehr wie wenig die charismatischen Parteiführer der Parteien von ihren Wahlkampf-Aussagen, Versprechungen und deren sozial-politischen Ideologien hielten, wenn es darum ging, sich offizielle Posten in der Führung zu sichern. Der frühere Ministerpräsident und zu dem Zeitpunkt Obmann der sozialistischen Splitterpartei „Sozialistische Bewegung für Integration“ (alb. Lëvizja Socialiste për Integrim – LSI), hatte sich nach gescheiterten Verhandlungen mit der Sozialistischen Partei unter Edi Rama auf eine unerwartete Koalition mit den Demokraten eingelassen und seiner Partei drei wichtige Ministerposten sowie zahlreiche Ämter in der Verwaltung gesichert.²⁸⁴ Dieses politische Manöver zweier deklariertes „Feinde“ hatte kurzfristig für Stabilität gesorgt und das normale Funktionieren der neuen Regierung gesichert, war aber selbst bei eifrigen Anhängern beider Parteien sowie bei fremden Beobachtern auf Misstrauen gestoßen.²⁸⁵ Den größten Zorn hatte dieses Machtspiel schließlich bei den *größten Verlierern ausgelöst*, nämlich bei den Sozialisten um Edi Rama. Sie hatten erleben müssen wie ein wahrscheinlich falsches politisches Kalkül im Schmieden von Allianzen bzw. in der Ablehnung solcher, zu einer knappen Niederlage geführt hatte. Rama sah sich nun vor die Situation gestellt, entweder die Niederlage und die Fehler seiner prä-elektoralen Strategie zu akzeptieren und in Folge darauf der harten Kritik und dem Wunsch der rebellierenden Fraktion um die älteren Persönlichkeiten der Partei die Führung derselben zu überlassen, nachzukommen, oder die Wahlergebnisse als rechtswidrig abzutun. Die Entscheidung fiel auf die zweite Option, was im Widerspruch mit der generellen Bewertung der EU und OSCE, allen voran aber mit den unmittelbaren Interessen des Landes war. Nach der entschlossenen Weigerung der neuen Regierung, die Wahlurnen noch einmal zu öffnen und besonders nach dem Urteil der Zentralen Wahlkommission zugunsten der Regierungskoalition, wurde von der Opposition die periodische Organisation von

²⁸³ Vgl. Biberaj, E. a.a.O. 2010, S. 50; RSH-KQZ: Rezultatet 2009 sipas qarqeve (Ergebnisse 2009 nach den Wahlkreisen). <http://www2.cec.org.al/sq-al/PE2009-Results>.

²⁸⁴ Vgl. Biberaj, E. a.a.O. 2010, S. 50.

²⁸⁵ Vgl. ebd. S. 51.

Demonstrationen und das Boykottieren des Parlaments beschlossen.²⁸⁶ Die Vermittlungen mehrerer europäischer Parteien des EU-Parlaments mit dem Ziel zu einer Lösung beizutragen, waren mehrmals gescheitert.²⁸⁷ Diese fortwährende politische Konfrontation, die von gegenseitigen Anschuldigungen der Parteien auf der Basis unbestätigter Fakten geprägt war, wirkte sich negativ auf den weiteren Verlauf des europäischen Integrationsprozesses aus.

4.2 Ergebnisse des zweiten Mandats der Demokraten-Regierung (2009-2013) und entsprechende Entwicklungen hinsichtlich des Integrationsprozesses

Im Dezember 2009 wurde der albanischen Regierung der EU-Fragebogen mit über 2.200 Fragen übergeben, der die Identifizierung aller Stärken und Schwächen des Landes in allen das SAA betreffenden Bereichen zum Ziel hatte.²⁸⁸ Die Regierung war bemüht die Prozedur rasch abzuschließen und beauftragte daraufhin zugleich mehrere Institutionen mit der Beantwortung der darin enthaltenen Fragen. Nach wenigen Monaten am 14. April 2010, überreichte die Regierung den vollständig beantworteten Fragebogen an die Kommission, welche sich ihrerseits dazu verpflichtete, bald eine Stellung zu beziehen.²⁸⁹ Indessen hatte im März 2010 in Tirana das erste Treffen des Ausschusses für Stabilisierung und Assoziierung stattgefunden. Um detailliertere Antworten über bestimmte Bereiche zu erhalten, sandte die Kommission zusätzliche Fragen an Albanien. Diese wurden wiederum innerhalb eines kurzen Zeitfensters beantwortet zurückgeliefert.²⁹⁰

Den Höhepunkt des Jahres stellte jedenfalls die Entscheidung des Innenministerrats der EU dar, die von der Kommission vorgeschlagenen und vom EU-Parlament verabschiedeten Visaliberalisierung für albanische Bürgerinnen und Bürger mit biometrischen Reisepässen zu genehmigen. Diese war schließlich eine überraschenderweise einstimmige Entscheidung der

²⁸⁶ Vgl. Biberaj, E. a.a.O. 2010, S. 51; Islami, E. a.a.O. Nov. 2012, S. 73.

²⁸⁷ Vgl. u.a. EC: SEC (2010) 1335, COM (2010) 680, Brussels, 09 November 2010. S. 12.

²⁸⁸ Vgl. EurActiv: 2,280 questions asked about Albania's EU readiness. 17.12.2009.

<http://www.euractiv.com/enlargement/2280-questions-asked-albania-eu-readiness/article-188421>; Grabbe, H./ Knaus, G./ Korski, D.: Beyond Wait-And-See: The Way Forward for EU Balkan Policy. In: European Council on Foreign Relations. 21 May 2010. S. 3.

²⁸⁹ Vgl. New Europe online: Albania's questionnaire first step in EU integration. Von Alia Papageorgiou, 18.04.2010.

<http://www.neweurope.eu/article/albania-s-questionnaire-first-step-eu-integration>.

²⁹⁰ Siehe: RSH-MIE: EU-Albania history. <http://www.integrimi.gov.al/en/program/eu-albania-history>.

europäischen Innenminister gewesen,²⁹¹ nachdem der Vorschlag der Kommission und die starke Unterstützung des Europäischen Parlaments – manifestiert durch 538 Stimmen dafür und 47 dagegen²⁹² – anfänglich mit entsprechender Skepsis aufgenommen wurden, da unter anderem auch Unstimmigkeiten zwischen Expertenberichten und Bewertungen der Kommission festgestellt wurden.²⁹³ Für diesen Schritt hatte die EU-Kommission bei der Aufnahme des Dialogs für die Visaliberalisierung mit Albanien im März 2008, einundvierzig detaillierte technische und gesetzliche Kriterien gestellt, unterteilt in vier Hauptbereiche: 1)Dokumentensicherheit, 2)Illegale Einwanderung und Rückführung, 3)Sicherheit und öffentliche Ordnung, 4)Außenbeziehungen und Grundrechte.²⁹⁴ Nicht minder hatte hierzu das Kriterium gegolten, dass die abgelehnten Visumanträge für albanische Bürgerinnen und Bürger ein niedriges Maß aufzuweisen hätten.²⁹⁵ Der Kommissionsbewertung von April 2010 zufolge hatte Albanien die Kriterien für den ersten Bereich vollständig erfüllt, im zweiten und dritten Bereich zufriedenstellende Fortschritte und im vierten Bereich, sehr gute Fortschritte erzielt.²⁹⁶ Selbst einige letzte Maßnahmen, die von der Regierung in der Eile unternommen wurden – folglich auch intern Kritik an sich gezogen hatten – wurden von der europäischen Seite offensichtlich gutmütig hingenommen, in Anerkennung der Leistungen der Regierung und in der Zuversicht, dass diese auch die verbliebenen Punkte bis zum Inkrafttreten der Visumfreiheit konsequent implementieren würde.²⁹⁷

Eine solche Entwicklung hatte im Endeffekt mehrere Vorteile mit sich gebracht. Es vermittelte der politischen Klasse Albaniens zum einen das klare Signal, dass die EU-Politik trotz der weniger vorteilhaften Stimmung Europaweit sehr wohl willens war, erzielte Erfolge anzuerkennen und die daraus entstehenden Vorteile auch zuzugestehen. Auch hatte der intensive Austausch auf politisch-technischer Ebene zwischen EU-Vertretern und der

²⁹¹ Vgl. CofEU: Presse 294, 15957/10. Brussels 8 November 2010, S. 1 f.

²⁹² Vgl. Balkan Insight: European Parliament Backs Albania, Bosnia Visa Liberalisation. Artikel von Besar Likmeta, Tirana 07. Oktober 2010. <http://www.balkaninsight.com/en/article/european-parliament-backs-albania-bosnia-visa-liberalization>.

²⁹³ Vgl. EMA: Monitoring Report on the Visa Liberalisation Process with Albania: The End and the Beginning, o.O, Oktober 2010, S. 8.

²⁹⁴ EC: IP/08/837: Roadmap on visa free travel opens EU doors to Albania. Brussels, 3 June 2008, S. 2.

²⁹⁵ Vgl. ESI: Visa liberalisation roadmaps: Albania. (Document, 2 June 2008, S. 7.)

<http://www.esiweb.org/index.php?lang=en&id=352>.

²⁹⁶ Vgl. ESI: Assessments by the European Commission of Albania and Bosnia: Albania (Document, 19 April 2010, S. 1, 6, 19, 39). <http://www.esiweb.org/index.php?lang=en&id=353>.

²⁹⁷ Vgl. EMA. Oktober 2010, S. 5 ff; EC: Memo/10/218, Brussels, 27 May 2010, S. 2f.

albanischen Beamtschaft für die Etablierung neuer Standards bei der Interpretation und Durchsetzung präziser punktueller Kriterien gesorgt. Ebenso vermittelte es der Bevölkerung Albaniens die Gewissheit einer Anerkennung bei tatsächlich erzielten Erfolgen, was ein bewusstes politisches Mitsprachegefühl in dieser erwecken sollte. Schließlich dürfte die Möglichkeit, die EU endlich frei betreten zu dürfen, wie es EU-Bürger in Albanien tun konnten, nicht nur zum Gefühl der fairen Behandlung beigetragen, sondern auch hinsichtlich der *Entmystifizierung* der EU und der mit ihr verbundenen Vorteile, geholfen haben.²⁹⁸

4.2.1 Das „letzte“ Ziel: Zwölf Schlüsselprioritäten

Ein wichtiger Meilenstein war erreicht worden. Die Arbeit zur Erfüllung weiterer Kriterien musste jedoch intensiv vorangebracht werden, um schließlich den nächsten Schritt mit der Erhaltung des Kandidatenstatus zu vollziehen. Beauftragt durch den Rat, hatte die Kommission eine Stellungnahme über Albaniens Antrag zur Mitgliedschaft erarbeitet. Neben der Anerkennung positiver Fortschritte in der Anpassung seiner Gesetzgebung mit dem Acquis, vor allem den Binnenmarkt, den Zoll und die Steuern betreffend,²⁹⁹ hatte die Kommission mehrere Schwachstellen nach steigender Dringlichkeit und Grad des Aufwands aufgelistet, darin aber gleich die Zuversicht ausgedrückt, dass *„Albania would be in a position to take on the obligations of membership in the medium term in most of the acquis fields, provided that the alignment process continues and that considerable and sustained further efforts are made to ensure the implementation and enforcement of legislation“*.³⁰⁰ Demnach wurden auch folgende zwölf Schlüsselprioritäten formuliert. Ihr Fokus lag auf der Stabilisierung der Institutionen und der Stärkung der Rechtsstaatlichkeit. Die vollständige Erfüllung dieser Kriterien sollte die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen herbeiführen:³⁰¹

1. Die Gewährleistung der normalen Aktivität des Parlaments vor dem Hintergrund eines konstruktiven allumfassenden politischen Dialogs.

²⁹⁸ Siehe: Ebd. S. 11.

²⁹⁹ Vgl. EC: COM (2010) 680, SEC (2010) 1335, Brussels, 9.11.2010, S. 8.

³⁰⁰ EC: COM (2010) 680, SEC (2010) 1335, Brussels, 9.11.2010, S. 10 f.

³⁰¹ Vgl ebd. S. 11. (aus dem Englischen im vollen Wortlaut übersetzt).

2. Die Verabschiedung anstehender Gesetze durch die notwendige Mehrheit im Parlament (setzte einen Kompromiss der beiden größten politischen Lager voraus).
3. Die Ernennung eines Ombudsmannes und die Gewährleistung ordentlicher Anhörungen und Abstimmungen über Berufungen für das Verfassungs- und Oberste Gericht
4. Die Änderung des rechtlichen Rahmens für zukünftige Wahlprozesse im Einklang mit den neusten Vorschlägen des OSECE-ODIHR.
5. Die Sicherstellung der Abhaltung von Wahlprozessen nach europäischen und internationalen Standards.
6. Das Vollziehen wichtiger Schritte zur Reformierung der Verwaltung inklusive des Beamtenrechts und der Stärkung der Abteilung für öffentliche Verwaltung mit dem Ziel Professionalität zu erhöhen, die Verwaltung zu entpolitisieren und Meritokratie als Berufungsprinzip durchzusetzen.
7. Die Durchsetzbarkeit des Gesetzes, durch eine Reformstrategie für die Justiz zu garantieren, indem die Unabhängigkeit, Effizienz und Zuverlässigkeit dieser gestärkt werden.
8. Die Umsetzung der Antikorruptionsstrategie der Regierung zu verwirklichen und dabei jegliche Hürden zu den Ermittlungen, besonders gegen Richtern, Ministern und Parlamentsabgeordneten abzubauen sowie auf Dauer eine Erfolgsbilanz hinsichtlich der gesetzlichen Verfolgung und Verurteilung jeglicher Korruptionsfälle auf allen Ebenen aufzubauen.
9. Die Bekämpfung des organisierten Verbrechens gestützt auf Bedrohungseinschätzung und Eigeninitiative bei den Ermittlungen sowie die Stärkung der Zusammenarbeit mit der EU und den regionalen Partnern hinsichtlich der Koordinierung zwischen den jeweiligen Exekutivbehörden. Auch hierin sollte eine feste Erfolgsbilanz aufgewiesen werden.
10. Eine Strategie und einen Handlungsplan über Eigentumsrechte nach umfassender Beratung mit Interessenvertretern und Berücksichtigung des Fallrechts des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (ECHR) vorzubereiten und umzusetzen; der Plan sollte die Rückerstattung, Kompensation und Legalisierung umfassen.

11. Das Unternehmen konkreter Handlungen zur Stärkung des Menschenrechtsschutzes besonders für Frauen, Kinder und Roma sowie der wirkungsvollen Umsetzung der Antidiskriminierungsmaßnahmen.

12. Die Ergreifung zusätzlicher Maßnahmen zur besseren Behandlung der Inhaftierten in den Polizeistellen, in der Untersuchungshaft und in den Gefängnissen. Stärkung der gerichtlichen Weiterverfolgung von Misshandlungsfällen und die verbesserte Anwendung von Vorschlägen des Ombudsmannes in diesem Bereich.

Die neu geformte Regierung machte sich folglich an die Arbeit einen Aktionsplan zur Erfüllung dieser zwölf Kriterien zu entwerfen, während die damalige Opposition, das Parlament weiterhin boykottierte und Straßenproteste organisierte. Eine negative Wende erfuhr das politische und soziale Leben des Landes am 21. Januar 2011, als während einer Demonstration vor dem Ministerpräsidentenamt die Lage eskalierte und dabei vier Demonstranten von Schüssen tödlich getroffen wurden. Diesem schwerwiegenden Ereignis war ein politischer Skandal über korrupte Machenschaften ranghoher Regierungsmitglieder, nämlich des damaligen Vizepremiers und des früheren Wirtschaftsministers, vorangegangen. Die aggressive politische Debatte mit gegenseitigen Anschuldigungen und Rücktrittsforderungen, Beleidigungen und Drohungen,³⁰² die daraufhin entfacht war, kulminierte schließlich mit den erwähnten dramatischen Ereignissen. Diese Entwicklungen erschütterten nicht nur die albanische Gesellschaft, sondern auch die EU, die bald daraufhin zur Mäßigung von allen Seiten und Zusammenarbeit bei der Aufklärung des Falles gerufen hatte. Sie ließen die Sorge hochkommen, dass die politische Situation sich nach diesem gravierenden Zwischenfall erst recht verschärfen könnte.

Das Hinauszögern der bevorstehenden Lokalwahlen zu dieser Zeit – eine Anforderung der sozialistischen Opposition mit der Begründung, dass die Verhältnisse es nicht zuließen, aber höchstwahrscheinlich mit dem Ziel mehr Zeit für sich zu gewinnen und den ausgelösten Unmut bei der Bevölkerung besser für die eigene Wahlkampagne zu instrumentalisieren –

³⁰² Siehe: VOA: Ngjarjet që i dhanë tonin vitit 2011 në Shqipëri, (Ereignisse die während 2011 die Akzente in Albanien setzten). Videomaterial, TC: 5:00-7:57. Von Armand Mero, am 02.01.2012. <http://www.zeriamerikes.com/content/ngjarjet-kryesore-qe-i-dhane-tonin-vitit-2011-ne-shqiperi-136532908/520062.html>.

wurde seitens der EU missbilligt und von der albanischen Regierung kategorisch abgelehnt.³⁰³ Der Prozess der Wahlen am 8. Mai 2011 war OSCE/ODIHR zufolge transparent und konkurrierend verlaufen. Kandidaten von beiden großen politischen Lagern hatten eine landesweite Kampagne ungehindert betreiben können. Es hatte wenige Missbrauchsfälle öffentlicher Mittel gegeben und die Arbeit der Zentralen Wahlkommission war demnach transparent gestaltet worden.³⁰⁴ Gleichzeitig waren aber die fortwährende aggressive und polarisierende Rhetorik der Politik, einseitige Handlungen, die eine regelmäßige Stimmzählung gehindert hatten sowie parteiliche Aktionen der Zentralen Wahlkommission festgestellt und kritisiert worden.³⁰⁵ Die Stimmzählung dauerte lange an und von der Opposition wurden mehrere Berufungen eingelegt. Die Art und Weise wie die Zentrale Wahlkommission diese Berufungen behandelt hatte und ihre, von Beobachtern festgestellten, arbiträren Entscheidungen zugunsten der Partei an der Macht und ad hoc entworfene Regeln entgegen der alten Praxis zur Behandlung von falsch eingeworfenen Stimmzetteln³⁰⁶ hatten der Glaubwürdigkeit des Prozesses stark geschadet. Die Endergebnisse hatten in dem Kampf um Tirana den früheren Innenminister Basha zum Sieger erklärt, woraufhin der Obmann der PSSH, und bis dahin amtierende Bürgermeister Rama, diese aufgrund der beobachteten Verfehlungen der Zentralen Wahlkommission sowie der Unstimmigkeit zwischen der Zahl der Stimmzetteln und die der registrierten Personen,³⁰⁷ als schändlich bezeichnet und folglich abgelehnt hatte.³⁰⁸

Während von der EU ständig Druck auf allen Seiten geübt und die Wichtigkeit einer Kompromissfindung, um positive Schritte im Integrationsprozess erzielen zu können, mehrmals betont wurde, ließen die politischen Lager wenig Interesse daran erkennen, zugunsten des Integrationsprozesses Zugeständnisse zu machen. Die Erteilung des so stark

³⁰³ Vgl. ebd. TC: 9:34-9:50.

³⁰⁴ Vgl. OSCE: Albania's local elections were competitive and transparent, but political parties acted irresponsibly, observers say. 10 May 2011. <http://www.osce.org/odihr/elections/77441>.

³⁰⁵ Vgl. ebd.

³⁰⁶ Vgl. OSCE/ODIHR: Republic of Albania: Local Government Elections 8 May 2011. OSCE/ODIHR Election Observation Mission Final Report. 15 August 2011, S. 26 ff.

³⁰⁷ Vgl. ebd. S. 26, 29.

³⁰⁸ Vgl. VOA: Ngjarjet që i dhanë tonin vitit 2011 në Shqipëri, (Ereignisse die während 2011 die Akzente in Albanien setzten). Videomaterial, TC: 13:59-14:03. Von Armand Mero, am 02.01.2012. <http://www.zeriamerikes.com/content/ngjarjet-kryesore-qe-i-dhane-tonin-vitit-2011-ne-shqiperi-136532908/520062.html>.

erstrebten Kandidatenstatus von der EU an Albanien, konnte angesichts solcher Entwicklungen nicht erwartet werden. Das bestätigte der Fortschrittsbericht der Kommission im Oktober 2011, in dem mehrere wirtschaftliche und strukturelle Teilerfolge aufgezählt wurden. Hinsichtlich der wichtigsten Prioritäten zur Erlangung des offiziellen Kandidatenstatus hieß es jedoch, dass nur in wenigen von ihnen partielle Fortschritte verzeichnet wurden und in den meisten nahezu keine.³⁰⁹ Einen Monat nach der Veröffentlichung dieser Bilanz erreichten die Mehrheit und die Opposition ein durch die EU vermitteltes Abkommen, dass den politischen Stillstand beenden sollte. Dem Abkommen nach wurde eine gemeinsame Kommission für die notwendige Wahlreform eingerichtet und zwei wichtige Gesetze durch die notwendige Dreifünftel-Mehrheit im Parlament verabschiedet.³¹⁰ Zudem war dem Parlament am 22. Dezember die Ernennung des neuen Ombudsmannes – vorgeschlagen von der Opposition – mit 127 (von 140) Stimmen gelungen.³¹¹ Diese positiven Entwicklungen wurden von dem damaligen Erweiterungskommissar mit Optimismus begrüßt,³¹² denn sie sollten die Anfänge einer neuen Ära der Politikführung Albaniens repräsentieren und den Weg zur vollständigen Erfüllung aller Schlüsselprioritäten ebnen.

Problematisch war an diesem Jahr dennoch gewesen, dass wieder einmal enorme Zeit verstrichen und die Erfolgsbilanz in der Erfüllung von den vorgestellten Prioritäten zur Erlangung des neuen Status weit unter den Erwartungen geblieben war. Eine große Rolle hatte darin der politische Boykott der Opposition gespielt, was auch in dem Fortschrittsbericht als ein großes Problem erwähnt wurde.³¹³ Für manche dürfte dieses bewusste Einnehmen einer destruktiven Haltung im Prozess unverständlich erscheinen, zumal alle politischen Kräfte in Albanien den Integrationsprozess ideell vorbehaltlos unterstützten. Dies wäre allerdings im politischen Kontext Albaniens zu verstehen, der die Wurzeln in dem problematischen

³⁰⁹ Siehe: EC: SEC (2011) 1205 final, Brussels, 12.10.2011, Kapitel 3 und 4 bzw. S. 5-21, 56.

³¹⁰ Vgl. VOA: Parlamenti i Shqipërisë miraton marrëveshjen pozitë-opozitë (Das albanische Parlament genehmigt das Abkommen zwischen Mehrheit und Opposition). Von Armand Mero am 17.11.2011. <http://www.zeriamerikes.com/content/parlamenti-shqiptar-akt-zyrtar-marreveshje-shumice-opozite-2011-11-17-134053078/519348.html>.

³¹¹ Vgl. VOA/Zëri i Amerikës. a.a.O. 02.01.2012, Videomaterial, TC: 17:30-17:38.

³¹² Vgl. EC: Memo/11/799, Brussels, 17 November 2011.

³¹³ Vgl. EC: SEC (2011) 1205 final, Brussels, 12.10.2011, S. 6, 8 f.

Demokratisierungsprozess der 1990er Jahre hatte, wie am Anfang dieser Arbeit behandelt wurde. Aus diesem Blickwinkel bedingte die starke Rivalität der zwei größten politischen Lager im Land eine Mentalität des *absoluten Siegers* gegenüber dem *absoluten Verlierer*.³¹⁴ Das bedeutet, dass jegliche Erfolge auf dem Weg in die EU den Kräften an der Macht zu attribuieren wären und somit der gute Wille und die Zusammenarbeit der Opposition durch die Instrumentalisierung dieser Erfolge durch die Machthaber höchstwahrscheinlich im Schatten bleiben würden. In Albanien blieb die Unterstützung der Bevölkerung für die EU-Perspektive fortwährend über die 80%-Marke und somit wesentlich höher als in vielen der bereits der EU beigetretenen Länder.³¹⁵ Aufgrund dieser Tatsache, wäre aus der Sicht der Oppositionskräfte die Angst vor weiterem Verharren in der Opposition durch eine politische Nachgiebigkeit zugunsten des Prozesses, eine berechnete gewesen. Zusätzlich wäre der Obmann der Partei angesichts der politischen *Misserfolge* – so wie sie ihm von parteiinternen Gegnern vorgeworfen wurden – noch stärker unter Druck zum Rücktritt geraten. Weder die Opposition noch die Mehrheit waren zu diesem Zeitpunkt einmal mehr nicht bereit gewesen, zugunsten der Fortschritte im Prozess, Kompromisse einzugehen.

4.2.2 Langsamer Fortschritt in Tirana – Unstimmigkeit in Brüssel

Der Konsensus der zwei größten politischen Lager im Dezember 2011, gekrönt mit den anfänglich zwei verabschiedeten Gesetzen und mit der Ernennung des Ombudsmannes, hatte ein wenig Schwung in die Zusammenarbeit aller Hauptakteure im Land, zur Erreichung wichtiger Kriterien für die Integration, gebracht. In der ersten Hälfte des Jahres wurden weitere wichtige Reformen durchgeführt. Die Änderung des Strafrechtskodex, des Bürgerlichen Gesetzbuches, des Wahlgesetzes, des Gesetzes zur Reformierung der Verwaltungsgerichte sowie die Bestimmung der Verfahren zur Anhörung und Abstimmung über Mitglieder des Obersten Gerichtshofs (Kriterium 3 aus der 12-Kriterien-Liste), zählten zu diesen Reformen. Fortschritte wurden auch auf dem Weg zur Reformierung der öffentlichen Verwaltung (Kriterium 6) erzielt. Ernsthafte Maßnahmen wurden ebenso

³¹⁴ Vgl. BTI 2014, Albania Country Report, S. 15.

³¹⁵ Vgl. u.a. AIIS: Rethinking EU Integration: Albanian Perceptions & Realities. 2004, S. 14; AIIS: Rethinking EU Integration: Albanian Perceptions and Realities. 2007, S. 19; AIIS: The European Perspective of Albania: Perceptions and Realities 2011. 2011, S. 14. (Umfragen wurden von 2002 bis zuletzt 2014 durchgeführt).

hinsichtlich der Verbesserung der Behandlung von Inhaftierten (Kriterium 12), sowie zur Reformierung des Immunitätssystems für Beamte und Richter unternommen.³¹⁶

Die Verhältnisse waren, trotz dieser neuen positiven Dynamik im Interesse des Landes, hauptsächlich verspannt geblieben. Dafür gab es mehrere Gründe. Einerseits verschlechterten sich die wirtschaftlichen Verhältnisse, bedingt durch ineffiziente Staatsausgaben aufgrund der Korruption, Vernachlässigung des sozialen Wohlstands und der starken Fokussierung auf die makroökonomische Stabilität, um unbedingt an den EU-Kriterien festzuhalten.³¹⁷ Andererseits wurden politische Machtkämpfe zwischen beiden politischen Lagern bis hin zu den von ihnen ernannten Beamten auf lokaler Ebene kompromisslos fortgesetzt, was schließlich nur die weitere Erlahmung einer ohnehin strukturell schwachen, weil politisierten, Verwaltung herbeiführte.³¹⁸ Es dauerte also nicht lange bis sich diese Missstände erneut auf die höhere Ebene auswirkten und den so empfindlichen Frieden zum Zerbröckeln brachten. Zu den schlechten Verhältnissen trug unter anderem die einseitige Wahl des neuen Präsidenten der Republik bei, die ohne einen parteiübergreifenden Konsens und vor allem ohne die Stimmen der Opposition im Parlament stattgefunden hatte. Dieses einseitige Vorgehen, vonseiten der Mehrheit, war nach längeren Verhandlungen mit der Opposition erfolgt, in denen sämtliche Kandidaten der regierenden Mehrheit von der Opposition als „*aus dem Hof der Regierung gebracht*“³¹⁹ abgelehnt wurden.³²⁰ Da drei Runden ohne die notwendigen Drei-Fünftel der Stimmen vergangen waren, *vergnügte* sich die Mehrheit mit der Wahl ihres Favoriten durch eine simple Mehrheit von 73 Stimmen (von 140).³²¹ Zwar war der Wahlprozess an sich verfassungsgemäß verlaufen, jedoch einmal mehr ohne den dringend notwendigen politischen Kompromiss, um, unter vielen anderen Gründen, eine positive

³¹⁶ Vgl. EC: COM (2012) 600 final, Brussels, 10.10.2012, S. 14 f.; BTI 2014, S. 13; Gjipali, G.: Albania. In: Freedom House: Nations in Transit 2013. 2013, S. 52.

³¹⁷ Vgl. BTI 2014, S. 16 ff.; EC: SWD (2012) 334, COM (2012) 600, Brussels, 10.10.2012, S. 24.

³¹⁸ Vgl. Gjipali, G. a.a.O. 2013, S. 62 ff.; BTI 2014, S. 13 f.

³¹⁹ „*ishin sjellë nga oborri qeveritar*“. Gazeta Shqip: “Presidenti”, dështojnë negociatat, mazhoranca propozon Artan Hoxhën, opozita kundër. („Der Präsident“, Verhandlungen scheitern, Mehrheit schlägt Artan Hoxha vor, Opposition ist dagegen.). 10. Juni 2012. <http://gazeta-shqip.com/lajme/2012/06/10/presidenti-desh-ton-e-negociatave-mazhoranca-propozon-artan-hoxhen-opozita-nuk-e-pranon/>.

³²⁰ Vgl. Albeu: Dështojnë bisedimet, zgjedhjet drejt raundit të 3-të. (Verhandlungen scheitern, Wahlen nähern sich der dritten Runde). 03.06.2012. <http://www.albeu.com/shqiperi/fillon-takimi-rama-berisha/77052/>.

³²¹ Siehe: Gazeta Shqip: Bregu: Mazhoranca doli e fortë, politika nuk duhet përbuzur. (Bregu: Die Mehrheit zeigte sich stark, die Politik darf nicht verachtet werden). 12. Juni 2012. <http://gazeta-shqip.com/lajme/2012/06/12/bregu-mazhoranca-doli-e-for-te-politika-nuk-duhet-perbuzur/>; EC: SWD (2012) 334, COM (2012) 600, Brussels, 10.10.2012, S. 8.

Bewertung von der EU gewährt zu bekommen.³²² Auch zeigte diese Entwicklung deutlich, dass die Bereitschaft beider Lager, Kompetenzen und besonders Machtressourcen auf Dauer zu teilen, sehr bald an Grenzen stoßen konnte. Der neue Präsident fing bald daraufhin an, die wichtigsten Posten in der Staatsanwaltschaft und in dem Geheimdienst, nämlich den Generalstaatsanwalt und den Geheimdienstchef, mit neuen PDSH-nahen Personen umzubesetzen. Bezüglich des Ersten folgte ein zwischenparteilicher Streit über die Regelmäßigkeit dieser Aktion, aufgrund der unterschiedlichen Interpretation der Amtsdauer der damaligen Staatsanwältin. Bezüglich des Zweiten hatte der Präsident keinerlei Erklärung für seine Entscheidung vorgelegt.³²³ Diesen Taten waren schwerwiegende Anschuldigungen des Ministerpräsidenten über angebliche Beteiligung der ersetzten Personen an dem am 21. Januar versuchten „Staatstreich“ sowie demonstrative, für einen Rechtsstaat fragwürdige, Schutzklärungen für die angeklagten Offiziere der Nationalgarde vorausgegangen.³²⁴ Obwohl die Ermittlungen heute immer noch nicht völlig abgeschlossen sind, ließen diese ersten Handlungen des Präsidenten stark vermuten, dass er unter parteilichen Einfluss stand. Eine unverhältnismäßig schnelle Wende hin zum Positiven erfuhr das politische Klima, als im selben Sommer durch Druck von der EU das neue Wahlgesetz als Produkt eines PDSH-PSSH-Kompromisses mit 127 Stimmen im Parlament verabschiedet wurde.³²⁵ Die EU begrüßte dies als einen Erfolg des politischen Dialogs, der aber nur ein halber Erfolg sein konnte, denn kleinere Parteien befürchteten dadurch eine starke Benachteiligung. Sie hatten dem neuen Wahlgesetz Verstoß gegen das Gleichheitsprinzip und wirtschaftliche Diskriminierung gegenüber kleinen Parteien vorgeworfen – nicht unberechtigt.³²⁶ Die Kommission, hatte sich jedoch entschieden, in ihrem jährlichen Bericht über diese „Einzelheiten“ hinwegzusehen.³²⁷ Insgesamt resümierte die Kommission in ihrem Fortschrittsbericht von 2012 und in der

³²² Siehe: SWD (2012) 334, COM (2012) 600, Brussels, 10.10.2012, S. 6; BTI 2014, S. 10.

³²³ Vgl. Gjipali, G. a.a.O. 2013, S. 55 f.

³²⁴ Vgl. Gazeta Shqip: Berisha kërcënon Topin, Ramën dhe Shaqirin: Do të hetohen si pucistë (Berisha droht dem Topi, Rama und Shaqiri: Gegen sie wird wegen des Staatsstreichs ermittelt). Von Bledar Hoti, 25. August 2012. <http://gazeta-shqip.com/lajme/2012/08/25/berisha-kercenon-topin-ramen-dhe-shaqirin-do-te-hetohen-si-puciste/>; BTI 2014, S. 11.

³²⁵ Vgl. VOA: Miratohet Kodi Zgjedhor (Das Wahlgesetz wird genehmigt). Videomaterial, TC: 0:00-0:48, 4:07-5:20. Von Armand Mero, 19.07.2012. <http://www.zeriamerikes.com/media/video/1441515.html#>.

³²⁶ Siehe: Fletorja Zyrtare e Republikës së Shqipërisë (Das Offizielle Blatt der Republik Albanien), Nr. 58, 25 Mai 2012. S. 2885; Anfechtungsgegenstand waren v.a. Art. 63, 69, 70, 87 und 98 des neuen Wahlgesetzes. Zum Vergleich siehe: Kodi Zgjedhor i Republikës së Shqipërisë (Wahlgesetz der Republik Albanien). Art. 63, 69, 70, 87 und 98 darin.

³²⁷ Siehe: EC: SWD (2012) 334, COM (2012) 600, Brussels, 10.10.2012, S. 6 ff.

allgemeinen Erweiterungsstrategie für 2012-2013, dass Albanien die vier ersten Prioritäten vollständig erfüllt hatte, nämlich: (1) die Gewährleistung des normalen Parlamentsbetriebs, (2) die Verabschiedung anstehender Gesetze mit qualifizierter Mehrheit, (3) die Ernennung des neuen Ombudsmann und ordentliche Anhörungen und Abstimmungen über Berufungen von Beamten in wichtigen Institutionen sowie (4) die Wahlgesetzreform. *Auf gutem Weg* zur Erfüllung waren laut Kommission zudem zwei weitere gewesen, nämlich die Reform über die öffentliche Verwaltung und die zur besseren Behandlung der Inhaftierten. Einige Erfolge hatte die Kommission hinsichtlich vier weiterer Schlüsselprioritäten festgestellt. Mit dieser Bilanz begründete die Kommission schließlich ihren Vorschlag an dem Rat der EU, Albanien den Kandidatenstatus zu verleihen, jedoch unter der Voraussetzung, dass Albanien demnächst die Reform über die Justiz (Gesetz für den Obersten Gerichtshof) und die öffentliche Verwaltung (Gesetz für den öffentlichen Beamten) vollenden sowie die bereits überarbeitete Geschäftsordnung für das Parlament annehmen würde.³²⁸

Was hatte diese Stellungnahme zu bedeuten? Seit dem letzten Fortschrittsbericht hatte die politische Klasse Albaniens nur selten und mit äußerst viel Mühe den Weg zu kurzlebigen Kompromissen gefunden, um gemeinsam an der Erfüllung einiger Prioritäten zu arbeiten. Über den längsten Zeitraum hinweg, hatten das politische Klima jedoch kompromisslose Konfrontationen beider Lager dominiert. Anschuldigungen und Gegenanschuldigungen, konsenslose Ernennungen von wichtigen Amtsträgern, Erlahmung der öffentlichen Verwaltung, partielle Verabschiedung wichtigster Gesetze und nicht selten eine lückenhafte Durchsetzung bereits verabschiedeter, fragwürdiger Gerichtsentscheidungen oder Verzögerungen dieser (vor allem in den Fällen, in denen Politiker mutmaßlich involviert gewesen waren), Machtmissbrauch auf höherer und niedriger Ebene sowie weitere Probleme dieser Natur, waren für längere Zeit die Ergebnisse ihrer Politikmachung gewesen.³²⁹ Obwohl Erfolge nicht ausgeblieben waren, konnten sie angesichts der schwerwiegenden Probleme offenbar jedoch keine überzeugende Rechtfertigung für große Schritte nach vorne liefern. Die

³²⁸Vgl. EC: COM (2012) 600 final, Brussels, 10.10.2012, S. 26 f; "Extract from COM (2012) 600 final", Brussels, 10.10.2012, S. 1, 2 f.

³²⁹ Vgl. Gjipali, G. a.a.O. 2013, S. 55 ff, 62-67; BTI 2014, S. 6f, 8, 10 ff, 13 ff; EC: SWD (2012) 334, COM (2012) 600, Brussels, 10.10.2012, S. 6-24.

Kommission, als Kontrolleur in *erster Instanz*, war unter den bestehenden Umständen einmal mehr in die schwierigen Position versetzt worden, gleichzeitig dem Druck und wachsenden Skeptizismus innerhalb der EU wie auch den großen Erwartungen der albanischen Seite gleichermaßen gerecht zu werden. Der früheren Integrationsministerin Albaniens zufolge stellte diese diplomatische Entscheidung der Kommission, nämlich den Kandidatenstatus für Albanien unter Vorbehalt vorzuschlagen, den für die Kommission bestmöglichen Ausweg aus einer heiklen Situation dar. Dadurch hatte sie möglicherweise den Rat vor weiterem Entscheidungsdrang verschonen wollen – waren diese aufgrund der gemachten Zugeständnisse an problematische Kandidaten wie Serbien und Montenegro kurze Monate davor und der herrschenden Erweiterungsunlust der EU-Bevölkerung,³³⁰ doch nicht in bester Bereitschaft für noch mehr Schwung im Prozess gewesen – und der politischen Klasse Albaniens einen Grund weniger geben wollen, das „Scheitern im Prozess“ durch gegenseitige Anschuldigungen politisch zu missbrauchen.³³¹ Die Kommission hatte mit dieser Entscheidung womöglich Handlungsraum für sich gewonnen und den politischen Protagonisten in Albanien Zeit für *Besinnung* gelassen, um sich weder der Freigebigkeit (aus der Sicht der Skeptiker), noch der hohen Strenge schuldig machen zu müssen. Dem Rat war dies andererseits eine willkommene Entscheidung gewesen, um die Angelegenheit im Sinne der internen politischen Stimmung bei den alten Mitgliedern auf unbestimmte Dauer hinauszuzögern.³³² Neben den genannten Kriterien wurden vom Rat und der Kommission einstimmig sowohl die Parlamentswahlen 2013, als auch der Kampf gegen Korruption und dem organisierten Verbrechen als Test der politischen Reife und somit als Kriterium für weitere Zugeständnisse im Integrationsprozess erklärt.

Das Jahr 2013 fing mit großen Vorbereitungen aller politischen Lager für die Parlamentswahlen am 23 Juni 2013 an. Taktische Bewegungen innerhalb der Parteien, Überläufe von enttäuschten Parteimitgliedern zum gegnerischen Lager, Neubildungen von Allianzen sowie die scheinbar rasant wachsende Popularität einer in 2012 entstandenen

³³⁰ Vgl. Toshkov, D./Kortenska, E./Dimitrova, A./Fagan, A.: The 'Old' and the 'New' Europeans: Analyses of Public Opinion on EU Enlargement in Review. In: MAXCAP: Working Paper Series, Nr. 2, April 2014. S. 10 f.

³³¹ Vgl. Bregu, M. Interview Nr. 03, TC: 23:02-28:27.

³³² Vgl. CofEU, Presse 517, PR CO 73, 17439/12, Brussels, 11 December 2012, S. 25 f.

nationalistischen Partei, genannt „Aleanca Kuq e Zi“ (Schwarz-Rote-Allianz),³³³ machten das Mosaik des albanischen politischen Lebens aus. Nur zwei Monate vor den Wahlen stellte der plötzliche Ausstieg der LSI um Ilir Meta aus der Regierungskoalition mit den Demokraten an der Macht, ein bedeutsames Ereignis dar. Diese Partei hatte durch ihre taktische Allianz im Jahr 2009 den Demokraten den Sieg gesichert – zum großen Unbehagen der Sozialisten – und für sich wichtige Posten im Regierungskabinett erhalten. Die Zusammenarbeit hatte sich aber im Laufe der Amtszeit als schwierig erwiesen und aufgrund der politischen Skandale viele Brüche erlitten. Dieser Hintergrund und der sichtbar wachsende Unmut gegenüber der Regierung Berisha bzw. seinem persönlichen Führungsstil,³³⁴ hatten eine Vereinbarung dieser Partei mit der ehemaligen sozialistischen Mutterpartei leichter gemacht. Der sozialistische Obmann andererseits, dem die bittere umstrittene Niederlage von 2009, durch Unterschätzung der Lage und Weigerung einer Kompromissfindung mit der LSI, beinahe die gesamte politische Karriere gekostet hatte, war in keiner Position gewesen, erneut das Bündnis abzulehnen und dadurch alles zu riskieren.³³⁵ Die Machthaber dürften sich durch dieses Manöver und durch die stark gewachsene Popularität der Rot-Schwarzen-Allianz in ihrer Macht gefährdet gesehen haben. Daraufhin hatte der Ministerpräsident vermehrt zu einer für die albanische Politik bis dahin unüblichen nationalistischen Rhetorik gegriffen, was folglich die EU und die USA alarmiert und zu starken eindeutigen Ermahnungen veranlasst hatte. Ferner hatte er nach verzweifelten Vorschlägen für ein Referendum, den Kompromiss mit den Sozialisten für die Verabschiedung der drei Gesetze (Teil der EU-Schlüsselprioritäten) gesucht.³³⁶ Letztere hatten im Namen des „Landesinteresses“ zugestimmt, jedoch unter der öffentlich gemachten Bedingung, dass diese erst nach den Wahlen und zwar am 1. Oktober 2013 in Kraft zu treten hatten, womit sich Berisha

³³³ Der Name der Partei deutete auf die Farben der albanischen Fahne an. Seit Ende 2012 und bis zu den Wahlen von 2013, machte sie Stimmung mit der Idee der Vereinigung aller Albaner in einem Staat. Über ihre Entstehung und ihrer wahren Führung bzw. Agenda hinter der Fassade wurde stark spekuliert. Jedenfalls sorgte sie im Land und vor allem bei der EU vorläufig für Besorgnis.

³³⁴ Vgl. Weichert, M.: Die Parlamentswahlen in Albanien vom 23. Juni 2013 – Rotation der Macht oder Renaissance der Politik? In: Südosteuropa Gesellschaft: Südosteuropa Mitteilungen, Ausgabe Nr. 03-04/2013, S. 45; Primatarova, A./ Deimel, J.: Albanien vor und nach den Parlamentswahlen 2013 - Demokratischer Reifetest bestanden? In: ders. S. 66 f, 71.

³³⁵ Vgl. Weichert, M. a.a.O. 2013, S. 46.

³³⁶ Vgl. Primatarova, A./ Deimel, J. a.a.O. 2013, S. 69 f.

einverstanden erklärte.³³⁷ Am 30. Mai 2013 wurden dann alle drei berühmten Gesetze mit den Stimmen der Mehrheit und der sozialistischen Opposition verabschiedet. Berisha und seine Regierung hatten jeden möglichen Erfolg hinsichtlich der EU-Integration gebraucht, um dadurch ihre Wiederwahlchancen zu erhöhen. Auf der anderen Seite konnten sich die Sozialisten – diesmal verstärkt und mit mehr Vertrauen in einen Sieg – politisch keine blockierende Position im empfindlichen Bereich der Integration leisten. Mit dieser kooperativen Positionierung und mit der erlangten Sicherheit, dass die verabschiedeten Gesetze bis vor den Wahlen nicht auf irgendeiner Art und Weise von der amtierenden Regierung gegen sie verwendet werden könnten, hatten sich die Sozialisten in eine gewinnbringende Situation versetzt. Auf welcher Basis das Abkommen im Hintergrund tatsächlich geschlossen wurde, kann angesichts fehlender zuverlässiger Information nicht durchleuchtet werden.

Die Parlamentswahlen am 23. Juni 2013 fanden unter relativ ruhigen Verhältnissen statt. Die OSCE attestierte Albanien insgesamt freie und faire Wahlen. Sie wurden als konkurrierend und im Einklang mit den Grundfreiheiten bezeichnet. Das geänderte Wahlgesetz wurde als eine solide Basis bewertet, die eine Abhaltung demokratischer Wahlen garantierte und die Umsetzung mehrerer OSCE-Vorschläge seit den letzten Wahlen verwirklichte³³⁸ - ein weiteres Kriterium, dass in den Fortschrittsberichten der Kommission in den letzten Jahren aufgenommen wurde. Doch das angeheizte politische Klima Albaniens und die stark verankerte Logik des Klientelismus, widerspiegelt durch mangelndes Vertrauen und verbitterter Rivalität zwischen den Lagern, genährt gleichermaßen von den Parteistrukturen und ihren Anhängern in der Bevölkerung,³³⁹ hatten ihre negative Wirkung auch in diesem Fall nicht verfehlen können. Spannungen unter den Mitgliedern verschiedener Wahlzentren, Unstimmigkeiten bei manchen Auszählungen von Stimmzetteln, politisch motivierte Umbesetzungen von Auszählungsgruppen mitten im Prozess, mediale Einseitigkeit, Fälle von Amtsmissbrauch im Interesse der amtierenden Partei, Stimmenkauf vor der Wahl und

³³⁷ Vgl. Albania News: Miratohen nga parlamenti tre ligjet e shumëpërfolura (Die drei berühmten Gesetze werden vom Parlament verabschiedet). 30. Mai 2013. <http://www.diaspora.al/shqip/politike/miratohen-tre-ligjet-e-shumepferfolura>.

³³⁸ Vgl. OSCE/ODIHR: Republic of Albania: Parliamentary Elections 23 June 2013. 10. Okt. 2013, S. 1-4.

³³⁹ Vgl. Weichert, M. a.a.O. 2013, S. 49 ff.

schließlich eine zur Hälfte besetzte Zentrale Wahlkommission mit Mitgliedern ausschließlich aus der regierenden Partei,³⁴⁰ zählten zu den festgestellten Problemen, die den Prozess auch dieses Mal nicht völlig unbestreitbar hatten ausgehen lassen.

Nichtsdestotrotz waren diese Wahlen in vielerlei Hinsicht ein wahrer Erfolg für Albanien gewesen. Das Bündnis der Sozialisten mit anderen Parteien unter dem Namen „Allianz für das europäische Albanien“ hatte einen unbestreitbar tiefen Sieg mit 84 Sitzen im Parlament errungen. So ein tiefer Sieg hatte womöglich an Manipulation interessierte Akteure zur Einsicht gebracht, dass sich jegliche Manipulationsversuche nicht mehr gelohnt hätten.³⁴¹ Erstmals nach einundzwanzig Jahren Demokratie in Albanien war ein regierender Ministerpräsident nach nur drei Tagen, die Niederlage anerkennend, von der Parteispitze zurückgetreten.³⁴² Das erfolgte, während die offiziellen Ergebnisse noch nicht von der Zentralen Wahlkommission verkündet wurden. Dennoch ließ es sich der noch amtierende Ministerpräsident nicht nehmen, sein Mandat bis zur legalen Frist im September 2013 im Sinne seiner eigenen Interessen auszunutzen. Die diffamierende und vorwurfsvolle Rhetorik gegen die Gewinner wurde bald wiederaufgenommen. Der vermeintliche Einfluss der PDSH-Spitze auf den ausschließlich durch Stimmen der Mehrheit gewählten Staatspräsidenten, wurde verwendet, um politisch und institutionell wichtige Stellen im Justizapparat mit ihm treu ergebenen Funktionäre zu besetzen. Unter den *belohnten* waren viele Richter gewesen, die mit ihren politischen Urteilen in den Gerichtsprozessen über brisante Korruptionsaffären der Politik sowie den dramatischen Ereignissen von „Gërdeci“ und der „21. Januar-Demonstrationen“, sowohl intern als auch bei den westlichen Partnern (EU, USA), für Empörung gesorgt hatten.³⁴³ Konflikträchtig waren diese Aktionen in vielerlei Hinsicht: 1) Sie zeigten erneut zu was machtgierige Politikerinnen und Politiker fähig waren, um jegliche Verluste auszugleichen. 2) Sie schaden der Glaubwürdigkeit des Präsidentenamtes als überparteiliche und unifizierende Autorität des Staates. 3) Sie legten die Basis für vorprogrammierte Konflikte zwischen der neuen Regierung, dem Präsidenten, der Justiz und

³⁴⁰ Vgl. OSCE/ODIHR: Republic of Albania: Parliamentary Elections 23 June 2013. 10. Okt. 2013, S. 1-4; Weichert, M. a.a.O. 2013, S. 47 f.

³⁴¹ Siehe u. a. Primatarova, A./ Deimel, J. a.a.O. 2013, S. 66 ff.

³⁴² Vgl. ebd. S. 63.

³⁴³ Vgl. ebd. S. 63 ff.

der Opposition für die neue Legislaturperiode. 4) Sie stellten wahrscheinlich der künftigen Opposition ein Instrument zur Verfügung, um die neue Regierung nach politischer Willkür in ihren Unterfangen zur Bekämpfung von Korruption und Kriminalität zu sabotieren. Die im Mai verabschiedeten Gesetze erschwerten tatsächlich jegliche Umbesetzungen in der Staatsverwaltung, die nun mit oder ohne Grund als politisch motiviert verschrien werden könnten. Mit diesen Ereignissen endeten acht Jahre Demokraten-Regierung.

4.3 Der schwierige Anfang einer Regierung der Wiedergeburt und die Weigerung einiger EU-Mitglieder Albanien den offiziellen Kandidatenstatus zu verleihen

Das neue Regierungskabinett legte am 15. September 2013 ihren Amtseid vor dem Präsidenten ab und erhielt am selben Tag das Vertrauensvotum vom Parlament. In ihrem Programm stellte die Regierung die Weichen für ihre Amtszeit 2013-2017 dar. Im Rahmen der Außenpolitik sollten die strategische Partnerschaft mit der EU, den USA, Italien, Griechenland und der Türkei, Leitsätze für die Entwicklungen von künftigen Strategien sein.³⁴⁴ Speziell in Hinsicht auf den Integrationsprozess wurden die vollständige Umsetzung aller SAA-Richtlinien, die Erfüllung der verbliebenen Schlüsselprioritäten, die baldige Aufnahme der Beitrittsverhandlungen mit der EU und der damit verbundenen Assistenz sowie die erhöhte Effizienz diplomatischer Bestrebungen in jenen Ländern der EU, die eine besondere Rolle in der europäischen Entscheidungshierarchie einnehmen, zu Hauptprioritäten der Regierung erklärt.³⁴⁵ Das Vermächtnis der achtjährigen Demokraten-Regierung, worauf die neue Regierung nun zu bauen hatte, bestand aus einigen strukturellen Erfolgen, bedeutsamen Standardangleichungen mit dem Acquis in einigen Bereichen des SAA, einer nachhaltig makroökonomischen Stabilität des Landes und teilweise gelungenen Maßnahmen zur vollständigen Formalisierung des wirtschaftlichen Lebens. Ein großer Erfolg war auch die Involvierung des Landes in das internationale Projekt „Trans Adriatic Pipeline“ (TAP) gewesen, ein Projekt das den Status „Project of Common Interest“ von den EU-Institutionen erhalten hatte³⁴⁶ und große wirtschaftliche Vorteile für die Zukunft versprach.

³⁴⁴ Vgl. ASHE-Aleanca për Shqipërinë Evropiane (AEA-Allianz für das Europäische Albanien): Programi i Qeverisë (Regierungsprogramm) 2013-2017. S. 10

³⁴⁵ Vg. ebd.

³⁴⁶ TAP: The EU status: <http://www.tap-ag.com/the-pipeline/the-big-picture/the-eu-status>.

Zu den nennenswertesten Erfolgen der vergangenen Legislatur bezüglich des Integrationsprozesses zählten soweit die Erfüllung (zumindest größtenteils!) der sieben von zwölf Schlüsselprioritäten der Kommission zur Aufnahme der Beitrittsverhandlungen sowie die Abhaltung eines ordentlichen, konkurrierenden und freien Wahlprozesses und der reibungslose Regierungswechsel – ebenso im Fortschrittsbericht von 2012 zu Hauptkriterien erklärte Vorgänge, um den Kandidatenstatus zu erlangen.³⁴⁷

Doch neben diesen Erfolgen hatte die neue Regierung auch große Schwierigkeiten geerbt. Darunter scharfe soziale und strukturelle Probleme; eine wie gewöhnlich politisch besetzte und dadurch intransparente lokale Regierung; das Ausstehen einer eindeutigen Erfolgsbilanz in der Bekämpfung des organisierten Verbrechens – trotz zahlreicher Änderungen im Gesetz – und in der praktischen Anwendung von konzipierten Maßnahmen; bedingte Leistungen mit Hinblick auf Antidiskriminierungs-Maßnahmen, trotz spürbar verbesserter Gesetzgebung; schließlich, ein noch politisch stark abhängiges Justizwesen, dass vor allem in den Fällen von vermuteter Korruption und Amtsmissbrauchs von Personen der Politik, mit ihren Urteilen national und international für Empörung und Vertrauensverlust gesorgt hatte.³⁴⁸ Brisant war vor allem das Vorgehen der scheidenden Regierung im Zeitraum von dem Bekanntwerden der Ergebnisse bis zur offiziellen Auflösung gewesen. In einer herausfordernden Haltung nutzte diese ihre Machtbefugnisse aus, um weitere Posten politisch zu besetzen, Lizenzen im wirtschaftlichen Sektor zu vergeben, staatliches Eigentum zu privatisieren und mit problematischen Regierungsbeschlüssen angeblich verbliebene *Versprechen zu erfüllen*.³⁴⁹ Vor diesem Hintergrund versuchte die neue Mehrheit nichtsdestotrotz ihre Entschlossenheit zu bekräftigen, in jeder Hinsicht eine *Wiedergeburt* herbeiführen zu wollen.³⁵⁰ Schon bei der Amtsübernahme im September 2013 waren eine versöhnliche und konstruktive Rhetorik sowie klare Annäherungsversuche gegenüber der neuen Opposition zu beobachten. Die Regierung machte sich mit Elan an die Arbeit, präziserte national und international ihre Schwerpunkte und ergriff erste Maßnahmen zur Bekämpfung des organisierten Verbrechens,

³⁴⁷ Vgl. EC: SWD (2013) 414 final, COM (2013) 700 final. Brussels, 16.10.2013, S. 3, 5-9.

³⁴⁸ Vgl. ebd. S. 5-12, 39 f sowie Weichert, M. a.a.O. 2013, S. 46.

³⁴⁹ Vgl. Weichert, M. a.a.O. 2013, S. 51; Shekulli-online: Berisha i kundërpërgjigjet Ramës me një vendim të ri. (Berisha erwidert Rama mit einem neuen Beschluss). 5. Juli 2013. <http://www.shekulli.com.al/p.php?id=26544>.

³⁵⁰ Siehe hierzu: ASHE (AEA): Programi i Qeverisë (Regierungsprogram) 2013-2017.

zur Begleichung von massiven Staatsschulden, zur Implementierung eines neuen Steuersystems und zum Aufbau von neuen Arbeitsplätzen.³⁵¹ Der Fortschrittsbericht der Kommission im Oktober 2013 bestätigte die Errungenschaften der früheren Regierung, aber auch die großen Herausforderungen, die der neuen bevorstanden. Zugleich wurden darin die Zufriedenheit und der Optimismus dieses EU-Organs darüber ausgedrückt, dass das neue Kabinett bereits in kürzester Zeit großes und ernsthaftes Engagement auf dem Integrationsweg gezeigt hatte.³⁵² Hierauf basierend hatte sie dieses Mal dem Rat der EU die Verleihung des Kandidatenstatus für Albanien empfohlen, ohne dies von einer weiteren Bedingung abhängig zu machen:

*„In view of Albania having achieved the necessary progress, the Commission recommends that the Council should grant Albania the status of a candidate country on the understanding that Albania continues to take action in the fight against organised crime and corruption“.*³⁵³

Zwei Monate später, als der Rat der EU vor einer Entscheidung stand, hielt Štefan Füle, EU-Kommissar für Erweiterung, eine Rede vor dem EU-Parlament – welches gleicherweise eine positive Stellung bezogen hatte.³⁵⁴ Darin untermauerte er die feste Überzeugung der Kommission, dass Albanien den offiziellen Kandidatenstatus eindeutig verdient hätte, weil alle Vorbedingungen dafür erfüllt waren, die neue Regierung in nur wenigen Monaten ein beeindruckendes Engagement in allen Reformen gezeigt hatte, Albanien dadurch fest im Integrationsprozess verankert werden sollte und nicht zuletzt weil die Glaubwürdigkeit der EU von der Belohnung der Erfolge, gemäß Vereinbarung, abhinge. Auch begrüßte er die Tatsache, dass das EU-Parlament zu demselben Schluss gekommen war.³⁵⁵ *„Albania has delivered and so should we“*³⁵⁶ – lauteten seine Worte.

³⁵¹ Vgl. Top Channel: Bilanci i Qeverisë Rama (Bilanz der Rama-Regierung). 26.12.2013, Videomaterial TC: 0:17-2:17. <http://top-channel.tv/lajme/artikull.php?id=269997>.

³⁵² Vgl. EC: SWD (2013) 414 final, COM (2013) 700 final, Brussels, 16.10.2013, S. 5-10, besonders S. 6.

³⁵³ EC: COM (2013) 700 final, Brussels, 16.10.2013, S. 19.

³⁵⁴ Vgl. EP: P7_TA-PROV(2013)0596. 12 December 2013, Punkt 1.

³⁵⁵ Vgl. EC: Speech/13/1057_Füle, Štefan. 10 December 2013. S. 2 f.

³⁵⁶ EC: Speech/13/1057_Füle, Štefan. 10 December 2013. S. 2.

Das „Verdikt“ des Rats folgte kurz vor Jahresende. Darin wurden in einer bürokratischen Standardformulierung die Bemühungen und die bereits erzielten Erfolge Albanien anerkannt und gepriesen, jedoch keine positive Entscheidung bezüglich des Status getroffen, sondern lediglich die Verschiebung dieser auf Juni 2014 bekannt gegeben.³⁵⁷ Begründet wurde der Beschluss mit dem Wunsch des Rates, die verabschiedeten Gesetze und Strategien zur Bekämpfung der Korruption und des organisierten Verbrechens in Albanien, tatsächlich auch auf längere Dauer durchgesetzt zu sehen.³⁵⁸ Zwei Lager hatten sich also im Vorfeld gebildet, das der Unterstützer und das der Verweigerer. Dem ersten Lager waren somit die Kommission, das EU-Parlament und acht EU-Mitglieder zuzuordnen, nämlich Italien, Österreich, Kroatien, Bulgarien, Ungarn, Estland, Irland und Slowenien. Diese hatten Lettland, das in diesem Jahr dem Rat vorstand, über die Erfolge Albanien überzeugen können und dadurch an die Seite der Unterstützer geholt.³⁵⁹ Auf die Seite der Verweigerer hatten sich die Niederlande, Großbritannien, Dänemark, Frankreich und Deutschland gestellt. Initiator waren in dieser Blockade die Niederlande gewesen, welche in den letzten Jahren oftmals gegen die Positionen der Kommission gelaufen waren. So hatten sie bis zuletzt den Kandidatenstatus für Serbien abgelehnt, genauso wie davor die Aufnahme Bulgariens und Rumäniens in den Schengenraum.³⁶⁰ In diesem Fall hatte das niederländische Parlament die Regierung dazu gezwungen, ein Veto gegen den Kandidatenstatus Albanien zu setzen. Um nicht isoliert dazustehen, hatten die Niederlande daraufhin nach „Alliierten“ in der Causa gesucht und diese auch erfolgreich gefunden.³⁶¹ Mit Ausnahme von Frankreich hatten zu dieser Zeit in allen vier sog. *Nein-Ländern* die Konservativen die Mehrheit im Parlament und folglich auch die Regierungen unter ihrer Kontrolle. Diese Tatsache könnte, auch wenn nur bedingt, zur Erklärung der negativen Entscheidung dieser EU-Mitgliedsregierungen herhalten, weil es mit der Stimmung unter deren Bevölkerungen vereinbar wäre. Eine solche Vermutung erscheint

³⁵⁷ Vgl. CofEU: Council conclusions on Enlargement and Stabilisation and Association Process. Brussels 17 December 2013, S. 9.

³⁵⁸ Vgl. ebd.

³⁵⁹ Siehe u.a.: Eurasia Review: Eight EU Foreign Ministers Support Albania's Candidacy – OpEd. Von Peter Tase, 15 Dezember 2013. <http://www.eurasiareview.com/15122013-eight-eu-foreign-ministers-support-albanias-candidacy-oped/>.

³⁶⁰ EurActiv: The Netherlands vetoes Albania's EU candidate status. 13.12.2013. <http://www.euractiv.com/enlargement/netherlands-vetoes-albania-eu-ca-news-532360>.

³⁶¹ Vgl. Eurasia Review. OpEd. Von Peter Tase. a.a.O. 15 Dezember 2013.

umso mehr plausibel, wenn die Ergebnisse einiger Studien herangezogen werden, die zeigen, dass die Öffentlichkeit in diesen fünf Ländern weitere Integrationsprozesse westbalkanischer Anwärter mehrheitlich ablehnte. Konkret Albanien gehörte denselben Studien zufolge zu den drei Ländern, denen die niedrigste Akzeptanz zuteil war.³⁶² Die Gründe dieser Abneigung dürften hauptsächlich in der wirtschaftlichen Unsicherheit, in der Angst um ihre Arbeitsplätze sowie in den herrschenden kulturell-religiösen Wahrnehmungen über Albanien gelegen haben.³⁶³ Die Regierungen dieser Länder schienen somit gemeinsam entschieden zu haben, die Unterstützung ihrer Wählerschaft nicht zugunsten eines für sie wirtschaftlich noch unwichtigen Anwärters ins Spiel zu setzen, zur gleichen Zeit aber auch den an Terrain zunehmenden radikalen Kräften nicht in die Hände zu spielen. In der offiziellen Begründung war der Ton der Regierungen dieser fünf Länder allerdings ein mehrmals wiederholter: Mehr Erfolgsbilanz im Kampf gegen das organisierte Verbrechen und mehr Zeit seien für die neue Regierung Albanien nötig gewesen, um sich auf dem begonnenen positiven Weg zu bestätigen. Einzig Großbritannien hatte explizit ihr Bedenken über den künftigen Zugang zu ihrem Arbeitsmarkt mit Rücksicht auf frühere Erfahrungen geäußert.³⁶⁴ Die Entscheidung sorgte in Albanien für große Enttäuschung und einmal mehr machte sich das Gefühl breit, man wäre von den stärksten westlichen Mitgliedern der EU als „Problemquelle“ stigmatisiert und als unerwünscht erklärt worden. Der neue Ministerpräsident Albanien hatte in seiner Rede über die Arbeit der Regierung in den ersten hundert Tagen auch diesbezüglich Position bezogen. Er hatte *„extreme Kräfte, einzelne Individuen und gewisse Gruppen“* in Europa für die Entscheidung verantwortlich gemacht, deren *„inakzeptablen Beleidigungen und Typisierungen in Richtung Albanien und Albanern [...] er nicht schweigend hinzunehmen bereit wäre“*.³⁶⁵ Seine Rede beendete er jedoch mit dem Ausdruck seiner tiefsten Überzeugung, dass die Regierung sich jeder eingegangenen Verpflichtung vor den Bürgerinnen und Bürgern

³⁶² Siehe: Toshkov, D./Kortenska, E./Dimitrova, A./Fagan, A. a.a.O. April 2014. S. 14, 16; Di Mauro, D./ Fraile, M.: Who Wants More? Attitudes Towards EU Enlargement in Time of Crisis. In: EUDO Spotlight 2012/04, October 2012, S. 3 f.

³⁶³ Vgl. EC: Flash Eurobarometer: Views on European Union enlargement. February 2009, S. 20.

³⁶⁴ Vgl u.a.: Top Channel: Holanda konfirmon: Jo tani (Niederlande bestätigen: Nicht jetzt). 12.12.2013. Videomaterial, TC: 1:06-2:00. <http://top-channel.tv/lajme/artikull.php?id=269186>; EurActiv: UK no longer advocates for EU enlargement. 21.12.2013. <http://www.euractiv.com/enlargement/uk-longer-strongest-advocate-eu-news-532554>; Top Channel: Dilemma for Albania's status. 17.12.2013. <http://www.top-channel.tv/english/artikull.php?id=10636>.

³⁶⁵ Top Channel: „Forcat ekstremiste ndikuan për statusin“ (Die extremen Kräfte nahmen Einfluss auf die Entscheidung über den Status). 22.12.2013, Videomaterial TC: 0:38-2:05. <http://top-channel.tv/lajme/artikull.php?id=269761>.

gerecht werden, und in vier Jahren das Ansehen Albaniens in der Welt transformieren würde.³⁶⁶

Die Regierung setzte ihre Arbeit mit Intensität fort, vor allem in jenen Bereichen, die von dem Rat der EU als maßgebend für eine Neufestsetzung im Juni 2014 festgehalten wurden. Die Bekämpfung des organisierten Verbrechens, die Bekämpfung der Korruption, die Bekämpfung der Schattenwirtschaft sowie die Vertiefung der Justizreform, rückten in den Vordergrund. Laut eigenem Bericht der albanischen Regierung für die ersten 300 Tage im Amt wurden hinsichtlich der Sicherheit und der Kriminalitätsbekämpfung große Erfolge erzielt, z.B. die Senkung schwerer Verbrechen gegen die Person und das Eigentum um mehrere Prozent, die Zerstörung mehrerer krimineller Verbände die Menschen- oder Waffenhandel betrieben hatten sowie die Zerstörung des größten Netzwerks der Drogenproduktion und des Drogenhandels mit Zentrum in dem berüchtigten Dorf Lazarat.³⁶⁷ Besonders letzte Aktion hatte internationale Aufmerksamkeit erregt, weil das Dorf seit mehr als einer Dekade als sog. Cannabis-Hauptstadt von den Strafverfolgungsbehörden des Staates unangetastet, Tonnen von Cannabis produzierte und handelte. Dadurch war das Dorf wiederholt Gegenstand interner politischer Debatten und internationaler Kritik geworden.³⁶⁸ Weitere Erfolge beanspruchte die Regierung hinsichtlich der Korruptionsbekämpfung auf jeder Ebene und Institution des Staates. Hierbei wurden neue Strukturen errichtet, die eine erhöhte Zusammenarbeit zwischen der Bevölkerung und den Strafverfolgungsbehörden ermöglichten. Auch das Strafgesetz wurde geändert und dadurch die Korruption als schweres Verbrechen klassifiziert, gleichzeitig auch die Immunität von hohen Beamten limitiert. Ferner war der Regierung eine erhöhte Steuereinnahme gelungen sowie die Einschränkung der Aktivität illegaler oder teils illegaler Geschäfte.³⁶⁹ Darüber hinaus war das neue Beamtenrecht in Kraft getreten und damit ein klarer Rahmen für die Professionalisierung und Entpolitisierung des öffentlichen Staatssektors sowie für die Effizienzerhöhung darin

³⁶⁶ Ebd. TC: 3:12-3:38.

³⁶⁷ Siehe: RSH - Kryeministria (Ministerpräsidentenamt): Shqipëria Europiane, Destinacion Brenda Nesh [...]. (Das europäische Albanien, der Bestimmungsort in uns [...]). o.J. S. 9 f.

³⁶⁸ Siehe u.a.: Reuters: Albanian village gains peace, loses livelihood as cannabis burns. Von Benet Koleka, 20 Juni 2014. <http://www.reuters.com/article/2014/06/20/us-albania-drugs-lazarat-idUSKBN0EV1GZ20140620>.

³⁶⁹ Vgl. RSH - Kryeministria (Ministerpräsidentenamt): Shqipëria Europiane, Destinacion Brenda Nesh [...]. (Das europäische Albanien, der Bestimmungsort in uns [...]). o.J. S. 9 f.

geschaffen.³⁷⁰ Neben diesen Leistungen intensivierte die Regierung zunehmend ihre diplomatische Lobbyarbeit bei den Regierungen der EU-Mitglieder.³⁷¹

In Folge dieser Entwicklungen wurden bereits am Anfang des Jahres 2014 positive Signale von Vertretern der fünf *Nein-Länder* gesendet. So drückte David Lidington, der britische Minister für Europa, während eines Besuchs in Tirana im Februar 2014 seinen Optimismus für eine positive Entscheidung im Juni aus, sollte der angefangene Kurs der neuen Regierung beibehalten werden. Auch erklärte er erneut die Position seines Landes im Dezember des vergangenen Jahres, mit der knappen Zeit zwischen Regierungswechsel in Albanien und Entscheidungsfindung auf EU-Ebene, die eine gutfundierte Evaluierung unmöglich gemacht hatte. Zugleich unterließ er es nicht, die politische Klasse Albaniens zur konstruktiven Zusammenarbeit zu ermahnen und auch dazu, den Worten Taten folgen zu lassen.³⁷² Am 1. April 2014 besuchte der albanische Ministerpräsident Edi Rama Deutschland. In einer gemeinsamen Pressekonferenz nach dem Treffen betonten Rama und Merkel die große Einstimmigkeit in allen besprochenen Themen sowie das große gegenseitige Interesse an einer vertieften Zusammenarbeit beider Länder, besonders im wirtschaftlichen Bereich. Darüber hinaus drückte Merkel ihre Überzeugung darüber aus, dass die neue Regierung Albaniens den Willen und die Fähigkeit habe, auf dem positiven Weg zu bleiben und hatte mit Lob über die Erfolge der ersten Monate auf eine „Pro-Position“ Deutschlands für den Juni hingedeutet.³⁷³ Um das positive Momentum aufrechtzuhalten, war dem Besuch Ramas in Berlin wenige Tage später der des Außenministers Bushati gefolgt. Wichtige Besuche der Regierungsmitglieder und des Parlamentsvorsitzenden erfolgten zu dieser Zeit auch in den restlichen vier *Nein-Ländern* der EU, nämlich Frankreich, Niederlande, Großbritannien und Dänemark.

³⁷⁰ Vgl. ebd. 10 ff.

³⁷¹ In den Nachrichten wurde um die genannte Zeit kontinuierlich über Besuche des Außenministers und des Ministerpräsidenten in den EU-Ländern berichtet.

³⁷² Vgl. RSH – MPJ: Minister Bushati receives UK Minister for Europe, Mr. David Lidington. 04. Februar 2014. <http://www.punetejashtme.gov.al/en/press-office/news/minister-bushati-receives-uk-minister-for-europe-mr-david-lidington&page=13>; Top Channel: Lidington: Optimist për Qershorin. 06.02.2014. <http://top-channel.tv/lajme/artikull.php?id=272304>.

³⁷³ Vgl. Die Bundesregierung: Pressekonferenz von Kanzlerin Merkel und dem albanischen Ministerpräsidenten Rama in Berlin. 1 April 2014. <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2014/04/2014-04-01-pk-merkel-rama.html>.

In dem außerordentlichen Fortschrittsbericht der Kommission am Anfang des Juni 2014 wurden die Erfolge der albanischen Regierung in den vergangenen zehn Monaten seit der Amtsübernahme anerkannt. Dem Rat der EU wurde darin eine detaillierte Erfolgsbilanz in allen Bereichen der höheren Priorität vorgestellt und aufgrund derselben die Verleihung des Kandidatenstatus an Albanien ohne jeglichen Vorbehalt und weitere Bedingungen vorgeschlagen.³⁷⁴ Diese eindeutige Befürwortung vonseiten der Kommission, die nachweislichen Leistungen der Regierung Albaniens in den hervorgehobenen Bereichen, wie es in der Argumentation im Dezember verlangt wurde, der intensive diplomatische Lobbyismus sowie die ausdrückliche Unterstützung anderer EU-Mitglieder (Belgien, Bulgarien, Estland, Italien, Kroatien, Österreich, Polen, Rumänien, Slowenien, Ungarn), zeigten schließlich ihre Wirkung. Alle fünf Länder die einst gegen den offiziellen Status abgestimmt hatten, gaben vor den Tagungen beider Räte der Europäischen Union ihre Absicht bekannt, nun zugunsten der Zuerkennung des offiziellen Kandidatenstatus für Albanien abzustimmen.

Ein neues Problem war aber inzwischen kurzfristig entstanden. Tschechien, ein bis dahin unterstützendes Land der Integration des Westbalkans,³⁷⁵ hatte in dieser empfindlichen Phase für Albanien mit einem Veto gegen den Status gedroht. Die Wurzeln dieser plötzlichen Wende in der Stellung Tschechiens reichten bis spätestens Anfang des Jahres 2013 zurück, als Albanien dem nahezu gänzlich im tschechischen Staatsbesitz stehenden Energieunternehmens „ČEZ“ die Lizenz entzogen hatte. ČEZ hatte im Jahr 2008 76% des albanischen Monopols über den Energieverkauf um 102 Mio. Euro erkaufte, war aber allmählich in Konflikt mit der Bevölkerung und der Regierung geraten. Die neue sozialistische Regierung hatte das Unternehmen schließlich aufgrund von Unstimmigkeiten über Energieimporte und Preise, unter die Kontrolle eines staatlichen Verwalters gestellt. Im Gegenzug hatte das Unternehmen den Staat Albanien, basierend auf dem Vertrag über die Energiecharta (ECT) – unterschrieben von Albanien und Tschechien – vor internationale

³⁷⁴ Vgl. EC: COM (2014) 331 final. Brussels, 04.06.2014, S. 1-10, 11.

³⁷⁵ Vgl. VOA: Support for Balkans' EU Membership Growing. 11 November, 2009. <http://www.voanews.com/content/a-13-2009-10-07-voa15/414513.html>.

Schiedsgerichtsbarkeit gebracht.³⁷⁶ Tschechien hatte unmissverständlich verstehen lassen, dass es sich der Zuerkennung des Status entgegenstellen würde, falls es zu keiner Lösung kommen sollte.³⁷⁷ *“In this connection, the Czech Republic will be definitely interested in the protection of foreign investments in Albania, stability of its business environment and the fight against organized crime”*³⁷⁸ – hatte der tschechische Ministerpräsident Sobotka seine Warnung an Albanien diplomatisch zum Ausdruck gebracht. Ein positiver Ausgang der Verhandlungen bedingte zu diesem Zeitpunkt nicht nur den Status, sondern auch mehrere Mio. Euro, die Albanien für den Energiesektor erhalten sollte. Bei den Verhandlungen in Wien hatten die Parteien schließlich zu einer Lösung gefunden, wonach ČEZ 95,5 Mio. Euro an Forderungen und übertragbaren Aktien vom albanischen Staat erhalten sollte.³⁷⁹ Ob die frühere albanische Regierung einen schlechten Vertrag unterschrieben hatte, welche die neue Regierung zum Schutz der eigenen Bürgerinnen und Bürger mit Grund revidieren wollte, oder der ČEZ selbst auf der Grundlage des Vertrags rechtliche Verstöße begangen hatte, war mangels unabhängiger, öffentlich zugänglicher Unterlagen nicht festzustellen. Der Fall bestätigte jedoch die Tatsache, dass der Integrationsprozess eines neuen Kandidaten von den bestehenden EU-Mitgliedern im Namen der Konditionalität sehr wohl erpresserisch missbraucht werden kann.

Mit der Ausräumung dieses letzten Problems folgte am 24. Juni 2014 die Entscheidung des Ministerrats für „Allgemeine Angelegenheiten“. Der Kommissionsbericht vom 4. Juni 2014 wurde von diesem gebilligt und folglich die Zuerkennung des offiziellen Kandidatenstatus beschlossen.³⁸⁰ Im Anschluss an die Begründung wurde die Notwendigkeit für weitere entschlossene Schritte seitens Albaniens zur *„nachhaltigen, umfassenden und einbeziehenden*

³⁷⁶ Beide Parteien hatten sich Vertragsbruch und Nichterfüllung von Verpflichtungen Vorgeworfen. Für die hier erwähnten und weitere Angaben, vgl.: EurActiv: Albania to lift obstacle to EU candidate status. 13.06.2014.

<http://www.euractiv.com/sections/enlargement/albania-lift-obstacle-eu-candidate-status-302785>.

³⁷⁷ Vgl. Prague Post: Prague ready to block Albania's EU alignment over ČEZ dispute. 9 Juni 2014. .

<http://www.praguepost.com/eu-news/39515-prague-ready-to-block-albania-s-eu-alignment-over-cez-dispute#ixzz36Cb8pODj>.

³⁷⁸ Sobotka, Bohuslav. Zit. in: Prague Post: Prague ready to block Albania's EU alignment over ČEZ dispute. a.a.O. 9 Juni 2014.

³⁷⁹ IIA: Albania solves disputes with ČEZ company. 27 Juni 2014. <http://invest-in-albania.org/albania-settles-cez/#>.

³⁸⁰ Vgl. CofEU: Presse 358, 11198/14. Luxembourg, 24 June 2014. S. 8.

*Umsetzung der Schlüsselprioritäten*³⁸¹ betont. Der Fokus lag diesbezüglich auf die weitere Reformierung des Justizwesens und des öffentlichen Sektors, der Korruptionsbekämpfung auf jeder Ebene sowie auf dem Kampf gegen das organisierte Verbrechen. Begrüßt wurden darin die anhaltende regionale konstruktive Politik Albaniens und die Ausrichtung nach der Außen- und Sicherheitspolitik der EU sowie die Ausarbeitung eines klaren Plans zur Erfüllung verbliebener Prioritäten.³⁸² Mit drei EU-Institutionen pro (Kommission, Parlament und Rat der Minister), gehörte nun das letzte Wort dem Europäischen Rat, von dem jedoch keine Überraschungen zu erwarten waren, da die EU-Außenminister unwahrscheinlich eine andere Entscheidung hätten fällen können, als die ihrer jeweiligen Regierungsspitzen. Beim Treffen der EU-Ministerpräsidenten in Brüssel wurde die Entscheidung mit einer einzigen Zeile ohne weitere Kommentare genehmigt.³⁸³

Der Kandidatenstatus wurde erwartungsgemäß mit Freude empfangen, wenngleich als unverdienterweise verspätet betrachtet. In einer öffentlichen Rede anlässlich dieser Entwicklung reflektierte der neugewählte Ministerpräsident Albaniens über den gesamten Integrationsprozess und der Re-Integration Albaniens im eigenen Kontinent. Er übte sich in Selbstkritik, im Namen der Regierung, im Namen der Opposition und der gesamten albanischen Gesellschaft, selbst für das jahrelange Scheitern in dem Versuch den richtigen Weg zu den gemeinsamen Werten der Union zu finden. Er unterließ es jedoch nicht, wiederholt, jene Kräfte innerhalb der EU anzuprangern, die aufgrund altverwurzelter Vorurteile Albanien und dem Balkan als Ganzes, stetig Steine auf ihren Weg der Wiedervereinigung mit der europäischen Familie gelegt haben sollten.³⁸⁴ Den Kandidatenstatus nannte er einen starken Ansporn zur Intensivierung allen Anstrebens, um aus Albanien einen wahren europäischen Staat zu machen, einem vereinten Europa würdig.³⁸⁵ In der Tat bedeutet der offizielle Kandidatenstatus keine automatische Aufnahme der Gespräche und schon gar nicht eine gesicherte Mitgliedschaft (Beispiele hierzu sind

³⁸¹ CofEU: Presse 358, 11198/14. Luxembourg, 24 June 2014. S. 8.

³⁸² Vgl. ebd. S. 8 f.

³⁸³ Vgl. EUCO 79/14, CO EUR 4, CONCL 2. Brussels, 27 June 2014. Art. 34, S. 13.

³⁸⁴ Vgl. Kryeministria (Ministerpräsidentenamt): Shqipëria, Kandidat në BE (Albanien, EU-Kandidat). 29 Juni 2014. <http://www.kryeministria.al/al/newsroom/fjalime/shqipëria-kandidat-ne-be1404028477&page=14>.

³⁸⁵ Vgl. ebd.

Mazedonien und die Türkei). Politisch hat es dennoch einen hohen Stellenwert, weil es die Anerkennung von unternommenen Reformen impliziert und dem Land durch Imageverbesserung möglicherweise politische Unterstützung und fremde Investitionen Teil werden lässt.³⁸⁶ Ab diesem Zeitpunkt wurde Albanien berechtigt, den offenen Treffen des Europäischen Rats über Kandidatenländer beizuwohnen. Die Beziehungen zu und die Zusammenarbeit mit allen anderen Institutionen und Gremien der EU werden hiermit intensiviert und der Zugang zu diversen Mitteln erleichtert. Die Aufnahme der Beitrittsgespräche ist zum Gegenstand der Fähigkeit und Schnelligkeit Albaniens erklärt worden, die verbliebenen fünf Schlüsselprioritäten vollständig und nachhaltig zu erfüllen.

³⁸⁶ Vgl. Gazeta Shqip: Eksperti Gledis Gjipali analizon favoret e statusit (Der Experte Gledis Gjipali analysiert die Vorteile des Kandidatenstatus). Von Fatjona Mejdini, Nr. 289 (2736), 23 Oktober 2013. S. 3.

5. Italiens und Griechenlands Rolle im Integrationsprozess Albanien

Während die bisherige Prozessanalyse den Integrationsprozess als Ganzes behandelte, widmet sich dieses letzte Kapitel jeweils der Positionen Italiens und Griechenlands als Beteiligte mit vermutetem *Sonderstatus* im Prozess. Diese Vermutung gründet auf die zu Beginn der Arbeit geschilderten Informationen, die die erhöhte Wichtigkeit dieser Länder für Albanien bestätigen. Demselben Schema folgend, wie in den Kapiteln davor, sollen Angaben über außenpolitische Stellungnahmen, konkrete Handlungen und erkennbare Hintergründe dieser Handlungen für beide Länder analysiert und gleichzeitig über mögliche Interessen dieser zwei Staaten schlussgefolgert werden.

5.1 Italiens Position im Prozess: Hintergründe

Mit der Einführung der Demokratie in Albanien im Jahr 1991 wurden einander folgend mehrere Abkommen, Memoranden oder Protokolle zwischen Albanien und Italien unterschrieben. Bereits vor der Unterzeichnung des ATCEC mit der EU, hatte Italien vier Abkommen mit der neuen albanischen Regierung unterschrieben. Darunter ein Abkommen zur Bekämpfung des organisierten Verbrechens – das angesichts der Öffnung der Grenzen und der massiven Flucht vieler Albanerinnen und Albaner Richtung Italien ernsthafte Besorgnis verursachte³⁸⁷ – ein Abkommen zur Förderung und zum Schutz italienischer Investitionen sowie ein Abkommen für wirtschaftliche und Handelszusammenarbeit.³⁸⁸ Der politisch-wirtschaftliche Kollaps des albanischen Staates im Jahr 1997 und die darauffolgende humanitäre und Sicherheitskrise, sah Italien an der Spitze der internationalen Friedenstruppe mit UN-Mandat, die für die Wiedereinführung der Ordnung, der ordentlichen Verteilung der humanitären Hilfe und die Vorbereitung regelmäßiger Neuwahlen zu sorgen hatte.³⁸⁹ Vor dem Hintergrund der damals herrschenden Umstände und den Interessen Italiens, allein wegen dem Bedarf zur Aufhaltung starker Migrationsströme aus Albanien, konnte und

³⁸⁷ Vgl. Fera, G./ Simone, N. 2011, S. 50.

³⁸⁸ Siehe: Ambasada e Republikës së Shqipërisë në Itali (Botschaft der R. Albanien in Italien): Marrëveshje dypalëshe nga viti 1991 (Bilaterale Abkommen seit 1991). <http://www.ambasadat.gov.al/italy/sq/marr%C3%ABveshje-dypal%C3%ABshe-nga-viti-1991>.

³⁸⁹ Vgl. Fera, G./ Simone, N. 2011, S. 51.

musste Italien diese Rolle übernehmen.³⁹⁰ Andere große EU-Mitglieder wie Deutschland und Großbritannien hatten sich geweigert Truppen zu entsenden oder die Mission zu finanzieren. Finanzielle Mittel für die Mission selbst hatten auch die EU, die OSCE und die UN nicht zur Verfügung gestellt, obwohl sie die Notwendigkeit der Mission völlig akzeptiert und befürwortet hatten.³⁹¹ Diese friedensichernde Mission, genannt „Alba“ (ital. für „Morgenröte“ um auf einen Neubeginn hinzudeuten), umfasste 6000 Truppen aus acht verschiedenen Ländern, wobei Italien mit 2500 den größten Kontingent darstellte.³⁹² Die erhöhte Bereitschaft Italiens, sich in den Entwicklungen in dem kleinen Nachbarland jenseits der Adria mit einem hohen Engagement zu beteiligen, entsprach zugleich mehreren Interessen. Das Umgehen mit dem Phänomen der Einwanderung und der daraus entstandenen politisch-sozialen und wirtschaftlichen Probleme, wurden in den 1990er Jahren zum wichtigsten Streitpunkt um Wählerstimmen zwischen den linken und rechten Parteien in Italien, also zwischen jenen Kräften, die die humanitäre Verpflichtung hervorhoben und jenen, die auf interne soziale und wirtschaftliche Interessen hinwiesen.³⁹³ Gleichwohl hatten es beide Lager geschafft, sich darauf zu einigen, dass solche Probleme – zumindest im Verhältnis zu Albanien als ein Nachbarland mit engen Verbindungen zu Italien – durch Verlagerung der Bestrebungen zur Reduzierung der Probleme nach außen gelöst werden könnten. Dadurch sollten auch intern politisch unliebsame Handlungen vermieden werden.³⁹⁴ Einen weiteren Grund zum verstärkten Engagement sahen einige Beobachter in den damaligen Plänen Italiens, der Währungsunion beizutreten und somit international das Bild eines wirkmächtigen und durchsetzungsstarken Akteurs zu vermitteln. Anlass zu diesen Annahmen boten unter anderem Behauptungen von italienischen Regierungsmitgliedern. So soll der damalige Außenminister Italiens behauptet haben, dass die Außenpolitik kein gewöhnliches Anliegen, sondern die andere Seite des Beitritts Italiens zur Währungsunion darstelle und somit ein erfolgreiches Auftreten in der

³⁹⁰ Vgl. Perlmutter, T.: The Politics of Proximity: The Italian Response to the Albanian Crisis. In: IMR 1998, Vol. 32, Issue 121, S. 203, 206 f.

³⁹¹ Vgl. ebd. S. 207 f.

³⁹² Vgl. ebd.

³⁹³ Vgl. Perlmutter, T. a.a.O. 1998, S. 209, 213; Geddes, A.: The Politics of Migration and Immigration in Europe. 2003, S. 157 ff.

³⁹⁴ Vgl. Perlmutter, T. a.a.O. 1998, S. 209; Geddes, A. 2003, S. 159 f.

Mission gegenüber Albanien, eng mit der Glaubwürdigkeit des Landes selbst verbunden sei.³⁹⁵ Die Intensität der Zusammenarbeit zwischen Albanien und Italien während der gesamten Krisenzeit und danach nahm stetig zu. Vor allem wurden weitere Verträge zwischen beiden Ländern im Bereich der Sicherheit, Verbrechensbekämpfung und Grenzkontrolle zur Unterbringung illegaler Einwanderungsströme über die Adria unterschrieben. Im Rahmen dieser Verträge sandte Italien zahlreiche Experten, die den albanischen Behörden zur Reorganisation, Planung und Durchsetzung aller Strategien beistehen sollten.³⁹⁶ Der italienische Einsatz brachte spürbare Erfolge in einem relativ kurzen Zeitraum.³⁹⁷ Die neue Strategie Italiens, den eigenen Sicherheitsinteressen durch die Verlegung vielschichtiger Interventionen nach außen gerecht zu werden, hatte nicht nur Früchte getragen, sondern auch gezeigt, dass die italienische Politik trotz fortwährender politischer Spaltungen im Inneren, die Wichtigkeit einer ununterbrochen aktiven Rolle gegenüber Albanien einheitlich verstanden hatte. Auch während der humanitären Krise, verursacht durch den Krieg in Kosova/o, war Italien stark an den Bestrebungen Albaniens, die Krise zu bewältigen, mit Fachkräften, finanziellen Mittel und Logistik beteiligt, wofür sie international Anerkennung erntete.³⁹⁸

Die zu der Zeit immer noch schwachen Staatstrukturen, der unversöhnliche politische Kampf der albanischen Akteure für Gründe die bereits erklärt wurden, favorisierte auf der anderen Seite auch die Entstehung korrupter Verhältnisse. Der Austausch mit Italien, dessen Beteiligung in dem Ertüchtigungsprozess Albaniens zusehends gestiegen war, blieb nicht davon verschont. Neben Missbrauchsfällen mit der Assistenz für Albanien, die von den italienischen Medien dieser Zeit öffentlich angeprangert und vom italienischen Senat untersucht wurden, sollen zwischen den jeweiligen Regierungsspitzen Kommunikationskanäle mit eigens ausgesuchten Vertretern errichtet worden sein, durch

³⁹⁵ Vgl. Perlmutter, T. a.a.O. 1998, S. 217 f. zit. nach La Stampa, 25. April 1997.

³⁹⁶ Vgl. Fera, G./ Simone, N. 2011, S. 53-61.

³⁹⁷ Siehe ebd.

³⁹⁸ Vgl. Fera, G./ Simone, N. 2011, S. 67 ff.

welche oft die klassischen diplomatischen Vertretungen umgangen wurden.³⁹⁹ Der Inhalt und die Ziele dieser unkonventionellen Austauschformen zwischen den Regierenden, ließen sich nicht anhand von medialen Berichten und politischen Anschuldigungen erhellen. Nichtsdestotrotz deutete allein der Einsatz dieser Kanäle auf nicht transparente Vorhaben hin, über deren Existenz die offiziellen Körperschaften offensichtlich nichts wissen dürften.

Im neuen Millennium wurde der Trend der zunehmenden Beziehungen und der allseitigen Assistenz Italiens an Albanien fortgesetzt, vor allem im Bereich der Polizeilichen Zusammenarbeit durch gemeinsame Trainingsprogramme, Koordinierungsmechanismen und intensiviertem Datenaustausch. Parallel dazu hatten italienische Investitionen im Land sowie die staatliche finanzielle Hilfe zugenommen.⁴⁰⁰ Vor diesem Hintergrund und wegen der ohnehin EU-weit herrschenden positiven Stimmung nach der Einführung des SAP gegenüber des Westbalkan, hatte Italien jeden Grund, eine proaktive Stellung in der Aufnahme der Verhandlungen zwischen der EU und Albanien für das SAA zu beziehen. Italien hatte eine nennenswerte Arbeit in der Angleichung der Gesetzgebung beider Länder im Justizwesen und anderen Bereichen geleistet,⁴⁰¹ was indirekt auch die Übertragung EU-europäischer Standards an Albanien implizierte. Italien hatte dadurch guten Grund, seine großen Investitionen ins Land und die Erfolge seines außenpolitischen *Vorzeigeprojekts* schützen und festigen zu wollen. Die Tatsache, dass Romano Prodi – Ministerpräsident Italiens zwischen 1996 und 1998 und somit relevantester Protagonist der Italienischen Politik gegenüber Albanien in einer äußerst entscheidenden Phase für die Zukunft des Landes – zu dieser Zeit der Kommission vorgestanden war, könnte ein Grund gewesen sein, wieso diese, trotz der festgestellten Kluft zwischen Erwartungen und herrschenden Verhältnissen, die Aufnahme der SAA-Verhandlungen mit Albanien entschieden hatte.⁴⁰² Nach der Aufnahme der Gespräche im Jahr 2003 und bis zur verzögerten Unterzeichnung des Abkommens in 2006 hatte Italien den bilateralen Austausch mit Albanien intensiv unterhalten und sich in seine

³⁹⁹ Vgl. Fera, G./ Simone, N. 2011, S. 71 f; Corriere Della Sera: Dini: " Sull' Albania pescano nel torbido " (In Albanien wird im Trüben gefischt). Von Roberto Zuccolini, 9. Juni 1997.

http://dict.leo.org/itde/index_de.html#/search=giugno&searchLoc=0&resultOrder=basic&multiwordShowSingle=on.

⁴⁰⁰ Siehe: Fera, G./ Simone, N. 2011, S. 62 f, 72, 74-86.

⁴⁰¹ Vgl. ebd. S. 91 ff.

⁴⁰² Vgl. EC: COM (2001) 300 final, Brussels, 06.06.2001, S. 8.

Rolle als *Garant* der Sicherheit und der demokratischen Festigung des Staates hineingesteigert.⁴⁰³ Wird der Charakter der Verträge betrachtet, wird merkbar, dass diese Verträge präventive Absichten gegen Phänomene wie organisiertes Verbrechen oder Migrationswellen, wegen Armut und Perspektivlosigkeit, hatten.⁴⁰⁴ In den fünfzehn Jahren seit der Einführung der Demokratie in Albanien, war die Konsolidierung dieser und der Staatlichkeit Albaniens, um dadurch einen Import der Krisen und der sonstigen negativen Phänomene auf eigenem Boden zu vermeiden, eines der wichtigsten Anliegen Italiens geworden.⁴⁰⁵ Die Unterstützung eines schnellen Integrationspfads für Albanien war aus dieser Perspektive nachvollziehbar. Für die weiteren Schritte unmittelbar nach der Aufnahme der SAA-Verhandlungen in 2003, bis zu deren Unterzeichnung in 2006, konnten allerdings keine Hinweise darauf gefunden werden, die eine übermäßige Rolle Italiens in der Überzeugung anderer EU-Mitglieder dieselbe unterstützende und verständnisvolle Position bezüglich Albaniens einzunehmen, belegen würden. Gefragt danach, gaben auch beteiligte Politiker wie Bregu und Milo keine Hinweise für mögliche Einflussenerfolge Italiens in dieser Hinsicht.⁴⁰⁶ Eine aktive pro-balkanische Lobbyarbeit Italiens wird nichtsdestoweniger weitgehend anerkannt.⁴⁰⁷

Ungefähr ein Jahr nach dem Unterschreiben des SAA bewiesen die politischen Kräfte Italiens erneut ihre Einigkeit, was die Position gegenüber Albanien anging. Die Abgeordnetenkammer des italienischen Parlaments hatte mit 449 Stimmen pro und fünf Enthaltungen (von 454 anwesenden Abgeordneten) der Ratifizierung des Abkommens zugestimmt, ein Akt, dem der Senat zwei Monate später mit einheitlicher Zustimmung gefolgt war.⁴⁰⁸ Im weiteren Verlauf des Jahres 2007 wurde die Zusammenarbeit zwischen Italien und Albanien nach wie vor mit intensiven Schritten fortgesetzt. Einige Verträge wurden im Bereich der polizeilichen

⁴⁰³ Vgl. Meyr, G.: Roli i Italisë, ndërmjet historisë dhe gjeografisë (Italiens Rolle, zwischen Geschichte und Geographie). In: Barjaba, K./Gasparini, A. (Hrsg.): Rruga Shqiptare e Modernizimit (Der albanische Weg zur Moderne). 2001, S. 227, 230 f; Fera, G./ Simone, N. 2011, S. 90 f.

⁴⁰⁴ Siehe hierzu: Fera, G./ Simone, N. 2011, S. 74-87, 88-91.

⁴⁰⁵ Vgl. Niglia, F.: L'Albania nella politica estera italiana dagli anni novanta ad oggi (Albanien in der Außenpolitik Italiens von den 90er Jahren bis heute). In: Istituto Affari Internazionali-IAI: L'Albania verso l'Unione europea: il ruolo dell'Italia (Albanien in Richtung EU: die Rolle Italiens). Juni 2009, S. 30 ff.

⁴⁰⁶ Vgl. Milo, P. Interview Nr. 04, TC: 35:20-36:54; Bregu, M. Interview Nr. 03, TC: 29:56.

⁴⁰⁷ Vgl. Niglia, F. a.a.O. 2009, S. 32 f.

⁴⁰⁸ Ambasada e Republikës së Shqipërisë në Itali (Botschaft der R. Albanien in Italien): Marrëveshje dypalëshe nga viti 1991 (Bilaterale Abkommen seit 1991). a.a.O.

Zusammenarbeit, im Bereich der Wissenschaft und Technik, im Transportbereich (z.B. gegenseitige Anerkennung der Führerscheine) und in der Kommunikation (z.B. Zusammenarbeit im Postwesen), im Energiesektor (Strom- und Gasverteilung), in Entwicklungsprojekten (Finanzierung dieser aus Italien) und in vielen anderen Bereichen unterschrieben.⁴⁰⁹ Der Außenpolitik Italiens hatten ebenso die Entscheidungen beider Parlamentskammern entsprochen, die Ratifizierung und Umsetzung des Protokolls zur Aufnahme Albanien (und Kroatiens) in die NATO zu genehmigen.⁴¹⁰ Wie für den EU-Beitritt eines neuen Mitglieds üblich, mussten auch in diesem Fall alle Mitglieder der Allianz die Aufnahme neuer Mitglieder einstimmig billigen. Fernerhin ist eine proaktive Unterstützung Italiens in der Visaliberalisierung für Albanien unbestritten,⁴¹¹ obwohl es nicht über eine öffentliche Befürwortung dieses Aktes hinausgegangen sein dürfte.

In den Jahren nach dem Unterschreiben des SAA hatte Albanien trotz der politischen Trägheit wesentliche Erfolge in der wirtschaftlichen Entwicklung erlebt. Das permanente Engagement Italiens gegenüber Albanien und die kontinuierliche Befürwortung dessen Integrationsprozesses, schienen auch für Italien Früchte zu tragen. Italien hatte nicht nur der EU vis-à-vis bzw. anderen an der Region interessierten EU-Mitgliedern die eigene politische Position, als vorrangiger Mentor Albanien und des Westbalkans generell, erfolgreich behauptet, sondern konnte auch eine starke Dominanz in diversen vitalen Sektoren der Wirtschaft sichern. Hierzu zählen unter anderem das Bankwesen, der Energiesektor (Gas und Elektrizität), sowie früh entworfene Projekte über wichtige Transportnetze, die das Adriatische und das Schwarze Meer verbinden sollten (*Korridor VIII*) und die gesamte Region an das große europäische Verkehrsnetz anschließen.⁴¹² Albanien konnte also der italienischen Unterstützung, zur Erlangung weiterer Zugeständnisse im Integrationsprozess, sicher sein. Der Ministerpräsident Mario Monti hatte gegenüber Ministerpräsident Berisha erklärt, dass die italienische Regierung die konstante und starke Rolle für die Integration Albanien stets

⁴⁰⁹ Vgl. ebd.

⁴¹⁰ Siehe ebd.

⁴¹¹ Vgl. Milo, P. Interview Nr. 04, TC: 35:20-36:54; Bregu, M. Interview Nr. 03, TC: 29:56-30:26; Balkan Insight: Frattini: EU Visa Liberalisation Decision on June 2. 12 April 2010: <http://www.balkaninsight.com/en/article/frattini-eu-visa-liberalisation-decision-on-june-2>.

⁴¹² Siehe: Niglia, F. a.a.O. 2009, S. 33-36.

fortsetzen würde.⁴¹³ „Es ist das Ziel und das Interesse Italiens auf jede erdenkliche Weise zu bewirken, dass die EU Albanien den offiziellen Kandidatenstatus zuerkennt“ – hatte wenig später auch der italienische Außenminister Terzi in einem Treffen mit seinen Amtskollegen Panariti verkündigt.⁴¹⁴ Als sich 2013 die blockierenden Tendenzen der fünf Mitglieder abgezeichnet hatten, führte Italien die Koalition der Unterstützer. Im Dezember 2013 hatte Enrico Letta – zu dem Zeitpunkt Ministerpräsident Italiens – gegenüber seinem Amtskollegen Rama versichert, dass er an der Spitze der italienischen Regierung eine Überzeugungsarbeit gegenüber den Skeptikern aufnehmen würde. In diesem Sinne war für die verbliebenen Tage, bis zur Entscheidung des Rats, das Entwerfen von Strategien zur Überzeugung der sog. *Nein-Länder* in Aussicht gestellt worden.⁴¹⁵ Bekanntlich verlief der Entscheidungsprozess vorerst nicht so wie von Albanien und den starken Befürwortern erhofft wurde. Italiens Lobbying hatte angesichts der Bedenken der fünf opponierenden Länder keinen Unterschied bewirkt. Die inhaltsstarken Stellungnahmen Italiens bestätigten nichtsdestoweniger, dass seine politische und wirtschaftliche Aufsicht über Albanien, sich mittlerweile zum *Axiom* seines außenpolitischen Handelns gefestigt hatten.

Nach der Enttäuschungswelle die dem Entscheid folgte, wurden die gemeinsamen Projekte zwischen Albanien und Italien in allen Bereichen mit gewohnter Intensität fortgesetzt. Gleiches galt auch für die Fürsprache weiterer Zugeständnisse an Albanien auf seinem Integrationsweg. Inzwischen hatten die Beziehungen zwischen beiden Ländern eine neue Entwicklung erfahren, nämlich die des zunehmenden Einwanderungstrends in die Gegenrichtung, von Italien nach Albanien.⁴¹⁶ Während seines Besuchs in Albanien im März

⁴¹³ Vgl. Panorama: Monti: Mbështetje Shqipërisë në BE (Monti: Unterstützung für Albanien in die EU). 08. Mai 2012: http://www.panorama.com.al/monti-mbeshtetje-shqiperise-ne-be/?fdx_switcher=true.

⁴¹⁴ Original: “E un obiettivo ed un interesse italiano facilitare in ogni possibile modo che l’Unione Europea confermi la concessione dello status di candidato dell’Albania”. In: Farnesina: UE-Albania: Terzi: “La candidatura di Tirana è interesse italiano” (Die Kandidatur Tiranas ist im Interesse Italiens). 09.07.2012. http://www.esteri.it/mae/it/sala_stampa/archivionotizie/approfondimenti/2012/07/20120709_ue_albania.html/.

⁴¹⁵ Vgl. Internazionale: Italia-Albania. Letta: Italia vuole Albania in Ue, convinceremo gli altri (Italien-Albanien. Letta: Italien möchte Albanien in die EU, wir werden die anderen überzeugen). 12. Dezember 2013. <http://archivio.internazionale.it/news/italia-albania/2013/12/12/letta-italia-vuole-albania-in-ue-convinceremo-gli-altri>; Top Channel: Italia, lobim për statusin (Italien, Lobbying für den Status). 12.12.2013. Videomaterial, TC: 0:23-0:50. <http://top-channel.tv/lajme/artikull.php?id=269212>.

⁴¹⁶ Vgl. Il Messaggero: La rivincita dell’Albania, arrivano gli italiani a cercare lavoro (Die Revanche Albanien, es kommen die Italiener an um Arbeit zu suchen). 5. Juni 2014. http://www.ilmessaggero.it/primopiano/cronaca/albania_italiani_lavoro_rivincita/notizie/728230.shtml.

2014, als der nächste Termin für die Entscheidung über Albanien's Kandidatenstatus nahte, machte der Italienische Staatspräsident Giorgio Napolitano folgende Deklaration: „*Vogliamo continuare a fare l'avvocato dell'Albania e sono personalmente convinto che riusciremo prima o poi a vincere la causa dell'ingresso di Tirana nell'Unione Europea*“.⁴¹⁷ Diese Deklaration hatte Napolitano laut eigener Fassung in Erinnerung an die wahren Werte der Union gemacht.⁴¹⁸ Ob neben den konkreten Erfolgen der neuen Regierung Albanien's auch diese starke Fürsprache Roms bei den fünf skeptischen Ländern Gehör gefunden hatte und somit die positive Entscheidung vom 24. Juni 2014 bestärkte, konnte an dieser Stelle nicht überprüft werden.

5.2 Griechenlands Position im Prozess: Hintergründe

Der politisch-wirtschaftliche Umbruch Albanien's am Beginn der 1990er Jahre hatte auch auf die Beziehungen zu seinem südlichen EU-Nachbar einen direkten Einfluss. Die starke Migrationswelle aus Albanien traf Griechenland noch stärker als Italien. Dies aus dem einfachen Grund, dass die natürliche Barriere Meer nicht gegeben war. Der erste Flüchtlingsstrom, der über die fremden Botschaften in Tirana eine „legale“ und relativ übersichtliche Zuflucht in vielen EU-Mitgliedsländern gefunden hatte, räumte allmählich der unkontrollierten Auswanderung den Platz ein.⁴¹⁹ Griechenland wurde somit das größte Empfängerland für die Flüchtlinge,⁴²⁰ möglicherweise teils aus humanitärer Bereitschaft und teils aus Unmöglichkeit der Einreise über Berge und Felder gänzlich Herr zu werden. Über die wahre Zahl der albanischen Migrantinnen und Migranten in Griechenland in diesen ersten Jahren, lassen sich Angaben nur mit Vorsicht nennen, weil es zum einen kaum systematische Erfassungen gab⁴²¹ und zum anderen, weil die Zahlen unter Umständen für politische Zwecke nach oben korrigiert worden sein könnten. Die meisten Forscher sind sich jedoch einig darin, dass zwischen 1991 und 2000, von insgesamt mehreren hundert Tausend Eingewanderten,

⁴¹⁷ „Wir wollen weiterhin der Anwalt Albanien's sein und ich bin persönlich überzeugt, dass wir es früher oder später schaffen werden, die Causa des Beitritts Tiranas in die EU zu gewinnen“. Zit. in: RaiNews: Napolitano: Italia avvocato di Tirana in UE (Napolitano: Italien ist Tiranas Anwalt in der EU). 5. März 2014. http://www.rainews.it/dl/rainews/articoli/giorgio-napolitano-visita-ufficiale-albania-in-europa-6b6c4bf5-4284-4acb-a5a1-654cb9711d92.html?refresh_ce.

⁴¹⁸ Siehe ebd.

⁴¹⁹ Vgl. Gjonça, A. a.a.O. 2002, S. 18 f.

⁴²⁰ Es waren hauptsächlich Männer im arbeitsfähigen Alter, die ohne ihre Familien die Einreise über Berge wagten!

⁴²¹ Vgl. Gjonça, A. a.a.O. 2002, S. 23 ff.

jene aus Albanien den größten Anteil davon ausgemacht haben sollen.⁴²² Es ist an dieser Stelle zu erwähnen, dass sich all diese Entwicklungen im Schatten einer konfliktgeladenen Vorgeschichte ereigneten. Einen guten Einblick in die herrschende Stimmung, während der ersten Begegnung nach einem beinahe halbem Jahrhundert Isolation, verschaffen zeitgenössische Berichte. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang der Vorfall, der sich im Jahr 1990 (kurz vor dem Zusammenbruch des Regimes in Albanien) im Fußballstadion Athens zutrug. Im Länderspiel Griechenland-Albanien sollen Fans der einheimischen Mannschaft neben anderen herabsetzenden Parolen, auch verleugnende Sprüche, gegenüber der albanischen Nation als Ganzes skandiert haben.⁴²³ In den darauf kommenden Jahren spitzte sich diese Ablehnung zu. Ähnlich wie in Italien wurden Übeltaten mancher auf alle übertragen und somit die Gesamtheit als „kriminell“ gebrandmarkt,⁴²⁴ nur dass die Stigmatisierung hier schärfere Konturen erhalten sollte. Unter solchen Umständen entwickelte sich auch ein sonderbares Phänomen, bei dem mehrere Tausende Albanerinnen und Albaner ihre Namen mit griechisch-orthodoxen ersetzen ließen und ihre frühere Identität um jeden Preis zu verheimlichen suchten, offensichtlich mit dem Ziel sich schneller „integrieren“ und den restriktiven staatlichen Migrations- aber auch Gesellschaftsgesetzen der Zeit entkommen zu können.⁴²⁵

Um das Entstehen solcher Gegebenheiten zu verstehen, bedarf es wiederum der Kenntnis über die Ursprünge einer langen Geschichte von Ansprüchen und Gegenansprüchen zwischen beiden Ländern bzw. Gesellschaften, die spätestens seit der Unabhängigkeitserklärung Albaniens im Jahr 1912, unterschiedliche Ausdrücke in Form und Intensität gefunden hatten. Die Balkankriege vom Jahr 1913 – ganz im Sinne des nationalistischen Expansionismus des Anfangs des 20. Jahrhunderts – sowie der erste Weltkrieg, hatten auf dem Balkan ein politisches und demographisches Chaos verursacht.

⁴²² Vgl. ebd. S. 34 f als auch: Kokkali, I: From scapegoats to ‘good’ immigrants? Albanians’ supposedly ‘successful’ integration to Greece. In: Quaderni del Circolo Rosselli: Europa: immigranti e città. 3/2011, S. 162.

⁴²³ Vgl. Hart, L. K.: Një histori e marrëdhënieve Greko-Shqiptare (Eine Geschichte der griechisch-albanischen Beziehungen). In: Barjaba, K./Gasparini, A. (Hrsg.): Rruga Shqiptare e Modernizimit (Der albanische Weg zur Moderne). 2001, S. 173 f.

⁴²⁴ Vgl. Geddes, A. 2003, S. 160 f.

⁴²⁵ Vgl. Hart, L. K. a.a.O. 2001, S. 174 f; Kokkali, I. a.a.O. 2011, S. 162, 164 f.; Kretsi, G.: „Shkelqen“ oder „Giannis“? Namenwechsel und Identitätsstrategien zwischen Heimatkultur und Migration. In: Kaser, K./ Pichler, R./ Schwandert-Sievers, S.: Die weite Welt und das Dorf. 2002, S. 262-266.

Griechenland hatte sich mit den Entscheidungen des Europäischen Konzerts – getroffen während der Londoner-Konferenz vom Jahr 1913 über die Aufteilung der Gebiete – nicht zufrieden gegeben und seit diesem Zeitpunkt die territoriale Integrität Albaniens in den Jahren danach, je nach politischer Situation, in Frage gestellt.⁴²⁶ Aus albanischer Perspektive wurden die Ansprüche hingegen in die Gegenrichtung adressiert. Infolge dessen kamen auch seit den 1920er Jahren und bis zum zweiten Weltkrieg hinweg mehrere Streitigkeiten über die angebliche oder tatsächliche Verletzung der Rechte der jeweiligen Minderheiten auf beiden Seiten der Grenze zustande, die durch Vermittlung internationaler Körperschaften dieser Zeit (Völkerbund, Botschafter der europäischen Mächte usw.) meistens temporär beigelegt wurden.⁴²⁷ Der zweite Weltkrieg hatte der Territorialitätsfrage eine weitere große Frage hinzugefügt, die der Tschamen (alb. Çështja Çame). Laut griechischer Auffassung hatte die albanische Minderheit der Region südöstlich von Albanien und nordöstlich von Griechenland, benannt je nach Zugehörigkeit als Çamëria (alb.) oder Nord-Epirus (gr.), zuerst mit den italienischen und danach mit den deutschen Besatzern kollaboriert. Unter diesem Vorwand wurden tausende Tschamen aus der Region vertrieben und ihr Besitz ethnischen Griechen übergeben.⁴²⁸ Nach der Machtergreifung der Kommunisten im Jahr 1944 erlebten die Beziehungen mehrere gefährliche Phasen, bis hin zu kurzfristigen militärischen Konfrontationen. Die Spannung blieb hoch bis zum Ende des kommunistischen Regimes.⁴²⁹

Vor diesem Hintergrund ist ersichtlich, unter welchen politischen und sozialen Einflüssen die Beziehungen zwischen den Ländern aufgenommen werden sollten. Nichtsdestotrotz waren beide Parteien auf politischer Ebene bemüht, aus den neuen Entwicklungen heraus eine freundschaftliche Beziehung auszubauen. Ähnlich wie mit Italien wurden in den 1990er Jahren verschiedene bilaterale Abkommen unterschrieben, darunter welche für militärische Kooperation, für juristische Anerkennung der jeweiligen Gerichtsurteile, für

⁴²⁶ Hierzu vgl. u.v.a.: Löhr, H. C. 2010; Kondis, B.: Greece and Albania 1908-1914. 1976, S. 115-133; Meta, B.: Shqipëria dhe Greqia 1949-1990: Paqja e vështirë (Albanien und Griechenland 1949-1990: Der schwierige Frieden). 2004, S. 16 f, 66 f, 112 ff, 176 f.

⁴²⁷ Siehe: Republika Shqiptare-Ministri e P. të Jahstme (Republik Albanien-Außenministerium): Bisedim në Këshillin e Shoqisë së Kombeve mbi Çështjen e Minoritetit Shqiptar dhe të Pasuniëve Shqiptare në Greqië (Diskussion in dem Rat des Völkerbunds über die Angelegenheit der albanischen Minderheit und deren Besitze in Griechenland). Juni 1928.

⁴²⁸ Vgl. Hart, L. K. a.a.O. 2001, S. 180; Cela, A./ Lleshaj, S.: Albanian Greek relations from the eyes of the Albanian public – perceptions 2013. März 2014, S. 9 f.

⁴²⁹ Vgl. Meta, B. 2004, S. 326 f.

Handelszusammenarbeit, Transport, gemeinsame Grenzüberwachung und weitere mehr.⁴³⁰ Als EU-Mitglied seit 1981 und als ein „Insider“ in balkanischen Angelegenheiten, sollte Griechenland Albanien helfen den richtigen Weg in die EU zu finden. Offensichtlich entsprach es den Interessen Griechenlands – aus denselben Gründen wie im Fall von Italien – die schlechten wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in Albanien reduzieren zu helfen, um dadurch eine Übertragung dieser Probleme in der Form der illegalen Einwanderungsströme mit all ihren Begleiterscheinungen im eigenen Land zu verhindern. Darüber hinaus hatte Griechenland, durch das Fehlen der natürlichen Barriere Meer, die Möglichkeit zum wichtigsten Wirtschaftspartner Albaniens zu werden und dem Land vor allem auf dem mühsamen Weg Richtung EU behilflich zu sein. Ein bedeutsamer Grund war hierfür Griechenlands Sonderstellung unter allen Balkanländern als älteres EU- und NATO-Mitglied gewesen, sodass es sich des Vertrauens und der Unterstützung der EU bei regionalen Initiativen gewiss sein konnte.⁴³¹ Die anfangs vorgestellten Statistiken zeigten hingegen, dass diese Vorhaben mit Bezug auf die Wirtschaft nicht in dem erwünschten Ausmaß gelungen waren. Politisch erwies sich eine ähnliche Entwicklung. Die Notwendigkeit Albaniens, sich aufgrund seiner strukturellen und demokratischen Schwäche wirtschaftlich und sicherheitspolitisch abzusichern, hatte die politischen Kräfte des Landes dazu bewegt, einen offenen Kurs einzuschlagen und die Zusammenarbeit bzw. die Unterstützung all jener Akteure für sich zu gewinnen, die dem Land positiv geneigt waren bzw. keine Streitigkeiten mit ihm hatten. Die Stärkung der Beziehungen zu Italien, den USA, Österreich, Deutschland, Türkei usw. rückte somit in das Zentrum der albanischen Außenpolitik. In Übereinstimmung mit eben dieser außenpolitischen Orientierung, erkannte auch Albanien im Jahr 1993 Mazedonien an.⁴³² Eben diese Positionierungen könnten aus der Sicht Griechenlands ein Problem dargestellt haben, weil ihren Einflussmöglichkeiten dadurch Grenzen gesetzt wurden. Athen antwortete in

⁴³⁰ Siehe: RSH-MPJ: Marrëveshje dypalëshe (Bilaterale Abkommen): Greqia (Griechenland)

<http://www.puneteshjshme.gov.al/al/dokumenta/akte-nderkombetare/marrevshje-dypaleshe>.

⁴³¹ Vgl. Bumçi, A.: Albania's search for security 1992 to date. In: Gustenau, G. E.: Ten Years After Democratisation and Security Challenges in South East Europe. 2001, S. 48 f.; Georgiu, T.: Roli I Greqisë në Bashkëpunimin me Shqipërinë dhe Vendet e tjera ballkanike (Die Rolle Griechenlands in der Zusammenarbeit mit Albanien und den anderen balkanischen Ländern). In: Barjaba, K./Gasparini, A. (Hrsg.): Rruga Shqiptare e Modernizimit (Der albanische Weg zur Moderne). 2001, S. 183 f.

⁴³² Vgl. Bumçi, A. a.a.O. 2001, S. 45.

diesen Jahren mit der Erhitzung der griechischen Minderheitenfrage in Albanien sowie mit sogenannten „Kehrbesen“-Aktionen, im Rahmen welcher eine große Anzahl von Eingewanderten aus Griechenland mit einem Mal abgeschoben wurden.⁴³³ Das setzte die albanische Regierung wiederholt unter starken Druck.⁴³⁴ Darüber hinaus ereigneten sich an der gemeinsamen Grenze oft Zwischenfälle mit Exponenten der sog. Nord-Epirotischen Bewegung.⁴³⁵ Der gravierendste Fall nach 1992 ereignete sich im Jahr 1994, als bewaffnete Milizen dieser Gruppe die Grenze überschritten und zwei albanische Soldaten erschossen. Daraufhin wurden mehrere Personen, der griechischen Minderheit gehörend, festgenommen. Dieses Vorgehen führte wiederum zu heftigen Reaktionen Griechenlands, welches unter anderem eine geplante EU-Hilfe für Albanien blockierte.⁴³⁶

Mit den Ereignissen des Jahres 1997 und der Machtergreifung der Sozialisten, kamen Hoffnungen für bessere bilaterale Beziehungen zwischen den Ländern auf, zumal die Sozialisten von der griechischen Seite als *freundlicher* und kompromissbereiter gesehen wurden.⁴³⁷ Im Sinne eines Neubeginns wurde das Protokoll für die Assistenz zur Integration Albaniens in den euroatlantischen Strukturen unterschrieben.⁴³⁸ Die Beziehungen schienen ab diesem Zeitpunkt besser zu werden, obwohl die bestehenden Unstimmigkeiten nicht offen und konsequent behandelt, sondern vielmehr schöngeredet wurden.

Während des Gipfeltreffens von Thessaloniki in 2003, hatte neben Italien auch Griechenland eine wichtige Position in der EU-Hierarchie inne, nämlich die Ratspräsidentschaft. Im Einklang mit der neuen Annäherung der EU an den Balkan, bemühte sich Griechenland die EU-Perspektive der Balkanländer zur Geltung zu bringen und dafür alle anderen EU-Mitglieder zu mobilisieren. Von zugänglichen Informationen ausgehend ist es jedoch unklar, inwieweit Griechenlands Wirken und Befürwortung für einen intensivierten

⁴³³ Siehe: Bumçi, A. a.a.O. 2001, S. 50 f.; Cela, A./ Lleshaj, S. 2014, S. 7, 12 f.; Kokkali, I. a.a.O. 2011, S. 166 f.

⁴³⁴ Vgl. ebd.

⁴³⁵ Griechische Nationalistenbewegung: propagiert und verlangt die Einverleibung Südalbaniens von Griechenland,

⁴³⁶ Vgl. Bumçi, A. a.a.O. 2001, S. 52; Vickers, M.: The Greek Minority in Albania – Current Tensions. In: Defence Academy of the United Kingdom: Research and Assessment Branch. Februar 2010. S. 3; The Blade: Greek Veto blocks Albanian aid Package. 3 September 1994, S. 2.

⁴³⁷ Vgl. Bumçi, A. a.a.O. 2001, S. 53 ff; Vickers, M. a.a.O. 2010, S. 5.

⁴³⁸ Vgl. RSH-MPJ: Marrëveshje dypalëshe (Bilaterale Abkommen): Greqia (Griechenland)
<http://www.puneteshjastme.gov.al/al/dokumenta/akte-nderkombetare/marrevshje-dypaleshe>.

Integrationsprozess gegenüber dem ganzen Balkan, die Aufnahme der SAA-Verhandlungen mit Albanien beeinflusst hatte. Forscher wie Altmann argumentieren sogar, dass die damaligen Versprechen Griechenlands und Italiens im Vorfeld des Treffens, für unrealistische Hoffnungen und schließlich für Enttäuschung unter den westlichen Balkanländern gesorgt hätten, da der tatsächliche Status quo zu dem Zeitpunkt ohnehin keine großartigen Zugeständnisse erlaubt hätte.⁴³⁹ Drei Jahre später, als das SAA zwischen EU und Albanien unterschrieben wurde, war die PDSH mit Berisha als Ministerpräsident erneut an die Macht gekommen. Dies führte erneut zu Reibungen mit Athen. Es wurde vorhin erwähnt, dass die griechische Seite in der Sozialistischen Partei den optimalen Verhandlungspartner sahen und in der Demokratischen Partei eher den nationalistischeren Flügel der albanischen Politik, der ihnen in den 1990er Jahren so viel *Kopfzerbrechen* bereitet hatte. Der Konformismus der Sozialisten im Verhältnis zu Griechenland, in der Zeit zwischen 1997 bis 2005, hatte hingegen zur Verbesserung der Beziehungen geführt und jetzt drohte aus dieser Sicht eine Rückkehr alter Streitpunkte.⁴⁴⁰ Politische Spannungen über gewöhnliche Themen wie das der griechischen Minderheit in Albanien und ihrer politischen Repräsentationsrechte, der illegalen Grenzüberschreitungen, der divergierenden außenpolitischen Stellungnahmen vor allem in der Kosova/o-Frage usw., sollten in den ersten vier Jahren der neuen Regierung mit unterschiedlicher Resonanz wiederholt an die Tagesordnung rücken. Im Jahr 2007 ereigneten sich Provokationen und Gegenprovokationen zwischen nationalistischen Kräften auf beide Seiten. Besonders problematisch waren Handlungen und Aussagen von politischen Vertretern der griechischen Minderheit in Albanien, welche unvermeidlich Spannungen auf Staatsebene hervorriefen. Einen Höhepunkt erreichten diese Spannungen, als der Bürgermeister einer südwestlichen Stadt in Albanien deklarierte, dass jegliches Vorgehen gegen ihn, die EU-Pläne Albaniens gefährden würde.⁴⁴¹ Wenngleich diese Schwierigkeiten bald zugunsten des europäischen Pfads Albaniens beigelegt wurden, hatten sie nicht wenige politische Kosten hervorgerufen. Eine Widerspiegelung dieser könnte wohl die verzögerte Ratifizierung des SAA sein, dass von Griechenland als letztes EU-Mitglied nur im Januar 2009 unternommen

⁴³⁹ Vgl. Altmann, F. L.: Der Gipfel EU-Westliche Balkanstaaten in Thessaloniki [...]. 2003, S. 2 f, 5 f.

⁴⁴⁰ Vgl. Bumçi, A. a.a.O. 2001, S. 53, 57 f; Vickers, M. a.a.O. 2010, S. 5 ff.

⁴⁴¹ Vgl. u.a. Vickers, M. a.a.O. 2010, S. 7;.

wurde.⁴⁴² Es ist durchaus möglich, dass dies eine unbeabsichtigte Folge der Prioritätensetzung der griechischen Politik zu Zeiten der internen wirtschaftlichen Krise gewesen ist. Die frühere Außenministerin Albaniens Bregu, der frühere Außenminister Albaniens Milo und der Experte Gjipali sehen diesbezüglich keine Verbindung zwischen dieser verspäteten Ratifizierung und den bilateralen Problemen beider Länder. Die Verzögerung erklären sie sich jeweils mit den internen politischen und wirtschaftlichen Problemen, die zu dieser Zeit in Griechenland entstanden,⁴⁴³ mit der normalen Zeitdauer eines solchen politischen Prozesses⁴⁴⁴ oder eventuell mit Versäumnissen der albanischen Seite, diesen Prozesses durch unverkennbare Errungenschaften zu beschleunigen.⁴⁴⁵ Jegliche Deklarationen mit höheren Tönen der griechischen Politik gerichtet an Albanien, sieht Bregu auf der anderen Seite als Ergebnis von „*internen Stimmungsstörungen vor Ort*“⁴⁴⁶ während Milo dabei einen zum Teil historisch vererbten Verdacht der albanischen Seite gegenüber Griechenland sieht, der bestehende Probleme komplizierter aussehen lässt, als sie sind.⁴⁴⁷

Hinsichtlich der Visaliberalisierung für Albanien in 2010, bezog auch Griechenland eine Proposition.⁴⁴⁸ Diese Stellungnahme dürfte in Übereinstimmung mit der Einschätzung gewesen sein, dass dadurch eine bessere beidseitige Kontrolle über die Einwanderung an der Grenze zwischen beiden Ländern und folglich eine effektivere Bekämpfung illegaler Aktivitäten ermöglicht werde. Eine spätere Studie von FRONTEX belegte jedenfalls eine positive Entwicklung in dieser Hinsicht.⁴⁴⁹ Zwei Jahre später, als die Kommission den EU-Mitgliedern erstmalig vorbehaltlos die Zuerkennung des Kandidatenstatus für Albanien vorschlug und die fünf opponierenden EU-Mitglieder ihr Veto einsetzten, eilte Griechenland Tirana über seinen Botschafter zu versichern, dass es jener Gruppe angehörte, die bei der Wahl im Rat für

⁴⁴² Siehe: RSH-MFA: Greece ratifies the SAA between Albania and EU. 14.01.2009.

http://arkiva.mfa.gov.al/index.php?option=com_content&view=article&id=6649:greqia-ratifikon-msa-ne-mes-shqiperise-dhe-be-se&catid=112:lajme&lang=en&Itemid=0.

⁴⁴³ Vgl. Bregu, M. Interview Nr. 03, TC: 11:56-14:17.

⁴⁴⁴ Vgl. Gjipali, G. Interview Nr. 02, TC: 9:25-10:33.

⁴⁴⁵ Vgl. Milo, P. Interview Nr. 04, TC: 15:25-17:15.

⁴⁴⁶ Orig: „...nxiten nga humore të prishura politike së brëndshmi atje [...]” in: Bregu, M. Interview Nr. 03, TC: 32:44-34:15.

⁴⁴⁷ Vgl. Milo, P. Interview Nr. 04, TC: 40:44-42:24.

⁴⁴⁸ Vgl. RSH-MFA: Joint News Conference by Minister Basha and Minister Bakoyannis. 12.08.2010.

http://arkiva.mfa.gov.al/index.php?option=com_content&view=article&id=6671:konferenca-e-perbashket-per-shtyp-e-ministrit-basha-dhe-ministres-bakojani&catid=112:lajme&lang=en&Itemid=0.

⁴⁴⁹ Vgl. Frontex: Circular route from Albania to Greece. <http://frontex.europa.eu/trends-and-routes/circular-route-from-albania-to-greece/>.

Allgemeine Angelegenheiten für eine unverzügliche Verleihung des Kandidatenstatus an Albanien abgestimmt hatte.⁴⁵⁰ Angesichts fehlender Information die vom Gegenteil zeugen könnte, gibt es keinen Grund dieser Versicherung keinen Glauben zu schenken. Auffällig war dennoch die Tatsache, dass Griechenland sich davor nicht jener Gruppe von acht aktiven Unterstützern angeschlossen hatte.⁴⁵¹ Als mit dem 1. Januar 2014 die EU-Ratspräsidentschaft an Griechenland übergeben wurde, fehlte in seiner Prioritätenliste die „Erweiterung“, was Griechenland mit dem Vorhaben erklärte, anstatt einer groß-angelegten Erweiterungsstrategie eher eine Landesspezifische Assistenz gegenüber den Kandidaten und potentiellen Kandidaten verfolgen wolle.⁴⁵² Zwischen Dezember 2013 und Juni 2014 blieb der politische Austausch beider Länder intensiv, nicht zuletzt aufgrund immer wiederkehrender Probleme und empfindlicher Themen, die diese Beziehungen nie hatten tatsächlich so werden lassen, wie es zeitweise wegen der *guten Laune* auf beide Seiten beteuert wurde, nämlich *ausgezeichnet*. Aufgewühlt wurden sie neuerlich durch das umstrittene Meeresabkommen von April 2009, welches aber im Januar 2010 vom albanischen Verfassungsgericht als verfassungswidrig und unvereinbar mit dem UN-Seerechtsübereinkommen erklärt wurde.⁴⁵³ Das Meeresabkommen nahm somit die höchste Bedeutung in den weiteren Beziehungen beider Länder ein, denn in Albanien herrschte öffentlich die Meinung, die damalige Regierung hatte unzulänglich und zu Albanien Schaden verhandelt, während für Griechenland ein großes wirtschaftliche Projekt eingefroren blieb, was angesichts der wirtschaftlichen Situation des Landes für großen Unmut gegenüber Albanien sorgte.⁴⁵⁴ Hinzu kam noch die Stellungnahme der neuen Regierung, die kurz nach der Amtsübernahme im

⁴⁵⁰ Siehe: HR-MFA: Deputy Prime Minister and Foreign Minister Venizelos' initiatives regarding the results of yesterday's General Affairs Council vis-à-vis promotion of the European perspective of the Western Balkans. 18. Dez. 2013.

<http://www.mfa.gr/en/current-affairs/news-announcements/deputy-prime-minister-and-foreign-minister-venizelos-initiatives-regarding-the-results-of-yesterdays-general-affairs-council-vis-a-vis-promotion-of-the-european-perspective-of-the-western-balkans.html>.

⁴⁵¹ Vgl. Top Channel: Greqia merr presidencen e BE (Griechenland übernimmt EUs Präsidentschaft). 02.01.2014.

Videomaterial, TC: 1:00-1:58. <http://top-channel.tv/lajme/artikull.php?id=270211>.

⁴⁵² Vgl. ebd. als auch: EurActiv: Greece drops enlargement from its EU presidency priorities. 23.08.2013.

<http://www.euractiv.com/priorities/greece-drops-enlargement-eu-pres-news-529920>.

⁴⁵³ Vgl. GJKRSH: Njofitim (Kundmachung). 2010. http://www.gjk.gov.al/web/NJOFTIM_587_1.php.

⁴⁵⁴ Vgl. Pasha, M.: Deti që nuk falet: të fshehtat e paktit detar Shqipëri-Greqi (Das Meer das sich nicht verschenken lässt: die Geheimnisse hinter dem Meeresabkommen Albanien-Griechenland). 2010, S. 95 ff, 98 ff; Der Standard: Griechenland und Albanien streiten um Seegrenzen. Von Adelheid Wölfl, 1. Juni 2015. <http://derstandard.at/2000016701328/Griechenland-und-Albanien-streiten-um-Seegrenzen>.

September 2013 angekündigt hatte, die „*Tschamen-Frage nach den gemeinhin akzeptierten Normen des internationalen Rechts behandeln zu wollen*“,⁴⁵⁵ während für das offizielle Athen diese Frage heute noch als nicht existierend betrachtet wird.⁴⁵⁶ Schließlich half auch die zumeist tendenziöse mediale Aufarbeitung der bestehenden Streitpunkte nicht, diesbezüglich ein Klima der Entspannung in den albanisch-griechischen Beziehungen zu erzeugen.⁴⁵⁷

Die Bemühungen um positive Beziehungen blieben auf politischer Ebene vorerst aufrecht. In einem Treffen zwischen Griechenlands Ministerpräsidenten Samaras und Albanien Außenminister Bushati im Februar 2014 in Athen, wurden positive Töne angeschlagen und beidseitig die Bereitschaft erklärt, bestehende Schwierigkeiten mit gutem Willen und Vertrauen lösen zu wollen. Samaras versicherte Bushati wiederholt die fortwährende Unterstützung Griechenlands im Integrationsprozess.⁴⁵⁸ Diesen Versicherungen sollen Taten gefolgt sein. Der albanische Botschafter in Athen behauptet nämlich, dass die Teilnahme der albanischen Minister an den wichtigen Minister-Treffen der EU, durch die Initiative Griechenlands während der sechsmonatigen EU-Präsidentschaft ermöglicht wurde.⁴⁵⁹

Am 24. Juni 2014 gab Griechenland, zusammen mit den 27 anderen EU-Mitgliedern, ihre Stimme für den Erhalt des Kandidatenstatus seitens Albanien. In den Medien verbreitete sich dennoch kurzerhand die Information, Griechenland habe, wegen der Ankündigung der neuen Regierung Albanien, bestehende bilaterale Probleme *offen und ohne falschen Opportunismus* lösen zu wollen, zuerst gezögert. Von dem albanischen Botschafter in Athen wurde dies aber

⁴⁵⁵ Gazeta Shqip: Debat mes ekspertëve në lidhje me rolin e Greqisë dhe Turqisë në marrëdhëniet me Tiranën (Debatte unter Experten hinsichtlich der Rolle Griechenlands und der Türkei in den Beziehungen zu Tirana). 23. Oktober 2013.

⁴⁵⁶ Vgl. u.a. Bogdani, M./Loughlin, J. 2007, S. 53 ff.

⁴⁵⁷ Siehe hierzu u.a.: Lleshaj, S./ Sulçebe, D.: Greece and the Albanian-Greek relations in the Albanian printed Media 2014. o.J. S. 7 f, 12,25 f., sowie: Armakolas, I.: The Greek Public Opinion towards Albania and the Albanians. Dezember 2013. S. 8 ff.

⁴⁵⁸ Vgl. RSH-MPJ: Minister Bushati meets with Greek Prime Minister, Mr. Antonis Samaras. 06.02.2014. <http://www.puneteshastme.gov.al/en/press-office/news/minister-bushati-meets-with-greek-prime-minister-mr-antonis-samaras&page=15>; Tema online: Marrëveshja për detin/ Venizelos: Kemi biseduar me palën shqiptare, shpresojmë të hyjë në fuqi (Das Meeresabkommen/Venizelos: Wir haben mit der alb. Seite gesprochen, wir hoffen, dass es in Kraft tritt). 14. März 2014. <http://www.gazetatema.net/web/2014/03/14/marreveshja-per-detin-venizelos-kemi-biseduar-me-palen-shqiptare-shpresojme-te-hyje-ne-fuqi/>.

⁴⁵⁹ Vgl. Ambasada e Republikës së Shqipërisë në Greqi (Botschaft der Rep. Albanien in Griechenland): Intervista e Ambasadorit shqiptar në Greqi, z. Dashnor Dervishi për Gazetën shqiptare (Das Interview des albanischen Botschafters in Griechenland, Herr Dashnor Dervishi für die Zeitung „Gazeta Shqiptare“). <http://www.ambasadat.gov.al/greece/sq/intervista-e-ambasadorit-shqiptar-n%C3%AB-greqi-z-dashnor-dervishi-p%C3%ABr-gazet%C3%ABn-shqiptare>.

als mediale Irreführung und Missdeutung von Informationen abgetan.⁴⁶⁰ Das dürfte auch die offizielle Überzeugung der Regierung Albaniens zum gegebenen Zeitpunkt widerspiegelt haben.

⁴⁶⁰ Vgl. ebd. Siehe auch: Der Standard: Griechenland und Albanien streiten um Seegrenzen. Von Adelheid Wölfl, a.a.O. 1. Juni 2015.

6. Zusammenfassung und Konklusionen

A) Hinsichtlich der am Anfang dieser Arbeit gestellten Fragen in Hinblick auf die zentralen Akteure und den Verlauf des Prozesses der EU-Annäherung Albaniens lässt sich folgendermaßen rekapitulieren:

Die Entwicklungen in Albanien favorisierten, seit der Einführung des Pluralismus im Land, die Bildung eines Zwei-Hauptlager-Systems, in dem einerseits die Demokratische Partei Albaniens (PDSH) mit ihren Verbündeten und andererseits die Sozialistische Partei Albaniens (PSSH) mit ihren Verbündeten die Geschicke des Landes bis heute lenken würden. In den 2000er Jahre entwickelte sich eine dritte Splitterpartei aus der PSSH, deren Obmann bis heute mit Erfolg auf der politischen Bühne mitmischen kann. . Aufgrund des sozialpolitischen Erbes der Vergangenheit konnten zudem die führenden Persönlichkeiten der jeweiligen politischen Lager im Land eine bestimmende Rolle im EU-Integrationsprozess einnehmen.

Auf EU-Ebene stellte sich die EU-Kommission als ein einflussreicher Akteur im Prozess heraus. Sie koordinierte die Hilfeleistungen der EU und die einzelnen Schritte der Heranführung Albaniens an die Union. Sie beaufsichtigte die Bestrebungen Albaniens zur Erfüllung der Kriterien und erstattete jährliche Berichte über den Status quo. Die Entscheidungen der Ministerräte und des Europäischen Rats waren vorwiegend im Einklang mit den Empfehlungen der Kommission.⁴⁶¹ Die Rolle des EU-Parlaments nahm durch die speziellen Ausschüsse für Albanien erst in den letzten Jahren zu. Eine Einflussnahme der USA mit direkten Folgen im Prozess, so wie sie anfänglich angenommen wurde, konnte hingegen nicht bestätigt werden.⁴⁶² Die besonders starke Befürwortung des Integrationsprozess durch die Bevölkerung Albaniens hielt die politischen Gruppierungen im Land stets auf einem Pro-EU-Kurs. Es konnte sich zu keinem Zeitpunkt eine politische Alternative bilden, die dies bestritt. Der wachsende Skeptizismus der EU-Bevölkerungen hingegen, vor allem gegenüber der Heranführung von Balkanstaaten, schien sich auf die Position einiger Mitglieder auszuwirken. Eindeutig zum Tragen kam dieser von-unten-nach-oben gerichtete Druck im

⁴⁶¹ Hierzu sei auf die gewonnenen Erkenntnisse in den Kapitel 4.1.1, 4.1.3, 4.2 und 4.3 dieser Arbeit verwiesen.

⁴⁶² Siehe hierzu Kapitel 4.1.2 in dieser Arbeit.

Dezember 2013, als im Rat fünf Länder ihr Veto gegen die eindeutige Empfehlung der Kommission einlegten.⁴⁶³

Das erste Jahrzehnt der Annäherung Albaniens an Westeuropa sah eine EU, die die meisten finanziellen Hilfeleistungen an Albanien zur Verfügung stellte,⁴⁶⁴ andererseits aber die politischen und wirtschaftlichen Zustände des Landes vorerst weitgehend falsch einschätzte.⁴⁶⁵ Maßgeschneiderte Kriterien für Albanien, die das Land auf den Weg der Demokratie und der funktionierenden Marktwirtschaft lenken sollten, waren in dieser ersten Phase nicht vorhanden. Die anfänglichen Erfolge Albaniens im wirtschaftlichen und politischen Bereich gründeten nicht auf gut ausgebaute und ausgereifte demokratische bzw. marktwirtschaftliche Strukturen, was in der Folge innerhalb von zwei bis drei Jahren zu politischen und wirtschaftlichen Missständen führte.⁴⁶⁶ Die Staatskrise Albaniens im Jahr 1997 und bald darauf der Kosova/o-Krieg, bewegten die EU zum Entwurf einer neuen Strategie zur Heranführung der gesamten Region an sich.⁴⁶⁷ Die Zeit vom Ende der Krise bis zur Aufnahme der Verhandlungsgespräche über das SAA war von vermehrten Bestrebungen der EU und anderer westlicher Partner gekennzeichnet, die wichtigsten politischen Kräfte in Albanien an den Tisch der Kooperation zu bringen. Bis Juni 2006 konnte seitens Albaniens eine formelle Verbesserung auf der Gesetzesebene (inkl. einer neuen Verfassung), eine beschränkte Kompromissfindung zwischen den politischen Kräften, eine stabile Außenpolitik, eine makro-ökonomische Stabilisierung, die Erfüllung der kurzfristigen Kriterien im Rahmen der Europäischen Partnerschaft und eine Wiederherstellung – wenn auch fragil – der staatlichen Hoheit über das ganze Territorium verzeichnet werden, während die politische Rivalität nichts von ihrer Schärfe verlor. Auch das organisierte Verbrechen und die Korruption blieben weiterhin die großen Herausforderungen des Landes.⁴⁶⁸ Angesichts aller Verhältnisse schlug

⁴⁶³ Vgl. Eurasia Review. OpEd. Von Peter Tase. a.a.O. 15 Dezember 2013

⁴⁶⁴ Siehe u.a.: Hoffmann, J. 2008, S. 158.

⁴⁶⁵ Vgl. OJ, C 236/25, 11.09.1995, S. 65, 68-71, 73, 75 ff; Pirani, E. a.a.O. 2008, S. 139.

⁴⁶⁶ Vgl. Aleks, I. a.a.O. 2003, S. 68-71; Hoffmann, J. 2008, S. 128; Jedlaucnik, H.1999, S. 13; Bogdani, M./ Loughlin, J. 2007, S. 124 ff.

⁴⁶⁷ Vgl. Jedlaucnik, H. 1999, S. 35; EC: Stabilisation and Association Process.

http://ec.europa.eu/enlargement/policy/glossary/terms/sap_en.htm.

⁴⁶⁸ Behandelt in dem Kapitel 3.2 dieser Arbeit: S. 42 f, 47f, 49ff.

die EU-Kommission am Ende des Jahres 2005 die Unterzeichnung des SAA mit Albanien vor, worauf der Rat der EU im Juni 2006 mit der Verwirklichung des Vorschlags antwortete.

Mit dem Unterzeichnen des SAA setzte eine qualitativ andere Phase im Prozess der Integration Albaniens ein. Die Zielsetzungen, Beurteilungskriterien und die Belohnungsanreize wurden dadurch präziser als in der Phase davor. Das Abkommen beinhaltete, alle Vorgaben, detailreich geschildert, die in den folgenden zehn Jahren zu erfüllen waren.⁴⁶⁹ Die verschiedenen Instrumente zur Finanzierung des Annäherungsprozesses des Landes an die EU wurden durch ein einziges, genannt Instrument for Preaccession Assistance (IPA), ersetzt.⁴⁷⁰ Die Hauptziele dieses Instruments waren die Unterstützung bis hin zur allmählichen Übernahme des Acquis sowie eine gesamtwirtschaftliche Entwicklung durch gezielte Investitionen.⁴⁷¹ Die Ratifizierung des SAA blieb zunächst drei Jahre lang aus, doch das zeitgleich mit dem SAA unterzeichnete Interimsabkommen diente ab der Unterzeichnung als Richtlinie für wirtschaftliche Reformen. Dies deutete auf die Wichtigkeit hin, die dem wirtschaftlichen Liberalisierungsprozess für die erfolgreiche politische Reformierung des Landes beigemessen wurde.

Mit konkreteren Zielsetzungen und Beurteilungskriterien vor Augen, mit einer erhöhten Erfahrung im Repertoire und mit der Schritt-für-Schritt Betreuung der EU, gelang Albanien in dieser zweiten Phase der Implementierung wichtiger SAA-Vorgaben ein verhältnismäßig enormer Sprung nach vorne. Wirtschaft, Verwaltung, Infrastruktur und EU-Annäherung des Gesetzessystems zählten zu den Bereichen, in denen nachweisliche Fortschritte erzielt wurden. Gleichzeitig hatten aber EU-interne Entwicklungen weitere Zugeständnisse an das Land erschwert. Die Stringenz der Beurteilung verschärfte sich allmählich und viele Errungenschaften, die Jahre davor wahrscheinlich ein Vorankommen im Prozess ermöglicht hätten, galten nur mehr als Mindestschritte um überhaupt „im Spiel zu bleiben“. Eine weitverbreitete Korruption und noch nicht ausreichende Erfolge in der Bekämpfung des organisierten Verbrechens nährten die Skepsis einiger Kräfte in der EU nur noch mehr. Die

⁴⁶⁹ Siehe: CofEU:_8164/06, Coweb 76, Brussels, 22 May 2006.

⁴⁷⁰ Vgl. OJ, L 210, 31.07.2006, S. 84-91.

⁴⁷¹ Vgl. ebd. S. 85.

weiterhin fehlende Bereitschaft zur umfassenden Kompromissfindung der politischen Klasse Albaniens wurde schließlich bis zur Erteilung des offiziellen Kandidatenstatus mit Besorgnis rezipiert, denn diese verhinderte das Verabschieden wichtiger Gesetze und den Entwurf sowie die erfolgreiche Durchsetzung bereits verabschiedeter Reformen.

Traditionell enge und positive Beziehungen zu Italien hatten den Aufbau guter Beziehungen zwischen beiden Ländern unmittelbar nach der Wende favorisiert. Italien entwickelte sich für die 1990er Jahre und bis zur heutigen Zeit zum wichtigsten Partner in allen Bereichen und zum eindeutigen Unterstützer Albaniens auf dem Weg der Annäherung an die EU. Zwei waren anfänglich die primären Gründe hierfür: erstens sollten die Stabilisierung und Entwicklung Albaniens dem Phänomen der illegalen Einwanderung sowie dem Import von illegalen Aktivitäten mittelfristig ein Ende setzen⁴⁷² und zweitens, weil Italien sich dadurch versprach, von der EU als ein zuverlässiges und durchsetzungsstarkes Mitglied gesehen zu werden.⁴⁷³ In den wichtigen Momenten der Entscheidungsfindung der EU über Albanien befürwortete Italien öffentlich jegliche Zugeständnisse. Die größte öffentliche Lobbyarbeit Italiens für weitere Zugeständnisse wurde im Zeitraum von 2013 bis 2014 geleistet. Es konnte festgestellt werden, dass diese ununterbrochene Unterstützung Albaniens insgesamt der Staatsräson Italiens entsprach: die privilegierte politische und wirtschaftliche Position Italiens in Albanien sollte dadurch untermauert werden.⁴⁷⁴ Hinweise auf Entscheidungen der EU über Albanien, die als Direktergebnisse einer italienischen Einflussnahme gelten könnten, konnten durch die vorliegende Forschung jedoch nicht geliefert werden.

Die Beziehungen zwischen Albanien und Griechenland wurden unter weniger günstigen Vorzeichen aufgenommen. Aufgrund derselben Phänomene wie im Fall Italiens hatte mit großer Wahrscheinlichkeit auch Griechenland Interesse daran, Albanien auf dem europäischen Integrationsweg zu unterstützen, um die oben beschriebenen negativen Phänomene zu bekämpfen und sich gleichzeitig aufgrund der Nähe und der Kenntnis über Albanien wirtschaftliche Vorteile zu verschaffen. Diese Vorhaben scheiterten jedoch an den

⁴⁷² Hierzu Ausführliches in: Fera, G./ Simeone, N. 2011, S. 74-91.

⁴⁷³ Vgl. Perlmutter, T. a.a.O. 1998, S. 217.

⁴⁷⁴ Vgl. Niglia, F. a.a.O. 2009, S. 33-36. Die Gründe hierfür sind im Kapitel 5.1 dieser Arbeit ausführlicher geschildert.

gespannten Verhältnissen mit historischem und politischem Hintergrund. Die griechischen Regierungen hatten über Jahre hinweg oftmals einen harten politischen Kurs gegenüber Albanien eingeschlagen, um den albanischen Regierungen womöglich gewisse Zugeständnisse im Interesse Griechenlands abzugewinnen. Folglich hatte Griechenland seine Aussichten, von Albanien als unterstützender und zuverlässiger Akteur in dessen wirtschaftlichen und politischen Stärkung bis hin zu einer gelungenen EU-Integration wahrgenommen zu werden, wiederholt verschlechtert. In den 2000er Jahren verbesserten sich die Beziehungen aber allmählich und diplomatischere Töne wurden angeschlagen. Griechenland bezog sowohl während seiner Ratspräsidentschaft im Jahr 2003 als auch später im Jahr 2013 eine offizielle Pro-Position im Integrationsprozess Albaniens und versprach dabei volle Unterstützung. Eine aktive Rolle soll Griechenland bei der Visaliberalisierung⁴⁷⁵ und bei der Verschaffung des Zugangs für albanische Regierungsmitglieder zu wichtigen EU-Treffen gespielt haben.⁴⁷⁶ Explizite Beweise für eine maßgebliche Einflussnahme Griechenlands, sei es für die positiven, sei es für die negativen Entscheidungen im Prozess, konnten wie im Fall von Italien aber nicht sichergestellt werden.

B) Gründeten die bisherigen Entwicklungen im Rahmen der EU-Annäherung Albaniens auf eine objektiv und systematisch angewandte Konditionalität? Mit Rücksicht auf das hier entwickelte Schema der möglichen Szenarios für den Prozessverlauf (siehe Tabelle 1 auf der Seite 27 dieser Arbeit) lässt sich die zentrale Forschungsfrage dieser Arbeit folgendermaßen beantworten:

⁴⁷⁵ Siehe: RSH-MFA: Joint News Conference by Minister Basha and Minister Bakoyannis. 12.08.2010.

http://arkiva.mfa.gov.al/index.php?option=com_content&view=article&id=6671:konferenca-e-perbashket-per-shtyp-e-ministrit-basha-dhe-ministres-bakojani&catid=112:lajme&lang=en&Itemid=0

⁴⁷⁶ Vgl. Ambasada e Republikës së Shqipërisë në Greqi (Botschaft der Rep. Albanien in Griechenland): Intervista e Ambasadorit shqiptar në Greqi, z. Dashnor Dervishi për Gazetën shqiptare (Das Interview des albanischen Botschafters in Griechenland, Herrn Dashnr Dervishi für die Zeitung „Gazeta Shqiptare“).

<http://www.ambasadat.gov.al/greece/sq/intervista-e-ambasadorit-shqiptar-n%C3%AB-greqi-z-dashnor-dervishi-p%C3%ABr-gazet%C3%ABn-shqiptare>

		Wurden die Kriterien seitens Albaniens erfüllt?	
		JA	NEIN
<p>Machte die EU weitere Zugeständnisse an Albanien bzw. schritt der Integrationsprozess voran?</p>	JA	<p>^A Konditionalitäts-kompatibler Prozessverlauf:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Handelsabkommen ATCEC 1992, - - Stabilisierungs- u. Assoziierungsabkommen 2006, - - dessen Ratifizierung 2009, - - Visaliberalisierung 2010. 	<p>^B Konditionalitäts-inkompatible Interessen dürften zur Begünstigung geführt haben:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Aufnahme der Verhandlungen über das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen 2003.
	NEIN	<p>^C Konditionalitäts-inkompatible Interessen dürften zur Benachteiligung geführt haben:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Zuerkennung des Kandidatenstatus erst verspätet im Jahr 2014. 	<p>^D Konditionalitäts-kompatibler Prozessverlauf. Albanien erfüllte nicht die für den bevorstehenden Fortschritt festgelegten Kriterien:</p> <ul style="list-style-type: none"> - 2010-12 (6. Einschnitt).

Tabelle 2: Ergebnisse über den Ausgang des Integrationsprozesses

Szenario A (Konditionalitäts-kompatible Fortschritte Albaniens sowie dementsprechende Fortschritte im Integrationsprozess) trat für folgende Ereignisse ein:

1. Einschnitt: Das Abkommen über den Handel und die handelspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit (ATCEC) erfolgte 1992 direkt nach dem politischen Umsturz in Albanien. Die Einführung des pluralistischen Systems und die bestehende Bereitschaft der neuen politischen Klasse des Landes, den Reformkurs zu schlagen, galten zum genannten Zeitpunkt als hinreichende Kriterien für die Unterzeichnung des Abkommens.

3. Einschnitt: Für die Unterzeichnung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens (SAA) mit der EU, wurden Albanien im Rahmen der Europäischen Partnerschaft sowohl kurz- als auch mittelfristige Kriterien zur Erfüllung vorgelegt. Sie enthielten dieselben zu adressierenden Problembereiche, unterschieden sich jedoch in ihrer Ausführlichkeit voneinander. Wenngleich im Vorhinein keine konkreten Angaben darüber gemacht wurden, die Erfüllung welchen Anteils der Kriterien zur Unterzeichnung des Abkommens genügen würde, überzeugte sich die EU-Kommission durch die Erfüllung der meisten und wichtigsten kurzfristigen Kriterien seitens Albaniens zum positiven Vorschlag an den Rat der EU,⁴⁷⁷ welcher seinerseits positiv entschied.

4. Einschnitt: Es vergingen drei Jahre bis das SAA von den Parlamenten aller EU-Mitglieder ratifiziert wurde und in Kraft trat. Hierfür gab es keine zusätzlichen Kriterien. Die Dauer dürfte nicht ungewöhnlich für einen derartigen politischen Prozesses gewesen sein, der von den unterschiedlichen Agenden und Prioritäten der Staaten abhängt.⁴⁷⁸

5. Einschnitt: Die Visaliberalisierung vom Jahr 2010 war ein wichtiger Schritt nach vorne, für Gesellschaft und Politik gleichermaßen. Albanien erhielt dafür durch die aktualisierte Europäische Partnerschaft von 2008, einundvierzig Kriterien aus vier Bereichen zur Erfüllung: (1) Dokumentensicherheit, (2) illegale Einwanderung und Rückführung, (3) öffentliche Ordnung und Sicherheit, (4) Außenbeziehungen und Grundrechte.⁴⁷⁹ Die EU-Kommission stellte in ihrer Evaluierung im April 2010 fest, dass Albanien die Kriterien für den ersten

⁴⁷⁷ Vgl. EC: Speech/05/680: Speech by Mr. Olli Rehn. Tirana, 11. November 2005, S. 2. Behandelt auf S. 50 f in dieser Arbeit!

⁴⁷⁸ Vgl. Gjipali, G. Interview Nr. 02, TC: 9:25-10:33 und 10:49-11:07; Bregu, M. Interview Nr. 03, TC: 11:56-14:17.

⁴⁷⁹ EC: IP/08/837: Roadmap on visa free travel opens EU doors to Albania. Brussels, 3 June 2008, S. 2. (S. 67 in dieser Arbeit).

Bereich vollständig erfüllt hatte, im zweiten und dritten Bereich zufriedenstellende Fortschritte und im vierten Bereich, sehr gute Fortschritte erzielt hatte.⁴⁸⁰ Dies rechtfertigte die positive Entscheidung.

Szenario B (keine Konditionalitäts-kompatiblen Fortschritte Albaniens, aber trotzdem Fortschritte im Integrationsprozess) trat für folgendes Ereignis ein:

2. Einschnitt: Zur Aufnahme der Verhandlungen über die Unterzeichnung des SAA hatte Albanien drei Kriterien erfüllen müssen, nämlich (1) Sicherheit und der öffentliche Ordnung stärken, (2) Makro-ökonomische Stabilisierung fortsetzen und strukturelle Reformen beschleunigen, (3) Regierungsführung verbessern und Rechtsstaatlichkeit durchsetzen.⁴⁸¹ Obwohl der zuständige Lenkungsausschuss, der bei dem Gipfeltreffen von Zagreb ins Leben gerufen worden war, in seiner Evaluierung von 2003 eine fortbestehende mangelnde Kapazität Albaniens um den Verpflichtungen des SAA nachkommen zu können, feststellte, empfahl er dennoch die Aufnahme der Verhandlungen über das SAA.⁴⁸² Dem Dokument war zu entnehmen, dass dieser Beschluss im Zeichen der Anerkennung seitens der europäischen Gemeinschaft für die konstruktive Haltung Albaniens bezüglich der Konflikte in der Region sowie der substantiellen Anstrengungen des Landes auf dem Weg der Reformen erfolgte. Darüber hinaus wurde diese Entscheidung vor dem Hintergrund getroffen, die Entschlossenheit der EU darüber zu demonstrieren, Albanien eines Tages als Mitglied aufnehmen zu wollen.⁴⁸³

Szenario C (Konditionalitäts-kompatible Fortschritte Albaniens, aber keine dem entsprechenden Fortschritte im Integrationsprozess) trat für folgendes Ereignis ein:

7. Einschnitt: Gegen Ende des Jahres 2013 empfahl die Kommission mit dem Segen des EU-Parlaments erstmalig die Bedingungslose Zuerkennung des Kandidatenstatus für Albanien.⁴⁸⁴ Die Entscheidung gründete auf die sieben erfüllten Kriterien – von zwölf insgesamt – sowie

⁴⁸⁰ Vgl. ESI: Assessments by the European Commission of Albania and Bosnia: Albania (Document, 19 April 2010, S. 1, 6, 19, 39). <http://www.esiweb.org/index.php?lang=en&id=353>.

⁴⁸¹ Vgl. EC: COM (1999) 599 final, Brussels, 24.11.1999, S. 5 ff.

⁴⁸² Vgl. EC: COM (2001) 300 final, Brussels, 06.06.2001, S. 8.

⁴⁸³ Vgl. ebd. S. 7 f.

⁴⁸⁴ EC: COM (2013) 700 final, Brussels, 16.10.2013, S. 19.

auf die Abhaltung von Parlamentswahlen nach besten internationalen Standards und dem reibungslosen Regierungswechsel.⁴⁸⁵ Fünf Mitglieder der EU – Niederlande, Frankreich, Dänemark, Großbritannien und Deutschland – hatten trotzdem zunächst eine Gegenposition eingenommen. Öffentlich begründeten sie diese Position mit der Notwendigkeit für mehr Garantie von der neuen albanischen Regierung, nicht nur den Willen sondern auch die Kapazität zu besitzen, um den positiven Reformkurs beizubehalten.⁴⁸⁶ Hinweise auf die herrschende Stimmung Europaweit und auf die innenpolitischen Verhältnisse dieser EU-Mitglieder,⁴⁸⁷ bieten Grund zu glauben, dass der zu dem Zeitpunkt verdiente Fortschritt Albaniens im Prozess, dem internen politischen Kalkül dieser Länder zum Opfer fiel. Der Kandidatenstatus wurde Albanien ein halbes Jahr später im Juni 2014 zuerkannt. Die neue Regierung hatte den Reformkurs tatsächlich beibehalten und in kürzester Zeit bedeutsame Erfolge in den wichtigsten Bereichen vorgewiesen. Daraufhin hatten alle 28 Mitglieder der Verleihung des Status einheitlich zugestimmt. Dieser Fall bestätigte aber, dass die Konditionalität aufgrund nationaler Interessen oder anderer Überlegungen sehr wohl umgangen werden könnte.

Szenario D (keine Konditionalitäts-kompatiblen Fortschritte Albaniens, aber auch keine Fortschritte im Integrationsprozess) trat für folgendes Ereignis ein:

6. Einschnitt: Zwei Jahre nach der Einreichung des Beitrittsantrages an die EU (2010), hatte Albanien nur vier Kriterien vollständig erfüllt, von zwölf insgesamt, die für die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen festgelegt wurden.⁴⁸⁸ Entsprechend hatte es bis dahin auch keine Zugeständnisse gegeben. In ihrem Bericht von 2012 schlug die EU-Kommission dem Rat der EU vor, Albanien vorbehaltlich der Erfüllung zwei weiterer Kriterien aus dem Paket, den Status eines offiziellen Beitrittskandidaten zu verleihen. Der Vorbehalt wurde an die Reformierung der Justiz (Gesetz für den Obersten Gerichtshof), die Reformierung der

⁴⁸⁵ Vgl. EC: SWD (2013) 414 final, COM (2013) 700 final. Brussels, 16.10.2013, S. 3, 5-9.

⁴⁸⁶ Vgl. Top Channel: Holanda konfirmon: Jo tani (Niederlande bestätigen: Nicht jetzt). 12.12.2013. Videomaterial, TC: 1:06-2:00. <http://top-channel.tv/lajme/artikull.php?id=269186>; EurActiv: UK no longer advocates for EU enlargement. 21.12.2013. <http://www.euractiv.com/enlargement/uk-longer-strongest-advocate-eu-news-532554>; Top Channel: Dilemma for Albania's status. 17.12.2013. <http://www.top-channel.tv/english/artikull.php?id=10636>.

⁴⁸⁷ Siehe: Toshkov, D./Kortenska, E./Dimitrova, A./Fagan, A. a.a.O. April 2014. S. 14, 16; Di Mauro, D./ Fraile, M.: Who Wants More? Attitudes Towards EU Enlargement in Time of Crisis. In: EUDO Spotlight 2012/04, October 2012, S. 3 f.

⁴⁸⁸ Vgl. EC: COM (2010) 680, SEC (2010) 1335, Brussels, 9.11.2010, S. 11.

öffentlichen Verwaltung (Gesetz für den öffentlichen Beamten) sowie an die Annahme der bereits überarbeiteten Geschäftsordnung für das Parlament geknüpft.⁴⁸⁹

Als FAZIT kann aufgrund dieser Ergebnisse insgesamt festgehalten werden:

Von den Ergebnissen dieser Forschungsarbeit ausgehend sind folgende Schlüsse zu ziehen: Der europäische Integrationsprozess Albaniens ist größtenteils einem regelkonformen Weg gefolgt, mit fünf Konditionalitäts-kompatiblen Entwicklungen von sieben Schritten im Prozess insgesamt. Zwei Ausnahmen von der Konditionalitäts-Kompatibilität weisen allerdings daraufhin, dass dieser Prozess ob seiner Komplexität und der Anzahl der entscheidungsbefugten AkteurInnen keine Immunität vor informellen Einflüssen und partikularen Interessen besitzt, trotz der ständigen Anpassung und Verfeinerung der angewandten Instrumentarien.

Diese Erkenntnisse der vorliegenden Arbeit dürften auch über den EU-Annäherungsprozess Albaniens hinaus von Bedeutung sein, vor allem für den Erweiterungsprozess der EU in Richtung Balkan.

⁴⁸⁹Vgl. EC: COM (2012) 600 final, Brussels, 10.10.2012, S. 26 f; "Extract from COM (2012) 600 final", Brussels, 10.10.2012, S. 1, 2 f.

Quellenverzeichnis

ABl./Amtsblatt der Europäischen Union, L 80, S. 1-17, Brüssel, 19.3.2008: *Beschluss des Rates vom 18. Februar 2008 über die Grundsätze, Prioritäten und Bedingungen der Europäischen Partnerschaft mit Albanien und zur Aufhebung des Beschlusses 2006/54/EG.* Abrufbar unter: <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:32008D0210>. Letzter Zugriff am 03.01.2016.

AIIS/Albanian Institute for International Studies: *Rethinking EU Integration: Albanian Perceptions & Realities.* Herausgegeben von: **Kajsiu, Blendi.** Tirana 2004. Abrufbar unter: <http://www.aiis-albania.org/?q=node/212>. Letzter Zugriff am 19.04.2015.

AIIS/Albanian Institute for International Studies: *Rethinking EU Integration: Albanian Perceptions and Realities.* Herausgegeben von **Rakipi, Albert.** Tirana 2007. Abrufbar unter: <http://www.aiis-albania.org/PDF/2007-PR-ENG.pdf>. Letzter Zugriff am 08.11.2014.

AIIS/Albanian Institute for International Studies: *The European Perspective of Albania: Perceptions and Realities 2011.* Herausgegeben von: **Rakipi, Albert/ Qirjako, Jorgji.** Tirana 2011. Abrufbar unter: <http://www.aiis-albania.org/?q=node/212>. Letzter Zugriff am 19.04.2015.

AIIS/Albanian Institute for International Studies: *The European Perspective of Albania: Perceptions and Realities 2014.* Herausgegeben von: **Rakipi, Albert.** Tirana 2014. Abrufbar unter: <http://www.aiis-albania.org/?q=node/242>. Letzter Zugriff am 20.09.2015.

Albania News: *Miratohen nga parlamenti tre ligjet e shumëpërfolura (Die drei berühmten Gesetze werden vom Parlament verabschiedet).* 30. Mai 2013. <http://www.diaspora.al/shqip/politike/miratohen-tre-ligjet-e-shumeperfolura>. Letzter Zugriff am 30.04.2015.

Albeu: *Dështojnë bisedimet, zgjedhjet drejt raundit të 3-të. (Verhandlungen scheitern, Wahlen nähern sich der dritten Runde).* 03.06.2012. <http://www.albeu.com/shqiperi/fillon-takimi-rama-berisha/77052/>. Letzter Zugriff am 25.04.2015.

Aleksi, Ina: *Privatisation and various structural reforms in Albania.* In: **Preus, Wolf/ Bianku, Ledi** (wissenschaftliche Koordinatoren): *Monitoring Albania's Path to European Integration (Monitorimi i Ecjes së Shqipërisë Drejt Integritimit Europian).* Eine Studie der **Friedrich – Ebert – Stiftung** in Tirana, Februar 2003. S. 67-84.

Altmann, Franz-Lothar/ Hösch, Edgar (Hrsg.): *Reformen und Reformer in Osteuropa.* Verlag Friedrich Pustet. Regensburg 1994.

Altmann, Franz-Lothar: *Der Gipfel EU-Westliche Balkanstaaten in Thessaloniki: Zurück zur Realität?* In: **SWP-Aktuell 26,** Berlin, Juli 2003. Abrufbar unter: http://www.swp-berlin.org/publikationen/swp-aktuell-de/swp-aktuell-detail/article/der_gipfel_eu_westliche_balkanstaaten_in_thessaloniki_zurueck_zur_realitaet.html. Letzter Zugriff am 08.06.2015.

Altmann, Franz-Lothar: *EU-Erweiterungsmüdigkeit und Westlicher Balkan*. In: **SWP-Aktuell 60**, Berlin, Dezember 2005. Abrufbar unter: http://www.swp-berlin.org/de/publikationen/swp-aktuell-de/swp-aktuell-detail/article/eu_erweiterungsmuedigkeit_und_west_balkan.html. Letzter Zugriff am 14.07.2014.

Ambasada e Republikës së Shqipërisë në Greqi (Botschaft der Rep. Albanien in Griechenland): *Intervista e Ambasadorit shqiptar në Greqi, z. Dashnor Dervishi për Gazetën shqiptare (Das Interview des albanischen Botschafters in Griechenland, Herrn Dashnr Dervishi für die Zeitung „Gazeta Shqiptare“)*. <http://www.ambasadat.gov.al/greece/sq/intervista-e-ambasadorit-shqiptar-n%C3%AB-greqi-z-dashnor-dervishi-p%C3%ABr-gazet%C3%ABn-shqiptare>. Letzter Zugriff am 28.12.2015.

Ambasada e Republikës së Shqipërisë në Itali (Botschaft der Rep. Albanien in Italien): *Marrëveshje dypalëshe nga viti 1991 (Bilaterale Abkommen seit 1991)*. <http://www.ambasadat.gov.al/italy/sq/marr%C3%ABveshje-dypal%C3%ABshe-nga-viti-1991>. Letzter Zugriff am 21.05.2015.

Armakolas, Ioannis: *The Greek Public Opinion towards Albania and the Albanians: Social attitudes and perceptions*. = SE Europe Programme. **ELIAMEP (Hrsg.) und Friedrich Ebert Stiftung**. o. O., Dezember 2013. Abrufbar unter: <http://www.eliamep.gr/wp-content/uploads/2013/12/The-Greek-public-opinion-towards-Albania-Final-report-Dec-2013.pdf>. Letzter Zugriff am 13.12.2014.

ASHE/Aleanca për Shqipërinë Evropiane (AEA/Allianz für das Europäische Albanien): *Programi i Qeverisë (Regierungsprogramm) 2013-2017*. o.O. o.J. Abrufbar unter: <http://www.ps.al/te-reja/19691/>. Letzter Zugriff am 08.02.2014.

Balkan Insight: *European Parliament Backs Albania, Bosnia Visa Liberalisation*. Artikel von **Besar Likmeta**, Tirana 07. Oktober 2010. <http://www.balkaninsight.com/en/article/european-parliament-backs-albania-bosnia-visa-liberalization>. Letzter Zugriff am 10.04.2015.

Balkan Insight: *Frattini: EU Visa Liberalisation Decision on June 2*. 12 April 2010. <http://www.balkaninsight.com/en/article/frattini-eu-visa-liberalisation-decision-on-june-2>. Letzter Zugriff am 31.05.2015.

Barjaba, Kosta/ Leka, Martin: *Directory of Political Parties in Albania*. In: **Barjaba, Kosta** (Hrsg.): *Albania's Democratic Elections, 1991-1997: Analyses, Documents and Data*. = Founding Elections in Eastern Europe. Verlag Edition Sigma, Berlin 2004. S. 9-19.

Barjaba, Kosta: *Towards Democracy: New Identity, New Values*. In: **Barjaba, Kosta** (Hrsg.): *Albania's Democratic Elections, 1991-1997: Analyses, Documents and Data*. = Founding Elections in Eastern Europe. Verlag Edition Sigma, Berlin 2004. S. 131-142.

Bartl, Peter: *Albanien. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart*. Verlag Friedrich Pustet, Regensburg 1995.

Bartlett, William: *Europe's Troubled Region: Economic development, institutional reform and social welfare in the Western Balkans.* = Routledge studies in development economic. Verlag Routledge Taylor & Francis Group, Oxon 2008.

Bergmann, Jan (Hrsg.): *Handlexikon der Europäischen Union.* 4. Aufl. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2012.

Biberaj, Elez: *Albania.* In: **Bugajski, Janusz** (Hrsg.): *Western Balkans Policy Review 2010: A Report of the CSIS Lavrentis Lavrentis Lavrentiadis Chair in Southeast European Studies.* Center for Strategic and International Studies – CSIS, Washington D.C. 2010, S. 45-53.

Bogdani, Mirela/ Loughlin, John (Hrsg.): *Albania and the European Union: The Tumultuous Journey towards Integration and Accession.* Verlag I.B. Tauris, New York/ London 2007.

Bregu, Majlinda: **Interview Nr. 03:** *Mündliches Interview zu der Masterarbeit: „Albaniens Weg in die Europäische Union: Zwischen Konditionalität und partikularen Interessen“.* Gesamtzeit: 41 Minuten, 10 Sekunden. Tirana, 29. März 2015.

Brummer, Klaus: *Der Europarat: Eine Einführung.* VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2008.

BTI/Bertelsmann Stiftung – BTI 2014: *Albania Country Report.* Gütersloh: Bertelsmann Stiftung, 2014. Abrufbar unter: <http://www.bti-project.org/reports/country-reports/ecse/alb/2014/index.nc>. Letzter Zugriff am 04.12.2014.

Buçpapaj, Ukë Zenel: *Governments and Governing after the Introduction of Political Pluralism in Albania (1991-1999).* In: **Barjaba, Kosta** (Hrsg.): *Albania's Democratic Elections, 1991-1997: Analyses, Documents and Data.* = Founding Elections in Eastern Europe. Verlag Edition Sigma, Berlin 2004. S. 159-187.

Bumçi, Aldo: *Albania's search for security 1992 to date.* In: **Gustenau, Gustav E.** (Hrsg.): *Ten Years After: Democratisation and Security Challenges in South East Europe.* Verlag National Defence Academy Vienna. Wien, Mai 2001, S. 41-60.

Cela, Alba/ Lleshaj, Sashenka: *Albanian Greek relations from the eyes of the Albanian public – perceptions 2013.* **Albanian Institute for International Studies** und **Friedrich-Ebert-Stiftung** (Hrsg.), Tirana, März 2014. Abrufbar unter: <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/albanien/10896.pdf>. Letzter Zugriff am 01.03.2014.

CofEU /Council of the European Union: Presse 294, 15957/10_: *Visa liberalization for Albania and Bosnia and Herzegovina.* Brussels, 8 November 2010. Abrufbar unter: https://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/jha/117555.pdf. Letzter Zugriff am 14.04.2015.

CofEU/Council of the European Union: 15273/1/05, REV 1, COWEB 217: *Relations with the Western Balkans: Draft Council Decision on the principles, priorities and conditions contained in the European Partnership with Albania.,* Brussels, 7. December 2005. Abrufbar unter: <http://register.consilium.europa.eu/doc/srv?!=EN&t=PDF&gc=true&sc=false&f=ST%2015273%202005%20REV%201>. Letzter Zugriff am 14.10.2014.

CofEU/Council of the European Union: 8154/06, COWEB 73: *Legislative Acts and other Instruments: Interim Agreement on Trade and trade-related matters between the European Community, of the one part, and the Republic of Albania, of the other part.* Brussels, 22.05.2006. Abrufbar unter: http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/albania/st08154.06_en.pdf. Letzter Zugriff am 09.10.2014.

CofEU/Council of the European Union: 8164/06, COWEB 76: *Legislative Acts and other Instruments: Stabilisation and Association Agreement between the European Communities and their Member States, of the one part, and the Republic of Albania, of the other part.* Brussels, 22.05.2006. Abrufbar unter: http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/albania/st08164.06_en.pdf. Letzter Zugriff am 09.10.2014.

CofEU/Council of the European Union: *Council conclusions on Enlargement and Stabilisation and Association Process: General Affairs Council Meeting.* Brussels, 17 December 2013. Abrufbar unter: http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/genaff/140142.pdf. Letzter Zugriff am 03.05.2015.

CofEU/Council of the European Union: Presse 358, 11198/14: *General Affairs.* Luxembourg, 24 June 2014. Abrufbar unter: <http://www.consilium.europa.eu/en/workarea/downloadasset.aspx?id=27338>. Letzter Zugriff am 12.05.2015.

CofEU/Council of the European Union: Presse 517, PR CO 73, 17439/12_: *General Affairs.* Brussels, 11 December 2012. Abrufbar unter: http://europa.eu/rapid/press-release_PRES-12-517_en.htm. Letzter Zugriff am 17.04.2015.

Corriere Della Sera: Dini: " *Sull' Albania pescano nel torbido* " (In Albanien wird im Trüben gefischt). Von Roberto Zuccolini, 9. Juni 1997. http://dict.leo.org/itde/index_de.html#/search=giugno&searchLoc=0&resultOrder=basic&multiwordShowSingle=on. Letzter Zugriff am 22.05.2015.

Der Standard: *Griechenland und Albanien streiten um Seegrenzen.* Von Adelheid Wölfl, Tirana, 1. Juni 2015. <http://derstandard.at/2000016701328/Griechenland-und-Albanien-streiten-um-Seegrenzen>. Letzter Zugriff am 18.06.2015.

DEUA/Delegation of the European Union to Albania: *Political and Economic relations. Key dates in Albania's path towards EU:* http://eeas.europa.eu/delegations/albania/eu_albania/political_relations/index_en.htm Letzter Zugriff am 21.12.2014.

DEUUS/Delegation of the European Union to the United States: *EU-US Relations: Trade and Investment.* <http://www.euintheus.org/what-we-do/policy-areas/trade-investment-and-business/eu-us-relations-trade-and-investment/>. Letzter Zugriff am 30.10.2015.

Di Mauro, Danilo/ Fraile, Marta: *Who Wants More? Attitudes Towards EU Enlargement in Time of Crisis.* In: **EUDO Spotlight 2012/04.** Fiesole, October 2012. Abrufbar unter: <http://www.eui.eu/Projects/EUDO/Documents/2012/Spotlight4.pdf>. Letzter Zugriff am 05.05.2015.

Die Bundesregierung: *Pressekonferenz von Kanzlerin Merkel und dem albanischen Ministerpräsidenten Rama in Berlin.* 1 April 2014. <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2014/04/2014-04-01-pk-merkel-rama.html>. Letzter Zugriff am 11.05.2015.

Die Bundesregierung: *Regionale Hürden gemeinsam überwinden.* 15. Juli 2014. <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Reiseberichte/2014-07-15-gipfel-westbalkan.html>. Letzter Zugriff am 25.10.2015.

DW/Deutsche Welle: *Albania submits bid for European Union membership.* 28.04.2009. <http://www.dw.de/albania-submits-bid-for-european-union-membership/a-4212124>. Letzter Zugriff am 21.03.2015.

EC/Commission of the European Communities: *Bulletin of the European Communities.* No. 6, Volume 26. Brussels, 1993. Abrufbar unter: <http://en.youscribe.com/Product/Download/1098503?format=1>. Letzter Zugriff am 27.01.2015.

EC/Commission of the European Communities: COM (1999) 599 final: *Report from the Commission on the feasibility of negotiating a Stabilisation and Association Agreement with Albania.* Brussels, 24.11.1999. Abrufbar unter: <http://aei.pitt.edu/3539/>. Letzter Zugriff am 10.01.2015.

EC/Commission of the European Communities: COM (2001) 300 final: *Report from the Commission to the Council: On the work of the EU/Albania High Level Steering Group, in preparation for the negotiation of a Stabilisation and Association Agreement with Albania.* Brussels, 06.06.2001. Abrufbar unter: <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX:52001DC0300>. Letzter Zugriff am 14.01.2014.

EC/Commission of the European Communities: COM (2006) 27 final: *Communication from the Commission: The Western Balkans on the road to the EU: consolidating stability and raising Prosperity.* Brussels, 27.01.2006. Abrufbar unter: <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=COM:2006:0027:FIN>. Letzter Zugriff am 03.01.2015.

EC/Commission of the European Communities: SEC (2003) 339, COM (2003) 139 final: *Commission Staff Working Paper: Albania: Stabilisation and Association Report 2003.* Brussels, 26. 3. 2003. Abrufbar unter: http://www.google.at/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=3&ved=0CCgQFjAC&url=http%3A%2F%2Fecas.europa.eu%2Fdelegations%2Falbania%2Fdocuments%2Feu_albania%2F2003_progress_report_en.pdf&ei=iVW2VJSVB8jvar3GgLGj&usg=AFQjCNGsxwZuc3W8PCmB1YsJvTqtI5m8uw&sig2=wGufHK7_0jM_ROd6SPMDRQ. Letzter Zugriff am 14.01.2015.

EC/Commission of the European Communities: SEC (2004) 374 /2, COM (2004) 203 final: *Commission Staff Working Paper: Albania: Stabilisation and Association Report 2004*. Brussels, o. J. Abrufbar unter: http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/albania/cr_alb_en.pdf. Letzter Zugriff am 14.01.2015.

EC/Commission of the European Communities: SEC (2004) 374, COM (2004) 203 final: *Proposal for a Council Decision on the principles, priorities and conditions contained in the European Partnership with Albania*. Brussels, 30.03.2004. Abrufbar unter: <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?qid=1424472732836&uri=CELEX:52004PC0203>. Letzter Zugriff am 20.10.2014.

EC/Commission of the European Communities: SEC (2005) 1421/-22/-23/-24/-26/-28/-33, COM (2005) 561 final: *Communication from the Commission: 2005 enlargement strategy paper*. Brussels, 09.11.2005. Abrufbar unter: <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX:52005DC0561>. Letzter Zugriff am 05.03.2015.

EC/Commission of the European Communities: SEC (2006) 1383, COM (2006) 649 final: *Commission Staff Working Document: Albania 2006 Progress Report*. Brussels, 08. 11. 2006. Abrufbar unter: <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?qid=1425583559561&uri=CELEX:52006SC1383>. Letzter Zugriff am 10.12.2014.

EC/Commission of the European Communities: SEC (2007) 1429, COM (2007) 663: *Commission Staff Working Document: Albania 2007 Progress Report*, Brussels, 6. 11. 2007. Abrufbar unter: <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?qid=1425925492981&uri=CELEX:52007SC1429>. Letzter Zugriff am 12.06.2014.

EC/Commission of the European Communities: SEC (2008) 2692, COM (2008) 674: *Commission Staff Working Document: Albania 2008 Progress Report, accompanying the "Communication from the Commission to the European Parliament and the Council: Enlargement Strategy and Main Challenges 2008-2009"*, Brussels 5. 11. 2008. Abrufbar unter: http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/press_corner/key_documents/reports_nov_2008/albania_progress_report_en.pdf. Letzter Zugriff am 20.06.2014.

EC/Commission of the European Communities: SEC (2009) 1337/3, COM (2009) 533: *Commission Staff Working Document: Albania 2009 Progress Report, accompanying the "Communication from the Commission to the European Parliament and the Council: Enlargement Strategy and Main Challenges 2009-2010"*, Brussels, 14.10.2009. Abrufbar unter: http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2009/al_rapport_2009_en.pdf. Letzter Zugriff am 19.03.2015.

EC/European Commission: COM (2010) 680, SEC (2010) 1335: *Communication from the Commission to the European Parliament and the Council: Commission Opinion on Albania's application for membership of the European Union*. Brussels, 9.11.2010. Abrufbar unter: http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2010/package/al_opinion_2010_en.pdf. Letzter Zugriff am 20.03.2015.

EC/European Commission: COM (2012), 600 final: *Communication from the Commission to the European Parliament and the Council: Enlargement Strategy and Main Challenges 2012-2013*. Brussels, 10.10.2012. Abrufbar unter: <http://aei.pitt.edu/44757/>. Letzter Zugriff am 18.10.2014.

EC/European Commission: COM (2013) 700 final: *Communication from the Commission to the European Parliament and the Council: Enlargement Strategy and Main Challenges 2013-2014*. Brussels, 16.10.2013. Abrufbar unter: http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2013/package/strategy_paper_2013_en.pdf. Letzter Zugriff am 03.05.2015.

EC/European Commission: COM (2014) 331 final: *Report from the Commission to the Council and the European Parliament on Albania's Progress in the Fight Against Corruption and Organised Crime and in the Judicial Reform*. Brussels, 04.06.2014. Abrufbar unter: <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=COM:2014:0331:FIN>. Letzter Zugriff am 10.05.2015

EC/European Commission: Extract from COM (2012), 600 final. Abrufbar unter: http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2012/package/al_conclusions_2012_en.pdf. Letzter Zugriff am 09.01.2015.

EC/European Commission: Flash Eurobarometer 257: *Views on European Union enlargement. Summary*. o. O. February 2009. Abrufbar unter: http://ec.europa.eu/public_opinion/flash/fl_257_en.pdf. Letzter Zugriff am 06.02.2015.

EC/European Commission: IP/08/837: *Roadmap on visa free travel opens EU doors to Albania*. Brussels, 3 June 2008. Abrufbar unter: http://europa.eu/rapid/press-release_IP-08-837_en.htm. Letzter Zugriff am 20.11.2015.

EC/European Commission: Memo/10/218: *European Commission proposes to waive the short-term visa requirement for the citizens of Albania and Bosnia and Herzegovina*. Brussels, 27 May 2010. Abrufbar unter: http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-10-218_en.htm?locale=en. Letzter Zugriff am 13.05.2015.

EC/European Commission: Memo/11/799: *Statement of Commissioner Štefan Füle on the political agreement in Albania*. Brussels, 17 November 2011. Abrufbar unter: http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-11-799_en.htm?locale=en. Letzter Zugriff am 22.04.2014.

EC/European Commission: Memo/14/439: *EU candidate status for Albania*. Brussels, 24 June 2014. Abrufbar unter: http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-14-439_en.htm. Letzter Zugriff am 02.06.2015.

EC/European Commission: SEC (2005) 1421, COM (2005) 561 final: *Albania: 2005 Progress Report*. Brussels, 9 November 2005. Abrufbar unter: <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?qid=1421237687281&uri=CELEX:52005SC1421>. Letzter Zugriff am 12.12.2014.

EC/European Commission: SEC (2010) 1335, COM (2010) 680: *Commission Staff Working Document: Analytical Report accompanying the communication from the Commission to the European Parliament and the Council: Commission Opinion on Albania 's application for membership of the European Union.* Brussels, 09 November 2010. Abrufbar unter: <https://eudelegationalbania.wordpress.com/albania-and-eu/>. Letzter Zugriff am 20.03.2015.

EC/European Commission: SEC (2011) 1205 final: *Commission Staff Working Paper: Albania 2011 Progress Report: Accompanying the document "Communication from the Commission to the European Parliament and the Council". Enlargement Strategy and Main Challenges 2011-2012.* Brussels, 12.10.2011. Abrufbar unter: http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2011/package/al_rapport_2011_en.pdf. Letzter Zugriff am 20.06.2014.

EC/European Commission: Speech/05/680: Speech by Mr. Olli Rehn: *Deeds must follow words – Albania moves towards implementation of the Stabilisation and Association Agreement.* Tirana, 11. November 2005. Abrufbar unter: http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-05-680_en.htm. Letzter Zugriff am 10.11.2015.

EC/European Commission: Speech/13/1057: Füle, Štefan: *Albania has delivered and so should the EU.* Straßburg, 10 December 2013. Abrufbar unter: http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-13-1057_en.htm. Letzter Zugriff am 05.05.2013.

EC/European Commission: Stabilisation and Association Process. http://ec.europa.eu/enlargement/policy/glossary/terms/sap_en.htm. Letzter Zugriff am 11.11.2015.

EC/European Commission: SWD (2012) 334, COM (2012) 600: *Commission Staff Working Document: Albania 2012 Progress Report. Accompanying the document "Communication from the Commission to the European Parliament and the Council: Enlargement Strategy and Main Challenges 2012-2013".* Brussels, 10.10.2012. Abrufbar unter: http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2012/package/al_rapport_2012_en.pdf. Letzter Zugriff am 26.04.2015.

EC/European Commission: SWD (2013) 414 final, COM (2013) 700 final: *Commission Staff Working Document: Albania 2013 Progress Report. Accompanying the document "Communication from the Commission to the European Parliament and the Council: Enlargement Strategy and Main Challenges 2013-2014".* Brussels, 16.10.2013. Abrufbar unter: <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=SWD:2013:0414:FIN>. Letzter Zugriff am 03.05.2015.

EC/Kommission der Europäischen Gemeinschaften: KOM (2003) 285 endgültig: *Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament: Der Westbalkan und die europäische Integration,* Brüssel, den 21.5.2003. Abrufbar unter: http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/ALL/;ELX_SESSIONID=h1xgJKccSBRvR3N2ShKvr2PhnJdr4W2YH2dzpsvLr94vn8LXTJcY!-1749121646?uri=CELEX:52003DC0285. Letzter Zugriff am 20.12.2014.

EMA/European Movement Albania: *Monitoring Report on the Visa Liberalisation Process with Albania: The End and the Beginning*, o.O, Oktober 2010. Abrufbar unter: <http://www.em-al.org/skedaret/1312361174-EMA%20Monitoring%20Report%20-%20The%20End%20and%20the%20Beginning.pdf>. Letzter Zugriff am 12.09.2014.

Embassy of the United States, Tirana-Albania: 2013 Press Releases: *Statement by Secretary Kerry On the Occasion of Albania's National Day (November 28, 2013)*. <http://tirana.usembassy.gov/press-releases2/2013-press-releases.html>. Letzter Zugriff am 03.01.2016.

EP/European Parliament: P7_TA-PROV(2013)0596: *European Parliament resolution of 12 December 2013 on the 2013 Progress Report on Albania*. Straßburg 12. December 2013. Abrufbar unter: <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P7-TA-2013-0596&format=XML&language=EN>. Letzter Zugriff am 04.05.2015.

ESI/European Stability Initiative: *Assessments by the European Commission of Albania and Bosnia: Albania* (Document, 19 April 2010, S. 1,6, 19, 39). <http://www.esiweb.org/index.php?lang=en&id=353>. Letzter Zugriff am 20.11.2015.

ESI/European Stability Initiative: *Visa liberalisation roadmaps: Albania*. (Document, 2 June 2008) <http://www.esiweb.org/index.php?lang=en&id=352>. Letzter Zugriff am 20.06.2014.

EUCO 79/14, CO EUR 4, CONCL 2: *Conclusions*. Brussels, 27 June 2014. Abrufbar unter: http://www.consilium.europa.eu/register/en/content/out/?&typ=ENTRY&i=ADV&DOC_ID=ST-79-2014-INIT. Letzter Zugriff am 11.05.2015.

EurActiv: *2,280 questions asked about Albania's EU readiness*. 17.12.2009. <http://www.euractiv.com/enlargement/2280-questions-asked-albania-eu-readiness/article-188421>. Letzter Zugriff am 25.03.2015.

EurActiv: *Albania to lift obstacle to EU candidate status*. 13.06.2014. <http://www.euractiv.com/sections/enlargement/albania-lift-obstacle-eu-candidate-status-302785>. Letzter Zugriff am 10.05.2015.

EurActiv: *Greece drops enlargement from its EU presidency priorities*. 23.08.2013. <http://www.euractiv.com/priorities/greece-drops-enlargement-eu-pres-news-529920>. Letzter Zugriff am 16.06.2015

EurActiv: *The Netherlands vetoes Albania's EU candidate status*. 13.12.2013. <http://www.euractiv.com/enlargement/netherlands-vetoes-albania-eu-ca-news-532360>. Letzter Zugriff am 05.05.2015.

EurActiv: *UK no longer advocates for EU enlargement*. 21.12.2013. <http://www.euractiv.com/enlargement/uk-longer-strongest-advocate-eu-news-532554>. Letzter Zugriff am 02.05.2015

Eurasia Review: *Eight EU Foreign Ministers Support Albania's Candidacy – OpEd*. Von Peter Tase, 15 Dezember 2013. <http://www.eurasiareview.com/15122013-eight-eu-foreign-ministers-support-albanias-candidacy-oped/>. Letzter Zugriff am 03.05.2015.

Europa: *Der Prozess bis zum Beitritt eines neuen Mitgliedstaates:*

http://europa.eu/legislation_summaries/enlargement/ongoing_enlargement/114536_de.htm.

Letzter Zugriff am 18.11.2014.

Europäische Union: *Konsolidierte Fassungen des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union. Charta der Grundrechte der Europäischen Union.* Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, Luxemburg. Veröffentlicht in Belgien 2010. Abrufbar unter: http://europa.eu/eu-law/decision-making/treaties/index_de.htm. Letzter Zugriff am 26.01.2015

Europäische Union: *Vertrag von Amsterdam zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union, der Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften sowie einiger damit zusammenhängender Rechtsakte.* Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, Luxemburg. Veröffentlicht in Deutschland 1997. Abrufbar unter: http://europa.eu/eu-law/decision-making/treaties/index_de.htm. Letzter Zugriff am 26.01.2015.

Europäischer Rat/ Rat der EU: *Europäischer Rat.*

<http://www.consilium.europa.eu/de/european-council/>. Letzter Zugriff am 23.09.2014.

Europäischer Rat/Rat der EU: *Rat der Europäischen Union:*

<http://www.consilium.europa.eu/de/council-eu/>. Letzter Zugriff am 23.09.2014.

Europarat: *47 Mitgliedsstaaten:* <http://www.coe.int/de/web/portal/47-members-states>. Letzter Zugriff am 09.12.2014.

Europarat: *Statistik über Unterzeichnungen und Ratifizierungen : Albanien.*

<http://www.coe.int/de/web/conventions/search-on-states/-/conventions/chartStats/ALB>. Letzter Zugriff am 05.01.2016.

European Commission: *About the European Commission.*

http://ec.europa.eu/about/index_en.htm. Letzter Zugriff am 25.10.2015.

Farnesina: *UE-Albania: Terzi: "La candidatura di Tirana è interesse italiano" (Die Kandidatur Tiranas ist im Interesse Italiens).* 09.07.2012.

http://www.esteri.it/mae/it/sala_stampa/archivionotizie/approfondimenti/2012/07/20120709_ue_albania.html. Letzter Zugriff am 13.04.2015.

FAZ.NET: *Slowenien bremst Kroatien aus.* 19.12.2008

<http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/eu-beitrittsverhandlungen-slowenien-bremst-kroatien-aus-1624375.html>, Letzter Zugriff am 29.01.2015

Fera, Giuseppe (Hrsg.)/Simone, Nicola: *Itali-Shqiperi, ura qe lidh Bashkimin Evropian me Ballkanin. (Italien-Albanien, die Brücke die EU mit dem Balkan verbindet).* «Originaltitel: *IL Ponte Italia-Albania Tra L'Unione Europea e i Balcani*». Verlag LBN Editor, Tirana 2011.

Fierke, Karin M./ Wiener, Antje: *Constructing institutional interests: EU and NATO enlargement.* In: **Schimmelfennig, Frank/ Sedelmeier, Ulrich** (Hrsg.): *The Politics of European Union Enlargement: Theoretical Approaches.* = Routledge Advances in European Politics. Verlag Routledge Taylor and Francis Group, u.a. Oxon 2005, S. 99-119.

Fletorja Zyrtare e Republikës së Shqipërisë (Das Offizielle Blatt der Republik Albanien), Nr. 58, 25 Mai 2012. S. 2885. Abrufbar unter: http://www.qbz.gov.al/botime/fletore_zyrtare/2012/PDF-2012/58-2012.pdf. Letzter Zugriff am 05.01.2016.

Freyburg, Tina/ Lavenex, Sandra/ Schimmelfennig, Frank/ Scholtz, Hanno/ Skripka, Tatiana/ Wetzel, Anne: *Neue Wege der externen Demokratieförderung: Demokratisches Regieren in der Europäischen Nachbarschaftspolitik*. In: **Erdmann, Gero/ Kneuer, Marianne** (Hrsg.): *Externe Faktoren der Demokratisierung*. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2009. S. 169-193.

Frontex: *Circular route from Albania to Greece*. <http://frontex.europa.eu/trends-and-routes/circular-route-from-albania-to-greece/>. Letzter Zugriff am 10.06.2015.

Gazeta Shqip: "Presidenti", dështojnë negociatat, mazhoranca propozon Artan Hoxhën, opozita kundër. („Der Präsident“, Verhandlungen scheitern, Mehrheit schlägt Artan Hoxha vor, Opposition ist dagegen.). 10. Juni 2012. <http://gazeta-shqip.com/lajme/2012/06/10/presidenti-deshton-e-negociatave-mazhoranca-propozon-artan-hoxhen-opozita-nuk-e-pranon/>. Letzter Zugriff am 25.04.2015.

Gazeta Shqip: *Berisha kërcënon Topin, Ramën dhe Shaqirin: Do të hetohen si puçistë* (Berisha droht dem Topi, Rama und Shaqiri: Ihr werdet als Putschisten ermittelt). Von **Bledar Hoti**, 25. August 2012. <http://gazeta-shqip.com/lajme/2012/08/25/berisha-kercenon-topin-ramen-dhe-shaqirin-do-te-hetohen-si-puciste/>. Letzter Zugriff am 25.04.2015.

Gazeta Shqip: *Bregu: Mazhoranca doli e fortë, politika nuk duhet përbuzur*. (Bregu: Die Mehrheit zeigte sich stark, die Politik darf nicht verachtet werden). 12. Juni 2012. <http://gazeta-shqip.com/lajme/2012/06/12/bregu-mazhoranca-doli-e-forte-politika-nuk-duhet-perbuzur/>. Letzter Zugriff am 25.04.2015.

Gazeta Shqip: *Debat mes ekspertëve në lidhje me rolin e Greqisë dhe Turqisë në marrëdhëniet me Tiranën* (Debatte unter Experten hinsichtlich der Rolle Griechenlands und der Türkei in den Beziehungen zu Tirana). Nr. 289 (2736), 23. Oktober 2013.

Gazeta Shqip: *Intervista: Eksperti Gledis Gjipali analizon favoret e statusit* (Interview: Der Experte Gledis Gjipali analysiert die Vorteile des Kandidatenstatus). Von **Fatjona Mejdini**, Nr. 289 (2736), 23 Oktober 2013.

Geddes, Andrew: *The Politics of Migration and Immigration in Europe*. = Sage Politics Texts. Verlag Sage Publications Ltd, u.a. London 2003.

George, Alexander L./Bennett, Andrew: *Case Studies and Theory Development in the Social Sciences*. = Belfer Center Studies in International Security. MIT Press, Cambridge 2005.

Georgiu, Theodossis: *Roli i Greqisë në Bashkëpunimin me Shqipërinë dhe Vendet e tjera ballkanike* (Die Rolle Griechenlands in der Zusammenarbeit mit Albanien und den anderen balkanischen Ländern). In: **Barjaba, Kosta/Gasparini, Alberto** (Hrsg.): *Rruga Shqiptare e Modernizimit: Ngjarje, Klasa Politike, Njerëz dhe Marrëdhënie Ndërkombëtare* (Der albanische

Weg zur Moderne: Ereignisse, die Politische Klasse, Personen und Internationale Beziehungen). Verlag Grafica Goriziana. Gorizia 2001, S. 183-187.

Gjipali, Gledis: *Albania*. In: **Freedom House: Nations in Transit 2013**. o. O. 2013, S. 52-69. Abrufbar unter: <https://freedomhouse.org/report/nations-transit/2013/albania#.VTzdlpMinSa>. Letzter Zugriff am 24.04.2015.

Gjipali, Gledis: Interview Nr. 02: *Mündliches Interview zu der Masterarbeit: „Albaniens Weg in die Europäische Union: Zwischen Konditionalität und partikularen Interessen“*. Gesamtzeit: 23 Minuten, 54 Sekunden. Tirana/Wien, 22. März 2015.

GJKRSH/Gjykata Kushtetuese e Republikës së Shqipërisë (Verfassungsgericht der Republik Albanien): *Njoftim (Kundmachung)*. 2010. http://www.gjk.gov.al/web/NJOFTIM_587_1.php. Letzter Zugriff am 16.06.2015.

Gjonça, Arjan: *Albanische Emigration in den neunziger Jahren – eine neue Ära in der demographischen Entwicklung*. In: **Kaser, Karl/ Pichler, Robert/ Schwandner-Sievers, Stephanie** (Hrsg.): *Die weite Welt und das Dorf: Albanische Emigration am Ende des 20. Jahrhunderts*. = Zur Kunde Südosteuropas – Albanologische Studien. Bd. 3. Böhlau Verlag GmbH und Co. KG, u.a. Wien 2002. S. 15-38.

Gläser, Jochen/ Laudel, Grit: *Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse: als Instrumente rekonstruierender Untersuchungen*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2004.

Grabbe, Heather/ Knaus, Gerald/ Korski, Daniel: *Beyond Wait-And-See: The Way Forward for EU Balkan Policy*. In: **European Council on Foreign Relations: Policy Brief**. 21 May 2010. Abrufbar unter: http://www.ecfr.eu/page/-/ECFR21_BALKAN_BRIEF.pdf. Letzter Zugriff am 22.07.2014.

Grimm, Sonja: *Demokratisierung von außen: Der Beitrag externer Akteure zur politischen Transformation nach Kriegen und Interventionen*. In: **Erdmann, Gero/ Kneuer, Marianne** (Hrsg.): *Externe Faktoren der Demokratisierung*. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2009. S. 103-126.

Hajrullahu, Arben: *Langfristiger Frieden am Westbalkan durch EU-Integration: Der EU-Integrationsprozess als Chance für die Überwindung des serbisch-kosovarischen Konfliktes*. = Schriftenreihe der Europäischen Akademie Bozen, Bereich „Minderheiten und Autonomien“. Bd. 9. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2007.

Haller, Max: *Die Europäische Integration als Elitenprozess: Das Ende eines Traums?* VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2009.

Hart, Laurie Kain: *Një histori e marrëdhënieve Greko-Shqiptare (Eine Geschichte der griechisch-albanischen Beziehungen)*. In: **Barjaba, Kosta/Gasparini, Alberto** (Hrsg.): *Rruga Shqiptare e Modernizimit: Ngjarje, Klasa Politike, Njerëz dhe Marrëdhënie Ndërkombëtare (Der albanische Weg zur Moderne: Ereignisse, die Politische Klasse, Personen und Internationale Beziehungen)*. Verlag Grafica Goriziana. Gorizia 2001, S. 173-182.

Hofbauer, Hannes: *EU-Osterweiterung: Historische Basis - ökonomische Triebkräfte – soziale Folgen.* Promedia Druck- und Verlagsges.m.b.H., Wien 2007.

Hoffmann, Judith: *Die Integration Südosteuropas: Die Demokratisierungspolitik europäischer Organisationen in Albanien.* Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2008.

Horváth, Zoltán: *Handbook On The European Union.* Verlag HVG-ORAC Publishing House Ltd., Budapest 2005.

HR/Hellenic Republic- MFA/Ministry of Foreign Affairs: *Deputy Prime Minister and Foreign Minister Venizelos' initiatives regarding the results of yesterday's General Affairs Council vis-à-vis promotion of the European perspective of the Western Balkans.* 18. Dez. 2013. <http://www.mfa.gr/en/current-affairs/news-announcements/deputy-prime-minister-and-foreign-minister-venizelos-initiatives-regarding-the-results-of-yesterdays-general-affairs-council-vis-a-vis-promotion-of-the-european-perspective-of-the-western-balkans.html>.
Letzter Zugriff am 16.06.2015

IIA/Invest in Albania: *Albania solves disputes with ČEZ company.* 27 Juni 2014. <http://invest-in-albania.org/albania-settles-cez/#>. Letzter Zugriff am 12.05.2015.

Il Messaggero: *La rivincita dell'Albania, arrivano gli italiani a cercare lavoro (Die Revanche Albaniens, es kommen die Italiener um Arbeit zu suchen).* 5. Juni 2014. http://www.ilmessaggero.it/primopiano/cronaca/albania_italiani_lavoro_rivincita/notizie/728230.shtml. Letzter Zugriff am 17.03.2015

Immerfall, Stefan: *Europa – politisches Einigungswerk und gesellschaftliche Entwicklung: Eine Einführung.* VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2006.

INSTAT: *Tregtia e Jashtme (Außenhandel).* Abrufbar unter: <http://www.instat.gov.al/al/themes/tregtia-e-jashtme.aspx?tab=tabs-5>. Letzter Zugriff am 10.02.2015.

International Election Observation Mission: *Republic of Albania – Parliamentary Elections, 28 June: Statement of Preliminary Findings and Conclusions.* Tirana, 29 June 2009, S. 1, 2. Abrufbar unter: <http://www.osce.org/odihr/elections/albania/37853?download=true>. Letzter Zugriff am 15.03.2015.

Internazionale: *Italia-Albania. Letta: Italia vuole Albania in Ue, convinceremo gli altri (Italien-Albanien. Letta: Italien möchte Albanien in die EU, wir werden die anderen überzeugen).* 12 Dezember 2013. <http://archivio.internazionale.it/news/italia-albania/2013/12/12/letta-italia-vuole-albania-in-ue-convinceremo-gli-altri>. Letzter Zugriff am 02.03.2015

Islami, Enfrid: *The EU and Albania: Dealing with Repercussions of the EU Crisis on Albania's Aspirations to Membership.* In: **Felberbauer, Ernst M./ Jureković, Predrag** (Hrsg.): *The EU Meeting ist International Challenges: Implications for Stability in the Western Balkans.* 24th Workshop of the Study Group „Regional Stability in South East Europe“. = Study Group Information. Verlag HDruckZ (Heeresdruckzentrum), Vienna, November 2012. S. 71-84.

Jachtenfuchs, Markus/ Kohler-Koch, Beate: *Governance and institutional development*. In: **Wiener, Antje/ Diez, Thomas:** *European Integration Theory*. Oxford Press University Inc., New York 2004. S. 97-115.

Jarvis, Christopher: *The Rise and Fall of Albania's Pyramid Schemes*. In: **International Monetary Fund (IMF): Finance and Development**, Volume 37, Number 1, March 2000. Abrufbar unter: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/fandd/2000/03/jarvis.htm>. Letzter Zugriff am 18.02.2015

Jedlaucnik, Herwig: *Der Albanische Staat in der Krise*. = Informationen zur Sicherheitspolitik (vom Jahr 1999). Verlag des Militärwissenschaftliches Büros des Bundesministeriums für Landesverteidigung, Wien 1999.

Judd, Tony: *Große Illusion Europa: Gefahren und Herausforderungen einer Idee*. Carl Hanser Verlag, München u. Wien 1996.

Kadare, Ismail: *Albanischer Frühling: Berichte, Briefe, Betrachtungen*. Neuer Malik Verlag. Kiel 1991.

Kagan, Robert: *Power and Weakness*. In: **Held, David/ Koenig-Archibugi, Mathias:** (Hrsg.): *American Power in the Twenty-First Century*. Polity Press, Cambridge/ Malden 2004. S. 134-166.

Kaser, Michael: *Die Nationalökonomie Albaniens im Transformationsprozeß*. In: **Jordan, Peter/ Kaser, Karl/ Lukan, Walter/ Schwandner-Sievers/ Sundhaussen, Holm** (Hrsg.): *Albanien: Geographie-Historische Anthropologie-Geschichte-Kultur-Postkommunistische Transformation*. = Österreichische Osthefte, SonderBd. 17, Peter Lang GmbH-Europäischer Verlag der Wissenschaften, Frankfurt a. M. 2003, S. 379-395.

Klosi, Ardian: *Free Elections and the New Media in Albania after 1990*. In: **Barjaba, Kosta** (Hrsg.): *Albania's Democratic Elections, 1991-1997: Analyses, Documents and Data*. = Founding Elections in Eastern Europe. Verlag Edition Sigma, Berlin 2004. S. 95-100.

Kochenov, Dimitry: *EU Enlargement and the Failure of Conditionality: Pre-accession Conditionality in the Fields of Democracy and the Rule of Law*. = European Monographs, Bd. 59. Verlag Kluwer Law International, Alphen aan den Rijn 2008.

Kodi Zgjedhor i Republikës së Shqipërisë (Wahlgesetz der Republik Albanien): Miratuar me ligjin nr.10019, datë 29.12.2008, dhe ndryshuar me ligjin nr.74/2012, datë 19.07.2012 dhe ligjin nr. 31/2015, datë 02.04.2015 (Genehmigt durch das Gesetz Nr. 10019 vom 29.12.2008 und geändert durch das Gesetz Nr. 74/2012 vom 19.07.2012 sowie das Gesetz Nr. 31/2015 vom 02.04.2015). Abrufbar unter: <http://www.osce.org/sq/albania/159511>. Letzter Zugriff am 05.01.2015.

Kokkali, Ifigeneia: *From scapegoats to 'good' immigrants? Albanians' supposedly 'successful' integration to Greece*. In: **Quaderni del Circolo Rosselli-QCR: Europa: immigranti e citta**. 3/2011, S. 161-173. Abrufbar unter: <http://polimi.academia.edu/IfigeneiaKokkali>. Letzter Zugriff am 05.06.2015

Kondis, Basil: *Greece and Albania 1908-1914*. Verlag Institute for Balkan Studies, Thessaloniki 1976.

Krech, Hans: *Der Bürgerkrieg in Albanien 1997: Ein Handbuch*. = Bewaffnete Konflikte nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes. Bd. 4. Verlag Dr. Köster, Berlin 1997.

Kressing, Frank: *General Remarks on Albania and the Albanians*. In: **Kressing, Frank/ Kaser, Karl** (Hrsg.): *Albania – a country in transition: Aspects of changing identities in a South-Eastern European country*. = Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Bd. 51. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2002. S. 11-26.

Kretsi, Georgia: „Shkelqen“ oder „Giannis“? Namenwechsel und Identitätsstrategien zwischen Heimatkultur und Migration. In: **Kaser, Karl/ Pichler, Robert/ Schwandner-Sievers, Stephanie** (Hrsg.): *Die weite Welt und das Dorf: Albanische Emigration am Ende des 20. Jahrhunderts*. = Zur Kunde Südosteuropas – Albanologische Studien. Bd. 3. Böhlau Verlag GmbH und Co. KG, u.a. Wien 2002. S. 262-284.

Kryeministria (Ministerpräsidentenamt): *Shqipëria, Kandidat në BE (Albanien, EU-Kandidat)*. 29 Juni 2014. <http://www.kryeministria.al/al/newsroom/fjalime/shqiperia-kandidat-ne-be1404028477&page=14>. Letzter Zugriff am 14.05.2015.

Kuko, Valbona: *Stabilization and association process in Albania and institutional framework*. o.O. o. J. Abrufbar unter:

<http://www.google.at/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=5&ved=0CDgQFjAE&url=http%3A%2F%2Fcore.kmi.open.ac.uk%2Fdownload%2Fpdf%2F11870789.pdf&ei=McSyVLK3K5PuaI-VgAg&usg=AFQjCNH3XrraM2vRXZm0XqP0UYfj4jEzHA&sig2=Z6YA18TC9PRYOydf-i9aXg>. Letzter Zugriff am 10.01.2015.

Kureta, Shpresa: Interview Nr. 01: *Schriftliches Interview zu der Masterarbeit: „Albaniens Weg in die Europäische Union: Zwischen Konditionalität und partikularen Interessen“*. Warschau, Juli 2015.

Kushtetuta e Republikës së Shqipërisë (Verfassung der Republik Albanien), Gesetz Nr. 8417, am 21.10.1998, geändert. Approbiert durch Volksbefragung am 28.11.1998. Veröffentlicht vom „Qendra Për Nisma Ligjore Qytetare“ (Zentrum für Bürgerliche Gesetzesinitiativen), Tirana 2009.

Lakshman-Lepain, Rajwantee: *Albanian Islam – Development and Disruptions*. In: **Kressing, Frank/ Kaser, Karl** (Hrsg.): *Albania – a country in transition: Aspects of changing identities in a South-Eastern European country*. = Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Bd. 51. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2002. S. 39-64.

Lleshaj, Sashenka/ Sulçebe, Dritan: *Greece and the Albanian-Greek relations in the Albanian printed Media 2014*. **Albanian Institute for International Studies** und **Friedrich-Ebert-**

Stiftung (Hrsg.). Tirana, o. J. Abrufbar unter: <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/albanien/11319.pdf>. Letzter Zugriff 01.03.2014

Löhr, Hans Christian: *Die Gründung Albaniens: Wilhelm zu Wied und die Balkan-Diplomatie der Großmächte*. Verlag Peter Lang, Frankfurt am Main 2010.

Lubonja, Fatos: *The Introduction of Political Pluralism in Albania*. In: **Barjaba, Kosta** (Hrsg.): *Albania's Democratic Elections, 1991-1997: Analyses, Documents and Data*. = Founding Elections in Eastern Europe. Verlag Edition Sigma, Berlin 2004. S. 21-63.

Major, Claudia: *NATO: Die USA und ihre europäischen Zwerge*. Berlin, 15.05.2012. In: **SWP/DIIPS: Publikationen**. <http://www.swp-berlin.org/de/publikationen/kurz-gesagt/nato-die-usa-und-ihre-27-europaeischen-zwerge.html>. Letzter Zugriff am 02.11.2015.

Meta, Beqir: *Shqipëria dhe Greqia 1949-1990: Paqja e vështirë (Albanien und Griechenland 1949-1990: Der schwierige Frieden)*. Verlag Koçi, Tirana 2004

Meyr, Georg: *Roli i Italisë, ndërmjet historisë dhe gjeografisë (Italiens Rolle, zwischen Geschichte und Geographie)*. In: **Barjaba, Kosta/Gasparini, Alberto** (Hrsg.): *Rruga Shqiptare e Modernizimit: Ngjarje, Klasa Politike, Njerëz dhe Marrëdhënie Ndërkombëtare (Der albanische Weg zur Moderne: Ereignisse, die Politische Klasse, Personen und Internationale Beziehungen)*. Verlag Grafica Goriziana. Gorizia 2001, S. 227-231.

Milo, Paskal: *Albania in its long and difficult road into European Integration*. In: **Preus, Wolf/Bianku, Ledi** (wissenschaftliche Koordinatoren): *Monitoring Albania's Path to European Integration (Monitorimi i Ecjes së Shqipërisë Drejt Integritimit Europian)*. Eine Studie der **Friedrich – Ebert – Stiftung** in Tirana, Februar 2003. S. 7-20.

Milo, Paskal: Interview Nr. 04: *Mündliches Interview zu der Masterarbeit: „Albaniens Weg in die Europäische Union: Zwischen Konditionalität und partikularen Interessen“*. Gesamtzeit: 47 Minuten, 12 Sekunden. Tirana, 03. April 2015.

Morisse-Schilbach, Melanie: *Historischer Institutionalismus*. In: **Bieling, Hans-Jürgen/Lerch, Marika** (Hrsg.): *Theorien der europäischen Integration*. 3. Aufl. Verlag Springer VS, Wiesbaden 2012, S. 225-245.

NATO/North Atlantic Treaty Organization: *NATO's relations with Albania*. http://www.nato.int/cps/en/natohq/topics_48891.htm. Akt. zuletzt am 28. Aug. 2014. Letzter Zugriff am 20.03.2015.

NATO/North Atlantic Treaty Organization: *Strategic Concept for the Defence and Security of the Members of the North Atlantic Treaty Organization*. Adopted by Heads of State and Government at the NATO Summit in Lisbon 19-20 November 2010. Abrufbar unter: <http://www.nato.int/nato-welcome/index.html>. Letzter Zugriff am 21.08.2015.

NATO/North Atlantic Treaty Organization: *The Partnership for Peace Programme*: http://www.nato.int/cps/en/natolive/topics_50349.htm. Letzter Zugriff am 19.05.2014.

New Europe online: *Albania's questionnaire first step in EU integration.* Von **Alia Papageorgiou**, 18.04.2010. <http://www.neweurope.eu/article/albania-s-questionnaire-first-step-eu-integration>. Letzter Zugriff am 25.03.2015.

Niglia, Federico: *L'Albania nella politica estera italiana dagli anni novanta ad oggi (Albanien in der Außenpolitik Italiens von den 90er Jahren bis heute).* In: **Istituto Affari Internazionali-IAI:** *L'Albania verso l'Unione europea: il ruolo dell'Italia (Albanien in Richtung EU: die Rolle Italiens).* Documenti IAI 09/12. o.O. Juni 2009, S. 26-37. Abrufbar unter: <http://pubblicazioni.iai.it/pdf/DocIAI/iai0912.pdf>. Letzter Zugriff am 02.03.2015.

OJ/Official Journal of the European Communities, C 236/65, Volume 38, S. 65-78, Brussels, 11.09.1995: *Opinion on Relations between European Union and Albania.* Abrufbar unter: <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?qid=1424440456509&uri=OJ:C:1995:236:TOC>. Letzter Zugriff am 20.02.2015.

OJ/Official Journal of the European Communities, L 343, Volume 35, Brussels, 25.11.1992: *Legislation.* Abrufbar unter: <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?qid=1417369143944&uri=OJ:L:1992:343:TOC> Letzter Zugriff am 20.02.2014.

OJ/Official Journal of the European Union, L 210, S. 82-93, Brussels, 31.07.2006: *Council Regulation (EC) No 1085/2006 of 17 July 2006 establishing an Instrument for Pre-Accession Assistance (IPA).* Abrufbar unter: <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?qid=1417372153641&uri=CELEX:32006R1085> Letzter Zugriff am 30.11.2014.

OJ/Official Journal of the European Union, L 334, S. 85-95, Brüssel 19.12.2007: *Agreement between the European Community and the Republic of Albania on the facilitation of the issuance of visas.* Abrufbar unter: <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/ALL/?uri=CELEX:22007A1219%2805%29&qid=1395933714988>. Letzter Zugriff am 08.03.2015.

OJ/Official Journal of the European Union, L 86, S. 1-2, Brussels, 24.03.2004: *Council Regulation (EC) No 533/2004 of 22 March 2004 on the establishment of European partnerships in the framework of the stabilisation and association process.* Abrufbar unter: <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/ALL/?uri=CELEX:32004R0533>. Letzter Zugriff am 14.01.2014.

OSCE/ODIHR: *Republic of Albania: Local Government Elections 8 May 2011. OSCE/ODIHR Election Observation Mission Final Report.* Warsaw, 15 August 2011. Abrufbar unter: <http://www.osce.org/odihr/81649>. Letzter Zugriff am 17.04.2015.

OSCE/ODIHR: *Republic of Albania: Parliamentary Elections 23 June 2013. OSCE/ODIHR Election Observation Mission Final Report.* Warsaw, 10 October 2013. Abrufbar unter: <http://www.osce.org/odihr/elections/106963>. Letzter Zugriff am 17.04.2015

OSCE: *Albania's local elections were competitive and transparent, but political parties acted irresponsibly, observers say.* o. O., 10 May 2011. <http://www.osce.org/odihr/elections/77441>. Letzter Zugriff am 10.04.2015.

OSCE-Presence in Albania: *Report by the Head of the OSCE Presence in Albania to the OSCE Permanent Council.* o.O., 20.09.2007. Abrufbar unter: <http://www.osce.org/albania/26817>. Letzter Zugriff am 23.10.2014.

Panorama: *Monti: Mbështetje Shqipërisë në BE (Monti: Unterstützung für Albanien in die EU).* 08. Mai 2012. http://www.panorama.com.al/monti-mbeshtetje-shqiperise-ne-be/?fdx_switcher=true. Letzter Zugriff am 05.05.2015.

Pasha, Myslim: *Deti që nuk falet: të fshehtat e paktit detar Shqipëri-Greqi (Das Meer das sich nicht verschenken lässt: die Geheimnisse hinter dem Meeresabkommen Albanien-Griechenland).* Verlag Max, Tirana 2010.

Perlmutter, Ted: *The Politics of Proximity: The Italian Response to the Albanian Crisis.* In: **IMR/International Migration Review**, 1998, Volume 32, Issue 121, S. 203-222. Abrufbar unter: http://repository.forcedmigration.org/show_metadata.jsp?pid=fmo:4666. Letzter Zugriff am 24.05.2015.

Pierre, Andrew J.: *De-Balkanizing the Balkans: Security and Stability in Southeastern Europe: Albania.* In: **USIP/United States Institute of Peace: Special Report.** 30.09.1999. Abrufbar unter: <http://www.usip.org/publications/de-balkanizing-the-balkans-security-and-stability-in-southeastern-europe>. Letzter Zugriff am 07.01.2015.

Pirani, Erind: *Albanien aus der Perspektive des Europarechts.* In: **Hofmann, Mahulena** (Hrsg.): *Europarecht und die Gerichte der Transformationsstaaten.* Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2008. S. 138-147.

Plümper, Thomas/ Schneider, Christina J.: *Discriminatory European Union Membership and the Redistribution of Enlargement Gains.* In: **SAGE Publications: Journal of Conflict Resolution**, o. O. Jul 26, 2007, S. 568-587. Abrufbar unter: <http://jcr.sagepub.com/content/51/4/568>. Letzter Zugriff am 17.11.2014.

Prager Zeitung: *Albanien reicht ČEZ die Hand.* 23.10.2013. <http://www.pragerzeitung.cz/index.php/home/wirtschaft/16856-albanien-reicht-cez-die-hand>. Letzter Zugriff am 02.09.2014.

Prague Post: *Prague ready to block Albania's EU alignment over ČEZ dispute.* 9 Juni 2014. <http://www.praguepost.com/eu-news/39515-prague-ready-to-block-albania-s-eu-alignment-over-cez-dispute#ixzz36Cb8pODj>. Letzter Zugriff am 12.05.2015.

Primatarova, Antoinette/ Deimel, Johanna: *Albanien vor und nach den Parlamentswahlen 2013 - Demokratischer Reifetest bestanden?* In: **Südosteuropa Gesellschaft: Südosteuropa Mitteilungen.** Ausgabe Nr. 03-04/2013, S. 56-71. Abrufbar unter: <http://www.ceeol.com/aspx/issuedetails.aspx?issueid=23f68c64-a9ba-4d6e-9976-593b48cdab39&articleId=ce59cd64-d685-4ffd-8833-5a04a43363ad>. Letzter Zugriff am 17.10.2014.

Radio Free Europe/ Radio Liberty: NATO: What Does It Take To Join? Artikel von **Eugen Tomiuc**, o.O., 07.03.2002. <http://www.rferl.org/content/article/1099020.html>. Letzter Zugriff am 20.03.2015.

Radio Free Europe/ Radio Liberty: NATO: What Is A Membership Action Plan? Artikel von **Claire Bigg**, o.O., 02. April 2008. <http://www.rferl.org/content/article/1079718.html>. Letzter Zugriff am 20.03.2015.

RaiNews: Napolitano: Italia avvocato di Tirana in Ue (Napolitano: Italien ist Tiranas Anwalt in der EU). 5. März 2014. http://www.rainews.it/dl/rainews/articoli/giorgio-napolitano-visita-ufficiale-albania-in-europa-6b6c4bf5-4284-4acb-a5a1-654cb9711d92.html?refresh_ce. Letzter Zugriff am 03.06.2015.

Rat der Europäischen Gemeinschaften/ Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Vertrag über die Europäische Union. Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, Luxemburg. Veröffentlicht in BRD, 1992. Abrufbar unter: http://europa.eu/eu-law/decision-making/treaties/index_de.htm. Letzter Zugriff am 26.01.2015.

Republika Shqiptare-Ministri e P. të Jahstme (Republik Albanien-Außenministerium): *Bisedim në Këshillin e Shoqnisë së Kombevet mbi Çeshtjen e Minoritetit Shqiptar dhe të Pasuniëve Shqiptare në Greqië (Diskussion in dem Rat des Völkerbunds über die Angelegenheit der albanischen Minderheit und deren Besitze in Griechenland).* o. O. Juni 1928.

Reuters: Albanian village gains peace, loses livelihood as cannabis burns. Von Benet Koleka, o.O., 20 Juni 2014. <http://www.reuters.com/article/2014/06/20/us-albania-drugs-lazarat-idUSKBN0EV1GZ20140620>. Letzter Zugriff am 10.05.2015.

Rhodes, Matthew: U.S. Engagement in South East Europe: With and Without the European Union. In: **Felberbauer, Ernst M./ Jureković, Predrag** (Hrsg.): *The EU Meeting its International Challenges: Implications for Stability in the Western Balkans. 24th Workshop of the Study Group „ Regional Stability in South East Europe“.* = Study Group Information. Verlag HDruckZ (Heeresdruckzentrum), Vienna, November 2012. S. 87-98.

Risse, Thomas: Social Constructivism and European Integration. In: **Wiener, Antje/ Diez, Thomas** (Hrsg.): *European Integration Theory.* Oxford Press University Inc., New York 2004, S. 159-176.

RSH/ Republika e Shqipërisë (Republik Albanien) – **MFA/Ministry of Foreign Affairs: Joint News Conference by Minister Basha and Minister Bakoyannis.** 12.08.2010. http://arkiva.mfa.gov.al/index.php?option=com_content&view=article&id=6671:konferenca-e-perbashket-per-shtyp-e-ministrit-basha-dhe-ministres-bakojani&catid=112:lajme&lang=en&Itemid=0. Letzter Zugriff am 10.06.2015

RSH/Republika e Shqipërisë (Republik Albanien) – **KM/Këshilli i Ministrave** (Ministerrat): *Strategjia Kombëtare për Zhvillim dhe Integrim* (Nationale Strategie für Entwicklung und Integration) 2007-2013, März 2008.

RSH/Republika e Shqipërisë (Republik Albanien) – **KQZ/Komisioni Qendror i Zgjedhjeve** (Zentrale Wahlkommission): *Rezultatet 2009 sipas qarqeve (Ergebnisse 2009 nach den Wahlkreisen)*. <http://www2.cec.org.al/sq-al/PE2009-Results>. Letzter Zugriff am 22.03.2015.

RSH/Republika e Shqipërisë (Republik Albanien) – **Kryeministria** (Ministerpräsidentenamt): *Shqipëria Europiane, Destinacion Brenda Nesh: Raport Publik për 300 ditët e para të qeverisjes (Das europäische Albanien, der Bestimmungsort in uns: Öffentlicher Bericht über die ersten 300 Tage im Amt)*. o.O, o.J. Abrufbar unter: http://www.punetejashtme.gov.al/files/userfiles/Broshura_300_ditet_Web-FINAL_WEB1.pdf. Letzter Zugriff am 05.05.2015.

RSH/Republika e Shqipërisë (Republik Albanien) – **MFA/Ministry of Foreign Affairs**: *Greece ratifies the SAA between Albania and EU*. 14.01.2009. http://arkiva.mfa.gov.al/index.php?option=com_content&view=article&id=6649:greqia-ratifikon-msa-ne-mes-shqiperise-dhe-be-se&catid=112:lajme&lang=en&Itemid=0. Letzter Zugriff am 10.06.2015

RSH/Republika e Shqipërisë (Republik Albanien) – **MPJ/Ministria e Punëve të Jashtme** (Außenministerium): *Marrëveshje dypalëshe (Bilaterale Abkommen): Greqia (Griechenland)* <http://www.punetejashtme.gov.al/al/dokumenta/akte-nderkombetare/marreveshje-dypaleshe>. Letzter Zugriff am 02.06.2015.

RSH/Republika e Shqipërisë (Republik Albanien) – **MPJ/Ministria e Punëve të Jashtme** (Außenministerium): *Minister Bushati receives UK Minister for Europe, Mr. David Lidington*. Tirana, 04. Februar 2014. <http://www.punetejashtme.gov.al/en/press-office/news/minister-bushati-receives-uk-minister-for-europe-mr-david-lidington&page=13>. Letzter Zugriff am 04.01.2015.

RSH/Republika e Shqipërisë (Republik Albanien) – **MPJ/Ministria e Punëve të Jashtme** (Außenministerium): *Minister Bushati meets with Greek Prime Minister, Mr. Antonis Samaras*. 06.02.2014. <http://www.punetejashtme.gov.al/en/press-office/news/minister-bushati-meets-with-greek-prime-minister-mr-antonis-samaras&page=15>. Letzter Zugriff am 12.02.2015.

RSH/Republika e Shqipërisë (Republik Albanien) – **MIE/Ministria e Integritimit Evropian** (Ministerium für Europäische Integration): *EU-Albania history*. <http://www.integrimi.gov.al/en/program/eu-albania-history>. Letzter Zugriff am 18.03.2015.

RSH/Republika e Shqipërisë (Republik Albanien) – **MM/Ministria e Mbrojtjes** (Verteidigungsministerium): *Historiku i marrëdhënieve NATO-Shqipëri (Die Abfolge der NATO-Albanien Beziehungen)*. <http://www.mod.gov.al/index.php/politikat-e-sigurise-2/marredheniet-me/marredheniet-me-nato/31-historiku-i-marredhenieve-nato-shqiperi>. Letzter Zugriff am 23.03.2015.

Ruli, Genc/ Belortaja, Selim: *Albania – the difficult road towards lasting growth*. In: **Preus, Wolf/ Bianku, Ledi** (wissenschaftliche Koordinatoren): *Monitoring Albania's Path to European Integration (Monitorimi i Ecjes së Shqipërisë Drejt Integritimit Evropian)*. Eine Studie der **Friedrich – Ebert – Stiftung** in Tirana, Februar 2003. S. 21-34.

Salamun, Michaela/ Hajrullahu, Arben: *Verfassung und demokratisch-politische Aspekte der Verfassungswirklichkeit seit 1990.* In: **Jordan, Peter/ Kaser, Karl/ Lukan, Walter/ Schwandner-Sievers/ Sundhaussen, Holm** (Hrsg.): *Albanien: Geographie-Historische Anthropologie-Geschichte-Kultur-Postkommunistische Transformation.* = Österreichische Osthefte. SonderBd. 17, Peter Lang GmbH-Europäischer Verlag der Wissenschaften, Frankfurt a. M. 2003, S. 343-378.

Schimmelfennig, Frank: *Prozessanalyse.* In: **Behnke, Joachim/ Gschwend, Thomas/ Schindler, Delia/ Schnapp, Kai-Uwe:** *Methoden der Politikwissenschaft: neuere qualitative und quantitative Analyseverfahren.* = Forschungsstand Politikwissenschaft. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2006, S. 263-272.

Schimmelfennig, Frank: *The community trap: liberal norms, rhetorical action and the eastern enlargement of the European Union.* In: **Schimmelfennig, Frank/ Sedelmeier, Ulrich** (Hrsg.): *The Politics of European Union Enlargement: Theoretical Approaches.* = Routledge Advances in European Politics. Verlag Routledge Taylor and Francis Group, u.a. Oxon 2005, S. 142-171.

Schimmelfennig, Frank: *The EU, NATO and the Integration of Europe: Rules and Rhetoric.* = Themes in European Governance. Cambridge University Press, u.a. Cambridge 2003.

Schmidt, Fabian: *Politische Transformation in Albanien.* In: **Jordan, Peter/ Kaser, Karl/ Lukan, Walter/ Schwandner-Sievers/ Sundhaussen, Holm** (Hrsg.): *Albanien: Geographie-Historische Anthropologie-Geschichte-Kultur-Postkommunistische Transformation.* = Österreichische Osthefte, SonderBd. 17, Peter Lang GmbH-Europäischer Verlag der Wissenschaften, Frankfurt a. M. 2003. S. 315-328.

Schmidt-Neke, Michael: *Das politische System Albaniens.* In: **Ismayr, Wolfgang** (Hrsg.): *Die politischen Systeme Osteuropas.* 3. Aufl. Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2010. S. 1007-1052.

Schwandner-Sievers, Stephanie: *Imagologie und "Albanismus"- zu den Identifikationen der Albaner.* In: **Jordan, Peter/ Kaser, Karl/ Lukan, Walter/ Schwandner-Sievers/ Sundhaussen, Holm** (Hrsg.): *Albanien: Geographie-Historische Anthropologie-Geschichte-Kultur-Postkommunistische Transformation.* = Österreichische Osthefte, SonderBd. 17, Peter Lang GmbH-Europäischer Verlag der Wissenschaften, Frankfurt a. M. 2003. S. 195-225.

Schwellnus, Guido: *Sozialkonstruktivismus.* In: **Bieling, Hans-Jürgen/ Lerch, Marika** (Hrsg.): *Theorien der europäischen Integration.* 3. Aufl. Verlag Springer VS, Wiesbaden 2012, S. 273-293.

Seidel, René: *Albanien.* In: **Gieler, Wolfgang/ Botts, Moritz** (Hrsg.): *Außenpolitik europäischer Staaten: von Albanien bis Zypern.* Verlag Scientia Bonnensis, u.a. Bonn 2008. S. 12-24.

Shekulli-online: *Berisha i kundërpërgjigjet Ramës me një vendim të ri. (Berisha erwidert Rama mit einem neuen Beschluss).* 5. Juli 2013. <http://www.shekulli.com.al/p.php?id=26544>. Letzter Zugriff am 03.05.2015.

Smith, Julianne u.a.: *Transforming NATO (...again): A Primer for NATO Summit in Riga 2006*. In: Center for Strategic and International Studies, o.O. November 2006.

Sobotka, Bohuslav. Zit. in: **Prague Post:** *Prague ready to block Albania's EU alignment over ČEZ dispute*. 9 Juni 2014. <http://www.praguepost.com/eu-news/39515-prague-ready-to-block-albania-s-eu-alignment-over-cez-dispute#ixzz36Cb8pODj>. Letzter Zugriff am 12.05.2015.

Steinhilber, Jochen: *Liberaler Intergouvernementalismus*. In: **Bieling, Hans-Jürgen/ Lerch, Marika** (Hrsg.): *Theorien der europäischen Integration*. 3. Aufl. Verlag Springer VS, Wiesbaden 2012, S. 141-163.

TAP/Trans Adriatic Pipeline: *The EU status*. <http://www.tap-ag.com/the-pipeline/the-big-picture/the-eu-status>. Letzter Zugriff am 02.05.2015.

Tema online: *Marrëveshja për detin/ Venizelos: Kemi biseduar me palën shqiptare, shpresojmë të hyjë në fuqi (Das Meeresabkommen/Venizelos: Wir haben mit der alb. Seite gesprochen, wir hoffen, dass es in Kraft tritt)*. 14. März 2014.

<http://www.gazetatema.net/web/2014/03/14/marreveshja-per-detin-venizelos-kemi-biseduar-me-palen-shqiptare-shpresojme-te-hyje-ne-fuqi/>. Letzter Zugriff am 16.06.2015

The Blade: *Greek Veto blocks Albanian aid Package*. 3 September 1994. Abrufbar als PDF-Datei unter:

<https://news.google.com/newspapers?nid=1350&dat=19940903&id=gYAUAAAIBAJ&sjid=WwMEAAAIBAJ&pg=6714,589097&hl=en>. Letzter Zugriff am 06.09.2015.

The New York Times (online): *“After Munitions Explosion, Albanians Ask Why Danger Was Placed So Near”*, von **Nicholas Kulish** am 19. April 2008.

<http://www.nytimes.com/2008/04/19/world/europe/19albania.html>. Letzter Zugriff am 12.03.2015.

The New York Times (online): *“Supplier Under Scrutiny on Arms for Afghans”*, von **C. J. Chivers** am 27. März 2008. <http://www.nytimes.com/2008/03/27/world/asia/27ammo.html>. Letzter Zugriff am 12.03.2015.

Top Channel: *„Forcat ekstremiste ndikuan për statusin” (Die extremen Kräfte nahmen Einfluss auf die Entscheidung über den Status)*. 22.12.2013, Videomaterial, TC: 0:38-2:05. <http://top-channel.tv/lajme/artikull.php?id=269761>. Letzter Zugriff am 06.05.2015.

Top Channel: *Bilanci i Qeverisë Rama (Bilanz der Rama-Regierung)*. 26.12.2013, Videomaterial, TC: 0:17-2:17. <http://top-channel.tv/lajme/artikull.php?id=269997>. Letzter Zugriff am 26.12.2013.

Top Channel: *Çekia, presion për statusin („Tschechien, Druck wegen Status“)*, 09.06.2014 <http://top-channel.tv/lajme/artikull.php?id=279460>, Letzter Zugriff am 02.09.2014.

Top Channel: *Dilemma for Albania's status*. 17.12.2013. <http://www.top-channel.tv/english/artikull.php?id=10636>. Letzter Zugriff am 02.05.2015.

Top Channel: *Greqia merr presidencen e BE (Griechenland übernimmt EUs Präsidentschaft)*. 02.01.2014. Videomaterial, TC: 1:00-1:58. <http://top-channel.tv/lajme/artikull.php?id=270211>. Letzter Zugriff am 16.06.2015.

Top Channel: *Holanda konfirmon: Jo tani (Niederlande bestätigen: Nicht jetzt)*. 12.12.2013. Videomaterial, TC: 0:00-3:38. <http://top-channel.tv/lajme/artikull.php?id=269186>. Letzter Zugriff am 02.05.2015.

Top Channel: *Italia, lobim për statusin (Italien, Lobbying für den Status)*. 12.12.2013. Videomaterial, TC: 0:23-0:50. <http://top-channel.tv/lajme/artikull.php?id=269212>. Letzter Zugriff am 02.05.2015

Top Channel: *Lidington: Optimist për Qershorin (Lidington: optimistisch für Juni)*. 06.02.2014. <http://top-channel.tv/lajme/artikull.php?id=272304>. Letzter Zugriff am 04.01.2015.

Toshkov, Dimitër/Kortenska, Elitsa/Dimitrova, Antoaneta/Fagan, Adam: *The 'Old' and the 'New' Europeans: Analyses of Public Opinion on EU Enlargement in Review*. In: **MAXCAP: Working Paper Series**, Nr. 2. Berlin, April 2014. Abrufbar unter: http://www.maxcap-project.eu/system/files/maxcap_wp_02.pdf. Letzter Zugriff am 29.04.2015.

UN/United Nation – SC/Security Council: *S/ RES/ 1101 (1997)*, 28 March 1997. Abrufbar unter: <http://daccess-ods.un.org/TMP/6084485.05401611.html>. Letzter Zugriff am 18.12.2014.

Vickers, Miranda: *The Greek Minority in Albania – Current Tensions*. = Balkan Series. In: **Defence Academy of the United Kingdom: Research and Assessment Branch**. Februar 2010. Abrufbar unter: http://www.voltairenet.org/IMG/pdf/Greek_minority_in_Albania.pdf. Letzter Zugriff am 05.06.2015

VOA/Voice of America/Zëri i Amerikës: *Miratohet Kodi Zgjedhor (Das Wahlgesetz wird genehmigt)*. Videomaterial, TC: 0:00-5:54. Von **Armand Mero**, o.O. 19.07.2012. <http://www.zeriamerikes.com/media/video/1441515.html#>. Letzter Zugriff am 25.04.2015.

VOA/Voice of America/Zëri i Amerikës: *Ngjarjet që i dhanë tonin vitit 2011 në Shqipëri, (Ereignisse die während 2011 die Akzente in Albanien setzten)*. Videomaterial TC: 0:00-17:38. Von **Armand Mero**, o. O. am 02.01.2012. <http://www.zeriamerikes.com/content/ngjarjet-kryesore-qe-i-dhane-tonin-vitit-2011-ne-shqiperi-136532908/520062.html>. Letzter Zugriff am 02.06.2014.

VOA/Voice of America/Zëri i Amerikës: *Parlamenti i Shqipërisë miraton marrëveshjen pozitë-opozitë (Das albanische Parlament genehmigt das Abkommen zwischen Mehrheit und Opposition)*. Von **Armand Mero**, o.O am 17.11.2011. <http://www.zeriamerikes.com/content/parlamenti-shqiptar-akt-zyrtar-marreveshje-shumice-opozite-2011-11-17-134053078/519348.html>. Letzter Zugriff am 20.04.2015.

VOA/Voice of America: *Support for Balkans' EU Membership Growing*. 11 November, 2009. <http://www.voanews.com/content/a-13-2009-10-07-voa15/414513.html>. Letzter Zugriff am 19.03.2015.

Wagner, Wolfgang: *Der akteurzentrierte Institutionalismus*. In: **Bieling, Hans-Jürgen/ Lerch, Marika** (Hrsg.): *Theorien der europäischen Integration*. 3. Aufl. Verlag Springer VS, Wiesbaden 2012, S. 207-224.

Weichert, Michael: *Die Parlamentswahlen in Albanien vom 23. Juni 2013 – Rotation der Macht oder Renaissance der Politik?* In: **Südosteuropa Gesellschaft: Südosteuropa Mitteilungen**. Ausgabe Nr. 03-04/2013, S. 44-55. Abrufbar unter: <http://www.ceeol.com.aspx/issuedetails.aspx?issueid=23f68c64-a9ba-4d6e-9976-593b48cdab39&articleId=9d2da99e-45eb-41a6-95b8-c609f8f48b62>. Letzter Zugriff am 17.10.2014.

Williams, Samantha/ Serwer, Daniel: *Albanians in the Balkans*. In: **USIP/United States Institute of Peace: Special Report**. 01.11.2001. Abrufbar unter: <http://www.usip.org/publications/albanians-in-the-balkans>. Letzter Zugriff am 07.01.2015.

Zanaj, Fatmir: *The First Two Pluralist Elections and the Cleavage Structure in Post-communist Albania*. In: **Barjaba, Kosta** (Hrsg.): *Albania's Democratic Elections, 1991-1997: Analyses, Documents and Data*. = Founding Elections in Eastern Europe. Verlag Edition Sigma, Berlin 2004. S. 101-130.

Zeit Online: *EU mahnt Rumänien und Bulgarien*. 8 Feb. 2012. <http://www.zeit.de/politik/ausland/2012-02/schengen-rumaenien-bulgarien>. Zugriff am 30.10.2015.

Zoto, Naim: *The Electoral Behavior of Albanian Voters*. In: **Barjaba, Kosta** (Hrsg.): *Albania's Democratic Elections, 1991-1997: Analyses, Documents and Data*. = Founding Elections in Eastern Europe. Verlag Edition Sigma, Berlin 2004. S. 80-94.